

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzung: Donnerstag, 02.11.2023, 15:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
21. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
22. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 07.09.2023
23. Mitteilungen (Personal)
- 23.1. Personalkostenhochrechnung September 2023 23-22199
24. Anträge (Personal)
- 24.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in den Teilhaushalten Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt und FB 10 Zentrale Dienste / Aufnahme in die TO der Sitzung am 02.11.2023. 23-22157
- 24.1.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in den Teilhaushalten Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt und FB 10 Zentrale Dienste / Aufnahme in die TO der Sitzung am 02.11.2023. 23-22157-01
25. Anfragen (Personal)
- 25.1. Globale Minderausgabe - Reduzierung der Mittel für Aus- und Fortbildung beim RPA 23-22121
- 25.2. Globale Minderausgabe - Reduzierung Personalkosten Gleichstellung 23-22136
- 25.3. Mangelnde Funktionalität der Mitreden-Plattform 23-22193
26. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
27. Mitteilungen (Finanzen)
28. Anträge (Finanzen)
29. 23-22241 Braunschweig Stadtmarketing GmbH - Wirtschaftsplan 2024
30. Braunschweig Zukunft GmbH - Wirtschaftsplan 2024 23-22240
31. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH - Wirtschaftsplan 2024 23-22242
32. Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH 23-22214
Wirtschaftsplan 2024 und Rücklagenbildung 2023
33. 23-22209 Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Wirtschaftsplan 2024
34. Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) 23-22145
35. Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) 23-22144
36. Dreiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung) 23-22146

- für die Abwasserbeseitigung)
- | | | |
|-------|--|-----------------|
| 37. | 23-22259 Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG | |
| 38. | Antrag der Braunschweiger Baugenossenschaft eG auf kommunale Wohnraumförderung | 23-22058 |
| 39. | Aufhebung der Verwaltungsvereinbarung über die Erledigung der Kassengeschäfte des Regionalverbands durch die Stadt Braunschweig | 23-22087 |
| 40. | Ausübung der dinglichen Vorkaufsrechte an den Flurstücken 1008/18, 1008/20, 1008/23 und 1008/21, Flur 12, Gemarkung Altewiek, Lage: Salzdahlumer Straße 137 | 23-22218 |
| 41. | Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 € | 23-22237 |
| 42. | Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € | 23-22238 |
| 43. | Anfragen (Finanzen) | |
| 43.1. | Globale Minderausgabe - Kürzung bei der Volkshochschule BS GmbH | 23-22130 |
| 43.2. | Die verfassungsrechtliche Problematik globaler Minderausgaben | 23-22190 |

Braunschweig, den 26. Oktober 2023

Betreff:

Personalkostenhochrechnung September 2023

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

25.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Kenntnisnahme die Hochrechnung der Personalkosten für September 2023.

Dr. Pollmann

Anlage:

Personalkostenhochrechnung

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O
1	10.13-1 ZSB														13. Oktober 2023
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															
21															
22															
23															
24															
25															
26															
27															
28															
29															
30															
31															
32															
33															
34															
35															
36															
37															
38															
39															
40															
41															
42															
43															
44															
45															

Das HH.-Soll der Deckungsreserve (Kostenart 462110) ist grds. für die Zahlung der Loß vorgesehen.
Die diesbezüglichen HH.-Sollansätze und auch die IST Zahlungen sind grds. den entsprechenden Kostenarten zugeordnet.

10.13-1 ZSB

September 2023

Hochrechnung Personalkosten 2023

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O
1	10.13-1 ZSB														13. Oktober 2023
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															
21															
22															
23															
24															
25															
26															
27															
28															
29															
30															
31															
32															
33															
34															
35															
36															
37															
38															
39															
40															
41															
42															
43															
44															
45															

4 von 244 in Zusammenstellung

Bedarf

-141.104

-0,06%

Betreff:

**Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in
den Teilhaushalten Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt und FB 10
Zentrale Dienste / Aufnahme in die TO der Sitzung am 02.11.2023.**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.09.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 02.11.2023

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, gemäß § 49 (2) der Geschäftsordnung vom 16. November 2021 (für den Rat, den VA, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt BS) in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung den Punkt „Globale Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023“ aufzunehmen. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wird die Verwaltung gebeten, die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von aktuell 16.509.868 Euro im Haushaltsjahr 2023 (siehe Mitteilung 23-22033 vom 01.09.2023) für die Teilhaushalte Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt und FB 10 Zentrale Dienste näher zu erläutern.

Diese Erläuterung sollte insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Wie kommen die jeweiligen Minderaufwendungen oder Mehrerträge der einzelnen Sparmaßnahmen zustande?
2. Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Fachverwaltung haben die geplanten Einsparungen, insbesondere die beim Personalaufwand?
3. Werden durch die geplanten Einsparungen wichtige Aufgaben und Projekte, die vom Rat politisch beschlossen wurden, behindert oder verzögert?

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat dem Rat der Stadt Braunschweig am 01.09.2023 die Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-22033 „Haushalt 2023/2024 – Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16,0 Mio. € im Haushaltsjahr 2023“ zur Kenntnis gegeben. Darin wurde die Ausgangssituation geschildert und das weitere Vorgehen bei der Sachkostensperre dargestellt. In Anlage 2 dieser Mitteilung wurden insgesamt 130 Sparmaßnahmen aufgelistet, ohne diese näher zu erläutern.

Für die Teilhaushalte Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt und FB 10 Zentrale Dienste sind dies die Maßnahmen mit den lfd. Nr. 8 bis 15.

Anlagen:

keine

Betreff:

Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 in den Teilhaushalten Ref. 0140 Rechnungsprüfungsamt und FB 10 Zentrale Dienste / Aufnahme in die TO der Sitzung am 02.11.2023.

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

24.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22. September 2023 (23-22157) nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Frage 1

Wie kommen die jeweiligen Minderaufwendungen oder Mehrerträge der einzelnen Sparmaßnahmen zustande?

Im Zuge der Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 wurden innerhalb des Dezernates II Einsparbeträge in Höhe von 6.000 EUR für das Referat 0140 Rechnungsprüfungsamt sowie in Höhe von 264.152 EUR für den Fachbereich 10 Zentrale Dienste festgelegt.

Das Sachaufwandsbudget des Referates 0140 Rechnungsprüfungsamt ist grundsätzlich dadurch geprägt, dass nur die Ansätze für die Aus- und Fortbildung sowie für Dienstreisen einem gewissen Gestaltungsspielraum unterliegen. Das restliche Sachaufwandsbudget ist durch einen jährlich gleichbleibenden Bedarf gebunden. Daneben wurde in Absprache mit dem Fachbereich 20 Finanzen der vorgesehene Planbetrag für Erstattungen für Schönheitsreparaturen an den Fachbereich 65 Gebäudemanagement reduziert. Eine Erzielung von Mehrerträgen gegenüber der bisherigen Planung ist nicht realisierbar.

Der Fachbereich 10 Zentrale Dienste bewirtschaftet gesamtstädtisch eine Reihe von zentralen Ansätzen, beispielsweise für Porto, Haftpflichtversicherungen, Aus- und Fortbildung, medizinische Untersuchungen, Telefonie sowie die Anmietung von Datenleitungen. Unterjährig lassen sich Einsparungen (insbesondere bei diesen zentralen Ansätzen) grundsätzlich nur sehr schwer prognostizieren. Für die festgelegte Einsparung wurden daher zunächst mehrere Haushaltsansätze pauschal reduziert. In den verbleibenden Monaten wird nunmehr versucht, den entsprechenden Betrag insgesamt innerhalb des Sachkostenbudgets einzusparen.

Frage 2

Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Fachverwaltung haben die geplanten Einsparungen insbesondere beim Personalaufwand?

Der Personalaufwand des Referates 0140 Rechnungsprüfungsamt ist nicht betroffen. Kürzungen bei den Aufwendungen für die Aus- und Fortbildung und

für Dienstreisen entsprechen keinen konkreten Leistungskürzungen.

Die gebotenen Prüfungsleistungen werden weiterhin erbracht. Fortbildungen können auch weiterhin, in geringerem aber für das laufende Haushaltsjahr ausreichendem Rahmen, durchgeführt werden. Die betreffenden Schönheitsreparaturen werden auf das Folgejahr verschoben.

Im Teilhaushalt 10 Zentrale Dienste wurden ausschließlich Sachkostenansätze reduziert.

Frage 3

Werden durch die geplanten Einsparungen wichtige Aufgaben und Projekte, die vom Rat politisch beschlossen wurden, behindert oder verzögert?

Durch die Reduzierungen wird in beiden Teilhaushalten die Ausführung von politischen Beschlüssen nicht verzögert.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

Keine

Absender:

Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

TOP 25.1

23-22121
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Globale Minderausgabe - Reduzierung der Mittel für Aus- und Fortbildung beim RPA

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.09.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Beantwortung)

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit der Mitteilung 23-22033 wurde der Rat am 01.09.2023 über die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16 Mio. Euro, in diesem Jahr, informiert. Dazu erfolgte in der Sitzung des FPDA am 07.09.2023 eine mündliche Erläuterung vom Ersten Stadtrat Geiger. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass sich die globalen Minderausgaben sowohl aus überzähligen Planmitteln, aber auch aus realen Kürzungen, zusammensetzen würden. Die Konkretisierung der einzelnen Minderausgaben, so erläuterte der Erste Stadtrat aufgrund einer entsprechenden Bitte, könne durch die Kämmerei nicht erfolgen, dies müsse in dem jeweiligen Fachausschuss geschehen.

Aufgrund dieser Erläuterung stellen wir jetzt im zuständigen Ausschuss die folgende Anfrage zum Thema Reduzierung der Mittel für Aus- und Fortbildung beim Rechnungsprüfungsamt. Hier sollen die Mittel um 2.000 Euro reduziert werden.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Handelt es sich hierbei um überflüssige Planmittel oder um eine Kürzung von Leistungen?
2. Falls es sich um überflüssige Planmittel handelt: Welche Beträge wurden für den Bereich der Aus- und Fortbildung bzw. Umschulung in den Jahren 2018 – 2022 jeweils nicht benötigt?
3. Falls es sich um Kürzungen von Leistungen handelt: Welche konkreten Leistungen werden gekürzt oder ganz eingestellt?

Anlagen:

keine

Betreff:

Globale Minderausgabe - Reduzierung der Mittel für Aus- und Fortbildung beim RPA

Organisationseinheit:

Dezernat II
0140 Referat Rechnungsprüfungsamt

Datum:

02.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Beantwortung)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu den Fragen aus der Vorlage 23-22121 der Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI im Rat der Stadt wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Gemäß Vorgabe des FB 20 entfällt von der globalen Minderausgabe i. H. v. 16 Mio. EUR auf das Ref. 0140 ein Anteil i. H. v. 11.814,00 EUR. Das Sachaufwandsbudget des Ref. 0140 ist grundsätzlich dadurch geprägt, dass nur die Ansätze für die Aus- und Fortbildung sowie für Dienstreisen einem gewissen Gestaltungsspielraum unterliegen. Das restliche Sachaufwandsbudget ist durch einen jährlich gleichbleibenden Bedarf gebunden. Daneben konnte in Absprache mit dem FB 20 für das Ref. 0140 der vorgesehene Planbetrag für Erstattungen für Schönheitsreparaturen an den FB 65 i. H. v. 3.000,00 EUR für das Jahr 2023 als Minderausgabe eingeplant werden. Aufgrund des geringen „freien“ Sachaufwandsbudgets des Ref. 0140 wurden dem FB 20 Einsparung i. H. v. 6.000,00 EUR statt 11.814,00 EUR angeboten.

Es handelt sich um keine Kürzung von überflüssigen Planmitteln, sondern um eine Kürzung bei freien nicht gebundenen Mitteln.

Zu Frage 2:

Nein.

Zu Frage 3:

Einsparungen bei den Aufwendungen für die Aus- und Fortbildung für Dienstreisen entsprechen keinen konkreten Leistungskürzungen. Die übertragenen Prüfungsleistungen werden weiterhin erbracht. Aus- und Fortbildungen sind jedoch wichtige Instrumente zur Qualitätssicherung in der kommunalen Rechnungsprüfung.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

Keine.

Absender:

Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

TOP 25.2

23-22136
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Globale Minderausgabe - Reduzierung Personalkosten
Gleichstellung**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.09.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Beantwortung)

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit der Mitteilung 23-22033 wurde der Rat am 01.09.2023 über die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16 Mio. Euro, in diesem Jahr, informiert. Dazu erfolgte in der Sitzung des FPDA am 07.09.2023 eine mündliche Erläuterung vom Ersten Stadtrat Geiger. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass sich die globalen Minderausgaben sowohl aus überzähligen Planmitteln, aber auch aus realen Kürzungen, zusammensetzen würden. Die Konkretisierung der einzelnen Minderausgaben, so erläuterte der Erste Stadtrat aufgrund einer entsprechenden Bitte, könne durch die Kämmerei nicht erfolgen, dies müsse in dem jeweiligen Fachausschuss geschehen.

Aufgrund dieser Erläuterung stellen wir jetzt im zuständigen Ausschuss die folgende Anfrage zum Thema Minderaufwand im Gleichstellungsreferat. Hier sollen für den Bereich der Gleichstellung die Personalkosten um 3.930 Euro reduziert werden.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Handelt es sich hierbei um überflüssige Planmittel oder um eine Kürzung von Leistungen?
2. Falls es sich um überflüssige Planmittel handelt: Welche Beträge wurden für den Bereich der Gleichstellung in den Jahren 2018 – 2022 jeweils nicht benötigt?
3. Falls es sich um Kürzungen von Leistungen handelt: Welche konkreten Leistungen werden gekürzt oder ganz eingestellt?

Anlagen:

keine

Betreff:

**Globale Minderausgabe - Reduzierung Personalkosten
Gleichstellung**

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

02.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Beantwortung)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS vom 20. September 2023 (23-22136) wird wie folgt Stellung genommen:

Frage 1

Handelt es sich hierbei um überflüssige Planmittel oder um eine Kürzung von Leistungen?

Im Zuge der Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 wurde für das Referat 0150 Gleichstellung verwaltungsintern ein Einsparbetrag in Höhe von 3.930 EUR festgelegt. Aufgrund einer unterjährigen Stellenvakanz im Vorzimmer der Referatsleitung infolge von Fluktuation konnte der festgelegte Betrag entsprechend eingespart werden.

Frage 2

Falls es sich um überflüssige Planmittel handelt: Welche Beträge wurden für den Bereich der Gleichstellung in den Jahren 2018 – 2022 jeweils nicht benötigt?

Zur Planung des Personalaufwandes wird auf die Ziffer 2.2.1 des Vorberichtes zum Doppelhaushalt 2023/2024 verwiesen. Der Wechsel der Mitarbeiterin erfolgte kurzfristig und war zum Planungszeitpunkt nicht vorhersehbar. Es handelt sich somit um veranschlagte, jedoch aufgrund der zwischenzeitlichen Stellenvakanz nicht in Anspruch genommene Personalaufwendungen.

Frage 3

Falls es sich um Kürzungen von Leistungen handelt: Welche konkreten Leistungen werden gekürzt oder ganz eingestellt?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Mangelnde Funktionalität der Mitreden-Plattform

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.10.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
Beantwortung)

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Mitreden-Plattform wurde im Juni erneuert, die Stadt schreibt dazu:

„Sommerzeit, neues Design!

Unsere Beteiligungsplattform mitreden ist nun seit einigen Jahren für Sie im Einsatz. Aus technischen Gründen war es unumgänglich die Plattform einmal komplett zu erneuern. Dadurch sieht die Plattform nicht nur anders aus, auch werden Sie einige Bedienelemente nicht an der gleichen Stelle wiederfinden. Wir können Ihnen aber versichern, dass alle Funktionen erhalten geblieben sind und hoffen, dass Sie sich gut zurechtfinden werden.“^[1]

Dies ist leider faktisch falsch, Nutzern der Mitreden-Plattform fehlen drei wichtige Funktionen, die vorher vorhanden waren:

1) Bei der alten Mitreden-Plattform konnte der Ort der Idee in einem Stadtplan eingetragen werden.

2) Es gab vorher die Möglichkeit, Bilder hochzuladen. Dies ist besonders wichtig bei Ideen, die optisch gut darstellbar sind. Ein Nutzer hatte zum Beispiel ein Zeichen für Toleranz auf dem Ringgleis entwickelt, das er in der Mitreden-Plattform als Idee einbringen wollte. Sprachlich ließ sich diese Idee leider nicht einbringen. Außerdem tragen Bilder zur Attraktivierung der Plattform bei.

3) Die Möglichkeit, von Idee zu Idee zu scrollen, wurde auch eingestellt.

Zusätzlich dazu hat sich herausgestellt, dass bei Vorschlägen, die das Quorum von 50 Unterstützerstimmen erreicht haben, häufig mit einer Unterschriftenliste die notwendigen Stimmen gesammelt wurden. Daher wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, wenn eine Unterschriftenliste zum Ausdrucken in die Plattform eingebunden wird, sodass die Nutzer leichter "offline" Unterschriften für ihre Ideen sammeln können. Dies fördert die Bürgerbeteiligung, weil es ein demokratisches Erlebnis ist, in der Nachbarschaft, im Betrieb oder bei Freundinnen und Freunden Unterschriften für eine Idee zu sammeln und diese anschließend bei der Stadt einzureichen.

Um die Beteiligungsmöglichkeiten in Braunschweig zu verbessern, fragen wir daher:

1) Wann werden die oben angesprochenen Funktionen der Mitreden-Plattform wiederhergestellt?

2) Besteht die Möglichkeit, ein Ausdrucksformular für Blanko-Unterschriftenlisten in die Plattform einzubinden?

[1] <https://mitreden.braunschweig.de/node/54>

Anlagen:

keine

<i>Betreff:</i> Mangelnde Funktionalität der Mitreden-Plattform

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	<i>Datum:</i> 02.11.2023
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)	02.11.2023	Ö

Sachverhalt:

In Ausführung des Beschlusses des Rates (Vorlage 17-3606) vom 28.03.2017 wird seit Juni 2017 das Bürgerbeteiligungsportal „mitreden“ angeboten.

Aufgrund technischer Notwendigkeiten beim Dienstleister Zebralog musste die Beteiligungsplattform grundlegend überarbeitet werden. In diesem Zusammenhang haben sich einige Veränderungen in der Bedienung der Grundfunktionen ergeben. Nur wenige Funktionen (z.B. Statistiken) konnten nicht übernommen werden. Hier wird aber an Lösungen in Zusammenarbeit mit dem Anbieter gearbeitet.

Gleichzeitig wurde die Gelegenheit genutzt, der Plattform ein moderneres Gesicht zu verleihen.

Die „neue“ Plattform soll durch Werbung noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Im Rahmen des verkaufsoffenen Sonntags im September 2023 erfolgte durch städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Bewerbung des Portals.

Dies vorangestellt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

1. Es ist richtig, dass die drei genannten Funktionen zurzeit tatsächlich nicht mehr nutzbar sind.

Eintragung von Ideen in den Stadtplan

Das eingesetzte Portal lässt die Verortung von Ideen in den Stadtplan grundsätzlich zu. Bei Aktivierung dieser Möglichkeit ist es seitens des Verfahrens dann jedoch zwingend erforderlich, bei jeder eingestellten Idee diese Eintragung auch vorzunehmen. Es handelt sich also um ein „Pflichtfeld“. Bei einer Vielzahl von eingestellten Ideen ist es aufgrund des Inhalts allerdings tatsächlich nicht möglich und auch nicht sinnvoll, diese einem bestimmten Ort im Stadtgebiet zuzuordnen. Mithin wurde daher davon abgesehen, in der Ideenplattform – anders als im Mängelmelder – einen Stadtplan-Eintrag zu fordern.

Hochladen von Bildern

Im Hinblick auf das Hochladen von Bildern werden mit dem Anbieter Zebralog bereits Gespräche geführt. Eine Umsetzung soll noch in diesem Jahr möglich sein.

Scrollen

Die Wiedereinführung der Funktion, von Idee zu Idee zu scrollen, wird mit dem Anbieter noch erörtert werden.

2. Ein Muster für eine Unterschriftenliste, mit der dann (analog) Unterschriften gesammelt werden können, um Ideen zu unterstützen, wird kurzfristig in das System eingestellt.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

Keine

<i>Betreff:</i> Braunschweig Stadtmarketing GmbH - Wirtschaftsplan 2024

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 26.10.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	02.11.2023	Ö

Beschluss:

„Die Vertreter und Vertreterinnen der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH werden angewiesen folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 13. Oktober 2023 gebilligten Fassung wird festgestellt.
2. Die unter Ziffer 2 genannten Änderungen des Gesellschaftsvertrages werden beschlossen.“

Sachverhalt:

Zu 1.:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM). Gem. § 17 des Gesellschaftsvertrages der BSM ist für jedes Geschäftsjahr ein Wirtschaftsplan aufzustellen, dessen Feststellung nach § 13 Abs. 1 lit. b) der Gesellschafterversammlung obliegt.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der BSM herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gem. § 6 Ziffer 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der BSM hat dem Wirtschaftsplan 2024 in der in der Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 13. Oktober 2023 zugestimmt.

Für das Wirtschaftsjahr 2024 werden Gesamterträge in Höhe von 2.910.300 € und Gesamtaufwendungen in Höhe von 6.476.400 € erwartet, sodass sich ein Fehlbetrag von 3.566.100 € ergibt.

Unter Berücksichtigung einer Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 728.300 € wird ein Zuschussbedarf für die Stadt von 2.837.800 € dargestellt. Im Doppelhaushalt 2023/2024 der Stadt Braunschweig stehen für das Wirtschaftsjahr 2024 für die BSM Mittel in Höhe von 2.899.300 € zur Verfügung. Der nun im Plan 2024 dargestellte Einlagebetrag von 2.837.800 € liegt darunter. Somit ist ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe 2024 enthalten.

Die Kapitalrücklage beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 (abzgl. des Jahresfehlbetrages 2022) 908.933,05 €. Sie resultiert aus kumulierten verbliebenen Einlagebeträgen der Gesellschafterin Stadt Braunschweig aus den vergangenen Jahren. Die Prognose für das Wirtschaftsjahr 2023 geht gegenüber der Planung 2023 von einem verbesserten Ergebnis 2023 aus, so dass in diesem Wirtschaftsjahr nur eine Entnahme aus der Kapitalrücklage von 162.200 € erforderlich wird und somit die für das Jahr 2024 geplante Entnahme von 728.300 € möglich ist.

Gegenüber den Vorjahren wird mit folgenden Erträgen und Aufwendungen geplant:

	Angaben in T€	IST 2022	Plan 2023	Prognose 2023	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	3.042,1	3.069,8	3.266,9	2.910,3
1a	% zum Vorjahr/Plan	+15,5/0,0	+0,7/+0,9	+6,4	-5,2/-10,9
2	Sonstige betriebliche Erträge	81,0	0,0	0,0	0,0
	Summe Erträge	3.123,1	3.069,8	3.266,9	2.910,3
3	Materialaufwand	-2.063,7	-1.969,5	-2.011,3	-2.053,4
4	Personalaufwand	-2.238,0	-2.916,1	-2.785,6	-3.429,0
5	Abschreibungen	-15,5	-30,0	-30,0	-25,0
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-478,9	-794,0	-799,6	-803,5
7	Abschreibungen auf Finanzanlagen	-165,5	-165,5	-165,5	-165,5
	Summe Aufwendungen	-4.961,6	-5.875,1	-5.792,0	-6.476,4
8	Betriebsergebnis (Summe 1 bis 7)	-1.838,5	-2.805,3	-2.525,1	-3.566,1
9	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8 bis 10)	-1.838,5	-2.805,3	-2.525,1	-3.566,1
12	sonstige Steuern	-24,2	0,0	0,0	0,0
13	Jahresergebnis (Summe 11 bis 12)	-1.862,7	-2.805,3	-2.525,1	-3.566,1
14	Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,0	397,4	162,2	728,3
15	Verbleibendes Jahresergebnis**	-1.862,7	-2.407,9	-2.362,9	-2.837,8

Der Wirtschaftsplan 2024 ist zum einen geprägt von reduzierten Umsatzerlösen, resultierend aus einer vorsichtigen Einschätzung der Ergebnisse aus der Neuausschreibung der städtischen Werbenutzungsrechte (der derzeitige Werbenutzungsvertrag läuft zum 30. Juni 2024 aus).

Zum anderen ist eine Steigerung der veranschlagten Personalaufwendungen evident, begründet mit Stellenhöherbewertungen, einer hohen tariflichen Personalkostenentwicklung, Stellenneubesetzungen sowie insbesondere aufgrund einer frühzeitigen Personalentwicklung für die Vorbereitung der Großprojekte Tag der Niedersachsen 2026 sowie Internationaler Hanse-Tag und Gauß-Jahr im Jahr 2027.

Im Finanzplan 2024 der BSM sind lediglich Investitionen in Höhe von 25 T€ vorgesehen, die aus vorhandener Liquidität finanziert werden sollen.

Der Wirtschaftsplan 2024 der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH (HdW) ist der Wirtschaftsplanung der BSM beigelegt, da ein Teil der Festbetragseinlage der Stadt an die BSM (165,5 T€, enthalten in obiger Tabelle als Abschreibungen auf Finanzanlagen) an diese Tochtergesellschaft (rd. 25 % Anteil) weitergegeben wird.

Der Wirtschaftsplan 2024 der HdW ist unter Berücksichtigung der Einlagen der Gesellschafter und einer geplanten Entnahme aus dem Kapitalvermögen (Ausgleich aus der der Kapitalrücklage) in Höhe von 40,5 T€ ausgeglichen (Hinweis: Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 verfügte die HdW über eine Kapitalrücklage von 125.200,24 €. Der Wirtschaftsplan 2023 veranschlagt eine Entnahme von 15,5 T€, so dass für das

Wirtschaftsjahr 2024 eine Entnahme aus dem Kapitalvermögen in Höhe von 40,5 T€ möglich wird).

Zu 2.:

Änderungen des Gesellschaftsvertrages bedürfen gem. § 13 Abs. 1 lit. a) eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH.

Gemäß § 6 Ziffer 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung wurde die Zuständigkeit auch hierfür für die Dauer der laufenden Wahlperiode auf den FPDA übertragen.

§ 5 Abs. 3 bis 5 des Gesellschaftsvertrages der BSM regeln u. a. die Höhe der Festbetragseinlage. Auf Basis der Wirtschaftsplanung 2024 ist eine Anpassung der Festbetragseinlage auf 2.663.400 € erforderlich. Die variable Einlage (174.400 €) bleibt unverändert.

Vertragsbestimmung	Alte Fassung	Neue Fassung
§ 5 (3)	Der Gesamtbetrag der Festbetragseinlage beträgt je Geschäftsjahr 2.233.500 (in Worten: Zweimillionenzweihundert dreiunddreißigtausendundfünfhundert Euro) .	Der Gesamtbetrag der Festbetragseinlage beträgt je Geschäftsjahr 2.663.400 € (in Worten: zweimillionensechshundertdreiundsechzig tausendundvierhundert Euro) .
§ 5 (4 a)	Die Einzahlungen der Stadt Braunschweig bestehen in einer beschränkten Festbetragseinzahlung bis zu einer Höhe von 2.233.500 (in Worten: zweimillionenzweihundertdreiunddreißig tausendundfünfhundert Euro) , und in einem zusätzlich zu entrichtenden variablen Einlagenbetrag (gemäß § 5 Abs. 4 (b) – (d) dieser Satzung). Die variable Einlage wird durch einen mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefassten Beschluss der Gesellschafterversammlung angefordert.	Die Einzahlungen der Stadt Braunschweig bestehen in einer beschränkten Festbetragseinzahlung bis zu einer Höhe von 2.663.400 € (in Worten: zweimillionensechshundertdreiundsechzig tausendundvierhundert Euro) und in einem zusätzlich zu entrichtenden variablen Einlagenbetrag (gemäß § 5 Abs. 4 (b) – (d) dieser Satzung). Die variable Einlage wird durch einen mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefassten Beschluss der Gesellschafterversammlung angefordert.
§ 5 (5)	Die Festbetragseinlage von 2.233.500 € (in Worten: zweimillionenzweihundertdreiund dreißigtausendundfünfhundert Euro) wird in zwölf monatlichen Teileinlagen von 186.125 € von Januar bis Dezember im Voraus zur Zahlung fällig.	Die Festbetragseinlage von 2.663.400 € (in Worten: zweimillionensechshundertdreiundsechzig tausendundvierhundert Euro) wird in zwölf monatlichen Teileinlagen von 221.950 € von Januar bis Dezember im Voraus zur Zahlung fällig.

Die Wirtschaftspläne 2024 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH und der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH sind als Anlagen beigefügt.

Geiger

Anlage/n: Wirtschaftsplan 2024 der Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Wirtschaftsplan 2024 der Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH



Braunschweig Stadtmarketing

Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Braunschweig

Wirtschaftsplanung
für das Jahr
2024

Braunschweig Stadtmarketing GmbH		Stand 26.09.2023						
Wirtschaftsplan 2024								
lfd. Nr.		2022	2022	2023	2023	2023	2024	2024
		IST	Anteil/DAWI	WP	Anteil/DAWI	Prognose	WP	Anteil/DAWI
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Erlöse							
01	Erlöse aus Marketingmaßnahmen	211.291	211.291	290.300	290.300	320.100	317.500	317.500
02	Erlöse aus Werberechten	1.028.550		1.037.000		1.037.000	780.000	
03	Erlöse aus tourist. Produkten u. Marketing	385.917	385.917	534.000	534.000	534.000	562.700	562.700
04	Erlöse aus Convention	14.813	14.813	34.500	34.500	34.500	41.000	41.000
05	Erlöse aus Eigenveranstaltungen	979.457		769.900		895.700	766.500	
06	Erlöse aus Sondernutzungen	376.309		263.500		305.000	280.000	
07	Sonstige Erlöse	44.935	44.935	140.600	140.600	140.600	162.600	162.600
	Summe Erlöse	3.041.273	656.956	3.069.800	999.400	3.266.900	2.910.300	1.083.800
	Aufwendungen							
08	Personalkosten	2.297.127	1.648.565	2.916.100	2.916.100	2.785.600	3.429.000	3.429.000
	davon städtische Mitarbeiter kein Ausweis durch Datenschutz							
09	Raumkosten	262.964	186.757	373.000	278.743	373.000	373.000	278.743
10	Bürokommunikation	128.410	91.197	127.000	94.907	127.000	132.000	98.644
11	Marketingmaßnahmen	372.518	372.518	634.000	634.000	565.700	718.100	718.100
12	Werberechte	56.000		64.000		64.000	64.000	
13	touristische Produkte und Marketing	328.846	328.846	530.000	530.000	530.000	541.400	541.400
14	Convention	40.606	40.606	122.100	122.100	122.100	113.900	113.900
15	Eigenveranstaltungen	844.603		619.400		729.500	616.000	
16	Entgelt für Sondernutzungen	207.663		200.000		205.600	200.000	
17	sonstige Aufwendungen	184.235	130.844	94.000	70.246	94.000	98.500	73.609
18	Abschreibungen	15.484	10.997	30.000	22.419	30.000	25.000	18.683
	Summe Aufwendungen	4.738.456	2.810.330	5.709.600	4.668.515	5.626.500	6.310.900	5.272.078
19	Abschreibung auf Finanzanlagen HdW BS	165.500	165.500	165.500	165.500	165.500	165.500	165.500
	Summe Sonderprojekte	165.500	165.500	165.500	165.500	165.500	165.500	165.500
	Summe Aufwendungen	4.903.956	2.975.830	5.875.100	4.834.015	5.792.000	6.476.400	5.437.578
	Summe Aufwendungen	4.903.956	2.975.830	5.875.100	4.834.015	5.792.000	6.476.400	5.437.578
	Summe Erlöse	3.041.273	656.956	3.069.800	999.400	3.266.900	2.910.300	1.083.800
	Jahresergebnis	-1.862.682	-2.318.874	-2.805.300	-3.834.615	-2.525.100	-3.566.100	-4.353.778
	Entnahme Kapitalrücklage	0	0	397.387	0	162.200	728.300	
	Einlage der Stadt gemäß GV-Vertrag	1.958.000		2.407.913		2.362.900	2.837.800	
	Entnahme Kapitalvermögen lfd. Jahr	-1.862.682		2.805.300		2.525.100	3.566.100	

Finanzplan 2022 bis 2024		IST 2022	WP 2023	Prognose 2023	WP 2024
		EUR	EUR	EUR	EUR
Einnahmen					
Einzahlung Kapital		0,00	0,00	0,00	0,00
Verwendung Kapitalrücklage		0,00	0,00	0,00	0,00
Zuführung Kapitalrücklage					
- Festbetragseinlage gem. Haushaltsentwurf		1.958.000,00	2.233.500,00	2.233.500,00	2.638.400,00
- Variable Einlage		0,00	174.400,00	129.400,00	174.400,00
Abschreibungen		15.484,00	30.000,00	30.000,00	25.000,00
Summe Einnahmen		1.973.484,00	2.437.900,00	2.392.900,00	2.837.800,00
Ausgaben					
Jahresergebnis lt. Wirtschaftsplanung		-1.862.683,00	-2.609.800,00	-2.329.600,00	-3.375.600,00
Beteiligung H.d.W.		-165.500,00	-165.500,00	-165.500,00	-165.500,00
Investitionen lt. Investitionsplan		-15.484,00	-30.000,00	-30.000,00	-25.000,00
Summe Ausgaben		-2.043.667,00	-2.805.300,00	-2.525.100,00	-3.566.100,00
Veränderung der liquiden Mittel		-70.183,00	-367.400,00	-132.200,00	-728.300,00

Vermögensplan 2022 bis 2024

	IST 2022	WP 2023	Prognose 2023	WP 2024
	EUR	EUR	EUR	EUR
Zugänge				
Einzahlung Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Verwendung Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuführung Kapitalrücklage				
- Festbetragseinlage gem. Haushaltsentwurf	1.958.000,00	2.203.513,00	2.203.513,00	2.638.400,00
- zusätzliche Einlage				0,00
- Variable Einlage	0,00	174.400,00	129.400,00	174.400,00
Abschreibung	15.484,00	30.000,00	30.000,00	25.000,00
Summe Einnahmen	1.973.484,00	2.407.913,00	2.362.913,00	2.837.800,00
Abgänge				
Investitionen	15.484,00	30.000,00	30.000,00	25.000,00
Beteiligung H.d.W.	165.500,00	165.500,00	165.500,00	165.500,00
Zuweisung zum Erfolgsplan	1.862.683,00	2.609.800,00	2.329.600,00	3.375.600,00
Summe Ausgaben	2.043.667,00	2.805.300,00	2.525.100,00	3.566.100,00
Unter- /überdeckung	-70.183,00	-397.387,00	-162.187,00	-728.300,00

Ifd. Nr.	Erläuterungen zum WP 2024	
	Erlöse	
01	Erlöse aus Marketingmaßnahmen	Differenz + 27 T€: Die Erlöse aus den Verkäufen der Stadtgutscheine können gesteigert und die Beteiligungen an der Veranstaltungskommunikation kann besser eingeschätzt werden als im Vorjahr.
02	Erlöse aus Werberechten	Differenz - 257 T€: Die Erlöse wurden reduziert, da der Vertrag mit Ströer/DSM über die Werberechte nur noch bis zum 30.06.2024 läuft und die Werte für Festpacht und variable Pacht in der zweiten Jahreshälfte geringer einzuplanen sind.
03	Erlöse aus tourist. Produkten u. Marketing	Differenz + 28 T€: Die Steigerung der Erlöse resultiert aus den Erwartungen an die Einnahmen aus dem Projekt "Lichtparcours" mit Führungen und Merchandisingprodukten und der weiteren Normalisierung der Erlöse aus dem Verkauf von Führungen und anderen touristischen Produkten.
04	Erlöse aus Convention	Differenz + 7 T€: Die aktive Arbeit des MICE-Netzwerkes wird von den Partnern mitfinanziert, was zu einer Erlössteigerung führt. Des weiteren stabilisieren sich auch in diesem Bereich die Erlöse aus Vermittlung von touristischen Dienstleistungen.
05	Erlöse aus Eigenveranstaltungen	Differenz - 3 T€: Durch die Laufzeit des Weihnachtsmarktes, die sich auf 31 Tage verlängert, erhöhen sich die Erlöse aus Standgeldern. Gegenläufig wirken sich die rückläufigen Sponsoreneinnahmen aus Stadtführung und transporterlebnis aus.
06	Erlöse aus Sondernutzungen	Differenz + 16,5 T€: Die Erlöserwartung für die Sondernutzungen steigt sich, wird aber von sinkenden Werbeeinnahmen durch Promotionaktionen zum Teil aufgezehrt.
07	Sonstige Erlöse	Differenz + 22 T€: Die Beteiligung der Braunschweig Zukunft an den Kosten der Buchhaltung wurde erhöht und es ist wieder mit Zinserträgen aus dem Cashpool zu rechnen.

Aufwendungen	
08	<p>Personalkosten</p> <p>Differenz - 513 T€: Die Tarifierhöhung von 5,5 % führt zu einer Steigerung von 162 T€. Die Projektleitung Weihnachtsmarkt scheidet Mitte des Jahres aus, so dass eine Übergabebesetzung eingeplant wurde. Es wurden Rückstellungen in Höhe von 66 TEUR für Altersteilzeiten eingeplant. Eine Altersteilzeit geht Mitte des Jahres in die Passivphase, so dass auch Rückstellungen aufgelöst werden. Für das Projekt Hanstag wurden eine Projektleitung und eine Projektklassensitz im Bereich Produktion, sowie ein zusätzliches Volontariat und eine Projektleitung für Kommunikationsprojekte zusätzlich im Bereich Kommunikation mit Einstellungszeitpunkt ab zweitem Quartal 2024 (93 T€ abzüglich der Einsparung von 61,4 TEUR für die globale Minderausgabe) eingeplant.</p>
09	<p>Raumkosten</p> <p>Differenz 0 T€: Die Raumkosten wurden auf dem Vorjahresniveau geplant. Die anteilige Deckung durch die Beteiligung der Braunschweig Zukunft GmbH ist in den sonstigen Erlösen dargestellt.</p>
10	<p>Bürokommunikation</p> <p>Differenz - 5 T€: Allgemeine Kostensteigerung bei der Materialbeschaffung</p>
11	<p>Marketingmaßnahmen</p> <p>Differenz - 84 T€: Die Kosten für gewünschte Ausschreibungen werden mit 51 TEUR angesetzt. Die Kosten für die Autobahnbeschilderung von 100 TEUR können auf 15 Jahre Vertragslaufzeit verteilt werden. Das Projekt Gamification hat jährliche Folgekosten von 22 TEUR und die Entwicklung der Gesamtkommunikationsstrategie für die Veranstaltungen von Hanstag bis Stadtbildraum wird fortgeführt.</p>
12	<p>Werberechte</p> <p>Keine Veränderung zum Vorjahr, da sich der Vertrag zwischen Stadt Braunschweig und BSM nicht verändert.</p>
13	<p>touristische Produkte und Marketing</p> <p>Differenz - 11 T€: Die Aufwendungen für Merchandisingartikel und die Abwicklung von Führungen wurden erhöht, da in 2024 der Lichtparcours stattfinden wird gegenläufig werden keine Messebesuche in 2024 geplant.</p>
14	<p>Convention</p> <p>Differenz + 9 T€: Da das Kongresskonzept in den Vorjahren umgesetzt wurde, wurden in 2024 die Mittel hierfür reduziert.</p>
15	<p>Eigenveranstaltungen</p> <p>Differenz - 3,4 T€: Analog zu den Erlösen erhöhen sich auch die Aufwendungen wieder durch die längere Laufzeit des Weihnachtsmarktes. Hinzu kommen die Sachkosten, die für die Konzeption des Internationalen Hanstages angesetzt wurden.</p>
16	<p>Entgelt für Sondernutzungen</p> <p>Differenz 0 T€: Keine Veränderungen zum Vorjahr.</p>
17	<p>sonstige Aufwendungen</p> <p>Differenz -4,5 T€: Es wurde eine Kostensteigerung in der Personalbetreuung eingeplant durch den umfangreicheren Personalstamm und eine turnusmäßig stattfindende Erhöhung der Betreuungskosten durch die Stadt Braunschweig.</p>
18	<p>Abschreibungen</p> <p>Differenz +5 T€: Durch den Wegfall der Abschreibungen für die Touristinfo nach 10-jährigem Betrieb am Standort verringern sich die Abschreibungen.</p>
19	<p>Abschreibung auf Finanzanlagen HdW BS</p> <p>Differenz 0 T€: Keine Veränderung zum Vorjahr</p>



Braunschweig Stadtmarketing

Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH
Braunschweig

Wirtschaftsplanung
für das Jahr
2024

Wirtschaftsplan 2024 / Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH

Stand: 1.09.2023

Erträge	WP IST 202:	WP 2023	WP 2024
1 allg. Sponsoring	28.000 €	28.000 €	28.000 €
2 Projekterträge	438.000 €	351.000 €	290.000 €
3 Erlöse Raumvermietung	17.000 €	27.000 €	38.000 €
4 sonst. Erlöse	21.000 €	0 €	0 €
Summe Erträge	504.000 €	406.000 €	356.000 €
Aufwendungen			
5 allgemeine Betriebskosten	44.000 €	40.000 €	38.000 €
6 Personal	451.000 €	395.000 €	380.000 €
7 Projektaufwendungen	167.000 €	137.000 €	132.000 €
8 allg. Marketing und Kommunikati	5.100 €	12.000 €	9.000 €
9 Aufwendungen Raumvermietung	6.000 €	11.000 €	11.000 €
# Abschreibungen	11.000 €	9.000 €	9.000 €
Summe Aufwendungen	679.000 €	604.000 €	579.000 €
Jahresergebnis	-175.000 €	-198.000 €	-223.000 €
Gesellschaftereinlage	182.500 €	182.500 €	182.500 €
Veränderung Kapitalvermögen	7.500 €	-15.500 €	-40.500 €



Finanzplan 2024 / Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH

Stand: 1.09.2023

Einnahmen	WP 2022*	WP 2023	WP 2024
Einzahlung Kapital:			
Kapitalreserve	150.200 €	150.200 €	134.000 €
Zuführung Kapitalrücklage:			
BSM	165.500 €	165.500 €	165.500 €
UNION	12.000 €	12.000 €	12.000 €
AGV	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Abschreibungen	10.995 €	9.000 €	9.000 €
Summe Einnahmen	343.695 €	341.700 €	325.500 €
Ausgaben			
Jahresergebnis lt. Wirtschaftsplan	-187.000 €	-198.500 €	-204.000 €
Investitionen lt. Investitionsplan	-11.517 €	-9.000 €	-9.000 €
Summe Ausgaben	-198.517 €	-207.500 €	-213.000 €
Veränderung der liquiden Mittel	145.178 €	134.200 €	112.500 €

* Werte angepasst an Jahresabschluss 2022

Vermögensplan 2024 / Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH

Stand: 1.09.2023

Zugänge	WP 2022*	WP 2023	WP 2024
Einzahlung Kapital:			
Kapitalreserve	150.200 €	150.200 €	134.200 €
Zuführung Kapitalrücklage:			
BSM	165.500 €	165.500 €	165.500 €
UNION	12.000 €	12.000 €	12.000 €
AGV	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Abschreibungen	9.000 €	9.000 €	8.000 €
Summe Einnahmen	341.700 €	341.700 €	324.700 €
Abgänge			
Investitionen	11.517 €	9.000 €	15.000 €
Zuweisung zum WP	187.000 €	198.500 €	198.500 €
Summe Ausgaben	198.517 €	207.500 €	213.500 €
Unter-/Überdeckung	143.183 €	134.200 €	111.200 €

* Werte angepasst an Jahresabschluss 2022



<i>Betreff:</i> Braunschweig Zukunft GmbH - Wirtschaftsplan 2024
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 25.10.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	02.11.2023	Ö

Beschluss:

„Die Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung wird angewiesen, den Wirtschaftsplan 2024 der Braunschweig Zukunft GmbH in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 1. November 2023 gebilligten Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Der Wirtschaftsplan wird nach § 14 Buchst. d.) des Gesellschaftsvertrages der Braunschweig Zukunft GmbH (BZG) von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der BZG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich.

Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der BZG wird den Wirtschaftsplan 2024 in der als Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 1. November 2023 beraten. Über das Ergebnis wird mündlich in der FPDA-Sitzung berichtet.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2024 der BZG sieht bei Gesamterträgen in Höhe von 738.300 € und Gesamtaufwendungen von Höhe von 3.421.400 € einen Fehlbetrag von 2.683.100 € (Vorjahr: 2.523.300 €) vor, der von der Stadt auszugleichen ist. Im Einzelnen:

	Angaben in T€	IST 2022	Plan 2023	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	559,5	597,0	722,3
1a	% zum Vorjahr/Plan	+5,1/+5,9	+13,1/+6,7	+20,9
2	Sonstige betriebliche Erträge	34,9	16,0	16,0
	<i>Summe Erträge</i>	<i>594,4</i>	<i>613,0</i>	<i>738,3</i>
3	Materialaufwand	-599,1	-1.217,2	-1.316,5
4	Personalaufwand	-1.183,0	-1.550,9	-1.728,8
5	Abschreibungen	-4,3	-10,0	-10,5
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-380,7	-358,2	-365,6
	<i>Summe Aufwendungen</i>	<i>-2.167,1</i>	<i>-3.136,3</i>	<i>-3.421,4</i>
7	Betriebsergebnis (Summe 1 bis 7)	-1.572,7	-2.523,3	-2.683,1
8	Zins-/Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
10	Ergebnis nach Steuern (Summe 7 bis 9)	-1.572,7	-2.523,3	-2.683,1
11	sonstige Steuern	-0,5	0,0	0,0
12	Jahresergebnis (Summe 10 bis 11)	-1.573,2	-2.523,3	-2.683,1

Gegenüber dem Vorjahresplan ergeben sich höhere Umsatzerlöse, da für das Projekt „W.IN“ weitere bzw. höhere Fördermittel veranschlagt werden können.

Insbesondere im Bereich der Innovationsförderung beabsichtigt die BZG neben der Fortsetzung bisheriger Projekte die Durchführung neuer Projekte, so z. B. das zukünftig für alle zwei Jahre geplante „Startup-Festival“. Dies führt zu steigenden Materialaufwendungen, die nur zum Teil durch Fördermittel und/oder durch Kostenbeteiligungen partizipierender Partner kompensiert werden können.

Beim Personalaufwand ist ebenfalls ein Anstieg veranschlagt aufgrund der neuen Projekte sowie ferner aufgrund Höherstufungen und Tarifsteigerungen.

Im Doppelhaushalt 2023/2024 der Stadt sind für das Jahr 2024 2.717.600 € veranschlagt (gemäß der letztjährigen Mittelfristplanung der BZG). Der nunmehr vorgelegte Wirtschaftsplan 2024 der BZG sieht einen Fehlbetrag vor, der um rd. 34,5 T€ unter diesem Betrag liegt. Ein Beitrag zur Globalen Minderausgabe 2024 ist somit enthalten.

Der Finanzplan 2024 sieht geringfügige Investitionen (Neu- und Ersatzbeschaffungen von Betriebs- und Geschäftsausstattung) im Umfang von 10,5 T€ vor.

Als Anlage ist der Wirtschaftsplan 2024 der Gesellschaft beigelegt.

Geiger

Anlage/n: Wirtschaftsplan 2024

Wirtschaftsplan

Braunschweig Zukunft GmbH

mit 5% Inflation

Erfolgsplan

	Plan 2023 EUR	Plan 2024 EUR
1.1 Erlöse aus Mieten, Mietnebenkosten Technologiepark	212.000	195.000
1.2 Weiterberechnung. Telekommunikation, Drucker, Kopien	1.000	1.000
1.3 Erlöse aus Beteiligungen, Weiterberechnung., Sponsoren		
1.3.1 Erlöse allgemein	20.000	21.000
1.3.2 Beteiligungen Gemeinschaftsstand Expo Real	155.000	160.000
1.3.3 Beteiligungen Real Estate Arena	20.000	20.000
1.3.4 Fördermittel/Erlöse Startup Akademie W.IN	43.000	177.000
1.3.5 Fördermittel QVLS C²s-Lab (Quantentechnologie)	52.000	45.000
1.3.6 Beteiligungen Startup Festival		60.000
1.4 Fördermittel City-Logistik (RIS)	70.000	
1.5 Gründungsprogramm Innenstadt (RIS)	24.000	43.300
1. Umsatzerlöse	597.000	722.300
2.1 Sonstige Erlöse	16.000	16.000
2. Sonstige betriebliche Erlöse	16.000	16.000
Summe Erträge	613.000	738.300
3.1 Fernwärme, Gas, Wasser, Abwasser, Abfall TP	95.000	70.000
3.2 projektbezogene Dienstleistungen		
3.2.1 Kommunikation & Events		
3.2.1.1 allgemeine Kommunikationsmaßnahmen	100.300	100.000
3.2.1.2 Mobilitätscluster (Forschungsflughafen)	28.700	46.000
3.2.1.3 Dialogforen Innenstadt		20.000
3.2.1.4 Gründungskommunikation		17.400
3.2.1.5 Veranstaltungen (alt bis 2023 Punkt 3.3)	16.300	33.800
3.2.2 Standortentwicklung		
3.2.2.1 Studien/Kooperationsprojekte	21.400	24.900
3.2.2.2 Projekt Innenstadtentwicklung	53.000	30.000
3.2.2.3 Aufwendungen Messen		
3.2.2.3.1 Expo Real	230.000	235.000
3.2.2.3.2 Real Estate Arena	28.000	28.000
3.2.2.4 Maßnahmen Klimaschutzkonzept 2.0	115.000	133.000
3.2.3 Innovationsförderung		
3.2.3.1 Startup Akademie W.IN	180.700	180.700
3.2.3.2 QVLS C²s-Lab (Quantentechnologie)	10.000	23.500
3.2.3.3 Maßnahmen Green Start-ups		33.000
3.2.3.4 Gründungsnetzwerk, -förderung, -veranstaltungen	38.700	35.500
3.2.3.5 Gründungsprogramm Innenstadt (RIS)	74.000	132.000
3.2.3.6 City-Logistik (RIS)	175.000	
3.2.3.7 Startup Festival		120.000
3.3 Dienstleistungen Stadt (EDV, Lohnabrechnung)	51.100	53.700
3. Materialaufwand/Aufwand für bezogene Leistungen	1.217.200	1.316.500

	Plan 2023 EUR	Plan 2024 EUR
4.1 Personalkosten allg. mit Versorgungsbezügen Beamte	1.291.900	1.728.800
4.2 Personalkosten neue Projekte	259.000	
davon Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK)	99.000	
QVLS C ² s-Lab (Quantentechnologie)	55.000	
Sonderprojekte Innenstadtentwicklung	70.000	
Gründungsprogramm Innenstadt (RIS)	35.000	
4. Personalaufwand	1.550.900	1.728.800
5. Abschreibungen	10.000	10.500
6.1 Personalkostenverrechnung Stadt BS	129.000	118.800
6.2 Prüfungskosten, Beratungskosten, Buchführung	33.900	35.600
6.3 EDV-Kosten (eigene)	8.900	12.000
6.4 Sonstige betriebliche Kosten		
Raummiete Langerfeldthaus	59.900	62.800
Telefon, Internet, Druckkosten	16.300	36.300
Kfz-Kosten	22.000	23.100
Versicherungen	6.800	7.100
Reisekosten	9.100	6.000
Aus- und Fortbildung	8.500	8.900
Reinigung	27.800	29.200
Diverses (Bürobedarf, AR-Vergütg., Datenschutz etc.)	21.100	15.000
Mitgliedsbeiträge	4.400	5.800
6.5 Gebäude- und Grundstücksunterhaltung, Instandhaltung/Wartung	10.500	5.000
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	358.200	365.600
Summe Aufwendungen	3.136.300	3.421.400
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.523.300	-2.683.100
8. Sonstige Steuern	0	0
9. Jahresfehlbetrag	-2.523.300	-2.683.100

Braunschweig Zukunft GmbH

Wirtschaftsplan 2024

Inhaltsübersicht

Seite

I. Ergebnisvorschau

1. Allgemeines	3
2. Ergebnis	3
3. Erläuterungen zu Erträgen und Aufwendungen	3
4. Haushaltsoptimierung	6

II. Finanzvorschau

1. Investitionen	7
2. Finanzierung	7

I. Ergebnisvorschau

1. Allgemeines

Im Wirtschaftsjahr 2023 wurden Strukturveränderungen in der Organisation vorgenommen. Zukünftig bestimmen drei Hauptbereiche die Arbeitsstrukturen:

- Unternehmenskommunikation,
- Standortentwicklung,
- Innovationsförderung.

Diese Umstrukturierung erfordert zur besseren Übersichtlichkeit und Zuordnung neuer Projekte (z.B. RIS) auch eine Umstrukturierung in den Wirtschaftsplänen ab 2024. Nachfolgend wird dies in den Erläuterungen zum Wirtschaftsplan dargestellt.

Die Grundlagen für die Erstellung des Wirtschaftsplans 2024 bilden der Jahresabschluss 2022, die ursprünglichen mittelfristigen Planungen 2024-2027 (mit Doppelhaushalt), der Wirtschaftsplan 2023 und gewonnene Erkenntnisse aus der Buchhaltung bis zum August 2023.

Gegenüber dem bisherigen Bedarfsansatz für das Wirtschaftsjahr 2024 aus der mittelfristigen Planung (2.717.600 €) wird ein geminderter Bedarf unter Berücksichtigung der globalen Minder- ausgabe 2024 in Höhe von 34.500 € geplant. Der Bedarfsansatz für das Wirtschaftsplanjahr 2024 beträgt 2.683.100 €

Die Minderbedarfe resultieren hauptsächlich aus der späteren Besetzung einer weiteren Planstelle für das Projekt Klimaschutzkonzept 2.0 und der damit verbundenen Reduzierung der Sachmittel.

Mehrbedarfe resultieren hauptsächlich aus der Fortführung der Personalkosten aus dem Jahr 2023 (Stufen-/Tariferhöhungen), welche sich auch mittelfristig auswirken, jedoch zum Zeitpunkt der Erstellung der ursprünglichen mittelfristigen Planung noch nicht bekannt waren.

Nach Bewilligung der erneuten Förderung des neuen Gesamtprojekts Startup Akademie Wachstum und Innovation (W.IN) stehen in 2024 zusätzlich 134 T€ Fördermittel durch die NBank zur Verfügung. Einzelne Kostenbereiche wurden umstrukturiert (siehe oben) und aufgrund neuer Erkenntnisse angepasst. Gegenläufig entstehen Mehrkosten für das neue Projekt Startup Festival, welches im Wirtschaftsjahr 2024 erstmalig startet und danach alle zwei Jahre stattfinden soll. Für dieses Projekt fallen bei einer Förderung bzw. Sponsoring von 60 T€ und Sachmittelkosten in Höhe von 120 T€ Mehrkosten in Höhe von 60 T€ an.

Das Projekt City-Logistik (RIS) mit 105 T€ Kosten konnte in 2023 nicht realisiert werden (fehlende Fördermittel) und wird bis auf Weiteres zurückgestellt.

2. Ergebnis

Alle Kennzahlen berücksichtigen in den Aufwendungen eine 5%ige Inflationsrate und in den Personalkosten die durch die Stadt Braunschweig errechnete Kostensteigerung gemäß Tarifvertrag von 5,5% (ab 01.03.2024).

3. Erläuterungen zu Erträgen und Aufwendungen

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 125 T€.

Die geplanten Erlöse aus Mieten im Technologiepark und Erlöse aus Weiterberechnungen an die Mieter verringern sich gegenüber 2023 um 17 T€. Es wurden aufgrund der Energiekostensteigerung höhere Vorauszahlungen und erwartete Nebenkosten eingeplant, die sich jedoch durch die eingeführten Energiepreisbremsen geringer auswirken als ursprünglich geplant. Gegenläufig verringert sich der Aufwand für Fernwärme/Gas/Wasser (siehe Punkt 3.1).

Die allgemeinen Erlöse bewegen sich auf dem Vorjahresniveau und enthalten Erlöse aus dem Gründungsbereich mit 12 T€ und Erlöse durch Verbuchung der Pkw-Nutzung mit 9 T€.

Durch die Gewinnung neuer Partner erhöhen sich die Erlöse aus der Messe Expo Real mit 5 T€ gegenüber dem Vorjahr unter der Voraussetzung der weiteren Beteiligung bestehender Partner.

Die Bewilligung der erneuten Förderung des Projekts Startup Wachstum und Innovation (W.IN) seitens der NBank führt zu einer Erhöhung der Erlöse gegenüber dem Vorjahr um 134 T€.

Aufgrund neuer Erkenntnisse für die Weiterführung der befristeten Förderprojekte werden für die Projekte

- QVLS c²s-Lab (Quantentechnologie) 45 T€ Fördermittel (2023 geplant 52 T€)
- Gründungsprogramm Innenstadt (RIS) 43,3 T€ Fördermittel (2023 geplant 24 T€)

höhere Fördermittel von 12 T€ gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2023 geplant.

Für das neue Projekt Startup Festival werden Beteiligungen durch Sponsoren mit 60 T€ eingeplant, das auf ein Jahr befristete Projekt Citylogistik (RIS) entfällt mit einer Förderung in Höhe von 70 T€.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden sich in 2024 auf 16 T€ belaufen und beinhalten u.a. Erstattungen für Krankheiten nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz.

3. Materialaufwand/Aufwand für bezogene Leistungen

In 2023 wurden in der Braunschweig Zukunft GmbH Strukturveränderungen durchgeführt. Aus diesem Grund erfolgt eine veränderte Darstellung der Kostenstrukturen im Wirtschaftsplan 2024 und in der mittelfristigen Planung 2025 - 2027.

Der Materialaufwand/Aufwand für projektbezogene Leistungen erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 99 T€.

Die Energiekrise führte zu einer ursprünglich angenommen 2,5-fachen Steigerung der Kosten für Gas, Wasser, Fernwärme und Strom. Mit der Anwendung der Energiepreisbremsen reduzieren sich die zu planenden Kosten gegenüber dem Vorjahr um 25 T€.

Kommunikation & Events

Die allgemeinen Kommunikationskosten bewegen sich auf dem Vorjahresniveau.

Die Weiterführung des Projekts Steigerung der Sichtbarkeit des Mobilitätsclusters Forschungsluftshafen erfordern eine Erhöhung des Budgets gegenüber dem Vorjahr um 17,3 T€. Neu strukturiert wurde der Bereich Dialogforen Innenstadt/Gründungskommunikation mit 37,4 T€.

Gegenläufig verringern sich die Mittel für das Sonderprojekt Innenstadtentwicklung um 23 T€ (siehe Punkt 3.2.2.2).

Die Budgets für Veranstaltungen werden zusammengeführt und in den Bereich Kommunikation und Veranstaltungen umstrukturiert. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich demzufolge die Kosten um 17,5 T€, gegenläufig verringern sich die Kosten in den Bereichen Gründungen, Projekt W.IN und Standortentwicklung.

Standortentwicklung

Der Bereich Studien/Kooperationsprojekte erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 3,5 T€ (Büroimmobilienmarktstudie). Gegenläufig verringern sich die Kosten für Diverses (Punkt 6.4) um 3,5 T€. Das Budget für den Bereich Sonderprojekt Innenstadtentwicklung verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 23 T€ durch teilweise Umstrukturierung in den Bereich Dialogforen (siehe Punkt 3.2.1.3).

Der Vertrag für den Messestand auf der Expo Real läuft zum 31.12.2023 aus. Für 2024 werden neue Konditionen verhandelt, es wird mit einer geringfügigen Steigerung der Kosten um 5 T€ geplant. Die Kosten für die Messe Expo Real Estate Arena befinden sich auf dem Vorjahresniveau.

Für die Maßnahmen im Projekt Klimaschutzkonzept 2.0. wurden für 2024 200 T€ bereits mittelfristig eingeplant. Diese Kosten werden neu strukturiert und aufgrund des Beitrages zur globalen Minderausgabe 2024 um 34 T€ auf 166 T€ gekürzt. 133 T€ Sachmittel verbleiben unter dem Punkt 3.2.2.4, 33 T€ werden in neuen Bereich Green Start-ups (Punkt 3.2.2.3) umstrukturiert. Die Kosten gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich um insgesamt 51 T€.

Das Projekt City-Logistik entfällt in 2024, es verringern sich die Kosten gegenüber dem Vorjahr um 175 T€, sowie gegenläufig die eingeplanten Erlöse aus Fördermitteln.

Innovationsförderung

Die Gesamtkosten für das Projekt W.IN befinden sich auf dem Vorjahresniveau, da die Kosten für Veranstaltungen mit 9 T€ in den Bereich Veranstaltungen (siehe Punkt 3.2.1.4) umgruppiert wurden.

Das Projekt QVLS C²s-Lab (Quantentechnologie) wird mit 65% durch das BMBF gefördert (ursprüngliche Planung 80%). Demzufolge erhöhen sich die Kosten gegenüber dem Vorjahr um 13,5 T€.

Im Bereich Gründungsnetzwerk, -förderung, -veranstaltungen wird ein Teil der Veranstaltungen in den Bereich Veranstaltungen (siehe Punkt 3.2.1.4) umgruppiert. Die Kosten gegenüber dem Vorjahr verringern sich um 3,2 T€.

Die Kosten für das Projekt Gründungsprogramm Innenstadt (RIS) erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 58 T€.

Für das neue Projekt Startup Festival werden 120 T€ Sachmittelkosten eingeplant.

Die Dienstleistungen der Stadt Braunschweig werden gegenüber dem Vorjahr mit einer 5%igen Inflationsrate geplant und erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 2,6 T€.

4. Personalaufwand

Neue Aufgaben der Braunschweig Zukunft GmbH erfordern zusätzliche Fachkräfte. Die geplanten Personalkosten einschließlich neuer Projekte erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 177,5 T€.

Im Wirtschaftsjahr 2024 werden zusätzliche Planstellen eingeplant. Die Planstelle Assistenz Leitung Technologiepark (38 T€) wird hauptsächlich durch Reduzierungen der Stundenzahl einer städtischen Mitarbeiterin ab 2024 (32 Stunden, Reduzierung um 10 T€ - siehe Punkt 6.1) und der Reduzierung der Stundenzahl des Hausmeisters im Technologiepark von 20 Stunden auf 8 Stunden/pro Woche mit 12 T€) finanziert. Eine Stelle Volontariat im Bereich Kommunikation & Events (32 T€) und eine weitere Stelle für das Projekt Klimaschutzkonzept 2.0 (57 T€) werden außerdem eingeplant. Ein Teil des Beitrages zur globalen Minderausgabe in Höhe von 11,5 T€ wird mit der späteren Neubesetzung dieser Planstelle zum 01.03.2023 erreicht.

Aufgrund regulärer Stufenerhöhungen und Tarifsteigerungen (ab 03/2024 5,5 %) erhöhen sich die allgemeinen Personalkosten im Wirtschaftsplan 2024 um weitere 50,5 T€

5. Abschreibungen

Die Abschreibungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 T€ aufgrund der 5%igen Inflationsrate. Es sind nur Investitionen im geringwertigen Bereich vorgesehen und geplant.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Personalkostenverrechnung mit der Stadt Braunschweig wurde aufgrund von Tarifsteigerungen angepasst und verringert sich wegen der Reduzierung der Arbeitszeit einer städtischen Angestellten um 10,2 T€. Die EDV-Kosten erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 T€ aufgrund eingeplanter Kosten für die Teildigitalisierung der Buchhaltung. Die Kosten für die Internetanbindung des Technologieparks steigen gegenüber dem Vorjahr um 20 T aufgrund der Notwendigkeit zur Suche eines neuen Internetanbieters (Vertragsende DFN-Anbindung) für die gesamte Betriebsstätte. Die Kosten für diverse Aufwendungen (AR-Sitzung, Datenschutz, Bürobedarf) wurden angepasst und verringern sich um 6,1 T€ (Umgruppierung von 3,5 T€ für den Büroimmobilienmarktbericht in den Punkt 3.2.2.1) und 2,6 T€ in den Punkt 3.2.1.4). Die sonstigen betrieblichen Kosten erhöhen sich um die 5%ige Inflationsrate.

9. Ergebnis

Der Jahresfehlbetrag 2024 wird voraussichtlich 2.683.100 € betragen.

Gegenüber der ursprünglichen mittelfristigen Planung in Höhe von 2.717.600 € ist die globale Minderausgabe in Höhe von 34,5 T€ enthalten.

4. Haushaltsoptimierung

Die Vorschläge zur Haushaltsoptimierung werden umgesetzt, die Maßnahmen zum sparsamen Umgang mit Energieträgern werden allen Beschäftigten gegenüber kommuniziert.

Die von der Stadt Braunschweig geforderte globale Minderausgabe 2024 in Höhe von 57 T€ ist mit 34,5 T€ in den Wirtschaftsplan 2024 eingearbeitet. Er wird angestrebt, im Rahmen der Mittelbewirtschaftung im Laufe des Wirtschaftsjahres 2024 weitere Einsparungen zu erzielen.

Aufgrund der eingeplanten späteren Besetzung der zweiten Stelle im Klimaschutz (01.03.2024 statt 01.01.2024) werden Kürzungen in den Sachmittel- und Personalkosten im Projekt Klimaschutzkonzept 2.0 vorgenommen. Weitere Minderausgaben werden im Bereich Mobilitätscluster Forschungsflughafen geplant.

Weitere Potentiale werden bei der Bewirtschaftung der Mittel im Wirtschaftsjahr 2024 in den einzelnen Kostenpositionen gesehen, da vorsorglich mit einer 5%igen Inflationsrate gerechnet wurde. Es ist jedoch nicht sicher, ob in allen Kostenpositionen die geplante Inflation greifen wird.

II. Finanzvorschau

1. Investitionsvorhaben

Büro- und Gebäudeausstattung

2023 €	2024 €
10.000	10.500

Finanzbedarf

* Ersatz- und Neuinvestitionen im geringwertigen Bereich

2. Finanzierung

Mittelherkunft

Abschreibungen*

Nicht einnahmewirks. Erträge

Innenfinanzierung

Aufnahme Fremdmittel

Kapitalzuschüsse

Gesamte Mittelherkunft

2023 €	2024 €
10.000	10.500
-	-
10.000	10.500
-	-
-	-
10.000	10.500

*als erwirtschaftet angenommen

Betreff:
**Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH - Wirtschaftsplan
2024**

Organisationseinheit:
Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:
25.10.2023

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	02.11.2023	Ö

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen, den Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 empfohlenen Fassung zu beschließen.“

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB). Gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages der GGB ist für jedes Geschäftsjahr ein Wirtschaftsplan aufzustellen, dessen Feststellung nach § 11 d) der Gesellschafterversammlung obliegt.

Um eine Stimmbindung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der GGB herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gem. § 6 Ziffer 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der GGB hat dem Wirtschaftsplan 2024 in der in der Anlage vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 zugestimmt.

Der Wirtschaftsplan 2024 weist bei Erträgen von 6.555.000,00 € und Aufwendungen von insgesamt 8.527.940,00 € einen Fehlbetrag von 1.972.940,00 € aus (Vorjahr: 1.335.665,00 €).

Im Vergleich zu den Daten der Vorjahre stellen sich die Planzahlen wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2021	Plan 2022	IST 2022	Plan 2023	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	287,2	870,0	489,5	270,0	6.150,0
2	Sonstige betriebliche Erträge	115,2	400,0	10,5	400,0	400,0
2a	Gesamterträge: % zum Vorjahr/Plan		+215,6%	+70,4/-43,7	-69,0/-44,8	+1.256%/2.277%
3	Materialaufwand	-615,4	-655,0	-1.249,1	-390,0	-6.600,0
4	Personalaufwand	-173,5	-181,9	-135,2	-435,6	-469,9
5	Abschreibungen	-0,1	-0,4	-0,1	-4,8	-4,8
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-261,9	-553,2	-336,4	-440,3	-560,2
7	Summe Aufwendungen	-1.050,9	-1.390,5	-1.720,8	-1.270,7	-7.634,9
8	Betriebsergebnis (Summe 1-6)	-648,5	-120,5	-1.220,8	-600,7	-1.084,9
9	Zins-/Finanzergebnis	-358,9	-545,0	-311,9	-655,0	-808,0
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14,2	0,0	0,0	0,0	0,0
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8-9)	-1.021,6	-665,5	-1.532,7	-1.255,7	-1.892,9
12	sonstige Steuern	-43,0	-67,0	-49,4	-80,0	-80,0
13	Jahresergebnis (Summe 11-12)	-1.064,6	-732,5	-1.582,1	-1.335,7	-1.972,9
			Gewinnvortrag	3.686,8	2.104,7	769,0
			Gewinnvortrag nach Verechnung mit Verlust	2.104,7	769,0	-1.203,9

Gegenüber der Vorjahresplanung 2023 und dem abgeschlossenen Wirtschaftsjahr 2022 ist das Wirtschaftsjahr 2024 geprägt von Flächenveräußerungen, insbesondere von Gewerbeflächen. Dies führt zum einen zu einem starken Anstieg bei den voraussichtlichen Umsatzerlösen und zum anderen zu aufwandswirksamen (negativen) Bestandsveränderungen von Grundstücken sowie zu höheren Rückstellungsverpflichtungen für künftig noch entstehende (Endausbau-)Kosten (siehe Materialaufwand).

Wie schon im Plan 2023 sind auch für das Jahr 2024 höhere Personalaufwendungen veranschlagt resultierend aus der Geschäftserweiterung der Gesellschaft. Im Laufe des Jahres 2024 ist die Einstellung von drei Mitarbeitenden beabsichtigt.

Die im Wirtschaftsjahr 2024 vorgesehenen Investitionen sollen zum Teil über Kreditaufnahmen finanziert werden (s. u.), daher werden höhere Zinsaufwendungen veranschlagt.

Die Finanzplanung 2024 sieht Investitionen von insgesamt 17,5 Mio. € vor. Insbesondere sind Maßnahmen im Rahmen des Grunderwerbes für das Baugebiet Feldstraße-Süd berücksichtigt.

Der Mittelbedarf soll voraussichtlich durch vorhandene eigene Liquidität sowie durch eine Kreditaufnahme über die Stadt Braunschweig („Experimentierklausel“) in Höhe von 15 Mio. € gedeckt werden.

Der prognostizierte Fehlbetrag 2024 soll in Höhe von 769,0 T€ durch die noch vorhandenen Gewinnvorträge aus Vorjahren ausgeglichen werden. Der verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 1.203,9 T€ ist durch die Stadt Braunschweig auszugleichen. Im Doppelhaushalt 2023/2024 der Stadt Braunschweig sind für das Haushaltsjahr 2024 1.549,0 T€ eingeplant worden. Mittel stehen somit zur Verfügung und die Gesellschaft erbringt einen Beitrag zur Globalen Minderausgabe 2024.

In der Anlage ist der Wirtschaftsplan 2024 der GGB beigelegt.

Geiger

Anlage/n: Wirtschaftsplan 2024 der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Wirtschaftsplan 2024

in der vom Aufsichtsrat am _____ beratenen
und von der Gesellschafterversammlung am _____
beschlossenen Fassung.

	Seite
<i>I. Präambel</i>	3
<i>II. Erfolgsplan</i>	4
1 Erträge	4
1 1 Umsatzerlöse	4
1 2 Sonstige betriebliche Erträge	5
1 3 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5
2 Aufwendungen	8
2 1 Materialaufwand (Grundstücke)	8
2 2 Sonstige Grundstücksaufwendungen	8
2 3 Personalaufwand	10
2 3 1 Löhne und Gehälter	
2 3 2 Soziale Abgaben	
2 4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	12
2 5 Abschreibungen	15
2 5 1 Abschreibungen auf Sachanlagen	
2 5 2 Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	
2 6 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15
2 7 Steuern	17
2 7 1 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	
2 7 2 Sonstige Steuern	
3 Gesamtplan (Jahresergebnis)	19
<i>III. Finanzplan</i>	20
1 Mittelverwendung	20
1 1 Investitionen	20
1 2 Tilgung von kurz- und langfristigen Darlehen	20
2 Mittelherkunft	22
2 1 Liquiditätswirksamer Einnahmenüberschuss	22
2 2 Überhang von Finanzmitteln aus Vorjahr	22
2 3 Kapital der Gesellschafterin	22
2 4 Aufnahme von kurz- und langfristigen Darlehen	22
3 Zusammenfassung	23
<i>IV. Mittelfristige Unternehmensvorschau für die Geschäftsjahre 2025 bis 2028</i>	25

I. Präambel

Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) erwirbt in der Regel landwirtschaftlich genutzte Grundstücke im Stadtgebiet Braunschweig, die sich gemäß Abstimmung mit der Stadt Braunschweig städtebaulich zu Wohn- oder Gewerbebauflächen entwickeln lassen oder als Tauschfläche bei künftigen Grundstücksgeschäften eingesetzt werden können. Nach Abschluss der erforderlichen Bauleitplanung durch die Stadt Braunschweig werden die neu entstandenen Wohn- und Gewerbebauflächen von der GGB oder von der Stadt Braunschweig erschlossen und von der GGB unbebaut vermarktet. Dabei werden potenzielle Käufer von Gewerbebauflächen von der Braunschweig Zukunft GmbH (Wirtschaftsförderung) vermittelt.

Vorrangiger Zweck des Verkaufs von **Wohnbauflächen** ist gemäß Gesellschaftsvertrag die Bereitstellung von erschwinglichem Bauland zur Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung und zur Förderung des kinder- und familienfreundlichen Wohnstandortes Braunschweig. Daneben sollen durch ein vielseitiges Angebot hinsichtlich räumlicher Verteilung, Standortqualität und Eignung für unterschiedliche Bauweisen möglichst viele Nachfragewünsche erfüllt und so Abwanderungsabsichten ins Umland entgegengewirkt werden.

Der Verkauf von **Gewerbebauflächen** zum Zwecke der Bebauung mit gewerblichen, industriellen, wissenschaftlichen oder kulturellen Nutzungen soll gemäß Gesellschaftsvertrag der Stärkung und Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Wissenschafts-, Forschungs-, Technologie- und Kulturstandortes Braunschweig dienen. Im Vordergrund stehen dabei grundsätzlich die nachhaltige Sicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze in Unternehmen, in Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und in der Kreativwirtschaft. Hierzu bedarf es nicht nur eines ausreichenden und differenzierten Flächenangebotes für Neuansiedlungen, sondern gerade auch der Bereitstellung von Ansiedlungsflächen für Expansion und ggf. Verlagerung ansässiger Unternehmen.

Aus wirtschaftlichen Überlegungen strebt die GGB eine möglichst kurze Zeitspanne zwischen dem Erwerb der landwirtschaftlich genutzten Flächen und ihrer Vermarktung als baureife Wohn- und Gewerbebauflächen an. Die GGB sichert sich daher den Zugriff auf die landwirtschaftlich genutzten Flächen bevorzugt durch langfristige notarielle Verkaufsangebote der betroffenen Grundstückseigentümer.

Die Aktivitäten der GGB orientieren sich an den städtebaulichen Einschätzungen und Vorgaben der Stadt Braunschweig.

Im **Geschäftsjahr 2024** werden neben der Vermarktung der bei der GGB noch verfügbaren erschlossenen Bauflächen (ca. 33,5 ha in verschiedenen Gewerbegebieten) insbesondere auch die Vermarktung des des neuen Wohn- und Gewerbebaugesbietes "Wenden-West, 1. Bauabschnitt" Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der GGB sein.

Der Rat der Stadt Braunschweig hat mit Ds. Nr. 22-19055 das Braunschweiger Baulandmodell Wohnen beschlossen. In diesem wurde u.a. festgelegt, dass die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH künftig alle operativen Aufgaben zur Entwicklung von Flächen für städtebauliche Zwecke im Stadtgebiet von Braunschweig übernehmen soll. Dazu werden im Jahr 2024 die strukturellen und personellen Voraussetzungen geschaffen.

Abgesehen von der Aufstellung des Bebauungsplanes für das neue Wohnbaugesbiet "Wenden-West, 2. Bauabschnitt", das voraussichtlich ebenfalls von der GGB erschlossen und vermarktet werden wird, sind weitere Planungen für neue Wohn- und Gewerbebaugesbiete der GGB noch nicht konkret und daher im Wirtschaftsplan 2024 nicht berücksichtigt.

Im Übrigen wird angestrebt einen Erschließungsvertrag mit der Stadt Braunschweig über das Baugebiet Feldstraße-Süd zu schließen und die Ersterschließung im Geschäftsjahr 2024 zu realisieren. Dieser ist abhängig vom laufenden Normkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan.

Für den Fall, dass die Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung der GGB oder von weiteren Planungen für neue Wohn- und Gewerbebaugesbiete durch die GGB im Laufe des Geschäftsjahres 2024 erforderlich wird, ist voraussichtlich ein Nachtragswirtschaftsplan aufzustellen.

II. Erfolgsplan

Kto. Nr.	1 Erträge	Soll 2024 €	Soll 2023 €	Ist 2022 €
1 1 Umsatzerlöse				
4000	Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken	6.090.000,00	220.000,00	436.150,00
4400	Umsatzerlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen für die Stadt Braunschweig oder für Gesellschaften des "Konzern" Stadt Braunschweig; 19 % USt	0,00	0,00	0,00
4690	nicht steuerbare Umsätze (Innenumsätze)	0,00	0,00	0,00
4860	Umsatzerlöse aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken	60.000,00	50.000,00	53.376,29
Summe Umsatzerlöse:		6.150.000,00	270.000,00	489.526,29

Erläuterungen

4000 Erlöse aus dem Verkauf von Wohn- und Gewerbebaugrundstücken

Wohnbauflächen

in den Plangebieten

- "Wenden-West 1. Bauabschnitt"

Gewerblich nutzbare Bauflächen

in den Plangebieten

- "Wenden-West 1. Bauabschnitt"

- "Waller See Braunschweig/2. Bauabschnitt"

- "Forschungsflughafen-West"

- "Forschungsflughafen-Nordwest"

sowie sonstige Verkäufe:

Plan 2023: 6.090.000,00

Die Nachfrage nach den **Gewerbebaugrundstücken** der Stadt Braunschweig und der GGB war in den vergangenen Jahren trotz der "Corona-Krise" und dem "Ukraine-Konflikt" stabil auf gutem Niveau. Einerseits könnten sich zwar noch dämpfende Wirkungen durch die Zinswende einstellen, andererseits gibt es bereits zahlreiche Kaufinteressenten für das künftige Gewerbegebiet "Wenden-West, 1. Bauabschnitt". Mit dem Plan 2024 werden die Bauflächen im 1. BA des Baugebiets Wenden-West verkaufsbereit. Es wird aufgrund der konjunkturellen Lage davon ausgegangen, dass ca. ein Drittel der Flächen veräußert wird. Weiterhin wird der Verkauf eines Grundstücks im Gewerbegebiet "Forschungsflughafen-West" bzw. "Forschungsflughafen-Nordwest" pauschal berücksichtigt, weil kein konkreter Kaufinteressent bekannt ist.

4400 Es handelt sich um Dienstleistungen, die die GGB bei Bedarf für die Stadt Braunschweig oder für Gesellschaften des "Konzern" Stadt Braunschweig erbringt. Da bei der GGB lediglich wenige Mitarbeitende tätig sind, übernimmt die GGB solche Aufträge nur ausnahmsweise. Aus diesem Grund wurden das Soll 2023 und das Soll 2024 auf 0,00 € gesetzt.

4690 Es handelt sich um gelegentliche Geschäftsvorfälle (zum Beispiel haben in den Geschäftsjahren 2015 und 2018 diverse Leitungsträger die von der GGB verauslagten Kosten für Anpassungsarbeiten an Schacht- abdeckungen und Straßenkappen beim Straßenendausbau in verschiedenen Wohnbaugebieten an die GGB erstattet). Da diese Erträge nicht planbar sind, wurden das Soll 2023 und das Soll 2024 auf 0,00 € gesetzt.

- 4860 Erlöse aus der Verpachtung von Grundstücken zur landwirtschaftlichen Nutzung bis zur anderweitigen Verwendung der Flächen (Tausch; Realisierung von Wohn- oder Gewerbebaugebieten), Erlöse aus der Vermietung von Grundstücken und Erlöse aus dem Abschluss von Erbbaurechtsverträgen über Gewerbebaugrundstücke.

II. Erfolgsplan

Kto. Nr.	1 Erträge	Soll 2024 €	Soll 2023 €	Ist 2022 €
1 2 Sonstige betriebliche Erträge				
4839	sonstige Erträge unregelmäßig	0,00	0,00	300,01
4923	Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen	0,00	0,00	0,00
4930	Erträge Auflösung von Rückstellungen	400.000,00	400.000,00	10.216,41
4960	Periodenfremde Erträge	0,00	0,00	0,00
	Summe sonstige betriebliche Erträge	400.000,00	400.000,00	10.516,42
1 3 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
7100	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	21.843,97
7142	Zinsertrag Abzinsung Rückstellungen	5.000,00	5.000,00	402,55
	Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.000,00	5.000,00	22.246,52

4839 Es handelt sich insbesondere um die folgenden Geschäftsvorfälle:

- Wertzuschreibungen, das heißt die Verringerung der in vergangenen Geschäftsjahren erfolgten Wertabschreibungen für Grundstücke der GGB wegen der Verbesserung der Berechnungsgrößen

Vorjahre: Die Berechnungsgrößen der erfolgten Wertabschreibungen haben sich nach der Vermessung der in 2019 verkauften Bauflächen geändert, sodass eine Wertzuschreibung erfolgen konnte.

Prognose 2023: Es werden keine Erträge aus Wertzuschreibungen erwartet.

Soll 2024: Änderungen der den Wertabschreibungen zugrunde gelegten Berechnungsgrößen sind nicht planbar. Aus Gründen der Vorsicht wird daher davon ausgegangen, dass daraus keine Erträge zu erwarten sind.

- Zahlungen der Stadt Braunschweig in ihrer Funktion als alleinige Gesellschafterin der GGB aufgrund "§ 14 Verlustabdeckung" des Gesellschaftsvertrages (Ausgleichszahlung)

"Die Stadt Braunschweig verpflichtet sich, Jahresverluste der Gesellschaft bis zur Höhe der in den von der Gesellschafterversammlung festgestellten Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträgen abzudecken."

Aktuell stehen der GGB insgesamt 2.869 T€ Gewinnvorräte aus Vorjahren zur Verfügung, um den im Wirtschaftsplan 2024 prognostizierten Jahresfehlbetrag und etwaige künftige Jahresfehlbeträge auszugleichen. Aus diesem Grund ist keine Ausgleichszahlung der Stadt Braunschweig vorgesehen.

Ist 2022: Die GGB hat das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresfehlbetrag abgeschlossen, der durch die Gewinnvorräte aus Vorjahren ausgeglichen werden soll. Die GGB hat daher keine Ausgleichszahlung von der Stadt Braunschweig erhalten.

Soll 2023: Der Wirtschaftsplan 2023 prognostiziert einen Jahresfehlbetrag, der durch die Gewinnvorräte aus Vorjahren ausgeglichen werden kann. Daher ist keine Ausgleichszahlung der Stadt Braunschweig vorgesehen.

Soll 2024: Der Wirtschaftsplan 2024 prognostiziert einen Jahresfehlbetrag, der durch die Gewinnvorräte aus Vorjahren nur teilweise ausgeglichen werden kann. Daher ist eine Ausgleichszahlung der Stadt vorgesehen.

Aufgrund der besseren Darstellung wird der Jahresfehlbetrag nachrichtlich auf der Seiten 19 dargestellt.

- 4923 Forderungen, deren Realisierung zum Beispiel wegen unvorhersehbarer Insolvenz der Schuldner zweifelhaft geworden war und die über das Konto "6923 als Einzelwertberichtigung zu Forderungen" eingestellt werden mussten (siehe Seiten 12 und 14), sind endgültig abzuschreiben, wenn ihre Durchsetzung unmöglich geworden ist; siehe auch Konto "6930 Forderungsverluste" auf Seiten 12 und 14. Da diese Forderungsausfälle nicht planbar sind und äußerst selten bei der GGB auftreten, wurden das Soll 2023 und das Soll 2024 auf 0,00 € gesetzt.

- 4930 Zum Ende jedes Geschäftsjahres sind Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden. Wenn die endgültige Höhe dieser Verbindlichkeiten niedriger ist als die Rückstellung, werden die Überhänge auf diesem Konto aufgelöst.
- Ist 2022: Von den 10 T€ auf die teilweise Auflösung der Rückstellung für Erschließungskosten. Dabei handelt es sich um die Korrektur der in Vorjahren zum Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" auf Basis von Kostenschätzungen ermittelten Beträge, die zum Beispiel erforderlich ist, wenn die Ist-Kosten niedriger sind als die vorab geschätzten Kosten.

- 4930 Soll 2023: Die Geschäftstätigkeit 2023 könnte zu höheren Erträgen aus der Auflösung der Rückstellung für Erschließungskosten führen. Da konkrete Ermittlungen noch nicht möglich sind, wurden vorsorglich pauschal 400 T€ angesetzt.
Soll 2024: Die Geschäftstätigkeit 2024 könnte zu höheren Erträgen aus der Auflösung der Rückstellung für Erschließungskosten führen. Da konkrete Ermittlungen noch nicht möglich sind, wurden vorsorglich pauschal 400 T€ angesetzt.
- 4960 Da periodenfremde Erträge nicht planbar sind, wurden das Soll 2023 und das Soll 2024 auf 0,00 € gesetzt.
- 7100 Zinsen für Guthaben im Cash-Pool gemäß Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln zwischen der Stadt Braunschweig und der GGB in der aktuell gültigen Fassung, Zinsen für Guthaben auf dem Girokonto sowie Verzugszinsen von Schuldnern der GGB.
Die Höhe der voraussichtlichen Habenzinsen ist abhängig von der Höhe und dem Zeitpunkt der Realisierung der Umsatzerlöse sowie der zu tätigen Investitionen und von der Höhe des Zinssatzes.
Ist 2022: Es handelt sich ausschließlich Zinsen einer Geldanlage über den Cashpool. Die Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt hat dazu geführt, dass wieder Zinserträge aus der Anlage von Guthaben erzielt werden konnten.
Aus Gründen der Vorsicht sind das Soll 2023 und das Soll 2024 auf 0,00 € gesetzt worden.
- 7142 Auf dem Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" sind die auf Basis aktueller Erfahrungswerte geschätzten Kosten plus etwaige Kostensteigerungen bis zum Jahr der voraussichtlichen Realisierung der Maßnahme abzüglich einer Abzinsung auf den jeweiligen Abschlussstichtag zu buchen. Steigerungen des Abzinsungsbetrages werden auf diesem Ertragskonto gebucht, Minderungen werden auf dem entsprechenden Aufwandskonto gebucht (siehe Seiten 8 und 9).
Da die maßgeblichen Berechnungsgrößen zur Ermittlung des Abzinsungsbetrages nicht planbar sind, wurden im Soll 2023 und im Soll 2024 pauschal 5 T€ angesetzt.

II. Erfolgsplan

TOP 31

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2024 €	Soll 2023 €	Ist 2022 €
2 1 Materialaufwand (Grundstücke)				
5881	Bestandsveränderung Grundstücke	2.940.000,00	150.000,00	315.908,81
6305	Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten	3.600.000,00	180.000,00	921.716,88
5906	Fremdleistungen	0,00	0,00	7.545,79
5900	sonstiger Materialaufwand	60.000,00	60.000,00	3.890,70
Summe Materialaufwand (Grundstücke)		6.600.000,00	390.000,00	1.249.062,18

2 2 Sonstige Grundstücksaufwendungen

6350	Sonstige Grundstücksaufwendungen	10.000,00	10.000,00	0,00
6351	Grundstücksaufwendungen aus der Aufhebung von Positionen des Umlaufvermögens			0,00
Summe sonstige Grundstücksaufwendungen		10.000,00	10.000,00	0,00

Erläuterungen

5881 Damit die GGB erschlossene Baugrundstücke verkaufen kann, muss sie
6305

- die Grundstücke im Bereich eines rechtskräftigen Bebauungsplanes für ein neues Wohn- oder Gewerbegebiet erwerben (Anschaffungskosten) und

- die Maßnahmen zur Erschließung der Grundstücke entweder gemäß städtebaulichen Verträgen mit der Stadt Braunschweig in eigenem Namen und auf eigene Rechnung durchführen lassen oder durch die Abführung von Erschließungsbeiträgen und Kostenerstattungsbeträgen sowie durch die Erstattung von sonstigen entstandenen Aufwendungen an die Stadt Braunschweig finanzieren (Herstellungskosten).

Die Anschaffungs- und Herstellungskosten eines Baugebietes werden nach der Fläche auf die neu entstandenen Baugrundstücke verteilt. Beim Verkauf eines Baugrundstücks steht daher ein Anteil an den Anschaffungs- und Herstellungskosten dem Verkaufserlös gegenüber.

In dem selben Geschäftsjahr, in dem die GGB den Erlös aus dem Verkauf eines Baugrundstücks in voller Höhe erzielt (siehe Konto "4000 Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken" auf Seiten 4 und 5), muss sie auch den auf das verkaufte Baugrundstück entfallenden Anteil an den Anschaffungs- und Herstellungskosten in voller Höhe als Aufwand gegenrechnen.

Da jedoch insbesondere die Herstellungskosten über mehrere Geschäftsjahre verteilt entstehen, werden die gegenzurechnenden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf zwei verschiedenen Aufwandskonten ausgewiesen.

- Auf dem Konto "5881 Bestandsveränderung Grundstücke" werden die bereits entstandenen Kosten gebucht gegebenenfalls abzüglich der Wertabschreibungen, die in Vorjahren für die verkauften Baugrundstücke vorgenommen worden sind. Außerdem werden auf diesem Konto Wertabschreibungen für im Bestand befindliche Grundstücke gebucht, die nicht unüblich hoch sind und daher nicht auf dem Konto "6270 Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens (soweit unüblich hoch)" (siehe Seiten 15 und 16) auszuweisen sind.

Ist 2022: 0 T€ Wertzuschreibung und 0 T€ Wertabschreibung enthalten

Soll 2023: 0 T€ Wertzuschreibung und 0 T€ Wertabschreibung enthalten

Prognose 2023: 0 T€ Wertzuschreibung und 0 T€ Wertabschreibung enthalten

Soll 2024: 0 T€ Wertzuschreibung und 0 T€ Wertabschreibung enthalten

- 5881 - Auf dem Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" werden die künftig noch entstehenden Kosten für zum Beispiel den Endausbau der öffentlichen Straßen- und Grünflächen in Baugebieten der GGB geführt (= Rückstellung für langfristige Zahlungsverpflichtungen). Bei der Ermittlung ist der sogenannte Erfüllungsbetrag zugrunde zu legen, das sind die auf Basis aktueller Erfahrungswerte geschätzten Kosten plus etwaige Kostensteigerungen bis zum Jahr der voraussichtlichen Realisierung der Maßnahmen.
- 6305
- Fortsetzung

Die Betragsschwankungen der Jahre 2021 bis 2023 resultieren aus den Schwankungen von Art und Größe der verkauften Bauflächen (siehe Erläuterungen zum Konto "4000 Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken" auf Seiten 4 und 5; außerdem: je nach Umfang der erforderlichen besonderen Maßnahmen [zum Beispiel Infrastruktur, Schallschutz, Brücken, Artenschutz] ist ein Baugebiet teurer oder preiswerter).

- 5900 Der sonstige Materialaufwand beinhaltet die sogenannten Vorleistungen für die Erzielung der Umsatzerlöse - das sind die Aufwendungen der GGB, die im Zusammenhang mit dem Verkauf, der Verpachtung oder der Vermietung von Grundstücken entstehen, wie zum Beispiel:
- Aufwandsentschädigungen für die Erfüllung naturschutzfachlicher Auflagen durch Landwirte, die landwirtschaftliche Flächen der GGB als Feldhamster-Ersatzlebensräume für Baugebiete der GGB bewirtschaften (Wohnbaugebiet "Steinberg/Broitzem" = 1,6 T€ jährlich bis zum 31.12.2022).
 - Werbung, Exposés, Grenzanzeigen für verkaufte Baugrundstücke nach Abschluss der Ersterschließung, Abmarkung von verkauften Baugrundstücken nach dem Straßenendausbau, Gutachten und ähnliche im Zusammenhang mit dem Verkauf von Grundstücken stehende Aktivitäten der GGB.
- Das Ist 2022 beinhaltet 3,8 T€ Aufwendungen für Straßenreinigung
Das Soll 2023 berücksichtigt vorsorglich 55 T€ zum Vermarktungsbeginn für die neuen Bauflächen im Baugebiet "Wenden-West, 1. Bauabschnitt" sowie 5 T€ als Reserve.
Die Prognose 2023 sieht zum Vermarktungsbeginn für die neuen Bauflächen 55T€ vor.
Das Soll 2024 berücksichtigt vorsorglich 55 T€ für die weitere Vermarktung für die neuen Bauflächen im Baugebiet "Wenden-West, 1. Bauabschnitt" sowie 5 T€ als Reserve.

- 6350 Bis zum Verkauf der Baugrundstücke in den Baugebieten der GGB ist die GGB verantwortlich für die Unterhaltung dieser Baugrundstücke. Daraus resultieren Aufwendungen für die Freihaltung von Wildkräutern und unrechtmäßigen Müllentsorgungen sowie für den Winterdienst und die Gehwegreinigung.

Bis zur Herrichtung der öffentlichen Grünflächen in den Wohnbaugebieten, in denen die GGB Erschließungsträgerin ist, hat die GGB die Flächen von Wildkräutern und unrechtmäßigen Müllentsorgungen freizuhalten.

Außerdem hat die GGB gemäß städtebaulichen Verträgen mit der Stadt Braunschweig die folgenden Verpflichtungen zu erfüllen:

- Unterhaltung der Baustraßen im Wohnbaugebiet "Stöckheim-Süd" seit deren Fertigstellung Ende April 2019 bis zum Straßenendausbau einschließlich Reinigung und Winterdienst.
- Reinigung der Zufahrtsstraßen zum Wohnbaugebiet "Stöckheim-Süd" bis zum Endausbau der innerhalb des Wohnbaugebietes liegenden Straßen.
- Übernahme der Betriebskosten der öffentlichen Beleuchtungsanlagen im Wohnbaugebiet "Stöckheim-Süd" bis zur Übergabe der endgültigen Beleuchtungsanlagen nach dem Straßenendausbau an den zuständigen Leitungsträger.

Nachrichtlich:

Gemäß städtebaulichen Verträgen mit der Stadt Braunschweig hatte die GGB bis Ende 2019 kapitalisierte Kosten für 20 Jahre Erhaltungspflege der in Baugebieten der GGB neu hergerichteten öffentlichen Grünflächen an die Stadt Braunschweig gezahlt. Am 01.01.2020 belief sich der in der Bilanz auszuweisende Kostenanteil für die Pflegejahre 2020 ff. auf insgesamt 753,7 T€.

Nachdem das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg diese vertragliche Regelung mit Beschluss vom 02.06.2020 (1 MN 116/129) für unwirksam erklärt hatte, musste der entsprechende Bilanzkosten aufgelöst werden.

Der Umfang eventuell erforderlicher Unterhaltungsmaßnahmen ist situationsabhängig und daher schwer zu kalkulieren. Aus diesem Grund beinhaltet der Ansatz größere Reserven, die unter Umständen nicht ausgeschöpft werden müssen (zum Beispiel Planansatz 2020 = 150 T€ ohne kapitalisierte Pflegekosten und Ist 2021 = 7,5 T€ ohne kapitalisierte Pflegekosten)

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
2 3 Personalaufwand				
2 3 1 Löhne und Gehälter				
6020	Gehälter	338.000,00	358.300,00	96.870,28
6021	Beihilfen und Versorgungszuschläge	49.200,00	75.800,00	37.655,81
6011	Gesetzlich soziale Aufwendungen	81.300,00	0,00	0,00
6080	Vermögenswirksame Leistungen	320,00	320,00	79,80
2 3 2 Soziale Abgaben				
6120	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	1.100,00	1.100,00	600,99
Summe Personalaufwand		469.920,00	435.520,00	135.206,88

6020 Derzeit sind zwei zugewiesene Mitarbeiter bei der GGB tätig. Diese stehen im Beamtenverhältnis der Stadt Braunschweig.
Im Soll 2024 sind Einmalzahlungen, Erhöhungen und die Leistungsorientierte Bezahlung sowie die Rückstellung für Resturlaub und Zeitguthaben enthalten.

Rückstellungen für die zugewiesenen Mitarbeiter für z.B. Altersteilzeit sind entbehrlich. Rückstellungen für die Altersversorgung müssen nicht gebildet werden, weil die GGB Versorgungszuschläge an die Stadt Braunschweig leistet (siehe Konto "6021 Beihilfen und Versorgungszuschläge").

Die Aufgaben der Geschäftsführung war bis Mitte 2023 drei Mitarbeitenden der Stadt Braunschweig als Pflichtnebenstätigkeit übertragen worden. Sie erhalten dafür die zuletzt zum 01.10.20 angepasste Aufwandsentschädigung in Höhe von jeweils 400,00 € brutto monatlich (siehe Konto "6300 sonstige betriebliche Aufwendungen", weil es sich um nebenamtlich tätige Geschäftsführer handelt).
Außerdem erstattet die GGB der Stadt Braunschweig einen Anteil an deren Personalaufwendungen für diese Mitarbeitenden (siehe Konto "6302 Dienstleistungen von der Stadt BS").

Der Rat der Stadt Braunschweig hat mit Ds. Nr. 22-19055 das Braunschweiger Baulandmodell Wohnen beschlossen. In diesem wurde u.a. festgelegt, dass die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH künftig alle operativen Aufgaben zur Entwicklung von Flächen für städtebauliche Zwecke im Stadtgebiet von Braunschweig übernehmen soll. Dazu ist seit Juli 2023 eine hauptamtliche Geschäftsführung bestellt worden. Zur Erfüllung des erweiterten Aufgabenspektrums soll das erforderliche Fachpersonal bereitgestellt werden.

Derzeit ist geplant dass die Gesellschaft neben den bisherigen zwei genannten Mitarbeitenden drei weitere Planstellen erhält, wovon in einem ersten Schritt eine Stelle für betriebswirtschaftliche Angelegenheiten und immobilienwirtschaftlichen Aufgaben besetzt werden sollen. Im zweiten Schritt soll eine weitere Projektsachbearbeitung ausgeschrieben werden.

Im vorliegenden Wirtschaftsplan sind die Kosten für die hauptamtliche Geschäftsführung und zwei Stellen ganzjährig berücksichtigt. Die Höhe der Personalkosten richtet sich nach den Kosten für die bisherigen Mitarbeitenden und nach den Kosten für die hauptamtliche Geschäftsführung.
Die weitere Projektsachbearbeitung soll ab dem Mitte 2024 berücksichtigt werden.

6021 Auf diesem Konto werden Personalaufwendungen der GGB gebucht, die von der Stadt Braunschweig verauslagt und von der GGB erstattet werden. Dazu gehören:

- die Beihilfen für Mitarbeitende der GGB.

- die Versorgungszuschläge für Mitarbeitende der GGB .

Die Beamten erhalten ihre späteren Versorgungsbezüge von der Stadt Braunschweig. Für die Zeit der Tätigkeit der Beamten bei der GGB beteiligt sich die GGB an den späteren Versorgungsaufwendungen der Stadt Braunschweig.

6120 Die GGB ist Mitglied im Braunschweigischen Gemeinde-Unfallversicherungsverband. Die Ansätze beinhalten die jährlichen Beiträge (einschließlich Reserven im Soll 2023 und im Soll 2024 für etwaige Beitragserhöhungen); Insolvenzgeldumlagen sind von der GGB nicht zu entrichten.
Die Ansatzsteigerung resultiert aus einer Umstellung der Beitragsermittlung durch den Versicherer.

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
2 4 Sonstige betriebliche Aufwendungen				
6300	Sonstige betriebliche Aufwendungen	30.000,00	30.000,00	13.939,64
6302	Dienstleistungen von der Stadt BS	325.000,00	250.000,00	176.452,37
6310	Miete	20.000,00	26.500,00	9.658,35
6325	Strom	750,00	750,00	300,00
6330	Reinigung	3.600,00	3.600,00	2.237,77
6400	Versicherungen	9.000,00	5.000,00	2.610,38
6420	Beiträge	10.000,00	10.000,00	9.088,38
6495	Wartungskosten für Hard- und Software	25.000,00	25.000,00	6.665,13
6498	Mietleasing	10.000,00	0,00	0,00
6520	KFZ-Versicherungen	1.500,00	0,00	0,00
6530	Laufende Kfz-Betriebskosten	6.000,00	0,00	0,00
6800	Porto (Briefmarken)	800,00	800,00	0,00
6805	Telefon	2.070,00	2.070,00	0,00
6815	Bürobedarf	2.500,00	1.875,00	77,12
6820	Zeitschriften, Bücher	2.500,00	250,00	0,00
6821	Fortbildung	15.000,00	10.000,00	0,00
6825	Rechts- und Beratungskosten	40.000,00	20.000,00	34.312,75
6827	Erstellung und Prüfung Jahresabschluss sowie Jahressteuererklärungen	25.000,00	25.000,00	25.401,63
6830	Buchführung	11.000,00	9.000,00	5.855,00
6855	Nebenkosten des Geldverkehrs	500,00	500,00	49.836,25
6895	Abgänge Sachanlagen Restbuchwert (irreparabel defekter Bürostuhl)	0,00	0,00	0,00
6923	Einstellung in die Einzelwertberichtigung auf Forderungen	0,00	0,00	0,00
6930	Forderungsverluste	0,00	0,00	0,00
Unvorhers.	Allgemeine Reserve für Unvorhersehbares	10.000,00	10.000,00	0,00
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen:		550.220,00	430.345,00	336.434,77

- Präambel Der Rat der Stadt Braunschweig hat mit Ds. Nr. 22-19055 das Braunschweiger Baulandmodell Wohnen beschlossen. In diesem wurde u.a. festgelegt, dass die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH künftig alle operativen Aufgaben zur Entwicklung von Flächen für städtebauliche Zwecke im Stadtgebiet von Braunschweig übernehmen soll. Dazu ist seit Juli 2023 eine hauptamtliche Geschäftsführung bestellt worden. Zur Erfüllung des erweiterten Aufgabenspektrums soll das erforderliche Fachpersonal bereitgestellt werden. Neben der hauptamtlichen Geschäftsführung ist eine nebenamtliche Geschäftsführung vorgesehen. Durch diese zusätzlichen personellen Ressourcen sind insbesondere Ausweitungen der sonst. betrieblichen Aufwendungen erforderlich.
- 6300 Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung sowie für die nebenamtlich tätigen Mitglieder der Geschäftsführung; Bewirtung während Aufsichtsrats-sitzungen; Wegstreckenentschädigungen für Mitarbeitende der GGB; Rundfunkbeiträge für internetfähige PC; Kosten der Aufbewahrung von Jahresabschlussunterlagen; Reserve für die eventuell erforderliche Bildung oder Erhöhung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften; Instandhaltung betrieblicher Räume; Fahrscheine der Braunschweiger Verkehrs-GmbH.
Ist 2022: Reserven mussten nicht ausgeschöpft werden.
Im Soll 2023 und im Soll 2024 sind Reserven für sonstiges und für eine weitere Laufzeitverlängerung der zum 31.12.2020 bestehenden Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften enthalten. Mittel für die Bildung einer neuen Rückstellung dieser Art wurden nicht vorgesehen, weil kein Bedarf erkennbar ist.
[Mit der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wird das bereits bekannte Risiko von künftig erforderlich werdenden Abschreibungen zum Beispiel auf Umlaufvermögen für die Grundstücke berücksichtigt, die die GGB in künftigen Geschäftsjahren in das wirtschaftliche Eigentum übernehmen muss - sei es in Erfüllung einer Ankaufsverpflichtung oder eines Grundstückskaufvertrages. (Erläuterung der Abschreibungen, die unmittelbar im jeweiligen Geschäftsjahr erfolgen müssen, siehe Konto 6270 auf Seiten 15 und 16)]
- 6302 Es handelt sich um Dienstleistungen der Stadt Braunschweig gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt Braunschweig und der GGB in der aktuell gültigen Fassung. Dazu gehören insbesondere Leistungen des Fachbereichs 20 Finanzen (Vorzimmer, Vermarktung von Gewerbegrundstücken) und des Fachbereichs 10 Zentrale Dienste (Postservice, Personalbetreuung und Bürgertelefon). Im Planansatz sind 19 % Umsatzsteuer berücksichtigt.
Darüberhinaus sind die Personalkostenerstattungen für die zwei zugewiesenen Mitarbeiter hinterlegt.
- 6310 Anteile an der Miete, den Mietneben-, Strom- und Reinigungskosten (Raum- und Fensterreinigung) für
6325 zwei Büroräume und die Gemeinschaftseinrichtungen im Objekt Kleine Burg 14 (Erstattungen an die
6330 Stadt Braunschweig). Seit 01.07.2016 Anmietung eines eigenen Kellerraums im Gebäude Kleine Burg 14, weil die GGB keinen weiteren Stauraum in dem mit der Stadt Braunschweig gemeinsam genutzten Keller-raum erhalten konnte und weil es keine wirtschaftlichere Alternative gab. Die Ansatzserhöhungen 2021 und 2022 im Vergleich zum Ist 2019 resultieren aus dem am 06.07.2020 erfolgten Umzug eines Mitarbeitenden der GGB in einen größeren Büroraum im Gebäude Kleine Burg 14 und aus der Anpassung der Heiz- und Betriebskostenvorauszahlung an die allgemeinen Preissteigerungen.
- 6400 Beiträge für eine allgemeine Haftpflichtversicherung, für eine Vermögenseigenschadenversicherung und für eine Kommunal-Straf-Rechtsschutzversicherung mit erweitertem Strafrechtsschutz. Ab dem Geschäftsjahr wurde eine Directors & Officers Versicherung abgeschlossen.
[Unfallversicherung siehe Konto "6120 Beiträge zur Berufsgenossenschaft" auf Seiten 10 und 11]
- 6420 Beiträge zur Industrie- und Handelskammer, Realverbands- und Landwirtschaftskammerbeiträge
- 6495 PC-Arbeitsplätze (Erstattung an die Stadt Braunschweig, da die Ausstattung und Betreuung der Arbeitsplätze von dort erfolgen; wie bisher einschließlich 19 % Umsatzsteuer).
- 6498 Im Rahmen des Geschäftsführungsvertrages ist ein Dienstwagen vereinbart worden.
- 6530 Siehe Konto "6498 Mietleasing"

- 6800 Vorsorgliche Pauschale, falls die Stadt Braunschweig und die GGB festlegen sollten, dass die GGB künftig alle Postausgänge selbst frankiert (bisher entgeltliche Abwicklung über die Stadt Braunschweig; enthalten im Konto "6302 Dienstleistungen von der Stadt Braunschweig").
- 6805 Fernsprechapparate und -gebühren (Erstattung an die Stadt Braunschweig, da die Ausstattung und Betreuung der Arbeitsplätze von dort erfolgen; wie bisher einschließlich 19 % Umsatzsteuer).
- 6815 Büromaterial
- 6820 Ist 2022: Keine Beschaffungen erfolgt.
Im Soll 2023 sind Reserven für weitere Bedarfsbeschaffungen berücksichtigt. Es wurde bereits einschlägige Literatur angeschafft. Für das Geschäftsjahr 2024 sind weitere Anschaffung aufgrund von Mitarbeiter- und Aufgabenzuwachs geplant.
- 6821 Reserve für die Teilnahme der Mitarbeitenden der GGB an Fortbildungsveranstaltungen. Darüberhinaus sind Mittel für die Schulung und Fortbildung neuer Mitarbeiter eingeplant.
- 6825 Ist 2022: Personalberatungskosten für die Suche der Hauptamtlichen Geschäftsführung.
Soll 2023 und Soll 2024: Reserve für rechtliche Beratungen (incl. Steuerrecht), anwaltliche Vertretung in Gerichtsverfahren, Gerichtskosten für anhängige Klageverfahren oder Änderungen im Handelsregister, Handlungsvollmachten.
- 6827 Erstellung, Prüfung und Offenlegung der Jahresabschlüsse; Erstellung der Jahressteuererklärungen; Prüfung der Jahressteuerbescheide; Prüfung und Testat im Zusammenhang mit dem konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt Braunschweig.
- 6855 Kontoführungsgebühren, Tresorschließfach, Gebühren für Bürgschaften, Verwahrgebühren (= negative Habenzinsen für Geldanlagen).
Mit Anpassung der Leitzinses der EZB Mitte 2022 sind Verwarentgelte für die Guthaben auf dem Bankkonto ausgelaufen.
- 6923 Forderungen, deren Realisierung zum Beispiel wegen unvorhersehbarer Insolvenz der Schuldner zweifelhaft geworden waren und über das Konto 6923 als Einzelwertberichtigung auf Forderungen eingestellt werden mussten, sind endgültig abzuschreiben, wenn ihre Durchsetzung unmöglich geworden ist; siehe auch Konto "4923 Erträge aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen" auf Seiten 5 und 6. Da diese Forderungsausfälle nicht planbar sind und äußerst selten bei der GGB auftreten, wurden das Soll 2023 und das Soll 2024 auf 0,00 € gesetzt.
- 6930

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
2 5 Abschreibungen				
2 5 1 Abschreibungen auf Sachanlagen				
6220	Abschreibungen auf Sachanlagen	800,00	800,00	130,00
6260	Sofortabschreibung GWG	4.000,00	4.000,00	0,00
2 5 2 Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten				
6270	Abschreibungen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens (soweit unüblich hoch)	0,00	0,00	0,00
	Summe Abschreibungen	4.800,00	4.800,00	130,00
2 6 Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
7300	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
7302	Steuerlich nicht abzugsfähige, andere Nebenleistungen zu Steuern § 4 Abs. 5b EStG (Mahngebühren, Säumniszuschläge zu GewSt)	0,00	0,00	0,00
7310	Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00
7320	Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten	663.000,00 €	510.000,00	326.230,00
7362	Zinsaufwendungen Aufzinsung Rückstellungen	150.000,00	150.000,00	7.891,54
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	813.000,00	660.000,00	334.121,54

- 6220 Jährliche Abschreibung der in 2011 beschafften und noch im Gebrauch befindlichen Büroausstattung (Nutzungsdauer 13 Jahre) sowie Reserve für etwaig erforderliche (Ersatz-/Ergänzungs-) Beschaffungen. Bei einem Pauschalansatz von 10 T€ ist im Rahmen der Nutzungsdauer mit rund 800,00 € an Abschreibungen zu rechnen.
- 6260 Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von abnutzbaren, beweglichen und selbstständig nutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens können sofort im Jahr der Anschaffung oder Herstellung in voller Höhe als Betriebsausgaben abgezogen werden, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten den Betrag von 800,00 € nicht übersteigen. Aufgrund der genannten Veränderungen ist ein Betrag von 4000 € vorsorglich der Neuanschaffungen von Büroeinrichtungen eingeplant.
- 6270 Ist 2022: Abschreibungen auf Grundstückswerte waren entbehrlich.
Das Soll 2023 und Soll 2024 wurde auf 0,00 € gesetzt, weil angesichts der hohen Nachfrage nach Wohnbau und stabiler Marktpreise für Gewerbebaugrundstücke keine Abschreibung erforderlich erschien.
- 7300 Verzugszinsen u. ä. werden in der Regel vermieden.
- 7302
- 7310 Zinsen für Darlehen aus dem Cash-Pool gemäß Vertrag über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzmitteln zwischen der Stadt Braunschweig und der GGB in der Fassung vom 26.06.2017 sowie ggf. Zinsen für Überziehungskredite auf dem Girokonto. Für den Fall, dass Investitionen getätigt werden müssen, bevor die Einnahmen zur Deckung dieser Investitionen realisiert werden können, muss eine Zwischenfinanzierung über den Cash-Pool erfolgen.
Ist 2021: Die Aufnahme von Darlehen aus dem Cash-Pool war entbehrlich.
Das Soll 2022 ist auf 0,00 € gesetzt worden, weil die Aufnahme von Darlehen aus dem Cash-Pool gemäß Liquiditätsplanung entbehrlich sein würde.
Die Prognose 2022 entspricht der Planung.
Das Soll 2023 wurde auf 0,00 € gesetzt, weil die Aufnahme von Darlehen aus dem Cash-Pool gemäß aktueller Liquiditätsplanung entbehrlich sein wird.
- 7320 Ist 2022: Zinsen vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 für das seit 03.12.2018 in Höhe von 10.000 T€ valutierende Gesellschafterdarlehen (Laufzeit bis 03.12.2038, Zinssatz 2,02 % jährlich, endfällige Tilgung) und für das seit 03.07.2019 in Höhe von 6.150 T€ valutierende Gesellschafterdarlehen (Laufzeit bis 03.07.2029, Zinssatz 2,02 % jährlich, endfällige Tilgung).
Soll 2023: Für die beiden Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 16.150 T€ hat die GGB 2,02 % Zinsen jährlich zu entrichten.
Soll 2024: Für die beiden Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 16.150 T€ hat die GGB 2,02 % Zinsen jährlich zu entrichten, das sind 326 T€. Der Zinsaufwand wurde pauschal auf 663 T€ erhöht, weil die Geschäftsentwicklung die Neuaufnahme eines mittel- oder langfristigen Darlehens im 1. Hj. Quartal 2024 erforderlich macht (siehe Seiten 22 und 23)..
- 7362 Auf dem Konto "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" sind die auf Basis aktueller Erfahrungswerte geschätzten Kosten plus etwaige Kostensteigerungen bis zum Jahr der voraussichtlichen Realisierung der Maßnahme abzüglich einer Abzinsung auf den jeweiligen Abschlussstichtag zu buchen. Minderungen des Abzinsungsbetrages werden auf diesem Aufwandskonto gebucht, Steigerungen werden auf dem entsprechenden Ertragskonto gebucht (siehe Seiten 8 und 9).
Da die maßgeblichen Berechnungsgrößen zur Ermittlung des Aufzinsungsbetrages nicht planbar sind, wurden im Soll 2023 und im Soll 2024 pauschal 150 T€ angesetzt.

Kto. Nr.	2 Aufwendungen	Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
2 7 Steuern				
2 7 1 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
7600	Körperschaftsteuer	0,00	0,00	0,00
7603	Nachzahlung Körperschaftsteuer für Vorjahre	0,00	0,00	0,00
7604	Erstattung Körperschaftsteuer für Vorjahre	0,00	0,00	0,00
7607	Erstattung Solidaritätszuschlag für Vorjahre	0,00	0,00	-0,55
7608	Solidaritätszuschlag	0,00	0,00	0,00
7609	Nachzahlung Solidaritätszuschlag für Vorjahre	0,00	0,00	0,00
7610	Gewerbsteuer	0,00	0,00	0,00
7640	Nachzahlung Gewerbsteuer für Vorjahre	0,00	0,00	0,00
7643	Erträge aus der Auflösung von Gewerbesteuer-rückstellungen	0,00	0,00	0,00
7630	Kapitalertragsteuer 25 %	0,00	0,00	0,00
7633	Solidaritätszuschlag auf Kapitalertragsteuer	0,00	0,00	0,00
	Summe Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	-0,55
2 7 2 Sonstige Steuern				
7680	Grundsteuer	80.000,00	80.000,00	49.472,28
7690	Steuernachzahlung Vorjahre für sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
7692	Erstattung Vorjahre für sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00
	Summe sonstige Steuern	80.000,00	80.000,00	49.472,28
	Summe Steuern	80.000,00	80.000,00	49.471,73

7600 Die steuerlichen Verlustvorträge zum 31.12.2022 können derzeit noch nicht ermittelt werden.
bis 7633

Ist 2022: Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem Jahresfehlbetrag abgeschlossen. Der Verlustrücktrag auf das Einkommen 2019 führt zu den angegebenen Erstattungen für Vorjahre.

Soll 2023: Da der Wirtschaftsplan 2023 einen Jahresfehlbetrag vorsieht, wurde der Ansatz für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 0,00 € gesetzt.

Soll 2024: Da der Wirtschaftsplan 2024 einen Jahresfehlbetrag vorsieht, wurde der Ansatz für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 0,00 € gesetzt.

7680 Steuern für unbebaute Grundstücke.
bis 7692

	3 Gesamtplan (Jahresergebnis)	Soll 2024	Soll 2023	Top 2022
3	Gesamtplan (Jahresergebnis)			
1 1	Umsatzerlöse	6.150.000,00	270.000,00	489.526,29
1 2	Sonstige betriebliche Erträge ohne Ausgleichszahlung Betrauung	400.000,00	400.000,00	10.516,42
1 3	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.000,00	5.000,00	22.246,52
	Summe Erträge	6.555.000,00	675.000,00	522.289,23
2 1	Materialaufwand	6.600.000,00	390.000,00	1.249.062,18
2 2	Sonstige Grundstücksaufwendungen	10.000,00	10.000,00	0,00
2 3	Personalaufwand	469.920,00	435.520,00	135.206,88
2 4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	550.220,00	430.345,00	336.434,77
2 5	Abschreibungen	4.800,00	4.800,00	130,00
2 6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	813.000,00	660.000,00	334.121,54
2 7	Steuern	80.000,00	80.000,00	49.471,73
	Summe Aufwendungen	8.527.940,00	2.010.665,00	2.104.427,10
	Erträge ./ Aufwendungen = Jahresergebnis:	-1.972.940,00	-1.335.665,00	-1.582.137,87
Nachrichtlich	Gewinnvortrag nach Verrechnung mit dem Jahresergebnis	-1.203.901,25	769.038,75	2.104.703,75
	Verlustausgleich durch die Stadt Braunschweig	1.203.901,25	0,00	0,00

Erläuterungen

zu 3 Jahresergebnis 2023:

Aus der Differenz der Gesamterträge und der Gesamtaufwendungen errechnet sich für das
Geschäftsjahr 2023 ein **Jahresergebnis** in Höhe von: **- 1.972.940,00 €**

III. Finanzplan

TOP 31

Kto. Nr.	1 Mittelverwendung	Soll 2024 €	Prognose 2023 €	Ist 2022 €
1 1 Investitionen				
Ansch.	Anschaffung	10.000.000,00	12.000.000,00	1.540.147,75
				2.016.076,44
Herst.	Herstellung	7.500.000,00	3.000.000,00	
sonst. Inv.	sonstige Investitionen	10.000,00	1.000,00	0,00
Summe Investitionen		17.510.000,00	15.001.000,00	3.556.224,19
1 2 Tilgung von kurz- und langfristigen Darlehen				
Bank	Darlehen von Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
Stadt	Darlehen von der Stadt Braunschweig	0,00	0,00	0,00
sonstige	Darlehen von sonstigen	0,00	0,00	0,00
Summe Tilgung von Darlehen		0,00	0,00	0,00
Summe Mittelverwendung		17.510.000,00	15.001.000,00	3.556.224,19

Erläuterungen

Ansch. Zum Teil dienen die Investitionen der Erfüllung der Verbindlichkeiten, die in Vorjahren über das Konto
Herst. "6305 Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten" entsprechend dem Verkauf von Baugrundstücken gebildet worden sind (siehe Seiten 8 und 9). Dieser Teil der Investitionen führt zu keiner Erhöhung der Bilanzposition "Vorräte - zur Weiterveräußerung bestimmte Grundstücke".

Die Ansätze beziffern das Investitionsvolumen, eine Zweckbindung besteht nicht - weder in Bezug auf die Maßnahmenarten "Anschaffung" oder "Herstellung" noch in Bezug auf die in den jeweiligen Erläuterungen genannten Baugebiete, Maßnahmengruppen oder Einzelmaßnahmen.

Ansch. Dazu gehören der Grunderwerb zur Flächenvorsorge Wohnen und Gewerbe sowie der Erwerb von Tauschflächen. Die Realisierung der Maßnahmen wird in jedem Einzelfall mit der Bauverwaltung der Stadt Braunschweig abgestimmt und ist bei Übersteigen der in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen Gegenstand der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der GGB.

Ist 2022: Kauf- und Nebenkosten für den Erwerb von Flächen im Planbereich "Wenden-West".
Prognose 2023: Grunderwerb für das Baugebiet "Wenden-West, 2. Bauabschnitt" durch Annahme der vorliegenden notariellen Kaufangebote, Nebenkosten für den not. Kaufangebote in Rautheim und Reserve für Grunderwerb zur Flächenvorsorge Wohnen und Gewerbe.
Soll 2024: Grunderwerb für das Baugebiet Feldstraße-Süd sowie Überlegungen zur Übernahme von Flächen privater Investoren, da künftig alle Baugebiet nur noch mit min. 50% Beteiligung der Stadt bzw. Grundstücksgesellschaft erschlossen werden können.
Davon sind 5.000 T€ Reserven für Maßnahmen, die im Geschäftsjahr 2023 durchgeführt/abgeschlossen werden sollen, jedoch unter Umständen in das Geschäftsjahr 2024 verschoben werden.

Allgemeines zur Position "Herstellung":

Bis Ende 2010 hatten die Stadt Braunschweig und die GGB
- Erschließungsverträge gemäß § 124 Baugesetzbuch (BauGB) geschlossen, mit denen die Durchführung aller Maßnahmen zur Erschließung von Baugebieten der GGB und die Übernahme der in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten auf die GGB übertragen worden waren
- Folgekostenverträge gemäß § 11 BauGB geschlossen, mit denen sich die GGB zur Durchführung von Folgemaßnahmen (zum Beispiel Ausgleichsmaßnahmen, Jugendplatz, Kindertagesstätte) bzw. zur

Erstattung der bei der Stadt Braunschweig im Rahmen der Durchführung der Folgemaßnahmen entstandenen Kosten verpflichtet hatte.

Mit Urteil vom 01.12.2010 hatte das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass der Abschluss von Erschließungsverträgen zwischen einer Kommune und ihrer Eigengesellschaft unzulässig sei (der Abschluss von Folgekostenverträgen war nicht Gegenstand des Verfahrens). Aus diesem Grund musste die Stadt Braunschweig Baugebiete mit Flächen der GGB selbst erschließen und Erschließungsbeiträge sowie Kostenerstattungsbeträge von der GGB erheben (betroffen sind die Wohnbaugebiete "Lammer Busch-Ost/2. BA", "Roselies-Süd/Lindenberg", "Im großen Raffkampe/Lamme", "Meerberg/Leiferde" und "Am Pfarrgarten/Bevenrode").

Seit dem 21. Juni 2013 ist die Neufassung der §§ 11 und 124 BauGB wirksam, sodass die bis Ende 2010 praktizierte Vorgehensweise beim Wohnbaugebiet "Stöckheim-Süd" und allen künftigen Wohnbaugebieten der GGB wieder fortgesetzt werden kann.

Herst. Dazu gehören

- die Kosten der städtebaulichen Planung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten mit Flächen der GGB,
- die Erschließungsbeiträge und Kostenerstattungsbeträge für Grundstücke der GGB, die die Stadt Braunschweig für die von ihr selbst durchgeführte Erschließung der neuen Baugebiete erhebt,
- die Kosten für Erschließungsmaßnahmen zur Realisierung der neuen Baugebiete, die die GGB gemäß Erschließungsverträgen nach § 124 BauGB mit der Stadt Braunschweig zu tragen hat und
- die Kosten für Folgemaßnahmen zur Realisierung der neuen Baugebiete, die die GGB gemäß Folgekostenverträgen nach § 11 BauGB mit der Stadt Braunschweig zu tragen hat.

Die Maßnahmen werden in jedem Einzelfall zwischen der Bauverwaltung der Stadt Braunschweig und der GGB abgestimmt und sind bei Übersteigen der in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen Gegenstand der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der GGB.

Ist 2022: Insbesondere Kostenerstattungen an die Stadt Braunschweig, Abführung von Erschließungsbeiträgen in einem Baugebiet an die Stadt Braunschweig, Planungskosten für das Baugebiet "Wenden-West, 1. Bauabschnitt", Abschluss der Abrechnungen über die Ersterschließung des Wohnbaugebietes "Stöckheim-Süd" und verschiedene Einzelmaßnahmen zum Abschluss von früheren Baugebieten der GGB.

Prognose 2023: Insbesondere Kostenerstattungen an die Stadt Braunschweig, Abführung von Erschließungsbeiträgen und Kostenerstattungsbeträgen in diversen Baugebieten an die Stadt Braunschweig, Maßnahmen der Ersterschließung des Baugebietes "Wenden-West, 1. Bauabschnitt", Straßenendausbau im westlichen Bereich des Wohnbaugebietes "Stöckheim-Süd", verschiedene Einzelmaßnahmen zum Abschluss von früheren Baugebieten der GGB und Reserve für die Planung von Standorten für neue Baugebiete der GGB.

Soll 2024: Insbesondere Kostenerstattungen an die Stadt Braunschweig, Abführung von Erschließungsbeiträgen und Kostenerstattungsbeträgen in diversen Baugebieten an die Stadt Braunschweig, Maßnahmen der Ersterschließung des Baugebietes "Wenden-West, 1. Bauabschnitt", Ersterschließung des Baugebietes "Feldstraße-Süd", verschiedene Einzelmaßnahmen zum Abschluss von früheren Baugebieten der GGB und Reserve für die Planung von Standorten für neue Baugebiete der GGB.

sonst. Inv. Anschaffungs- oder Herstellungskosten von abnutzbaren, beweglichen und selbstständig nutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten den Betrag von 800,00 € übersteigen (bis 800,00 € siehe Konto "6260 Sofortabschreibung GWG").

Ist 2022: Die Ersatzbeschaffung eines Bürostuhls und die Ergänzungsbeschaffung von Mobiliar wurde auf dem Konto "6260 Sofortabschreibung GWG" gebucht, weil der Betrag von 800,00 € je Wirtschaftsgut nicht überschritten wurde. Sonstige Investitionen waren nicht erforderlich.

Soll 2023: neues Büromobiliar für GF und weitere Mitarbeiter.

Prognose 2023: Büromobiliar für die Geschäftsführung sowie für eine weiteren Mitarbeitenden wurden beschafft. Sonstige Investitionen werden voraussichtlich nicht erforderlich sein.

Soll 2024: Aufgrund des Personalaufwuchses sind neue Büroausstattungen vorzusehen sowie eine vorsorgliche Reserve.

Bank
Stadt
sonstige

Ist 2022: Da die seit dem 03.12.2018 und 03.07.2019 valutierenden Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 16.150 T€ jeweils erst am Ende ihrer Laufzeit im Geschäftsjahr 2038 bzw. 2029 getilgt werden müssen und weil die Aufnahme/Tilgung von Darlehen aus dem Cash-Pool entbehrlich war, sind keine Tilgungsleistungen erfolgt.

Soll 2023: Der Ansatz war auf 0,00 € gesetzt worden, weil die seit dem 03.12.2018 und 03.07.2019 valutierenden Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 16.150 T€ jeweils erst am Ende ihrer Laufzeit im Geschäftsjahr 2038 bzw. 2029 getilgt werden müssen und eine kurzfristige Zwischenfinanzierung durch Darlehen aus dem Cash-Pool gemäß Liquiditätsplanung entbehrlich sein würde.

Die Prognose 2023 entspricht der Planung.

Soll 2024: Der Ansatz ist auf 0,00 € gesetzt worden, weil die seit dem 03.12.2018 und 03.07.2019 valutierenden Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 16.150 T€ jeweils erst am Ende ihrer Laufzeit im Geschäftsjahr 2038 bzw. 2029 getilgt werden müssen und eine kurzfristige Zwischenfinanzierung durch Darlehen aus dem Cash-Pool gemäß aktueller Liquiditätsplanung entbehrlich sein wird.

Sollte eine weitere Kreditaufnahme in 2024 realisiert werden, wird die Tilgung ab dem Folgejahr berücksichtigt.

III. Finanzplan

TOP 31

Kto. Nr.	2 Mittelherkunft	Soll 2024	Soll 2023	Ist 2022
2 1	Liquiditätswirksamer Einnahmen- überschuss (siehe Seite 22)	4.327.360,00	-1.246.365,00	-342.821,95
		Soll 2024 €	Prognose 2023 €	Ist 2022 €
2 2	Überhang von Finanzmitteln aus Vorjahr *	3.286.629,52	19.533.994,52	23.433.040,66
2 3	Kapital der Gesellschafterin	0,00	0,00	0,00
2 4	Aufnahme von kurz- und langfristigen Darlehen (siehe Seite 22)			
Bank	Darlehen von Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
Stadt	Darlehen von der Stadt Braunschweig	15.000.000,00	0,00	0,00
sonstige	Darlehen von sonstigen	0,00	0,00	0,00
	Summe Aufnahme von Darlehen	15.000.000,00	0,00	0,00
	Summe Mittelherkunft	22.613.989,52	18.287.629,52	23.090.218,71

3 Zusammenfassung

Summe Mittelverwendung *	17.510.000,00	15.001.000,00	3.556.224,19
Summe Mittelherkunft	22.613.989,52	18.287.629,52	23.090.218,71
Überhang von Finanzmitteln **	5.103.989,52	3.286.629,52	19.533.994,52

* Einige Ansätze für Maßnahmen wurden wegen der zeitlichen Ungewissheit ihrer Durchführung nicht nur im Soll 2023, sondern auch im Soll 2024 berücksichtigt.

** Die Höhe des Überhangs von Finanzmitteln entspricht nicht der Liquidität der GGB zum jeweiligen Jahresabschluss, weil zum Beispiel die Rechnungsabgrenzungsposten, die erhaltenen Anzahlungen auf Kaufpreise, die Verbindlichkeiten, die Forderungen und der Verbrauch von Rückstellungen entweder zu vorgezogenen Ein- und Auszahlungen führen oder erst in Folgejahren den Kassenbestand verändern, was in der Systematik eines Wirtschaftsplanes bei einem anderen Geschäftsjahr oder gar nicht berücksichtigt wird.

Aus Gründen einer wahrheitsgemäßen Darstellung wird die Liquidität einschließlich des Guthabens im Cash-Pool der Stadt Braunschweig im Folgenden beziffert:

Ist 2022 18.163.370,19 €

Prognose 2023 3.800.000,00 €

Prognose 2024 -9.500.000,00 € (ohne Darlehensaufnahme)

Die Geschäftsentwicklung könnte die Neuaufnahme eines Darlehens im 1 Hj. 2024 erforderlich machen zur Finanzierung der Aufwendungen, Investitionen und Verbindlichkeiten sowie des Verbrauchs von Rückstellungen, die den Kassenbestand im Geschäftsjahr 2024 belasten werden.

zu 2 1

Kto. Nr.	Liquiditätswirksamer Einnahmenüberschuss	Soll 2024 €	Soll 2023 €	Ist 2022 €
1	Einnahmewirksame Erträge			
	Erträge insgesamt ohne Ausgleichszahlung	6.555.000,00	675.000,00	522.289,23
4839	Wertsteigerungen auf Umlaufvermögen	0,00	0,00	270,88
4923	Erträge aus der Herabsetzung Einzelwertberichtigung zu Forderungen	0,00	0,00	0,00
4930	Erträge Auflösung von Rückstellungen	400.000,00	400.000,00	10.216,41
7100	Zinserträge Abzinsung Rückstellungen	5.000,00	5.000,00	402,55
4930/7400	Verringerung der Rückstellung für Drohverluste	0,00	0,00	0,00
	Einnahmewirksame Erträge	6.150.000,00	270.000,00	511.399,39
2	Ausgabewirksame Aufwendungen			
	Aufwendungen insgesamt	8.527.940,00	2.010.665,00	2.104.427,10
5881	Bestandsveränderung Grundstücke	2.940.000,00	150.000,00	315.908,81
6020	Rückstellung für Resturlaub und Zeitguthaben	5.000,00	4.000,00	4.558,53
6300	Rückstellung für Aufbewahrung von Jahresabschlussunterlagen	500,00	500,00	0,00
6305	Aufwendungen für die Zuführung zur Rückstellung für Erschließungskosten	3.600.000,00	180.000,00	921.716,88
6923 + 6930	Forderungsverluste	0,00	0,00	0,00
6220	Abschreibungen auf Sachanlagen	800,00	800,00	130,00
6260	Sofortabschreibung GWG	4.000,00	4.000,00	0,00
6270	Abschreibungen Vermögensgegen- stände des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
6300	Rückstellung für Drohverluste	5.000,00	5.000,00	0,00
6895	Abgänge Sachanlagen Restbuchwert bei Buchverlust	0,00	0,00	0,00
7362	Zinsaufwendungen Aufzinsung Rückstellungen	150.000,00	150.000,00	7.891,54
	Ausgabewirksame Aufwendungen	1.822.640,00	1.516.365,00	854.221,34
3	Liquiditätswirksamer Einnahmen- überschuss			
	Einnahmewirksame Erträge	6.150.000,00	270.000,00	511.399,39
	Ausgabewirksame Aufwendungen	1.822.640,00	1.516.365,00	854.221,34
	1 ./ 2 = Liquiditätswirksamer Einnahmenüberschuss	4.327.360,00	-1.246.365,00	-342.821,95

Fortsetzung der Erläuterungen

- zu 2 3** Erläuterungen zur Ausgleichszahlung siehe auch Seiten 5 und 6.
 Ist 2022: Die GGB hat das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag abgeschlossen, der durch die Gewinnvorträge aus Vorjahren ausgeglichen werden soll. Die GGB hat daher keine Ausgleichszahlung von der Stadt Braunschweig erhalten.
 Soll 2023: Der Wirtschaftsplan 2022 prognostiziert einen Jahresfehlbetrag, der durch die Gewinnvorträge aus Vorjahren ausgeglichen werden kann. Daher ist keine Ausgleichszahlung der Stadt Braunschweig vorgesehen.
 Soll 2024: Der Wirtschaftsplan 2024 prognostiziert einen Jahresfehlbetrag, der durch die Gewinnvorträge aus Vorjahren nur teilweise ausgeglichen werden kann. Daher ist eine Ausgleichszahlung der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 1,2 Mio € vorgesehen.
- zu 2 4** Im Geschäftsjahr 2022 hat die GGB keine Darlehen aufgenommen.
 Bank Die Prognose 2023 beläuft sich auf 0,00 € und entspricht damit der Planung; die Aufnahme weiterer Dar-
 Stadt lehen kann gemäß aktueller Liquiditätsplanung erforderlich werden.
 sonstige Zum Soll 2024: Die Geschäftsentwicklung könnte die Neuaufnahme eines mittel- bis langfristigen Dar-
 lehens im 1. HJ. 2023 erforderlich machen. Daher wurden vorsorglich 15.000 T€ angesetzt. Ziel soll
 ggf. die weitere Aufnahme eines Gesellschafterdarlehens sein, das die Stadt Braunschweig durch Aufnahme
 eines Darlehens im Rahmen der Konzernkreditfinanzierung/Experimentierklausel gemäß § 181 Nieder-
 sächsisches Kommunalverfassungsgesetz finanziert.

IV. Mittelfristige Unternehmensvorschau für die Geschäftsjahre 2023 bis 2028

Ergebnisse

Die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird die Planjahre 2023 bis 2028 voraussichtlich wie folgt abschließen:

2023 T€ Plan	2024 T€ Plan	2025 T€ Plan	2026 T€ Plan	2027 T€ Plan	2028 T€ Plan
-1.336	-1.973	-5.549	500	1.500	500

Einschätzungen der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Die Jahresabschlussprognose zum 30.09.2023 sieht wie geplant ein negatives Jahresergebnis vor. Für die Geschäftsjahre 2023 und 2024 werden negative Jahresergebnisse erwartet, weil voraussichtlich nur wenige Wohnbauflächen ertragswirksam vermarktet werden können und geschäftstypisch auch nur wenige Gewerbebauflächen. Nach der Ersterschließung der neuen Bauflächen im Wohn- und Gewerbegebiet "Wenden-West, 1. Bauabschnitt" sind negative Jahresergebnisse geplant, weil an diesem Standort nur wenige Wohnbauflächen entstehen und hohe Kosten erwartet werden.

Abgesehen von der Aufstellung des Bebauungsplanes für das neue Wohnbaugebiet "Wenden-West, 2. Bauabschnitt" sind weitere Planungen für neue Wohngebiete der GGB westlich von Rautheim, südlich der Feldstraße und südlich der Glogaustraße vorgesehen.

Der Rat der Stadt Braunschweig hat mit Ds. Nr. 22-19055 das Braunschweiger Baulandmodell Wohnen beschlossen. In diesem wurde u.a. festgelegt, dass die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH künftig alle operativen Aufgaben zur Entwicklung von Flächen für städtebauliche Zwecke im Stadtgebiet von Braunschweig übernehmen soll. Der Umfang der Dienstleistungen, die die Stadt Braunschweig für die GGB erbringt, nimmt zu.

Wegen der Nachfrage nach Bauflächen und der gestiegenen Immobilienpreise werden im Geschäftsjahr 2023 keine Abschreibungen auf Umlaufvermögen für die aktuell in der Vermarktung befindlichen Gewerbebauflächen erwartet.

Gewerbebauflächen und Grundstücke der Flächenvorsorge sind naturgemäß länger im Bestand der GGB als erschlossene Wohnbauflächen, sodass das Risiko von Liquiditätslücken besteht, weil das Kapital der GGB über lange Zeit gebunden ist. Die Geschäftsentwicklung könnte die Neuaufnahme eines mittel- oder langfristigen Darlehens im 1. HJ. 2024 erforderlich machen, wenn sich die im Geschäftsjahr 2024 vorgesehenen Ausgaben nicht mehr durch die aktuelle Liquiditätsreserve und die erwarteten Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken decken lassen sollten.

Der Finanzbedarf der GGB wird steigen, wenn zusätzlich die Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung der GGB oder zur Planung und Realisierung von weiteren neuen Wohn- und Gewerbebaugebieten durch die GGB im Laufe der Geschäftsjahre 2024 und/oder 2025 erforderlich werden sollte.

Die weitere Geschäftsentwicklung wird maßgeblich bestimmt durch die künftigen Aktivitäten der GGB, die jeweils gemeinsam mit der Stadt Braunschweig und dem Aufsichtsrat der GGB festgelegt werden, und durch die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt.

Betreff:

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Wirtschaftsplan 2024 und Rücklagenbildung 2023

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

18.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 02.11.2023

Sitzungstermin

Status

Ö

Beschluss:

- „1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung
- a) der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH werden angewiesen,
 - b) der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 empfohlenen Fassung wird festgestellt.

2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Einstellung eines Betrages in Höhe von 150.000 € aus dem Jahresüberschuss der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH für das Geschäftsjahr 2023 in andere Gewinnrücklagen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Zu. 1.

Die Gesellschaftsanteile an der HBG werden in Höhe von 94,9 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) und in Höhe von 5,1 % von der Stadt Braunschweig gehalten.

Die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der HBG obliegt gemäß § 12 Ziffer 3 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan 2024 in seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 empfohlen.

Nach § 12 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der HBG der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der HBG und der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung. Der Wirtschaftsplanentwurf 2024 weist einen Überschuss von 461,9 T€ aus.

Die Vergleichszahlen 2022 bis 2024 stellen sich wie folgt dar:

	Angaben in T€	Ist 2022	Plan 2023	Prognose 2023*)	Plan 2024
1	Umsatzerlöse	20.453,5	22.238,2	18.787,5	19.745,2
1a	%-Vergleich zum Vorjahr/Plan		+ 8,7 %/	- 8,1 %/ - 15,5 %	+ 5,1 %
2	Sonstige betriebliche Erträge	813,6	804,1	980,9	970,8
2a	davon Auflösungserträge aus Sonderposten	377,0	438,6	339,7	394,3
3	Gesamtleistung (Summe 1 + 2)	21.267,1	23.042,3	19.768,4	20.716,0
4	Materialaufwand	-15.643,2	-17.035,7	-14.432,2	-14.811,2
5	Personalaufwand	-2.433,6	-2.790,6	-2.633,7	-2.790,0
6	Abschreibungen	-644,7	-745,2	-589,3	-685,7
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.977,2	-1.984,1	-1.599,0	-1.888,4
8	Betriebsergebnis (Summe 3 bis 7)	568,4	486,7	514,2	540,7
9	Zins-/Finanzergebnis	-13,7	-39,2	-23,5	-28,4
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8
11	Ergebnis nach Steuern (Summe 8 bis 10)	553,9	446,7	489,9	511,5
12	Sonstige Steuern	-64,2	-33,5	-49,6	-49,6
13	Jahresergebnis (Summe 11 + 12)	489,7	413,2	440,3	461,9

*) Prognosedaten Stand 31.07.2023

Der Wirtschaftsplanentwurf 2024 ist unter der Annahme einer weiterhin schwachen Umsatzentwicklung erstellt worden, so dass die Planwerte im Vergleich zu den Prognosewerten 2023 zwar angehoben, im Vergleich zur Vorjahresplanung allerdings um 2,5 Mio. € gemindert worden sind. Berücksichtigt sind entsprechend der Vorgehensweise in den Vorjahren geplante Preisanpassungen, die der Aufsichtsrat ebenfalls in seiner Sitzung am 10. Oktober 2023 beschlossen hat.

Der Materialaufwand ist korrespondierend zu den Umsatzerlösen angepasst worden. Es wird erwartet, dass die Energiepreise auf dem Niveau von 2023 bleiben.

Bei dem Personalaufwand wurde mit Gehaltssteigerungen von 200 € zzgl. einem Plus von 5,5 % kalkuliert. Neueinstellungen sind nicht geplant. Die Planwerte 2023 und 2024 sind nahezu identisch, weil für 2023 ursprünglich eine Aufstockung der Mitarbeiterzahl von 44 auf 47 vorgesehen war, die nicht umgesetzt worden ist.

Die Abschreibungen wurden im Vergleich zum Plan 2023 um rd. 60 T€ verringert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Betriebs- sowie die Instandhaltungskosten und sind um rd. 96 T€ gemindert worden. Enthalten ist bei der Gebäudeinstandhaltung die Dachsanierung der Zuckerhalle, die ursprünglich bereits 2021 vorgesehen war.

Die Zinsen beinhalten Darlehenszinsen sowie die Aufzinsung von Rückstellungen.

Seit dem Jahr 2017 ist die HBG in den bei der SBBG im Versorgungs- und Verkehrsbereich bestehenden steuerlichen Querverbund einbezogen. Entsprechend sind seit dem Geschäftsjahr 2017 grundsätzlich keine Ertragsteuern mehr zu zahlen. Bei dem Betrag in Höhe von 0,8 T€ handelt es sich um Steuerbeträge, die aufgrund der von der SBBG an die Stadt Braunschweig zu zahlende Garantiedividende anfallen und durch die HBG zu entrichten sind.

Die sonstigen Steuern beinhalten Grund- und Kfz-Steuern.

Der Finanzplan sieht für das Jahr 2024 Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in einem Umfang von 2.955,0 T€ vor. Hiervon entfallen die größten Einzelpositionen mit 570,0 T€ auf die Ersatzbeschaffung des Reachstackers sowie mit 1.000,0 T€ auf die Erweiterung des Containerterminals.

Zur Finanzierung erforderliche Darlehensaufnahmen sowie Entnahmen aus dem Cashpool werden mit der Verwaltung/AG Treasury abgestimmt.

Auch für 2023 ist eine Rücklagenbildung in Höhe von 150.000 € vorgesehen.

Zu 2.

Der zwischen der HBG und der SBBG abgeschlossene Gewinnabführungsvertrag ist seit dem Geschäftsjahr 2017 wirksam. Demnach ist grundsätzlich der von der HBG erwirtschaftete Gewinn vollständig an die SBBG abzuführen. Die HBG kann jedoch mit Zustimmung der SBBG Beträge aus dem Jahresüberschuss in andere Gewinnrücklagen einstellen, sofern dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.

Die HBG beabsichtigt in den Finanzplanjahren bis 2027 weitere Investitionen vorzunehmen. U. a. sind weiterhin die Erweiterung des Containerterminals und die vorgeschriebene Überdachung der Umschlagsanlage für Schüttgut geplant. Diese Maßnahmen rechtfertigen aus objektiver unternehmerischer Sicht, dass hierfür Rücklagen gebildet werden. Diese Auffassung wurde vom Finanzamt im Rahmen einer verbindlichen Auskunft bestätigt. Insofern ist es wie bereits in den vergangenen Jahren vorgesehen, dass die SBBG auch einer Rücklagenbildung 2023 zustimmt. Bei einem prognostizierten Jahresergebnis 2023 in Höhe von 440,3 T€ würde sich danach noch eine Ausschüttung in Höhe von 290,3 T€ an die SBBG ergeben.

Der Wirtschaftsplan 2024 der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH ist beigelegt.

Geiger

Anlage/n:
HBG Wirtschaftsplan 2024



Wirtschaftsplan 2024



Die Seite für den schnellen Leser

Tz.	Wirtschaftsjahr	2024 Plan in T €	2023 Plan in T €	* 2023 Prognose in T €	Abweichung 2023/2024	2022 in T €
1.1	Containertransfer	17.420,0	19.155,0	16.471,5	-9,1%	17.744,9
1.2	Hafenbetrieb	1.192,0	1.855,0	1.166,5	-35,7%	1.558,8
1.3	Bahnbetrieb	260,0	275,0	254,6	-5,5%	214,6
1.4	Vermietung u. Verpachtung	873,2	953,2	894,9	-8,4%	935,2
1.5	Sonstige Umsatzerlöse (BilRUG)	289,5	330,5	339,5	-12,4%	387,2
1.6	Sonstige betriebliche Erträge	681,3	473,6	641,4	43,9%	426,4
1.7	Summe der Erlöse	20.716,0	23.042,3	19.768,4	-10,1%	21.267,1
1.8	Materialaufwand Containertransfer	-14.720,5	-16.590,0	-14.304,2	-11,3%	-15.260,1
1.9	Materialaufwand Hafendirektumschlag	-90,7	-445,7	-128,0	-79,6%	-383,1
1.10	Personalaufwand	-2.790,0	-2.790,6	-2.633,7	0,0%	-2.433,6
1.11	Abschreibungen	-685,7	-745,2	-589,3	-8,0%	-644,7
1.12	Verwaltungsaufwendungen	-145,9	-124,2	-140,9	17,5%	-160,9
1.13	Betriebskosten	-690,5	-754,4	-662,9	-8,5%	-716,8
1.14	Instandhaltungskosten	-1.052,0	-1.075,5	-752,8	-2,2%	-876,0
1.15	Sonstige Aufwendungen	0,0	-30,0	-42,4	-100,0%	-223,5
1.16	Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	-28,4	-39,2	-23,5	-27,6%	-13,7
1.17	Steuern v. Eink. u. Ertrag	-0,8	-0,8	-0,8	0,0%	-0,8
1.18	Summe der Aufwendungen	-20.204,5	-22.595,6	-19.278,5	-10,6%	-20.713,2
1.19	Ergebnis nach Ertragsteuern	511,5	446,7	489,9	14,5%	553,9
1.20	Sonstige Steuern	-49,6	-33,5	-49,6	48,1%	-64,2
1.21	Ergebnis vor Ergebnisverwendung	461,9	413,2	440,3	11,8%	489,7
	Wirtschaftsjahr	2024 Plan	2023 Plan	2023 Prognose	Abweichung 2022/2023	2022
Tz.		in Tonnen	in Tonnen	in Tonnen		in Tonnen
5.1	Hafenumschlag	700.000	900.000	620.000	-22,2%	828.774
5.2	Bahntransport	90.000	100.000	90.000	-10,0%	102.869
	Gesamtumschlag	790.000	1.000.000	710.000	-21,0%	931.643
		in Teu	in Teu	in Teu	in Teu	in Teu
5.3	Containerumschlag	75.000	77.000	72.000	-2,6%	77.609

* Prognosedaten
Stand 31.07.2023

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>I. Erfolgsplan</u>	
Ansicht Aufwand + Ertrag in Kurzform	2
1. Personalaufwendungen	4
Löhne und Gehälter	4
Gesetzliche soziale Abgaben	4
Sachaufwendungen	
2. Betriebskosten	6
3. Instandhaltungskosten	8
4. Verwaltungskosten	10
5. Container, Hafenumschlag, Hafenbahn	12
6. Sonstige Aufwendungen, Steuern, Zinsaufwand, Abschreibungen	14
Erträge	
7. Containertransfer	16
8. Hafenbetrieb	16
9. Bahnbetrieb	18
10. Vermietung, Verpachtung	18
11. Betriebliche Erträge, Erträge aus Auflösung von SoPo, Zinserträge, Sonstiges	18
Gesamtplan	20
 II. Finanzplan	 21
III. Finanzplan 4 Jahre Vorausschau	22
IV. Personalplan 4 Jahre Vorausschau	23
V. Ergebnisplan 4 Jahre Vorausschau	24
VI. Bilanzplan 4 Jahre Vorausschau	25
VII. Erläuterungen zur Mittelfristplanung bis 2027	26

I. Erfolgsplan

Kto. Aufwendungen Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
1.	Personalaufwendungen				
	Löhne und Gehälter				
4100	Löhne	1.037,2	1.020,8	984,8	832,4
4200	Gehälter	929,1	913,4	899,1	854,2
4120-4150	Sonst. Lohnnebenkosten	230,0	232,7	208,0	221,1
		2.196,3	2.166,9	2.091,9	1.907,7
	Gesetzliche Soziale Abgaben				
4220	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	444,2	455,0	404,2	380,5
4221	Berufsgenossenschaft	34,3	33,9	32,7	30,4
	Soziale Leistungen				
4222	Zusätzliche Altersversorgung	115,2	134,8	104,9	115,0
		593,7	623,7	541,8	525,9
Summe Personalkosten		2.790,0	2.790,6	2.633,7	2.433,6
Personalaufwandsquote		14,1%	12,5%	14,0%	11,9%

Erläuterungen

Personalbestand

Im Bereich Personalaufwendungen sind für das Jahr 2024 für die Beschäftigten Gehaltssteigerungen von 200€ Sockelbetrag + 5,5% der Tabellenentgelte (gültig ab März) berücksichtigt.

Sonstige Lohnnebenkosten errechnen sich aus Überstunden- und Erschwerniszulagen, einem Leistungsentgelt und der Jahressonderzahlung.

Es sind keine Neueinstellungen geplant.

	Plan	Prognose
<u>voraussichtliche Mitarbeiterzahl</u>	<u>2024</u>	<u>2023</u>
Arbeiter:	23	23
Angestellte:	17	17
Teilzeitbeschäftigte:	4	4
Geringverdiener:	0	0
Auszubildende:	0	0
	<u>44</u>	<u>44</u>

4222 Beitrag der Gesellschaft zur VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder).

I. Erfolgsplan

Kto. Aufwendungen Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
<hr/>					
2.	Betriebskosten				
Aufwendungen für den laufenden Betrieb					
4231	Zuschuss zum Mittagessen	0,1	0,2	0,1	0,1
4240	Aufwand für Dienstkleidung	22,0	16,0	20,8	15,3
4400	Putz- und Schmierstoffe	10,0	6,0	9,5	7,0
4420	Energiekosten	190,0	150,0	180,0	99,2
4422	Wassergeld	40,0	40,0	40,0	47,0
4425	Brennstoffe	18,5	15,0	17,7	18,4
4450	sonstige Betriebskosten	75,5	90,0	70,0	92,9
4500	Betriebskosten Fuhrpark	200,0	320,0	187,5	302,5
4600	Versicherungen	134,4	117,2	137,3	134,4
<hr/>					
		690,5	754,4	662,9	716,8

Erläuterungen

Betriebskosten

- 4240 Arbeitskleidung für Betriebspersonal
- 4400 Schmierstoffe für Umschlaggeräte
- 4420 Die Bezugskosten für Strom werden sich für 2024, auch unter Berücksichtigung der entfallenden Strompreisbremse, voraussichtlich auf dem Niveau von 2023 befinden.
- 4422 Der Ansatz erfasst eigenen und weiter zu berechnenden Wasserbedarf. Er ist der Entwicklung anzupassen.
- 4425 4 Gebäude mit einer eigenen Heizölanlage wurden bewertet. Die Kosten sind aber abhängig von der Ölpreisentwicklung und der Witterung.
- 4450 Laufende Betriebskosten wie: Straßenreinigung, Abfallbeseitigung, Gebäudereinigung, Veranstaltungen u. sonstiger Bedarf.
- 4500 Die Bezugskosten für Diesel werden voraussichtlich auf dem Niveau von 2023 bleiben.
(4 Containerstapler, 1 Mobilbagger, 1 Radlader, 1 Kompaktlader, 3 Pkw, 2 Diesel-Loks)

		2024
4600	Maschinenversicherung	46,50 T €
	Feuer- Industrieversicherung	2,60 T €
	Sonstige Verkehrshaftung	54,80 T €
	Leitungswasserversicherung	0,30 T €
	Einbruchdiebstahlversicherung	0,50 T €
	Gruppenunfallversicherung	1,00 T €
	Elektronikversicherung	0,30 T €
	D + O Versicherung	3,50 T €
	KSA-Haftpflichtversicherung (Allgemeine Haftpf.)	7,50 T €
	Sturmversicherung	0,20 T €
		<hr/> 117,20 T €

I. Erfolgsplan

Kto. Aufwendungen Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
<hr/>					
3.	Instandhaltung				
Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen					
4300-4354	Gebäude	350,0	170,0	44,5	63,7
4341	Unterhaltung Straßen/Kanalisation	50,0	50,0	62,5	47,2
4342	Unterhaltung Hafenbecken	30,0	30,0	30,0	33,7
4360	Unterhaltung Gleis- und Lkw-Waagen	-	5,0	-	1,3
4409	Unterhaltung Schleifleitg./Kranschienen	-	-	4,0	-
4410	Unterhaltung Krananlagen	185,0	260,0	104,0	263,5
4411	Unterhaltung Bahnanlagen	50,0	50,0	79,0	84,4
5010	Unterhaltung Bahnanlage HKW	10,0	10,0	8,6	15,3
4413	Unterhaltung Lokomotiven	90,0	100,0	130,0	36,7
4415	Unterhaltung Ölumschlaganlagen	0,5	0,5	3,5	2,8
4417	Unterhaltung Containerterminal	50,0	100,0	35,0	15,5
4419	Unterhaltung elektrische Anlagen	15,0	15,0	42,0	59,5
4460	Sonstige Unterhaltungskosten	15,0	20,0	15,5	19,4
4470	Unterhaltung Fuhrpark	200,0	250,0	188,5	222,8
4815	Unterhaltung Telefon- u. Internet	1,5	5,0	1,2	10,2
4816	Unterhaltung BÜ-Anlagen	5,0	10,0	4,5	-
		<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
		1.052,0	1.075,5	752,8	876,0

Erläuterungen

Instandhaltungskosten

- 4300-4354 Dachsanierung Zuckerhalle
- 4341 Fahrbahndecke Hafenstraße, Erneuerung Abwasserkanäle
- 4342 Ausbaggerung Hafenbecken
- 4409 Schleifkohle
- 4410 Diverse Instandhaltungen, Seile, Wartungs- und Reparaturarbeiten, Greiferreparaturen
- 4411 Ständige Instandhaltungsarbeiten für die bestehenden Gleisanlagen.
- 5010 Sanierungsarbeiten im Gleisbereich und einem Bahnübergang
- 4413 Kosten für die HU der Lok 5 in 2024
- 4415 Instandhaltungskosten der Ölumschlaganlage
- 4417 Ausbesserungsarbeiten der Fahrtwege auf dem Containerterminal und der Kranbahn
- 4419 Erneuerung Stromnetz
- 4470 Reparaturen, Inspektionsarbeiten und Kauf von Ersatzreifen für die Betriebsfahrzeuge.
- 4816 Instandhaltungsarbeiten an den Bahnübergängen

I. Erfolgsplan

Kto. Aufwendungen Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
4.	Verwaltungskosten				
4610	Beiträge an Verbände	13,0	13,0	13,0	12,5
4700	Werbekosten	8,3	8,3	7,5	6,7
4710	Reisekosten	2,0	0,5	2,0	0,8
4720-4730	Geschäftsbewirtungen	0,5	0,5	0,2	3,9
4740-4750	Geschenke an Geschäftspartner	1,0	2,0	1,0	3,9
4800	Postgebühren	1,0	1,8	1,0	1,6
4808	EDV-Bedarf	64,5	45,0	50,0	54,4
4810	Büromaterial	5,0	3,5	5,0	3,5
4811	Fachliteratur	1,0	1,0	0,5	1,3
4950	Rechts- und Beratungskosten	35,0	35,0	44,5	53,6
4830	Kosten für den Aufsichtsrat	8,6	8,6	8,6	8,6
4845-4850	sonstige Verwaltungskosten	3,5	2,5	5,5	7,3
4970	Nebenkosten Geldverkehr	2,5	2,5	2,1	2,8
		145,9	124,2	140,9	160,9

Erläuterungen

Verwaltungskosten

4610	Beiträge für Verbände:	Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen (BÖB) Deutsche verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG) Industrie und Handelskammer Braunschweig (IHK) Hafen Hamburg Marketing e.V.
4700	Kosten für Werbemittel Anzeigen in Festschriften, Sponsoring Nds. Landesforsten	
4808	Softwareanpassungen und div. Hardware/Software	
4950	Kosten für Steuerberater/ Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte	

I. Erfolgsplan

Kto. Aufwendungen Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
5.	Aufwand für den Containertransfer				
2661	Lieferantenskonto	- 2,0	- 2,0	- 2,0	- 5,9
4452	Detention (Standgelder)	400,0	350,0	700,0	604,0
4453	Containerhandel	7,5	25,0	5,0	71,4
4456	Containertransferkosten Lkw	6.985,0	8.625,0	6.542,0	7.215,1
4457	Containertransferkosten Schiff	6.050,0	6.037,5	5.831,7	5.841,9
4458	sonstige Kosten CT-Umschlag	430,0	450,0	417,5	397,8
4459	Containertransferkosten Bahn	850,0	1.104,5	810,0	1.135,8
		14.720,5	16.590,0	14.304,2	15.260,1
	Aufwand Hafendirektumschlag				
4454	Kosten für Umschlagaktivitäten	87,0	97,0	84,5	85,7
4455	Lkw-Transportkosten für Schüttgüter	-	345,0	39,8	293,7
5011	Kosten KV-Anlage	3,7	3,7	3,7	3,7
		90,7	445,7	128,0	383,1
		14.811,2	17.035,7	14.432,2	15.643,2

Erläuterungen

Aufwand für den Containertransfer

Es wird mit Kostensteigerungen von 3% gerechnet.

- | | |
|------|---|
| 4452 | Miete für Container für nicht eingehaltene Laufzeiten. |
| 4453 | Kauf von Containern, die an diverse Kunden weiterveräußert und vermietet werden. |
| 4456 | Fremdkosten für den Transport von Containern im Lkw Verkehr. |
| 4457 | Fremdkosten für den Transport von Containern mit Schifffahrtsreedereien. |
| 4458 | Miete für drei Containerstapler, Kosten für Wachdienste. |
| 4459 | Transportkosten für Bahnoperateure |
| | |
| 4454 | Aufwendungen für den Direktumschlag von Massengütern. Kosten für Staumaterialien und Umschlaggerätemiete. (1 Mobilbagger) |
| 4455 | Nach der Stilllegung des Kohlekraftwerks, sind für 2024 keine Kohletransporte geplant. |
| 5011 | Aufwendungen für den Betrieb der KV-Anlage |

I. Erfolgsplan

Kto. Aufwendungen Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
6.	weitere Aufwendungen				
	Steuern				
2430	Grundsteuer	49,0	33,0	49,0	63,6
2445	Kfz.-Steuern	0,6	0,5	0,6	0,6
		49,6	33,5	49,6	64,2
	Zinsaufwand				
2100	Zinsen	28,4	39,2	23,5	13,7
	Sonstige Aufwendungen				
4855	Einstellung in Einzelwertberichtigung	-	30,0	30,0	-
2200	Spenden	-	-	0,2	-
2160-2161	Kunden-Skonto	-	-	-	-
2300	Versicherungsschäden	-	-	12,0	137,3
2305-2310	Forderungsverluste	-	-	0,2	86,2
2540	Aufwand/ Abgang von Anlagevermögen	-	-	-	-
		-	30,0	42,4	223,5
2800	Abschreibungen	685,7	745,2	589,3	644,7
		763,7	847,9	704,8	946,1

Erläuterungen

weitere Aufwendungen

2445 eigene Pkw's

2100 Aufzinsung von Rückstellungen, sowie Zinsen für Darlehen

2800 Zum Ansatz kommt das Anlagevermögen der HBG

I. Erfolgsplan

Kto. Erträge Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
8.	Erträge				
	<u>Containertransfer</u>				
8150	Container Transporterlöse Schiff o. MwSt.	-	-	-	3,1
8408	Container Transporterlöse Schiff	11.875,0	13.500,0	11.085,0	12.129,7
8101/8410	Erlöse Detention	25,0	25,0	50,0	66,1
8095	Erlöse CT-Verkauf	20,0	30,0	20,0	31,8
8336/8338	Container Transporterlöse Schiff o. MwSt. Drittländer und EU.Mitglieder	5.500,0	5.600,0	5.316,5	5.520,4
		17.420,0	19.155,0	16.471,5	17.744,9
9.	<u>Hafenbetrieb</u>				
8400	Erlöse Ufergeld	180,0	235,0	146,5	206,5
8401	Erlöse Krangeld	350,0	550,0	308,5	426,6
8402	Direkte Umschlagarbeiten	420,0	380,0	450,0	308,1
8403	Umschlag+Lagerei	130,0	350,0	114,0	298,5
8404	Erlöse Ölumschlag	30,0	30,0	30,0	29,2
8407	Erlöse Lkw-Waage	82,0	90,0	82,0	82,0
8409	Erlöse Lkw-Transportkosten	-	220,0	35,5	207,9
		1.192,0	1.855,0	1.166,5	1.558,8

Erläuterungen

Erträge Containertransfer

		<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>Differenz</u>
8150		73.902	77.609	+3.707
8408				
8101/8410		<u>2023</u>	<u>2024</u>	
8095		72.000	75.000	+3.000
8336/8338		(Prognose)	(Planung)	

			<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>Differenz</u>
8400	Schiffsgüter	Empfang	379.782	398.795	+19.013 t
8401		Versand	<u>514.423</u>	<u>429.979</u>	<u>-84.444 t</u>
		Gesamt	894.205	828.774	-65.431 t
8402			<u>2023</u>	<u>2024</u>	
8403			620.000	700.000	+80.000
8404			(Prognose)	(Planung)	
8407					
8409	Keine Erträge ab 2024 aufgrund des Wegfalls der Kohletransporte				

I. Erfolgsplan

Kto. Erträge Nr.		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
Erträge					
10.	<u>Bahnbetrieb</u>				
8406	Erlöse Hafenbahngebühren	250,0	270,0	246,0	171,9
8422	Erlöse Anschluss HKW, BÜ-Spargelstr.	10,0	5,0	8,6	42,7
		260,0	275,0	254,6	214,6
11.	<u>Vermietung u. Verpachtung</u> für Lagerplätze und Gebäude				
8414	Erlöse Pachten bebaute Flächen	735,0	815,0	731,5	737,1
8415	Erlöse Freilagerflächen	80,0	80,0	98,9	133,4
8416	Hafengeld	2,4	2,4	2,4	2,8
8417	Erlöse Mieten für Gebäude	50,0	50,0	55,9	52,2
8105	Erlöse Wohnungsmieten	5,0	5,0	4,7	8,3
8421	Sonstige Hausabgaben	0,8	0,8	1,5	1,4
		873,2	953,2	894,9	935,2
12.	<u>Sonstige Umsatzerlöse (BilRUG)</u>				
8102	Sonstige Erlöse	20,0	20,0	20,0	17,8
8412	Erlöse 19% Ust	8,5	8,5	8,5	53,5
8418	Stromlieferungen	26,0	26,0	25,0	20,3
8419	Wasserentnahmen	15,0	15,0	20,0	10,1
8420	Grundsteuer	20,0	16,0	16,0	15,1
8411	Garantiegebühren	200,0	245,0	250,0	270,4
		289,5	330,5	339,5	387,2
13.	<u>Sonstige Erlöse</u>				
8092	Erträge Auflösung Rückstellung	252,0	-	100,0	23,5
8093	Erträge Auflösung Sonderposten	394,3	438,6	339,7	376,9
	Sonstige	35,0	35,0	201,7	26,0
		681,3	473,6	641,4	426,4

Erläuterungen

Erträge Hafenbahnbetrieb

Bahngüter		<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>Differenz</u>
	Empfang	44.062	49.394	+5.332 t
	Versand	35.183	53.475	+18.292 t
	Gesamt	79.245	102.869	+23.624 t
		(Prognose)	(Planung)	
		<u>2023</u>	<u>2024</u>	
		90.000	90.000	+0 t

Erträge aus Vermietung und Verpachtung

- 8414 zur Zeit ist Hafengelände in einer Größenordnung von ca. 237.700 m² verpachtet.
- 8415 Der Ansatz beinhaltet kurzfristig verpachtete Freilagerflächen.
- 8416 Hier werden Gebühren (Liegegeld) für Binnenschiffe berechnet.
- 8417 Zum Ansatz kommen die vermieteten Gebäude der HBG.
- 8105 dto.

Sonstige Umsatzerlöse (BilRUG)

Unter diesem Posten befinden sich sonstige Erträge die gemäß BilRUG den Umsatzerlösen zugeordnet werden.

Sonstige Erlöse

Zum Ansatz kommen Auflösungen von Rückstellungen.
Desweiteren werden Investitionszuschüsse analog zur Abschreibungsdauer der Vermögensgegenstände aufgelöst.

Gesamtplan

Kto. Aufwendungen Nr.	Soll 2024	Soll 2023	★ Prog. 2023	IST 2022
<u>Zusammenstellung der Erlöse</u>				
Containertransfer	17.420,0	19.155,0	16.471,5	17.744,9
Hafenbetrieb	1.192,0	1.855,0	1.166,5	1.558,8
Bahnbetrieb	260,0	275,0	254,6	214,6
Vermietung u. Verpachtung	873,2	953,2	894,9	935,2
sonstige Umsatzerlöse (BilRUG)	289,5	330,5	339,5	387,2
Sonstige betriebliche Erträge	681,3	473,6	641,4	426,4
	20.716,0	23.042,3	19.768,4	21.267,1
<u>Zusammenstellung der Aufwendungen</u>				
Personalaufwand	2.790,0	2.790,6	2.633,7	2.433,6
Betriebskosten	690,5	754,4	662,9	716,8
Instandhaltungskosten	1.052,0	1.075,5	752,8	876,0
Verwaltungskosten	145,9	124,2	140,9	160,9
Materialaufwand Containertransfer	14.720,5	16.590,0	14.304,2	15.260,1
Materialaufwand Hafendirektumschlag	90,7	445,7	128,0	383,1
sonstige Aufwendungen	-	30,0	42,4	223,5
Abschreibungen	685,7	745,2	589,3	644,7
Zinsaufwendungen	28,4	39,2	23,5	13,7
Steuern v. Eink. u. Ertrag	0,8	0,8	0,8	0,8
	20.204,5	22.595,6	19.278,5	20.713,2
<u>Ergebnis nach Ertragsteuern</u>				
Erlöse	20.716,0	23.042,3	19.768,4	21.267,1
Aufwendungen	20.204,5	22.595,6	19.278,5	20.713,2
	511,5	446,7	489,9	553,9
<u>Materialaufwandsquote</u>				
	75,0%	76,6%	76,8%	76,5%
<u>Personalaufwandsquote</u>				
	14,1%	12,5%	14,0%	11,9%
<u>Jahresergebnis</u>				
Ordentliches Ergebnis	511,5	446,7	489,9	553,9
Sonstige Steuern	49,6	33,5	49,6	64,2
Ergebnis vor Ergebnisverwendung	461,9	413,2	440,3	489,7

★ Prognosezahlen Stand 31.07.2023

II. Finanzplan

		Soll 2024 T €	Soll 2023 T €	Prog. 2023 T €	IST 2022 T €
<u>Mittelbedarf</u>					
1.0	Ersatzinvestitionen	1.455,0	500,0	144,0	-
1.1	Erweiterungsinvestitionen	1.500,0	5.300,0	150,0	1.043,0
1.2	Darlehenstilgung	90,0	108,4	66,0	12,5
1.3	Cashpool Einlage	-	-	-	-
1.4	Auflösung Sonderposten	394,3	438,6	339,7	376,9
		3.439,3	6.347,0	699,7	1.432,4
<u>Mittelherkunft</u>					
2.0	Erwirtschaftete Abschreibungen	685,7	745,2	589,3	644,7
2.1	Eigenmittel	-	-	-	137,7
2.2	Cashpool Entnahme	219,1	352,0	-	-
2.3	Darlehensaufnahme	1.100,0	1.540,0	-	500,0
2.4	Einstellung in Rücklage	150,0	150,0	150,0	150,0
2.5	Zuschüsse Dritter	1.284,5	3.760,0	-	-
		3.439,3	6.547,2	739,3	1.432,4
Überdeckung/Unterdeckung		-	200,2	39,6	-

Ersatzinvestitionen

3.0	Upgrade Speditionsssoftware	-	-	144,0	-
3.1	Regenwasserleitungen/Kanalisation	500,0	500,0	-	-
3.2	Stapler	35,0	-	-	-
3.3	Reachstacker (Ersatz)	570,0	-	-	-
3.4	Sanierung Dach Zuckerhalle	350,0	-	-	-

Erweiterungsinvestitionen

4.0	Verlängerung Übergabebahnhof Gleis 1	400,0	-	-	-
4.1	Erweiterung Containerterminal	1.000,0	4.700,0	-	-
4.2	Übernahme Lagerhalle Agravis	-	-	-	992,3
4.3	Erweiterung KV-Anlage	-	250,0	-	50,7
4.4	PV-Anlage	100,0	350,0	150,0	-

III. Finanzplan 4 Jahre Vorausschau

		Progn. 2023 T €	Plan 2023 T €	Plan 2024 T €	Plan 2025 T €	Plan 2026 T €	Plan 2027 T €
<u>Mittelbedarf</u>							
1.0	Ersatzinvestitionen	144,0	500,0	1.455,0	750,0	750,0	500,0
1.1	Erweiterungsinvestitionen	150,0	5.300,0	1.500,0	6.500,0	650,0	4.000,0
1.2	Darlehenstilgung	66,0	108,4	90,0	318,1	446,0	491,1
1.3	Cashpool Einlage	-	-	-	-	-	-
1.4	Auflösung Sonderposten	339,7	438,6	394,3	557,7	616,1	648,6
		699,7	6.347,0	3.439,3	8.125,8	2.462,1	5.639,7
<u>Mittelherkunft</u>							
2.0	Erwirtschaftete Abschreibungen	589,3	745,2	685,7	968,7	1.114,0	1.097,8
2.1	Eigenmittel	-	-	-	57,1	-	-
2.2	Cashpool Entnahme	-	352,0	219,1	-	-	-
2.3	Darlehensaufnahme	-	1.540,0	1.100,0	2.740,0	750,0	4.500,0
2.4	Einstellung in Rücklage	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
2.5	Zuschüsse Dritter	-	3.760,0	1.284,5	4.210,0	520,0	-
		739,3	6.547,2	3.439,3	8.125,8	2.534,0	5.747,8
Überdeckung/Unterdeckung		39,6	200,2	-	-	71,9	108,1

Ersatzinvestitionen

3.0	Upgrade Speditionsoftware	144,0	-	-	-	-	-
3.1	Regenwasserleitungen/Kanalisation	-	500,0	500,0	750,0	750,0	500,0
3.2	Stapler	-	-	35,0	-	-	-
3.3	Reachstacker (Ersatz)	-	-	570,0	-	-	-
3.4	Sanierung Dach Zuckerhalle	-	-	350,0	-	-	-

Erweiterungsinvestitionen

4.0	Erweiterung Containerterminal	-	4.700,0	1.000,0	3.700,0	-	-
4.1	Erweiterung KV-Anlage	-	250,0	-	-	-	-
4.2	Verlängerung Übergabebahnhof Gleis 1	-	-	400,0	-	-	-
4.3	PV-Anlage	150,0	350,0	100,0	200,0	-	-
4.4	Überdachte Umschlagsanlage (Schüttgut)	-	-	-	2.500,0	-	-
4.5	E-Ladesäulen	-	-	-	100,0	-	-
4.6	Reachstacker (neu)	-	-	-	-	650,0	-
4.7	Wasserstofflokomotive	-	-	-	-	-	4.000,0

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH							
IV. Personalplan bis 2027							
Personalplan		Prognose 2023	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
1.	Mitarbeiter						
	Arbeiter	23,0	24,0	23,0	24,0	24,0	24,0
2.	Angestellte	17,0	18,0	17,0	17,0	17,0	17,0
3.	Teilzeitbeschäftigte	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
4.	Geringverdiener	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.	Auszubildende	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	44,0	47,0	44,0	45,0	45,0	45,0

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

V. Ergebnisplan bis 2027

Gewinn- und Verlustrechnung		Prognose 2023 T €	Plan 2023 T €	Plan 2024 T €	Plan 2025 T €	Plan 2026 T €	Plan 2027 T €
1.	Erlöse:						
	Containertransfer	16.471,5	19.155,0	17.420,0	18.420,0	19.200,0	19.600,0
2.	Hafenbetrieb	1.166,5	1.855,0	1.192,0	1.220,0	1.250,0	1.300,0
3.	Bahnbetrieb	254,6	275,0	260,0	270,0	300,0	325,0
4.	Vermietung u. Verpachtung	894,9	953,2	873,2	1.000,0	1.030,0	1.060,0
5.	Sonstige Umsatzerlöse (BilRUG)	339,5	330,5	289,5	300,0	310,0	320,0
6.	Sonstige betriebliche Erträge	641,4	473,6	681,3	592,7	651,1	683,6
	Summe der Erlöse	19.768,4	23.042,3	20.716,0	21.802,7	22.741,1	23.288,6
7.	Aufwendungen:						
	Materialaufwand Containertransfer	-14.304,2	-16.590,0	-14.720,5	-15.300,0	-16.000,0	-16.450,0
8.	Materialaufwand Hafendirektumschlag	-124,3	-442,0	-87,0	-90,0	-92,0	-95,0
9.	Materialaufwand Bahnbetrieb	-3,7	-3,7	-3,7	-3,7	-3,7	-3,7
10.	Personalaufwand	-2.633,7	-2.790,6	-2.790,0	-2.900,0	-2.950,0	-3.000,0
11.	Abschreibungen	-589,3	-745,2	-685,7	-968,7	-1.114,0	-1.097,8
12.	Verwaltungsaufwendungen	-140,9	-124,2	-145,9	-135,0	-136,0	-137,0
13.	Betriebskosten	-662,9	-754,4	-690,5	-700,0	-730,0	-760,0
14.	Instandhaltungen	-752,8	-1.075,5	-1.052,0	-1.060,0	-1.000,0	-1.000,0
15.	Sonstige Aufwendungen	-42,4	-30,0	0,0	-5,0	-5,0	-5,0
16.	Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	-23,5	-39,2	-28,4	-149,1	-215,5	-235,7
17.	Steuern v. Eink. u. Ertrag	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8
	Summe der Aufwendungen	-19.278,5	-22.595,6	-20.204,5	-21.312,3	-22.247,0	-22.785,0
	Ergebnis nach Ertragssteuern	489,9	446,7	511,5	490,4	494,1	503,6
18.	Sonstige Steuern	-49,6	-33,5	-49,6	-49,6	-49,6	-49,6
	Ergebnis vor Ergebnisverwendung	440,3	413,2	461,9	440,8	444,5	454,0

VI. Bilanzplan bis 2027

		Prog. 2023 T€	Plan 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€
Aktiva	A. Anlagevermögen	8.225,4	13.790,0	10.259,7	16.541,0	16.827,0	20.229,2
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	132,0	67,0	84,0	36,0	0,0	0,0
	II. Sachanlagen	8.093,4	13.723,0	10.175,7	16.505,0	16.827,0	20.229,2
	B. Umlaufvermögen	3.145,0	3.080,0	2.945,0	2.945,0	3.145,0	3.145,0
	I. Vorräte	145,0	180,0	145,0	145,0	145,0	145,0
	II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2.000,0	2.100,0	2.000,0	2.000,0	2.200,0	2.200,0
	III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.000,0	800,0	800,0	800,0	800,0	800,0
	C. Rechnungsabgrenzungsposten	4,0	4,0	3,8	3,6	3,4	3,2
Summe Aktiva (Bilanzsumme)		11.374,4	16.874,0	13.208,5	19.489,6	19.975,4	23.377,4
Passiva	A. Eigenkapital	5.710,3	5.710,3	6.010,3	6.160,3	6.310,3	6.460,3
	I. Gezeichnetes Kapital	1.481,2	1.481,2	1.481,2	1.481,2	1.481,2	1.481,2
	II. Kapitalrücklage	724,5	724,5	724,5	724,5	724,5	724,5
	III. Gewinnrücklagen	321,1	321,1	321,1	321,1	321,1	321,1
	IV. Gewinnrücklagen neu	1.455,0	1.455,0	1.755,0	1.905,0	2.055,0	2.205,0
	V. Gewinnvortrag	1.728,5	1.728,5	1.728,5	1.728,5	1.728,5	1.728,5
	VI. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	3.603,0	7.264,0	4.493,2	8.145,5	8.049,4	7.400,8
	C. Rückstellungen	850,0	950,0	850,0	850,0	850,0	850,0
	D. Verbindlichkeiten	1.204,7	2.944,7	1.848,6	4.327,4	4.759,3	8.659,9
	E. Rechnungsabgrenzungsposten	6,4	5,0	6,4	6,4	6,4	6,4
	Summe Passiva (Bilanzsumme)	11.374,4	16.874,0	13.208,5	19.489,6	19.975,4	23.377,4
	Bilanzkennzahlen	Prog. 2023	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
	Eigenkapitalquote: EK/ Bilanzsumme	50,2%	33,8%	45,5%	31,6%	31,6%	27,6%
	Fremdkapitalquote: FK/ Bilanzsumme	18,1%	23,1%	20,4%	26,6%	28,1%	40,7%
	Verschuldungsquote: FK/ EK	36,0%	68,2%	44,9%	84,0%	88,9%	147,2%
	Anlagendeckungsgrad I: EK/ AV	69,4%	41,4%	58,6%	37,2%	37,5%	31,9%

VII. Erläuterungen zur Mittelfristplanung bis 2027

Die vorliegende Mittelfristplanung geht von einem sich abschwächenden Geschäft in einzelnen Bereichen aus. Für die Jahre 2023 und 2024 wird mit einem Rückgang der Umschlagszahlen gerechnet. Mit einer Erholung des Güterumschlags wird ab dem Jahr 2025 gerechnet.

Der Umschlagsbetrieb der Hafenbetriebsgesellschaft unterliegt äußeren Einflüssen, wie z.B. Witterung, Ernteergebnis, konjunkturelle Schwankungen u. a., die nicht direkt beeinflusst werden können. Damit verbundene Schwankungen der Umschlagsmengen wirken sich sofort auf die Ertragslage aus.

Die Aufwendungen korrespondieren mit den Erlösen. Wir gehen von einem gleichbleibenden Instandhaltungsaufwand aus.

Durch die Vorhaltung freier Restflächen für neue hafenauffine Ansiedlungen und Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Anlieger besteht die Chance zur Steigerung der Pachterlöse und Umschlagsvolumen.

Betreff:

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
Wirtschaftsplan 2024

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

26.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 02.11.2023

Sitzungstermin

Status

Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig werden angewiesen,
2. der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan 2024 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 gebilligten Fassung wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Das Stammkapital der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig wird in Höhe von 45,9 % von der Stadt Braunschweig sowie in Höhe von 44,1 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) gehalten. Für die von der Niwo gehaltenen eigenen Anteile in Höhe von 10 % des Stammkapitals ruhen Rechte und Pflichten.

Gemäß § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der Niwo obliegt die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Entscheidung der Gesellschafterversammlung der Niwo. Nach § 12 Ziff. 5 des Gesellschaftsvertrages der SBBG unterliegt die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Niwo der Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der SBBG.

Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der Niwo sowie der SBBG herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziff. 1 lit. a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 eine Empfehlung für die hiermit vorgelegte Fassung des Wirtschaftsplanes 2024 abgegeben.

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH geht für das Wirtschaftsjahr 2024 von einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.122 T€ aus.

Die Gesellschaft hat einen Beitrag zur Umsetzung der Globalen Minderausgabe des Städtischen Haushalts in der Planung berücksichtigt.

In der Zusammenfassung der Jahre 2022 bis 2024 ergibt sich folgende Übersicht über den Gesamtbetrieb:

		IST	Plan	Prognose	Plan
	in T€	2022	2023	2023	2024
1	Umsatzerlöse *)	+ 53.190	+ 57.642	+ 54.971	+ 57.520
1a	% zum Vorjahr/zu Plan bzw. Prognose		+ 8,4	+ 3,3 / - 4,6	- 0,2
2	Sonstige betriebliche Erträge	+ 2.768	+ 1.328	+ 2.226	+ 1.751
3	Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen**)	- 27.233	- 30.707	- 28.803	- 30.171
4	Personalaufwand	- 9.174	- 8.378	- 8.340	- 8.163
5	Abschreibungen	- 9.229	- 9.670	- 9.419	- 10.049
6	Sonst. betriebl. Aufwendungen	- 2.580	- 2.562	- 2.597	- 2.552
7	Betriebsergebnis (1 bis 6)	+ 7.742	+ 7.653	+ 8.038	+ 8.336
8	Zins-/Finanzergebnis	- 4.264	- 4.366	- 4.570	- 4.917
9	Ertragsteuern	- 292	- 155	- 222	- 297
10	Jahresergebnis (Summe 7 bis 9)	+ 3.186	+ 3.132	+ 3.246	+ 3.122
11	Einstellung (-) in Gewinnrücklagen	- 2.093	- 2.066	- 2.123	- 2.061
12	Bilanzgewinn	+ 1.093	+ 1.066	+ 1.123	+ 1.061

*) incl. Bestandsveränderungen und anderen aktivierten Eigenleistungen sowie Umsatzerlösen aus dem Verkauf von Grundstücken (Neubauvorhaben)

**) incl. Grundsteuer (weiter zu berechnender Aufwand für Hausbewirtschaftung) sowie Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke (Neubauvorhaben)

Unter Berücksichtigung der zwischen Niwo und ihren Gesellschafterinnen Stadt Braunschweig und Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) abgeschlossenen Dividendenvereinbarung vom 7. März 2016 soll das Planergebnis 2024 von 3.122 T€ in Höhe von 2.061 T€ in der Niwo thesauriert und in Höhe von 1.061 T€ an die SBBG (im Jahr 2025) ausgeschüttet werden.

Die Anwendung der Dividendenvereinbarung gewährt nach bisheriger Erfahrung einen erfolgreichen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesellschaft und ihrer Gesellschafterinnen sowie eine langfristige Planbarkeit.

Die umfangreiche Neubau- und Projektentwicklungstätigkeit der vergangenen Jahre hat aber auch aufgezeigt, dass die Gesellschaft neben der wirtschaftlichen und finanziellen Sichtweise auch in organisatorischer und personeller Hinsicht an Grenzen gestoßen ist.

Um die Stabilität der Niwo in jeder Hinsicht zu bewahren, soll sich die beabsichtigte Strategie der Gesellschaft in Abstimmung mit der Verwaltung künftig auf den Wohnungsbau mit optimierten, renditemäßig für die Niwo auskömmlichen Projekten konzentrieren. Hierbei soll der Fokus auf der Schaffung von Wohnraum für Menschen mit niedrigen bzw. mittleren Einkommen oder mit erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt liegen.

Die Niwo wird sich künftig auf die klimaneutrale Entwicklung ihrer Bestände und Quartiere konzentrieren.

In ihrem Bericht über Chancen und Risiken verweist die Gesellschaft insbesondere auf das Risiko erhöhter Aufwendungen zur Erreichung der Klimaschutzziele. Auch können durch die steigenden Energiekosten Risiken entstehen, da die Gesellschaft diese erst einmal vorfinanzieren muss und erst im Rahmen der jährlichen Heiz- und Betriebskostenabrechnung abrechnen kann.

Die Gesellschaft hat den Wirtschaftsplan 2024 wiederum in einer übersichtlichen Spartenrechnung vorgelegt.

Die Verteilung der Jahresergebnisse auf die einzelnen Geschäftsfelder ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

		IST	Plan	Prognose	Plan
	in T€	2022	2023	2023	2024
1	Bestandsbewirtschaftung	+ 2.986	+ 3.515	+ 3.766	+ 3.357
2	IGS Wilhelm Bracke	- 156	- 235	- 234	- 196
3	Alsterplatz	0	- 102	- 195	+ 106
4	Nördliches Ringgebiet 1. BA HA 135	+ 13	+ 169	+ 49	+ 134
5	Nördliches Ringgebiet 2. BA HA 136 und KiTa Sielkamp	+ 377	- 142	- 127	- 192
6	Nördliches Ringgebiet 3. BA HA 137	+ 9	- 1	+ 6	+ 3
7	Martha-Fuchs-Str.	0	- 6	- 1	- 8
8	Stöckheim Süd	- 43	- 66	- 18	- 82
	Jahresergebnis Gesamtbetrieb	+ 3.186	+ 3.132	+ 3.246	+ 3.122

Bestandsbewirtschaftung

Das Prognoseergebnis 2023 von + 3.766 T€ liegt mit + 251 T€ über dem Planwert von + 3.515 T€. Dieser positive Saldo entsteht im Wesentlichen durch überplanmäßige sonstige betriebliche Erträge sowie verminderte Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen und darf nicht verdecken, dass sich die unter den Umsatzerlösen ausgewiesenen Sollmieten und Erlösschmälerungen nicht gemäß Plan entwickelten:

	Plan 2023	Prognose 2023	Plan 2024
	T€	T€	T€
Sollmieten	32.315	32.059	33.090
Erlösschmälerungen	-902	-1.439	-979
Differenz=Netto-Mieterfolg	31.413	30.620	32.111

Der Grund liegt sowohl in der gestiegenen Anzahl der aufgrund von Modernisierungsbedürftigkeit leerstehenden Objekte als auch in der Tatsache, dass die Gesellschaft in den vergangenen Jahren aufgrund der sozialen Gesamtsituation Mieterhöhungen nur moderat ansetzte bzw. diese ganz aussetzte.

Die Gesellschaft sieht sich daher gezwungen, im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2024 den rechtlichen Rahmen für Mietanpassungen – sowohl für Erstbezüge als auch für laufende Mietverträge – sozialverträglich zu nutzen, um die Ertragskraft und damit die Möglichkeiten der Innenfinanzierung zu verbessern und die Ergebnisplanung auf dem Niveau der Vorjahre halten zu können.

Dies erlangt umso mehr Bedeutung, als zur Finanzierung des geplanten Instandhaltungsvolumens von 14.639 T€ (Vorjahr 13.668 T€) für diesen Geschäftsbereich (zusammengesetzt aus 4.767 T€ Aktivierungen und 9.872 T€ laufender Aufwand) laufende Bankkredite zu tagessaktuellen Konditionen aufzunehmen sind. Hierbei kommt das erhöhte Zinsniveau (4,8 %

anstelle 2 %) zum Tragen. Weiterhin ist die inflationsbedingte Erhöhung der Baukosten aufzufangen.

Den Schwerpunkt bilden Modernisierungen in den Gebieten Siegfriedviertel, Bebelhof und Weststadt.

IGS Wilhelm-Bracke

In der Prognose 2023 (- 234 T€) sowie in der Planung für 2024 (- 196 T€) sind keine Besonderheiten zu verzeichnen.

Neubauvorhaben Alsterplatz

Auf dem ehemaligen Gelände der IGS Wilhelm Bracke werden 187 Mietwohnungen, neun Gewerbeeinheiten, eine Kindertagesstätte sowie 36 Eigentumswohnungen errichtet. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich aktuell - und unverändert gegenüber dem Plan des Vorjahres - auf rd. 76,2 Mio. €.

Das Neubauvorhaben ist im Wesentlichen - bis auf die letzte Gewerbeeinheit - fertiggestellt und wird regulär bewirtschaftet. Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke (Gewährleistungsverpflichtungen) fielen noch in Höhe von 35 T€ an. Diese ungeplanten Aufwendungen sowie über Plan liegende Instandhaltungsaufwendungen führen zu einem prognostizierten Ergebnis 2023 von - 195 T€ (Plan - 102 T€).

Der Plan 2024 sieht nunmehr - bei vollständiger Bewirtschaftung - ein Ergebnis von + 106 T€ vor.

Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet – 1. BA HA 135

Im 1. Bauabschnitt wurden 175 Mietwohnungen, sieben Gewerbeeinheiten, eine Kindertagesstätte sowie 28 Eigentumswohnungen errichtet. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich aktuell - und unverändert gegenüber dem Plan des Vorjahres - auf rd. 62,4 Mio. €.

Die Eigentumswohnungen sind seit dem Jahr 2019 veräußert. Die Wohneinheiten befinden sich komplett in der Bewirtschaftung, zwei Gewerbeeinheiten befinden sich bis zum 2. bzw. 3. Quartal 2024 noch in Akquise mit anschließendem Ausbau.

Höher als geplant anfallende Instandhaltungskosten und nicht geplante Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke führen zu einem prognostizierten Ergebnis von + 49 T€ (Plan 2023: + 169 T€).

Für das Planjahr 2024 wird ein Ergebnis von + 134 T€ bei vollumfänglicher Vermietung erwartet.

Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet – 2. BA HA 136

Der 2. Bauabschnitt gliedert sich in die folgenden Teilprojekte:

1. Grundstücksentwicklung
2. Kindertagesstätte (KiTa) Warnekamp (Sielkamp)
3. Neubauvorhaben „Lichtwerkallee 2“ auf den Grundstücken 11b und 11c

Zu 1.:

Im 2. Bauabschnitt hat die Gesellschaft die Projektentwicklung und -erschließung übernommen. Die Investitionssumme beträgt aktuell rd. 12,6 Mio. € (Vorjahr 12,3 Mio. €) einschließlich der Entwicklungskosten für die unter Punkt 2 genannte fünfzügige Kindertagesstätte „Sielkamp“ (städtebauliche Verpflichtung).

Die Grundstücke 11b und 11c werden durch die Niwo selbst bebaut (s. Punkt 3).

Zu 2.:

Aus dem städtebaulichen Vertrag für den 2. Bauabschnitt hat die Niwo eine Kindertagesstätte zu errichten und zu betreiben. In den Plan eingeflossen sind hierfür Investitionen von 5,7 Mio. € (5,4 Mio. € ohne Inventarkosten).

Um den aus dem städtebaulichen Vertrag resultierenden Mietverzicht in Höhe von 60 % auszugleichen, hat die Gesellschaft bereits in den Jahresabschlüssen seit 2020 mit der Bildung einer aufwandswirksamen Drohverlustrückstellung begonnen. Diese betrug zum Jahresabschluss 2023 3 Mio. € und geht von einer Laufzeit von 20 Jahren aus.

Zu 3.:

Auf den Grundstücken 11b und 11c werden zurzeit zwei Neubauobjekte mit insgesamt 82 Wohneinheiten errichtet. Die geplanten Investitionskosten - ohne Grundstücke - belaufen sich auf 19,8 Mio. €.

Im Zeitraum bis 2024 werden Valutierungen von insgesamt 17,5 Mio. € aus öffentlichen Wohnungsbaudarlehen eingeplant.

Insgesamt beläuft sich die Prognose 2023 auf - 127 T€ (Plan 2023: - 142 T€).

Im Jahr 2024 werden die Bauten sukzessive fertiggestellt, daher werden die Mieterlöse bis 2025 entsprechend dem Baufortschritt steigen. Der Wirtschaftsplan 2024 sieht ein Ergebnis von - 192 T€ vor, da die Kosten der laufenden Bewirtschaftung nebst Abschreibungen und Zinsaufwendungen die Mieterlöse noch übersteigen werden. Positive Jahresergebnisse sind nach jetzigem Stand erst ab dem Jahr 2034 zu erwarten.

Neubauvorhaben Nördliches Ringgebiet – 3. BA HA 137

Nach der Realisierung von zwei Grundstücksankäufen sowie eines Grundstückstauschvertrags ist die von der Gesellschaft angestrebte Flächenvorsorge für den Geschosswohnungsbau abgeschlossen. Geplant ist die Erschließung auf Grundlage eines noch zu verhandelnden Städtebaulichen Vertrags. Zurzeit sind Projektentwicklungs- und Erschließungskosten von 8,4 Mio. € (Vorjahr: 7,4 Mio. €) geplant.

Die Prognose 2023 geht aufgrund von Pachteinnahmen von einem Ergebnis von + 6 T€ (Plan 2023: - 1 T€) aus.

Der Wirtschaftsplan 2024 geht von einem Ergebnis von + 3 T€ aus.

Neubauvorhaben Martha-Fuchs-Str. (Broitzem)

Die Planung sieht die Schaffung von fünf Wohneinheiten ab Ende 2024 vor, die voraussichtlich im 4. Quartal 2025 in die Bewirtschaftung gehen. Die Prognose 2023 sieht ein Ergebnis von - 1 T€ (Plan - 6 T€) vor. Der Planwert 2024 beträgt aufgrund von Aufwendungen (z.B. Notar- und Grundbuchkosten) sowie Grundsteuern - 8 T€.

Neubauvorhaben Stöckheim Süd

Im Neubaugebiet Stöckheim Süd realisiert die Niwo die Bebauung von drei Grundstücken mit insgesamt 92 Wohneinheiten. Zwei Grundstücke werden bereits bebaut. Hierfür sind Investitionen von rd. 26 Mio. € geplant. Die anteilige Bewirtschaftung soll im Oktober 2024 beginnen. Für das dritte Grundstück werden nach vorläufigen Berechnungen Investitionen von rd. 8 Mio. € getätigt.

Die Prognose 2023 beläuft sich auf - 18 T€ (Plan: - 66 T€). Der Wirtschaftsplan 2024 geht von einem Ergebnis von - 82 T€ aus, da die Mieterlöse die Aufwendungen (Personal, Ab-

schreibungen, Zinsen, sonstige) noch nicht decken. Ab 2027 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Finanzierung

Gemäß Wirtschaftsplan (vgl. S.31 – Zusatzinformationen zur Kapitalflussrechnung) werden für das Jahr 2023 Fremdfinanzierungsmittel von voraussichtlich insgesamt 31.028 T€ valutiert, davon 18.897 T€ im Konzernverbund Stadt Braunschweig. Hiervon entfallen 15.300 T€ (7.000 T€ im Mai 2023 sowie 8.300 T€ voraussichtlich im November 2023) auf die sog. „Experimentierklausel“. Hiernach können mit Genehmigung des Niedersächsischen Innenministeriums Kreditaufnahmen der Stadt an die städtischen Gesellschaften weitergereicht werden.

Für das Jahr 2024 ist die Valutierung von Finanzierungsmitteln von insgesamt 15.969 T€ geplant, davon 5.000 T€ im Konzernverbund, und zwar ausschließlich über die Experimentierklausel.

Die geplante Valutierung der in der Wirtschaftsplanung enthaltenen und vorstehend genannten ausstehenden Beträge von 8.300 T€ sowie 5.000 T€ aus der Experimentierklausel ist vom Aufsichtsrat der Niwo in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 zusätzlich explizit genehmigt worden.

Mittelfristige Planung

Die in der Planung 2024 enthaltenen Geschäftsfelder sind auch Bestandteil der mittelfristigen Erfolgsplanung 2025 bis 2027.

Zur weiteren Erläuterung ist als Anlage der Wirtschaftsplan 2024 einschließlich der Teilwirtschaftspläne der Niwo beigelegt.

Geiger

Anlage:

Wirtschaftsplan Niwo 2024

WIRTSCHAFTSPLAN 2024

Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig



**Freyastraße 10
38106 Braunschweig**

Telefon (05 31) 3 00 03-0

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Allgemeines	2
2. Jahresprognose 2023	3
Wirtschaftsplan 2024	3 - 5
3. Erfolgsplanung 2024 - 2027	6
Erläuterungen	7
IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sporthalle	7 - 8
Neubau Alsterplatz	8 - 9
Neubau Nördliches Ringgebiet	10
Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 135, 1. BA)	10 - 11
Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 136, 2. BA)	12 - 13
Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 137, 3. BA)	14
Neubau Martha-Fuchs-Straße (Broitzem)	15
Neubau Stöckheim Süd	16
4. Erfolgsplanung 2024 - 2027	17
Detailpläne	
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Bestand	18
IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sporthalle	19
Neubau Alsterplatz	20
Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 135)	21
Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 136)	22
Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 137)	23
Neubau Martha-Fuchs-Straße (Broitzem)	24
Neubau Stöckheim Süd	25
5. Erläuterungen zur Erfolgsplanung 2024 - 2027	26 - 30
6. Kapitalflussrechnung, Finanzplan und Investitionsplanung	31 - 35
7. Bilanzplan	36

Allgemeines

Das Stammkapital der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig wird zu 51 % von der Stadt Braunschweig und zu 49 % von der Stadt Braunschweig Beteiligungs-GmbH gehalten.

Aufgrund der prognostizierten Bevölkerungszunahme in der Stadt Braunschweig ist zunehmender Wohnungsbedarf unterschiedlicher Ziel- und Einkommensgruppen zu verzeichnen. Neubauten tragen zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung bei.¹

In den Jahren 2023 bis 2025 werden 164 Mietobjekte aus den verschiedenen Neubauvorhaben in die Bewirtschaftungsphase übergehen. Insgesamt werden derzeit zwei Neubauvorhaben umgesetzt. Weitere befinden sich in der Planungsphase.

Neben der Neubautätigkeit wird das Kerngeschäft unserer Gesellschaft, die Hausbewirtschaftung und das Immobilienmanagement der Bestandsobjekte, zu keiner Zeit vernachlässigt.

Zum 30.06.2023 wurde folgender Immobilienbestand bewirtschaftet:

	<u>Einheiten</u>
Wohnungen	7.402
Gewerbliche Objekte	75
Sondermietobjekte und Heime	91
Garagen, Einstellplätze und Einstellboxen	1.739
	<u>9.307</u>

Die Gesamtwohn- bzw. Nutzfläche betrug ca. 493.192,70 m².

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH hält 100 % des Kapitals an ihrer Tochtergesellschaft Wohnstätten-Gesellschaft mbH. Auf der Grundlage eines 1965 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages betreut die Nibelungen-Wohnbau-GmbH den Wohnungsbestand der Tochtergesellschaft von 234 Wohnungen und 3 Garagen.

Durch die Beteiligung der Wohnstätten Gesellschaft mbH an der Ende 2017 gegründeten Cremlinger Wohnungsbau Gesellschaft mbH (CWG), übernimmt die Nibelungen-Wohnbau-GmbH weitere Projektsteuerungs- und Projektleitungsaufgaben. Zusätzlich hat die Nibelungen eine umfängliche Geschäftsbesorgung für die CWG übernommen.

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH bietet Betreuungsleistungen im technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagement sowie im strategischen Liegenschaftsmanagement erfolgreich an.

¹ Stadt Braunschweig, Presseinformation 398/2023 vom 22.05.2023;
[398_Wohnraumversorgungskonzept2205_Entw_Korr_61.31.pdf \(braunschweig.de\)](#)

Jahresprognose 2023

In der Prognose zeigen sich negative Abweichungen in den Sollmieten, die wesentlich aus Verschiebungen der Fertigstellungszeitpunkte von Neubauobjekten im Nördlichen Ringgebiet (2. Bauabschnitt) sowie aus geringeren Mieterhöhungen in Beständen resultieren. Zudem werden die Erlösschmälerungen höher als geplant ausfallen, was wesentlich auf modernisierungsbedingte Leerstände zurückzuführen ist.

Die in der Vorjahresplanung enthaltenen Inventargeschäfte der Kindertagesstätten am Alsterplatz und im Nördlichen Ringgebiet, die sich in den Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen widerspiegeln, verschieben sich voraussichtlich auf 2024.

Im Vergleich zum Planwert sind nach den aktuellen Berechnungen etwas mehr Eigenleistungen aktivierbar, was auf die anhaltende Bautätigkeit zurückzuführen ist.

Die Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke enthalten noch weitere anfallende Fremdkosten für bereits verkaufte Eigentumswohnungen sowie Rückstellungsanteile für künftige Leistungsverpflichtungen an fremde Grundstückseigentümer (82,6 TEUR).

In der Prognose für das Jahr 2023 kompensieren sich geringere Abschreibungen, höhere Zinsaufwendungen sowie höhere Instandhaltungskosten. Höhere sonstige betriebliche Erträge (wesentlich Versicherungserstattungen und Fördermittel) wirken insgesamt ausgleichend und führen zu einer annähernd ausgeglichenen Jahresprognose im Planvergleich.

Für das Geschäftsjahr 2023 ergibt sich in der Prognose damit ein Jahresergebnis i. H. von rd. 3.246,0 TEUR (Plan: 3.131,9 TEUR).

Wirtschaftsplan 2024

Die Planansätze für die in den nachfolgenden Aufstellungen enthaltenen Zahlen basieren auf dem Kenntnisstand des Monats Juli 2023. Die Aufstellung dieses Wirtschaftsplanes erfolgte im Zeitraum Juni bis August 2023.

Das Investitionsvolumen 2024 ist für die **Bestandsimmobilien** mit rd. 14,6 Mio. EUR veranschlagt. Ein Anteil von rd. 4,8 Mio. EUR stellt aktivierungspflichtige Herstellkosten dar. Der Instandhaltungsaufwand beläuft sich auf rund 9,8 Mio. EUR.

Der **Alsterplatz**, unser Neubaugebiet in der Weststadt, besteht aus 187 Miet- und 36 Eigentumswohnungen, 9 Gewerbeeinheiten sowie einer Kindertagesstätte. Das Neubauvorhaben im **Nördlichen Ringgebiet** teilt sich in drei Bauabschnitte auf. Die Gesellschaft hat die Erschließungsaufgaben für den ersten und zweiten Bauabschnitt übernommen. Der erste Bauabschnitt umfasst 175 Mietwohnungen, 7 Gewerbeeinheiten, 28 Eigentumswohnungen und eine Kindertagesstätte.

Im **zweiten Bauabschnitt** des **Nördlichen Ringgebietes** werden diverse Projektentwicklungs- und Erschließungskosten realisiert. Dazu zählen die Veräußerung selbst erschlossener Grundstücke, die Entwicklung von eigenem sowie fremdem Grund und Boden, der Mietwohnungsbau sowie die Entstehung einer Kindertagesstätte. Unter dem Projekttitel „Lichtwerkhöfe 2“ wird aktuell der Bau von 82 Mieteinheiten sowie 48 Einstellplätzen umgesetzt. Die Bewirtschaftung beginnt anteilig voraussichtlich im Herbst 2023.

In der **Martha-Fuchs-Str.** in Broitzem können voraussichtlich im 4. Quartal 2025 fünf Wohneinheiten bezogen werden.

In **Stöckheim Süd** können 92 Wohneinheiten für 2- bis 5-Personen-Haushalte sowie 75 Einstellplätze errichtet werden. Die Bewirtschaftung soll ab Oktober 2024 anteilig beginnen.

Die im Wirtschaftsplan angesetzten Beträge sind auf der Basis des derzeitigen Kenntnisstandes sorgfältig kalkuliert worden. Bei diesen Kostenberechnungen sind dennoch im Rahmen weiterer noch vorzunehmender Detailplanungen und den dann folgenden Ausschreibungen mit der anschließenden Auftragsvergabe Veränderungen möglich.

Der Gesamtplan schließt für das Jahr 2024 mit einem geplanten Jahresüberschuss in Höhe von 3.122,0 TEUR ab.
--

Erfolgsplanung 2024 - 2027

	Plan 2023 TEUR	Prognose 2023 TEUR	Plan 2024 TEUR
1. Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	53.256,8	50.973,5	55.505,7
...davon Sollmieten	38.303,9	37.863,0	39.400,5
...davon Erlösschmälerungen	-1.152,6	-1.604,4	-1.151,9
b) aus Betreuungstätigkeit	344,0	505,9	248,5
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	597,7	38,1	1.524,3
2. Bestandsveränderungen			
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	2.956,3	2.945,3	-76,8
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	486,5	508,4	319,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.328,4	2.226,3	1.750,9
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung			
Betriebskosten	17.834,6	16.578,5	16.455,0
Instandhaltungskosten	9.977,4	10.035,7	10.519,0
Andere Aufwendungen	388,0	445,5	417,7
	28.200,0	27.059,7	27.391,7
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	82,6	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	1.076,8	222,1	1.331,3
	29.276,8	27.364,4	28.723,0
Rohergebnis	29.692,9	29.833,1	30.548,6
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.066,4	6.067,0	6.418,6
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.311,8	2.273,0	1.744,6
	8.378,2	8.340,0	8.163,2
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.669,6	9.419,2	10.048,8
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.561,6	2.596,7	2.552,1
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	44,3	44,3	42,1
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,1	10,6	4,8
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.419,3	4.624,1	4.964,0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	155,1	222,0	297,0
13. Ergebnis nach Steuern	4.562,5	4.686,0	4.570,4
14. Sonstige Steuern	1.430,6	1.440,0	1.448,4
Jahresergebnis	3.131,9	3.246,0	3.122,0

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Um die langfristige Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes zu sichern, sind abermals umfangreiche Maßnahmen zur Optimierung unseres Immobilienbestandes geplant, deren Investitionsvolumen für 2024 mit rd. 14,6 Mio. EUR veranschlagt wurde (ohne IGS Wilhelm-Bracke-Gesamtschule, Sporthalle und Neubauprojekte). Hiervon werden voraussichtlich Fremdleistungen in Höhe von rd. 4,8 Mio. EUR zu aktivieren sein.

Die Investitionen in unsere Bestände sind an die Klimaschutzziele für Deutschland (Klimaschutzplan 2045¹) auszurichten. Für Bereiche, in denen Klarheit und Planbarkeit bestehen, wurden entsprechende Aufwendungen innerhalb des Planwerkes berücksichtigt.

Im Jahr 2024 werden die Modernisierungsschwerpunkte in Fassadenmodernisierungen, Dacherneuerungen, Sanierungen von Grundleitungen sowie in weiteren energetischen Maßnahmen liegen. Daneben wird die Elektromobilität durch technische Vorkehrungen in den Außenanlagen und Stellplätzen gefördert. Nach Modernisierungsmaßnahmen sowie bei Neuvermietungen und bestehenden Mietverhältnissen sind moderate Mietanpassungen eingeplant.

Wir gehen davon aus, dass sich die Mieterlöse insbesondere in unseren Wohnungsbeständen positiv entwickeln werden. Die Sollmieten haben wir auf Basis der aktuellen Prognoserechnungen fortgeschrieben dargestellt.

Neben den Modernisierungsmaßnahmen der Bestandsobjekte werden im Stadtgebiet von Braunschweig im Rahmen unserer Neubauaktivität aus den Vorjahren die letzten drei Gewerbeobjekte in die Bewirtschaftung übergehen. Neubauprojekte in zwei Stadtteilen Braunschweigs befinden sich in der Umsetzung; weitere befinden sich noch in der Planung. Die hierfür anfallenden Planzahlen sind in der Erfolgsplanung 2024 bis 2027 gemäß dem derzeitigen Kenntnisstand bereits berücksichtigt.

Unser Engagement hinsichtlich der Bewirtschaftung unserer Bestandsobjekte, insbesondere der Modernisierungsplanungen, wird durch die Investitionstätigkeit in die Neubauten in keiner Weise gemindert.

Im Rahmen der Beteiligung der Tochtergesellschaft, Wohnstätten-Gesellschaft-mbH, an der Cremlinger Wohnungsbaugesellschaft mbH (CWG) hat sich die Geschäftsbesorgungstätigkeit der Nibelungen um Projektsteuerungs- und Leitungsaufgaben erweitert.

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH bietet Betreuungsleistungen im technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagement sowie im strategischen Liegenschaftsmanagement erfolgreich an.

Für das Geschäftsjahr 2024 rechnen wir insgesamt mit einem Jahresüberschuss von rd. 3.122,0 TEUR.

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>; Abruf vom 21.08.2023

Erläuterungen

Um einen Überblick über die verschiedenen Tätigkeitsbereiche erlangen zu können und deren Ergebnisse kritisch zu würdigen, werden neben der Gesamt-Erfolgsplanung für das Unternehmen auch Detailpläne ausgewählter Tätigkeitsbereiche erstellt.

Alle Detailpläne (Bestand, IGS Wilhelm-Bracke inkl. Sporthalle, Alsterplatz, Nördliches Ringgebiet HA 135, HA 136 (inkl. KiTa Sielkamp) und HA 137, Stöckheim sowie Martha-Fuchs-Str.) gehen in dem Gesamtplan auf.

IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sporthalle

Die Stadt Braunschweig hat zum 1. Januar 2013 ein Erbbaurecht zugunsten der Nibelungen-Wohnbau-GmbH bestellt.

Die Bewirtschaftung der in 2015 fertiggestellten Schule sowie der Sporthalle erfolgt im Rahmen eines geschlossenen Mietvertrages für insgesamt 25 Jahre. Alle Inhalte aus dem Hauptvertrag sowie aus der ersten Nachtragsvereinbarung sind in das Planwerk eingeflossen.

Prognose 2023

Umsatzerlöse resultieren aus den Vereinbarungen zum Projektvertrag. Die für das Prognosejahr 2023 prognostizierten Umsatzerlöse enthalten zudem Umlagenabrechnungen. Entsprechend verlaufen Bestandsveränderungen. Die nächste Anpassung der vertraglich vereinbarten Grundmiete stellt sich im Jahr 2025 dar. In den Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen sowie den Aufwendungen für andere Leistungen werden Abrechnung und Beschaffung für eine Sonderleistung auf Mieterwunsch dargestellt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen einen planerischen Ansatz für Versicherungsentschädigungen i. H. von 15 TEUR sowie Erträgen aus Schönheitsreparaturen i.H. von 0,2 TEUR.

Betriebskosten werden auf Basis des aktuellen Mengen- und Preisgerüsts berechnet. Die angesetzten Instandhaltungskosten entsprechen den Vereinbarungen aus dem Projektvertrag und wurden mit 233,9 TEUR und ab 2025 mit 303 TEUR eingeplant.

Im Personalaufwand stellen sich eigene Kosten für die Bewirtschaftung der Immobilie dar.

Die betrieblichen Aufwendungen umfassen im Prognosejahr 2023 Aufwendungen für frühere Jahre i. H. von rd. 0,6 TEUR und Sachkostenanteile wie bspw. Telefonkosten i. H. von 1 TEUR.

Mit einem prognostizierten Jahresergebnis i. H. von -233,9 TEUR wird der geplante Jahresfehlbetrag (-235,2 TEUR) leicht übertroffen.

Plan 2024

Im Planjahr 2024 werden keine Besonderheiten erwartet, sodass von einem regulären Bewirtschaftungsjahr ausgegangen werden kann.

Die buchhalterischen Anfangsunterdeckungen werden bei planmäßigem Verlauf durch spätere Überdeckungen kompensiert. Die Jahresergebnisse verbessern sich im Verlauf der Mietdauer insbesondere durch die degressive Entwicklung der Zinsaufwendungen. Nicht vorhersehbare Aufwendungen belasten möglicherweise das Ergebnis, sofern später kein Erstattungsanspruch innerhalb des Vertragswerkes oder an beteiligte Dritte hergeleitet werden kann.

Der Wirtschaftsplan 2024 endet entsprechend der Planung mit einem Jahresfehlbetrag i. H. von -195,7 TEUR.

Neubau Alsterplatz

Prognose 2023

Auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Bracke-Gesamtschule wurden 187 Miet- und 36 Eigentumswohnungen in vier- bis achtgeschossiger Bauweise errichtet. Das Konzept wird durch insgesamt 9 Gewerbeeinheiten sowie einer Kindertagesstätte abgerundet. Die fortgeschriebenen Baukostentabellen zeigen wie auch im Vorjahr einen Gesamtkapitalbedarf i. H. von 76,2 Mio. EUR auf.

Für das Jahr 2023 werden Sollmieten für Wohnungen, Gewerbeeinheiten und Einstellplätze i. H. von 1.799,0 TEUR erwartet. Die Erlösschmälerungen wegen anteiliger Leerstände oder Mietminderungen belaufen sich voraussichtlich auf 65,2 TEUR.

Aufgrund von Restarbeiten zur Herstellung des Gebäudes sowie der Außenanlagen können weiterhin Eigenleistungen aktiviert werden.

Die sonstigen betriebliche Erträge umfassen Erträge aus Versicherungs- und Schadenersatzansprüchen i. H. von 21 TEUR sowie Erträge aus Schönheitsreparaturen und Erstattungen von Umbaukosten i.H. von insgesamt 4 TEUR.

Die Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung für das Prognosejahr 2023 steigen im Vergleich zur Vorjahresplanung. Dies ist im Wesentlichen auf Instandhaltungsmaßnahmen zurückzuführen. Die Betriebskosten sind wiederum gesunken – darunter auch nicht abrechenbare Anteile.

Die Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke enthalten noch weitere anfallende Fremdkosten für die Eigentumswohnungen sowie Rückstellungsanteile für künftige Leistungsverpflichtungen (34,9 TEUR).

Der dargestellte Personalaufwand enthält die genannten Eigenleistungen.

Der Planwert der Abschreibungen wird in der Prognose für 2023 unterschritten. Dies liegt insbesondere an im Vorjahr fehlerhaft geplanten abschreibungsfähigen Investitionskosten.

Die betrieblichen Aufwendungen fallen i. H. von 115,3 TEUR an und entsprechen somit beinahe dem Planwert, da wie auch im Vorjahr weitere Aufwendungen für bspw. Rechts- und Beratungskosten sowie Wertberichtigungen auf Forderungen erwartet werden.

In der Jahresprognose 2023 wird ein Jahresfehlbetrag von -194,6 TEUR erwartet (Plan: rd. -101,5 TEUR). Das negative Jahresergebnis wird im Wesentlichen durch die höheren Instandhaltungsaufwendungen sowie nicht geplanten Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke beeinflusst.

Plan 2024

Im kommenden Jahr wird im 2. Quartal die vollständige Bewirtschaftung des Alsterplatzes angenommen, da sodann die letzte Gewerbeeinheit fertiggestellt sein wird. Darauf aufbauend werden 197 Objekte bewirtschaftet sein, die voraussichtlich rd. 1.812,1 TEUR Mieterlöse in 2024 generieren. Hierbei werden auch Annahmen zu möglichen Leerständen getroffen, sodass für Erlösschmälerungen rd. 48,6 TEUR angesetzt werden.

Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen gleichen sich vollständig mit den Aufwendungen aus anderen Lieferungen und Leistungen aus und bilden das geplante Inventargeschäft der Kindertagesstätte ab.

Durch letzte anfallende Baukosten für Restarbeiten besteht die Möglichkeit, noch weitere, aber wesentlich geringere Eigenleistungen zu aktivieren. Der dargestellte Personalaufwand enthält nur noch die genannten Eigenleistungen.

Sonstige betriebliche Erträge umfassen den Ansatz von Versicherungsentschädigungen, die die dazugehörigen Wiederherstellungsaufwendungen in den Instandhaltungskosten ausgleichen.

Die Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung basieren weiterhin auf Schätzwerten, die sich erst in den kommenden Jahren durch Erfahrungswerte ersetzen lassen. Es ist nicht anzunehmen, dass die hohen Instandhaltungskosten aus den Vorjahren nachhaltig anfallen werden. Der Ansatz für die Betriebskosten ist im Vorjahresvergleich gesunken.

Die betrieblichen Aufwendungen enthalten pauschalisierte Ansätze für bspw. Rechts- und Beratungskosten sowie für die Reinigung des Außenbüros im Alsterplatz.

Für das Planjahr 2024 wird ein Jahresüberschuss von 106,1 TEUR erwartet. Dies liegt im Planvergleich besonders an den geringeren Erlösschmälerungen, den niedrigeren Abschreibungen sowie betrieblichen Aufwendungen.

In der Vorausschau 2025-2027 erfolgt die reguläre Bewirtschaftung ohne derzeit erkennbare Besonderheiten.

Neubau Nördliches Ringgebiet

Das Nördliche Ringgebiet wird gemäß der aufeinander folgenden Bauabschnitte in drei Detailpläne aufgeteilt:

1. Bauabschnitt NRG HA 135
2. Bauabschnitt NRG HA 136
3. Bauabschnitt NRG HA 137

Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 135, 1. Bauabschnitt)

Prognose 2023

Unser Beitrag im ersten Bauabschnitt des nördlichen Ringgebietes beinhaltet eine Durchmischung von 175 Wohneinheiten, 7 Gewerbe- und 28 Eigentumsobjekten sowie einer Kindertagesstätte. Sämtliche 28 Eigentumswohnungen konnten in den Vorjahren veräußert und übergeben werden. Das gesamte Investitionsvolumen inkl. Verkaufsbauten und Erschließungskosten beläuft sich auf 62,4 Mio. EUR.

Es befinden sich bereits alle 175 Wohneinheiten in der Bewirtschaftung. Von den 7 Gewerbeobjekten befindet sich zwei Gewerbeeinheiten noch bis zum 2. und 3. Quartal 2024 in der Akquise sowie im anschließendem Ausbau. Für das Jahr 2023 werden Sollmieten für Wohnungen, Einstellplätze und Gewerbeeinheiten i. H. von 1.798,8 TEUR erwartet.

Die Erlösschmälerungen wegen anteiliger Leerstände oder Mietminderungen belaufen sich voraussichtlich auf rd. 90,5 TEUR.

Die Erlöse aus Betreuungstätigkeit reduzieren sich auf 6,3 TEUR, da die Wohnungseigentumsverwaltung zum 30.09.2023 beendet wird.

Durch geplante aktivierungsfähige Projekte sind noch weitere Eigenleistungen in 2023 aktivierbar. Diese aktivierbaren Eigenleistungen werden u.a. ebenfalls in den Personalaufwendungen dargestellt, die im Planvergleich nun höher anzusetzen sind.

Sonstige betriebliche Erträge umfassen im Wesentlichen den Ansatz von Versicherungsentschädigungen (30 TEUR), Auflösungen von Wertberichtigungen i.H. von 140 TEUR sowie von Rückstellungen i.H. von 50 TEUR und Erträge aus unbebauten Grundstücken für die Verpachtung von Baustelleinrichtungsflächen (12,6 TEUR).

Die im Planvergleich gestiegenen Instandhaltungskosten sind hauptsächlich auf die laufenden Instandhaltungskosten (305,8 TEUR), Versicherungsvorgänge (30 TEUR) und Großmaßnahmen für diverse Mängelbeseitigungen (rd. 58,8 TEUR) zurückzuführen. Der Ansatz für die Betriebskosten ist im Vergleich zum Vorjahr jedoch gesunken.

Die Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke enthalten Rückstellungsanteile für künftige Leistungsverpflichtungen (47,7 TEUR).

Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen fallen in Höhe von 65 TEUR für Erschließungsleistungen auf fremden Grund und Boden an. Diese Kostenanteile wirken sich nicht ergebnistechnisch aus – im Jahr 2024 erfolgt die Abrechnung der bis dahin entstandenen Kosten (geplant 115,9 TEUR).

Aufgrund von weiteren aktivierungsfähigen Maßnahmen sind bereits im Vorjahr höhere Kosten angefallen, die aktiviert werden konnten. In der Folge wird der Planwert der Abschreibungen in der Prognose für 2023 überschritten.

Die betrieblichen Aufwendungen werden dominiert durch Kosten für das Mobilitätskonzept im Nördlichen Ringgebiet.

Das prognostizierte Jahresergebnis von 48,4 TEUR (Plan 168,9 TEUR) fällt geringer aus als geplant aufgrund der höheren Abschreibungen, deutlich höheren Instandhaltungskosten sowie nicht geplanten Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke.

Plan 2024

In 2024 erfolgt die vollständige Fertigstellung und anschließende Bewirtschaftung der letzten zwei Gewerbeobjekte, sodass Sollmieten in Höhe von 1.834,2 TEUR geplant sind, auf dessen Grundlage für die Folgejahre vorsichtige Mietanpassungen kalkuliert werden. Die Erlösschmälerungen wegen anteiliger Leerstände oder Mietminderungen belaufen sich voraussichtlich auf rd. 89,2 TEUR.

Die Ansätze für die Wohnungseigentumsverwaltung entfallen in 2024 gänzlich.

In den Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen wirkt sich die Übertragung des Kindergarten-Inventars (KiTa Mitgaustraße) aus. Die Kosten für die Ausstattung sind in den Aufwendungen für anderen Lieferungen und Leistungen (120,8 TEUR) enthalten. Sowohl die Kostenanteile als auch die Abrechnung werden in den Bestandsveränderungen erfolgsneutral ausgeglichen.

Durch Restarbeiten in den Gewerbeobjekten besteht die Möglichkeit, noch weitere Eigenleistungen zu aktivieren. Diese finden sich ebenfalls in den Personalaufwendungen wieder.

Sonstige betriebliche Erträge umfassen überwiegend voraussichtliche Versicherungsschädigungen (30 TEUR).

Der Ansatz der Instandhaltungskosten basiert auf Schätzwerten, die sich erst in den kommenden Jahren durch Erfahrungswerte ersetzen lassen. Im Wesentlichen werden diese jedoch durch Kosten für Versicherungsvorgänge (30 TEUR) und laufenden Instandhaltungskosten (156,3 TEUR) beeinflusst.

In den Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen fallen neben den Kosten für die Ausstattung der KiTa wie auch im Vorjahr Kosten für Erschließungsleistungen auf fremden Grund und Boden an (35,9 TEUR).

Aus den zwei erst im 2. und 3. Quartal 2024 fertiggestellten Gewerbeeinheiten folgt eine verzögerte Entwicklung der Abschreibungsbeträge.

Die betrieblichen Aufwendungen enthalten in 2024 im Wesentlichen Kosten für die Fortentwicklung des Mobilitätskonzeptes (13,4 TEUR).

In Summe ist für das Planjahr 2024 ein Jahresüberschuss i. H. von rd. 134,3 TEUR zu erwarten.

In der Vorausschau 2025-2027 erfolgt die reguläre Bewirtschaftung ohne erkennbare Besonderheiten.

Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 136, 2. Bauabschnitt)

Die im Einzelwirtschaftsplan HA 136 abgebildeten Kostenansätze beruhen auf Kostenannahmen wie sie zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes vorlagen. Analog wurden Finanzierungskonzepte vorerst auf Grundlage der Plandaten ausgearbeitet.

Im Detail gliedert sich der zweite Bauabschnitt des Nördlichen Ringgebietes wie folgt:

1. Grundstücksentwicklung
2. Kindertagesstätte „Sielkamp“
3. Neubauvorhaben „Lichtwerkallee 2“

1. Zur Grundstücksentwicklung

In der zweiten Planungsphase des Nördlichen Ringgebiets entstehen aus diversen Maßnahmen Projektentwicklungs- und Erschließungskosten in Höhe von 12,6 Mio. EUR (inklusive der Entwicklungskosten für die Kindertagesstätte mit Anteil 5,7 Mio. EUR).

2. Zur Kindertagesstätte „Warnekamp“

Aus der städtebaulichen Verpflichtung des zweiten Bauabschnittes hat die Gesellschaft eine Kindertagesstätte zu errichten und zu betreiben. Es sind hierfür Investitionen i. H. von 5,4 Mio. EUR (ohne Inventar) in das Planwerk eingeflossen.

Weiterhin ist die Nibelungen-Wohnbau zur Ausstattung der Kindertagesstätte verpflichtet. Die voraussichtlichen Inventarkosten werden sich auf rd. 343 TEUR belaufen. Im Gegensatz zur Vorjahresplanung wird keine Veräußerung des Inventars an den zukünftigen Mieter erfolgen, sondern eine Vermietung.

Mit dem Bau der Kindertagesstätte wurde bereits im 1. Halbjahr 2022 begonnen. Der Bewirtschaftungsbeginn ist im 3. Quartal 2023 vorgesehen.

Die städtebauliche Verpflichtung sieht darüber hinaus vor, dass lediglich 40% der üblichen Miete erhoben werden darf. Aus den Grundstücksgeschäften der Vorjahre realisierte Überschüsse wurden zur Kompensation der geringeren Miete in Form einer Drohverlustrückstellung zurückgestellt. Hieraus ergibt sich insgesamt eine wirtschaftliche Darstellung des Gesamtprojektes HA 136.

3. Zum Neubauvorhaben „Lichtwerkallee 2“

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH verwirklicht derzeit zwei Neubauobjekte. Das Projekt mit dem Arbeitstitel „Lichtwerkallee 2“ teilt sich auf zwei Gebäude auf.

Ohne Grundstückskosten belaufen sich die geplanten Investitionen auf 19,8 Mio. EUR. Im Ergebnis sollen 82 Einheiten mit einer Wohnfläche von rd. 4.704 qm entstehen. 48 Einstellplätze runden das Vermietungsangebot ab. Im Herbst 2023 ist mit der anteiligen Fertigstellung und Vermietung der Wohnungen zu rechnen. Hierfür werden anteilige Sollmieten geplant, die über die Folgejahre bis 2025 auf rd. 390,8 TEUR p. a. ansteigen.

Der Zinsaufwand stellt im Wesentlichen die Ansätze aus dem Finanzierungskonzept dieses Bauabschnittes dar. Bis 2024 werden Valutierungen von insgesamt 17,5 Mio. EUR aus öffentlichen Wohnungsbaudarlehen eingeplant.

Prognose 2023

Im Herbst 2023 ist mit der anteiligen Fertigstellung und Vermietung der Wohnungen zu rechnen. Da auch die Bewirtschaftung der Kita zum im 3. Quartal 2023 beginnt, werden erste Sollmieten i. H. von 49,6 TEUR erwartet. Die Erlösschmälerungen wegen anteiliger Leerstände in den Wohneinheiten oder Mietminderungen werden sich voraussichtlich auf rd. 9 TEUR belaufen.

Es besteht die Möglichkeit, entstehende Zinsaufwendungen und Eigenleistungen im Rahmen der Bautätigkeit zu aktivieren.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen die Auflösung einer Drohverlustrückstellung für Tauschgeschäfte (78,5 TEUR) sowie voraussichtliche Erstattungen zu Firmenforderungen (50 TEUR). Diese gleichen die erhöhten Instandhaltungskosten (rd. 58,2 TEUR) aufgrund diverser Mängelbeseitigungen aus.

Aufgrund des Bewirtschaftungsbeginns entstehen erste Abschreibungen (59,1 TEUR) sowie weitere Vertriebsaufwendungen (sonstige betriebl. Aufwendungen; 62 TEUR).

Insgesamt werden im Prognosejahr die Kosten der laufenden Bewirtschaftung nebst Abschreibungs- und Zinsaufwendungen die Einnahmen übersteigen.

Für das Jahr 2023 wird ein Jahresfehlbetrag von -127 TEUR (Plan -142,1 TEUR) erwartet.

Plan 2024

Im März 2024 wird die vollständige Fertigstellung der Objekte erwartet. Bis 2025 werden die Sollmieten auf rd. 476,4 TEUR p. a. ansteigen. In der anfänglichen Vermietungsphase ist von einer erhöhten Erlösschmälerungsquote auszugehen.

Weitere Eigenleistungen und ein Teil der Fremdkapitalzinsen sind in 2024 aktivierbar.

Die sonstigen betriebliche Erträge umfassen vollumfänglich voraussichtliche Versicherungsentschädigungen.

Der Ansatz der Instandhaltungskosten mit rd. 42,4 TEUR basiert auf Schätzwerten, die sich erst in den kommenden Jahren durch Erfahrungswerte ersetzen lassen.

Geplante Werbemaßnahmen i. H. von rd. 60 TEUR sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Im Planjahr 2024 wird ein Jahresfehlbetrag von rd. -192,2 TEUR angenommen.

Bis 2025 werden die Mieterlöse entsprechend dem Baufortschritt steigen und es wird sich ein regulärer Bewirtschaftungsbetrieb einstellen. Langfristig sieht die hiermit vorliegende Wirtschaftsplanung erst ab 2034 ff. positive Jahresergebnisse vor.

Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 137, 3. Bauabschnitt)

In der dritten Entwicklungsstufe des Nördlichen Ringgebietes hat unsere Gesellschaft bisher zwei Grundstücksankäufe sowie einen Grundstückstauschvertrag realisieren können. Letzterer wird voraussichtlich im Jahr 2024 rechtswirksam. Der Vertrag sieht eine Kostenbeteiligung entsprechend des Erschließungszustands des Baugebietes vor. Anteilige Zahlungen wurden gemäß der aktuellen Zeitplanung auf die Jahre verteilt. Damit ist die hier angestrebte Flächenvorsorge für den Geschosswohnungsbau abgeschlossen. Anschließend erfolgt die Weiterentwicklung (Erschließung) der Flächen im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages. In Folgejahren können aus noch nicht bestehenden Verträgen und steigendem Detaillierungsgrad der Planungen weitere Projektentwicklungskosten resultieren. Im Planwerk wurden Projektentwicklungs- und Erschließungskosten in Höhe von 8,4 Mio. EUR verarbeitet.

Die Entwicklungskosten werden die eigenen Grundstücke betreffend werterhöhend aktiviert. Kostenanteile für Tauschflächen werden in den Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen erfasst und zu verschiedenen Zeitpunkten mit dem Vertragspartner abgerechnet. Das Tauschgeschäft verläuft nach aktuellem Kostenstand erfolgsneutral / kostendeckend.

Prognose 2023

Im Prognosejahr 2023 werden die anfallenden Kosten für den Grundstückstausch in den Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen dargestellt. Diese stellen sich zudem in den Bestandsveränderungen dar, sodass das Tauschgeschäft ergebnisneutral verläuft.

Zudem werden weitere Grundstücke für das Anlagevermögen entwickelt, sodass hier Eigenleistungen aktiviert werden können.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stellen Umsätze aus der Grundstücksverpachtung dar.

Im aktuellen Jahr 2023 wird aufgrund der Pachteinnahmen ein Jahresüberschuss von 6 TEUR (Plan -0,4 TEUR) erwartet.

Plan 2024

Im Planjahr 2024 wird ein Jahresergebnis von 2,9 TEUR erwartet. Die Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen i. H. von 4,8 TEUR werden durch Grundsteueraufwendungen i. H. von 2 TEUR gemindert.

Auch in der Vorausschau für die Jahre 2025 bis 2027 werden die Ergebnisse durch Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen, Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen und Grundsteueraufwendungen dominiert.

Neubau Martha-Fuchs-Str. (Broitzem)

Im Neubauvorhaben in der Martha-Fuchs-Str. in Broitzem werden ab 2024 fünf Wohnobjekte geschaffen, die voraussichtlich im 4. Quartal 2025 in die Bewirtschaftung gehen können. Die im Plan berücksichtigten Investitionskosten für die Gesamtmaßnahme belaufen sich auf 1,6 Mio. EUR.

Prognose 2023

Im Jahr 2023 fallen lediglich bauvorbereitenden Fremdkosten und Eigenleistungen sowie Grundsteuern für den Grundbesitz an. Letztere Position führt zu einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag i. H. von rd. -1 TEUR (Plan -6,4 TEUR).

Plan 2024

Im Planjahr 2024 besteht weiterhin die Möglichkeit, entstehende Eigenleistungen im Rahmen der Bautätigkeit zu aktivieren. Zudem fallen Notar- und Grundbuchkosten, Abschreibungen auf Geldbeschaffungskosten sowie weitere nicht umlagefähige Grundsteueraufwendungen an. Daraus resultiert ein negativer Erfolgsbeitrag i. H. von -8,5 TEUR.

Im Dezember 2025 soll das Objekt fertiggestellt sein, sodass hier alle fünf Wohnobjekte komplett in die Bewirtschaftung gehen könnten. Die Mieterlöse (rd. 2,1 TEUR) können in dem Geschäftsjahr allerdings noch nicht die Instandhaltungskosten (1,3 TEUR), die Abschreibungen (rd. 1,6 TEUR) und die nicht mehr aktivierungsfähigen Zinsaufwendungen kompensieren. Somit wird auch für dieses Jahr ein Jahresfehlbetrag von -2,5 TEUR erwartet.

Ab 2026 wird mit kontinuierlich moderat steigenden Jahresergebnissen gerechnet.

Neubau Stöckheim Süd

In dem neuen Baugebiet Stöckheim Süd wird unsere Gesellschaft die Bebauung von drei Grundstücken realisieren.

Auf den drei Grundstücken werden insgesamt 92 Wohneinheiten für 2- bis 5-Personen-Haushalte sowie 75 Einstellplätze errichtet.

Auf zwei der drei Grundstücke ist die Bautätigkeit bereits im Gange. Hierfür wurden Investitionen i. H. von 25,9 Mio. EUR geplant. Die Bewirtschaftung soll ab Oktober 2024 anteilig beginnen.

Die Darlehen und die Projektkosten (8,3 Mio. EUR) des dritten Grundstückes basieren noch auf vorliegenden Berechnungen und Studien.

Prognose 2023

Im aktuellen Jahr 2023 dominiert die Bautätigkeit. Anfallende Eigenleistungen und Zinsaufwendungen können aktiviert werden. Aus Bearbeitungsentgelten für öffentliche Bau Darlehen resultieren Abschreibungen auf Geldbeschaffungskosten sowie Zinsaufwendungen. Werbekosten wurden wesentlich auf das Akquise-Jahr 2024 verschoben.

Die Prognose für 2023 zeigt aufgrund der erst im Folgejahr anfallenden Werbe- und Notarkosten ein verbessertes Jahresergebnis i. H. von -18,1 TEUR (Plan -66,1 TEUR) auf.

Plan 2024

Im 4. Quartal 2024 gehen schrittweise die ersten Objekte in die Bewirtschaftung. Die Netto-Mieterlöse (rd. 54,8 TEUR) können in dem Geschäftsjahr noch nicht die Abschreibungen (60,5 TEUR), die Werbeaufwendungen (10 TEUR) und die nicht mehr aktivierungsfähigen Zinsaufwendungen ausgleichen. Notar- und Grundbuchkosten i.H. von rd. 28 TEUR für die Eintragung von Grundschulden sind ebenfalls Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2024.

Für das Planjahr 2024 wird ein Jahresfehlbetrag von -88,2 TEUR erwartet.

In den Folgejahren verlaufen die Ergebnisbeiträge ab 2027 wegen der zunehmenden Bewirtschaftung positiv, sodass die laufenden Kosten gedeckt werden können.

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Nibelungen Gesamt					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	50.973,5	55.505,7	56.543,9	58.085,2	58.862,6
...davon Sollmieten	37.863,0	39.400,5	40.518,6	41.119,6	41.603,6
...davon Erlösschmälerungen	-1.604,4	-1.151,9	-1.128,1	-1.111,1	-1.101,7
b) aus Betreuungstätigkeit	505,9	248,5	234,1	241,8	244,6
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	38,1	1.524,3	702,9	15,3	15,3
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	2.945,3	-76,8	923,2	284,0	135,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	508,4	319,0	235,4	150,9	130,5
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.226,3	1.750,9	1.490,8	1.531,7	1.590,9
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	16.578,5	16.455,0	17.179,0	17.496,0	17.638,0
Instandhaltungskosten	10.035,7	10.519,0	10.843,6	11.080,0	11.322,7
Andere Aufwendungen	445,5	417,7	417,7	417,7	417,7
	27.059,7	27.391,7	28.440,3	28.993,7	29.378,4
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	82,6	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	222,1	1.331,3	717,6	30,0	30,0
	27.364,4	28.723,0	29.157,9	29.023,7	29.408,4
Rohergebnis	29.833,1	30.548,6	30.972,4	31.285,2	31.570,5
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	6.067,0	6.418,6	6.520,5	6.719,7	6.892,1
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.273,0	1.744,6	1.733,5	1.759,8	1.740,7
	8.340,0	8.163,2	8.254,0	8.479,5	8.632,8
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.419,2	10.048,8	10.169,6	10.418,9	10.535,7
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.596,7	2.552,1	2.546,4	2.493,4	2.541,4
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	44,3	42,1	40,0	37,7	35,4
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10,6	4,8	12,8	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.624,1	4.964,0	5.037,0	4.901,9	4.924,3
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	222,0	297,0	456,0	534,0	468,0
13. Ergebnis nach Steuern	4.686,0	4.570,4	4.562,2	4.495,2	4.503,7
14. Sonstige Steuern	1.440,0	1.448,4	1.472,0	1.482,0	1.483,0
Jahresergebnis	3.246,0	3.122,0	3.090,2	3.013,2	3.020,7

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Nibelungen Bestand					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	43.944,5	47.917,1	48.255,4	49.499,0	50.094,7
...davon Sollmieten	32.058,9	33.090,2	33.687,2	34.189,8	34.595,4
...davon Erlösschmälerungen	-1.438,8	-979,0	-972,4	-966,3	-965,2
b) aus Betreuungstätigkeit	499,6	248,5	234,1	241,8	244,6
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	37,1	30,1	15,3	15,3	15,3
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	2.706,8	-45,5	734,7	189,0	119,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	96,2	121,3	123,4	125,8	128,3
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.812,5	1.679,4	1.416,5	1.472,4	1.526,4
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	15.269,5	14.996,0	15.549,9	15.777,0	15.902,0
Instandhaltungskosten	9.051,8	9.871,5	10.097,6	10.347,3	10.583,8
Andere Aufwendungen	422,2	407,4	407,4	407,4	407,4
	24.743,5	25.274,9	26.054,9	26.531,7	26.893,2
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	43,2	30,0	30,0	30,0	30,0
	24.786,7	25.304,9	26.084,9	26.561,7	26.923,2
Rohergebnis	24.310,0	24.646,0	24.694,5	24.981,6	25.205,1
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	5.751,3	6.280,9	6.416,3	6.682,1	6.861,2
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.273,0	1.744,6	1.733,5	1.759,8	1.740,7
	8.024,3	8.025,5	8.149,8	8.441,9	8.601,9
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.466,4	6.706,4	6.839,3	7.006,8	7.108,1
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.367,6	2.400,1	2.498,3	2.477,7	2.527,6
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10,6	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.270,6	2.659,3	2.789,5	2.721,5	2.845,6
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	222,0	297,0	456,0	534,0	468,0
13. Ergebnis nach Steuern	4.969,7	4.557,7	3.961,6	3.799,7	3.653,9
14. Sonstige Steuern	1.203,5	1.201,0	1.201,0	1.202,0	1.203,0
Jahresergebnis	3.766,2	3.356,7	2.760,6	2.597,7	2.450,9

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für IGS Wilhelm-Bracke-Schule und Sporthalle					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	2.679,8	2.730,7	2.810,9	2.816,9	2.823,9
...davon Sollmieten	2.156,7	2.156,7	2.225,9	2.225,9	2.225,9
...davon Erlösschmälerungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) aus Betreuungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	50,9	11,0	6,0	7,0	7,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	15,2	10,0	10,0	10,0	10,0
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	509,0	520,0	526,0	533,0	540,0
Instandhaltungskosten	233,9	233,9	303,0	303,0	303,0
Andere Aufwendungen	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	745,9	753,9	829,0	836,0	843,0
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0
	746,8	753,9	829,0	836,0	843,0
Rohergebnis	2.000,0	1.997,8	1.997,9	1.997,9	1.997,9
6. Personalaufwand	26,9	27,7	28,1	28,5	29,0
a) Löhne und Gehälter					
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung					
	26,9	27,7	28,1	28,5	29,0
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.315,5	1.315,5	1.051,9	1.051,9	1.051,9
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1,6	1,0	1,0	1,0	1,0
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	44,3	42,1	40,0	37,7	35,4
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	873,2	830,4	785,6	740,1	693,6
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis nach Steuern	-172,9	-134,7	171,3	214,1	257,8
14. Sonstige Steuern	61,0	61,0	61,0	61,0	61,0
Jahresergebnis	-233,9	-195,7	110,3	153,1	196,8

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Neubau Alsterplatz					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	2.203,3	2.234,5	2.238,4	2.246,7	2.257,1
...davon Sollmieten	1.799,0	1.812,1	1.823,0	1.828,5	1.834,0
...davon Erlösschmälerungen	-65,2	-48,6	-43,7	-43,8	-43,9
b) aus Betreuungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,1	111,6	0,0	0,0	0,0
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	1,5	-12,0	3,0	5,0	4,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	26,4	3,6	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	25,0	20,0	20,0	15,0	15,0
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	433,0	420,0	423,1	429,0	433,0
Instandhaltungskosten	297,2	175,5	175,5	170,5	170,5
Andere Aufwendungen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
	732,2	597,5	600,6	601,5	605,5
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	34,9	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0,2	111,6	0,0	0,0	0,0
	767,3	709,1	600,6	601,5	605,5
Rohergebnis	1.489,0	1.648,6	1.660,8	1.665,2	1.670,6
6. Personalaufwand	24,1	3,2	0,0	0,0	0,0
a) Löhne und Gehälter					
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung					
	24,1	3,2	0,0	0,0	0,0
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	851,3	852,7	853,6	852,6	846,5
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	115,3	12,9	2,5	2,5	2,5
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	617,9	598,7	579,1	559,3	539,1
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis nach Steuern	-119,6	181,1	225,6	250,8	282,5
14. Sonstige Steuern	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0
Jahresergebnis	-194,6	106,1	150,6	175,8	207,5

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 135)					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	2.106,2	2.131,2	2.169,5	2.180,7	2.192,6
...davon Sollmieten	1.798,8	1.834,2	1.863,6	1.872,1	1.880,3
...davon Erlösschmälerungen	-90,5	-89,2	-73,3	-73,6	-73,9
b) aus Betreuungstätigkeit	6,3	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,0	236,7	0,0	0,0	0,0
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	53,3	-87,0	3,0	4,0	3,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	18,2	9,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	238,6	34,0	29,0	19,0	19,0
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	349,0	341,0	344,0	349,0	353,0
Instandhaltungskosten	394,6	186,3	181,3	171,3	171,3
Andere Aufwendungen	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
	749,6	533,3	531,3	526,3	530,3
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	47,7	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	65,0	156,7	0,0	0,0	0,0
	862,3	690,0	531,3	526,3	530,3
Rohergebnis	1.560,3	1.633,9	1.670,2	1.677,4	1.684,3
6. Personalaufwand	38,9	7,9	0,0	0,0	0,0
a) Löhne und Gehälter					
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung					
	38,9	7,9	0,0	0,0	0,0
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	726,9	764,3	787,7	787,7	787,7
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14,3	14,5	9,4	6,0	5,0
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	655,8	636,9	592,0	573,4	554,4
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis nach Steuern	124,4	210,3	281,1	310,3	337,2
14. Sonstige Steuern	76,0	76,0	76,0	76,0	76,0
Jahresergebnis	48,4	134,3	205,1	234,3	261,2

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 136) und KiTa Sielkamp					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	39,7	437,4	625,7	649,3	651,3
...davon Sollmieten	49,6	446,4	476,4	476,4	476,4
...davon Erlösschmälerungen	-9,9	-29,0	-16,7	-7,1	-7,1
b) aus Betreuungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	20,0	146,0	14,0	2,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	190,7	6,1	0,3	0,3	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	128,5	5,0	10,0	10,0	10,0
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	18,0	155,0	166,0	168,0	168,0
Instandhaltungskosten	58,2	42,4	48,5	48,6	49,3
Andere Aufwendungen	12,3	2,3	2,3	2,3	2,3
	88,5	199,7	216,8	218,9	219,6
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	88,5	199,7	216,8	218,9	219,6
Rohergebnis	290,4	394,8	433,2	442,7	441,7
6. Personalaufwand	106,8	0,4	0,3	0,3	0,0
a) Löhne und Gehälter					
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung					
	106,8	0,4	0,3	0,3	0,0
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	59,1	349,4	370,8	372,5	372,5
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	76,6	60,1	0,0	0,0	0,0
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	156,0	149,1	160,9	175,2	157,8
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis nach Steuern	-108,1	-164,2	-98,8	-105,3	-88,6
14. Sonstige Steuern	18,9	28,0	29,0	29,0	29,0
Jahresergebnis	-127,0	-192,2	-127,8	-134,3	-117,6

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Neubau Nördliches Ringgebiet (HA 137)					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
...davon Sollmieten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
...davon Erlösschmälerungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) aus Betreuungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,0	1.145,9	687,6	0,0	0,0
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	112,8	-112,8	0,0	0,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	15,5	5,4	12,3	0,6	2,2
4. Sonstige betriebliche Erträge	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Instandhaltungskosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Andere Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	112,8	1.033,0	687,6	0,0	0,0
	112,8	1.033,0	687,6	0,0	0,0
Rohergebnis	22,0	5,5	12,3	0,6	2,2
6. Personalaufwand	13,6	4,8	10,8	0,5	1,9
a) Löhne und Gehälter					
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung					
	13,6	4,8	10,8	0,5	1,9
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1,9	0,6	1,5	0,1	0,3
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	4,8	12,8	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	4,8	0,2	2,1
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis nach Steuern	6,5	4,9	8,0	-0,2	-2,1
14. Sonstige Steuern	0,5	2,0	2,0	2,0	2,0
Jahresergebnis	6,0	2,9	6,0	-2,2	-4,1

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Neubau Martha-Fuchs-Straße (Broitzem)					
	Prognose	Plan			
	2023 TEUR	2024 TEUR	2025 TEUR	2026 TEUR	2027 TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	0,0	0,0	2,1	28,9	39,3
...davon Sollmieten	0,0	0,0	2,1	27,2	27,6
...davon Erlösschmälerungen	0,0	0,0	0,0	-0,3	-0,3
b) aus Betreuungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	0,0	0,0	2,0	10,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	11,3	17,8	27,9	2,3	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0	0,3	0,3	0,5
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	0,0	0,0	2,0	10,0	10,0
Instandhaltungskosten	0,0	0,0	1,3	2,5	2,5
Andere Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	0,0	3,3	12,5	12,5
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	0,0	3,3	12,5	12,5
Rohergebnis	11,3	17,8	29,0	29,0	27,3
6. Personalaufwand	9,9	14,7	20,8	2,0	0,0
a) Löhne und Gehälter					
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung					
	9,9	14,7	20,8	2,0	0,0
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,0	0,0	1,6	17,6	17,6
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1,4	9,2	2,7	0,3	0,0
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	1,4	5,4	6,2	6,1
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis nach Steuern	0,0	-7,5	-1,5	2,9	3,6
14. Sonstige Steuern	1,0	1,0	1,0	2,0	2,0
Jahresergebnis	-1,0	-8,5	-2,5	0,9	1,6

Erfolgsplanung 2024 - 2027

Detailplan für Stöckheim Süd					
	Prognose	Plan			
	2023	2024	2025	2026	2027
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse					
a) aus der Hausbewirtschaftung	0,0	54,8	441,9	663,7	803,7
...davon Sollmieten	0,0	60,9	440,4	499,7	564,0
...davon Erlösschmälerungen	0,0	-6,1	-22,0	-20,0	-11,3
b) aus Betreuungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Bestandsveränderungen					
Erhöhung (+)/Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	0,0	23,5	160,5	67,0	2,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	150,1	155,8	71,5	21,9	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	0,0	2,5	5,0	5,0	10,0
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen					
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung					
Betriebskosten	0,0	23,0	168,0	230,0	232,0
Instandhaltungskosten	0,0	9,4	36,4	36,8	42,3
Andere Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	0,0	32,4	204,4	266,8	274,3
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	32,4	204,4	266,8	274,3
Rohergebnis	150,1	204,2	474,5	490,8	541,4
6. Personalaufwand	95,5	79,0	44,2	6,3	0,0
a) Löhne und Gehälter					
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung					
	95,5	79,0	44,2	6,3	0,0
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,0	60,5	264,7	329,8	351,4
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	18,0	53,7	31,0	5,8	5,0
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50,6	88,2	119,7	126,0	125,6
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis nach Steuern	-14,0	-77,2	14,9	22,9	59,4
14. Sonstige Steuern	4,1	4,4	27,0	35,0	35,0
Jahresergebnis	-18,1	-81,6	-12,1	-12,1	24,4

Erläuterungen zur Erfolgsplanung 2024 – 2027

Zu 1. Umsatzerlöse

a. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung enthalten Sollmieten sowie Betriebs- und Heizkostenumlagen unter Berücksichtigung von Erlösschmälerungen. Die Planung der Sollmieten enthält Mietanpassungen, die sich aus dem geltenden Mietpreisspiegel oder Modernisierungen und Neuvermietungen ergeben.

Des Weiteren schließt die Position Erlöse aus Gäste- sowie Forschungswohnungen und weiteren Objekten sowie Erlöse aus der Bereitstellung der Photovoltaikanlage der IGS Wilhelm-Bracke für das öffentliche Stromnetz ein.

b. Die Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit resultieren im Wesentlichen aus der Betreuung unseres Tochterunternehmens Wohnstätten-GmbH und der Geschäftsbesorgung für die Cremlinger Wohnungsbau Gesellschaft mbH sowie aus Gebäudemanagement- und Baubetreuungsdienstleistungen.

c. Die Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen umfassen Erlöse aus diversen Inventarverkäufen. Hierzu gehören die Kindertagesstätten, die im Rahmen unserer Neubautätigkeiten am Alsterplatz und im Nördlichen Ringgebiet errichtet und ausgestattet werden. Die Erlöse gleichen somit im Zeitpunkt der Realisation die bis dahin angefallenen Anschaffungskosten aus.

In den Jahren 2024 und 2025 werden Erschließungsleistungen für Grundstückstauschgeschäfte im dritten Bauabschnitt des Nördlichen Ringgebietes abgerechnet.

Zu 2. Bestandsveränderungen

Die Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen stellen sich in dieser Position dar. In dieser Position wirken wesentlich Aufwendungen sowie Abrechnungen für Heiz- und Betriebskosten sowie Aufwendungen für Bauleistungen im Umlaufvermögen.

Schwankungen im Mehrjahresvergleich resultieren i. d. R. aus der Übertragung oder aus der Abrechnung von Projektentwicklungs- und Erschließungstätigkeiten, Inventargeschäfte sowie Verkaufstätigkeiten.

Zu 3. Andere aktivierte Eigenleistungen

Hierunter werden eigene Architekten- und Ingenieurleistungen für aktivierte Modernisierungs-, Neubau- und Betreuungsmaßnahmen erfasst. Einen wesentlichen Anteil bilden auch die Fremdkapitalzinsen, die während der Bauzeit aktiviert werden.

Zu 4. Sonstige betriebliche Erträge

Hier sind u. a. Versicherungsentschädigungen, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen, Erträge für frühere Jahre, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Erstattungen zu Mieterforderungen, Erträge aus Anlageabgängen, Zuschüsse aus Fördermitteln und andere Erträge aus der Hausbewirtschaftung enthalten.

Zu 5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen

a. Bei den Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung basieren die erwarteten **Betriebskosten** auf dem angepassten Mengen- bzw. Preisgerüst für die bevorstehenden Geschäftsjahre und verstehen sich einschließlich Heizungs- und Warmwasserkosten.

Grundlage für die Kostenplanung für laufende **Instandhaltung** und Modernisierungsmaßnahmen sind Auswertungen des Technischen Controllings sowie angenommene Kosten in Bezug auf unsere Neubauvorhaben. Preissteigerungen sind jährlich berücksichtigt. Ein Teil der Modernisierungskosten wird durch Mieterhöhungen amortisiert. Diese Position umfasst auch Straßenausbaubeiträge, Aufwendungen für Versicherungsfälle, Mieterforderungen und Vermietungsförderungen.

Unter die Position „**Andere Aufwendungen** für die Hausbewirtschaftung“ fallen insbesondere Erbbauzinsen, Pachtaufwendungen, Vermarktungskosten für Mietobjekte, Kosten für Miet- und Räumungsklagen sowie sonstige Aufwendungen der Vermietung.

b. Unter der Position „Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke“ werden die restlichen Fremdkosten für die bereits veräußerten Eigentumswohnungen (Alsterplatz) sowie für ehemalige Grundstücksverkäufe im ersten Bauabschnitt des Nördlichen Ringgebietes erfasst.

c. In der Position „Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen“ werden vornehmlich die Fremdkosten für Bauleistungen auf fremden Grundstücken im ersten Bauabschnitt des Nördlichen Ringgebietes sowie die Kosten für Tauschgeschäfte im dritten Bauabschnitt des Nördlichen Ringgebietes erfasst. Weiterhin wird die Inventarbeschaffung diverser Kindertagesstätten hier dargestellt.

Zu 6. Personalaufwand

Bei den Löhnen und Gehältern wurde eine sorgfältig kalkulierte Steigerung zugrunde gelegt. Den Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung liegen genaue Berechnungen zugrunde. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung wird in einen Personalkosten- und einen Zinsanteil aufgeteilt. Der Zinsanteil wird unter Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die geplanten Werte für Verpflichtungen aus Altersversorgungs-Verträgen beruhen auf einem externen Gutachten, wobei die Regelung des 10-Jahres-Durchschnittszinses berücksichtigt wurde. Veränderungen ergeben sich aus Renten- und Tarifentwicklungen, der statistischen sowie tatsächlichen Lebenserwartung und Zinsmarktänderungen.

Unsere Personalstrategie fokussiert sich auf die aktuellen und künftigen Projekte der Gesellschaft. Das Aufgabenspektrum im Neubau, der Bestandsbewirtschaftung sowie im Dienstleistungsbereich hat sich verstetigt.

Bis 2027 wurden folgende Vollzeit-Äquivalentstellen (Stichtagsbezogen mit ruhenden Arbeitsverhältnissen) geplant:

2023	2024	2025	2026	2027
103,44	101,87	100,87	100,87	100,87

Zu 7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind nach den handelsrechtlich zulässigen Abschreibungsverfahren auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten errechnet. Die fertiggestellten Neubauprojekte wirken sich im Verlauf wesentlich kostenerhöhend aus.

Zu 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die größte Position bilden die sächlichen Verwaltungsaufwendungen, die u. a. EDV-Kosten, Aufwendungen für Unternehmenswerbung, Kosten für Mieterbefragungen, Reinigungskosten, Abschreibungen auf Forderungen und Wertberichtigungen enthalten. Maßnahmen im Rahmen der Quartiersmobilität wie Car- und Bikesharing fließen ebenfalls mit ein. Des Weiteren werden hier u.a. Weiterbildungskosten, geplante Investitionen in das Verwaltungsgebäude, sowie Zuführungen zu Rückstellungen für Abschluss-/Prüfungs-/Veröffentlichungskosten ebenfalls berücksichtigt. Auch Notar- und Grundbuchkosten für Stöckheim Süd und die Martha-Fuchs-Straße werden hier berücksichtigt.

Zu 9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Eine Ausleihung an die Gesellschafterin, Stadt Braunschweig, für die Erstaussstattung der IGS-Wilhelm-Bracke führt zu Erträgen.

Zu 10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Ausgewiesen werden hier wesentlich die Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen, die für noch anfallende Baukosten für Verkaufsgrundstücke und Grundstückstauschgeschäfte gebildet worden sind. Auch Zinserträge auf Festgeldkonten sind in dieser Position enthalten.

Zu 11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Zinsen entfallen auf bestehende langfristige Realkredite sowie auf geplante Neuaufnahmen. Enthalten sind hier zudem Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Pensionen sowie für noch anfallende Baukosten für Verkaufsgrundstücke. Abschreibungen auf Geldbeschaffungskosten, die aus Bearbeitungsentgelten für öffentliche Baudarlehen resultieren, fließen ebenfalls mit ein.

Zu 12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Für die Geschäftsjahre 2023 bis 2027 sind Steuerrückstellungen für anfallende Gewerbe- und Körperschaftsteuer sowie Solidaritätszuschläge zu bilden.

Zu 14. Sonstige Steuern

Hierin sind die Grundsteuern für die bewirtschafteten Objekte enthalten.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Aufgrund der Bevölkerungszunahme und der Prosperität in der Stadt Braunschweig besteht zunehmender Wohnungsbedarf unterschiedlicher Ziel- und Einkommensgruppen. Unser Unternehmen bietet Mietobjekte im Stadtgebiet von Braunschweig an und geht davon aus, dass in unseren Bestandsobjekten die niedrige Leerstandsquote beibehalten bzw. weiter abgebaut werden kann und nicht mit umfangreichen Mietausfällen zu rechnen ist.

Im Rahmen der Stadtentwicklung werden insbesondere unsere Neubaumaßnahmen forciert. Unsere neuen Investitionen legen den Fokus auf den Geschosswohnungsbau für geringe bis mittlere Einkommen. Die geplanten Mietwohnungen werden unser Immobilienportfolio sinnvoll ergänzen.

Aus der Neubautätigkeit erwarten wir mittel- bis langfristig positive Effekte bezüglich der Umsatzerlöse durch Mieteinnahmen.

Durch die umfangreiche Investitionstätigkeit wären Risiken denkbar, die aus der Steigerung der Baukosten und Vorleistungen für Nachforderungen mit Bauunternehmen resultieren könnten. Dies könnte auch die Projektentwicklungs- und Erschließungstätigkeit, die Tauschgeschäfte und die städtebauliche Vereinbarung zum Bau diverser Kindertagesstätten betreffen.

Die Verschiebung von Fertigstellungszeitpunkten sowie Vermietungs- bzw. Vermarktungsprobleme der Objekte nach Fertigstellung, bringen weitere Risiken mit sich.

Diese Risiken werden wir durch sorgfältige Planungen und Kalkulationen sowie Marktbeobachtungen gering halten.

Das Engagement als umfänglicher Geschäftsbesorger rundet die Geschäftsaktivität ab und erschließt weitere Umsatzerlöse.

Steigende Tilgungsanteile bei den Annuitätendarlehen beschränken Zinsänderungsrisiken in Teilen. Derzeit steigen die Zinskonditionen deutlich. Innerhalb des Planwerks wurde diese Tendenz entsprechend berücksichtigt.

Die Zinsänderungsrisiken aus dem Darlehen zur Finanzierung des Schulneubaus IGS Wilhelm-Bracke werden durch ein derivatives Finanzinstrument (Zinssatz-Swapgeschäft) begrenzt bzw. vermieden. Für die sich in der Umsetzung befindlichen Neubauvorhaben wurden als wesentlicher Finanzierungsbaustein langfristige öffentliche Darlehensmittel gesichert bzw. befinden sich in der Beantragungsphase. Weitere Kapitalbedarfe zeichnen sich ab und wurden im Planwerk sorgfältig berücksichtigt.

Auf der Grundlage einer kontinuierlichen Bewertung unseres Immobilienportfolios werden die zu modernisierenden Mietobjekte im Planzeitraum definiert. Die Einhaltung der Planzahlen wird stetig überwacht. Die Geschäftsführung erhält quartalsweise Berichte über die Budgetüberwachung der Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Diese Verfahrensweise sorgt langfristig für Stabilität der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unseres Unternehmens. Tatsächliche Durchführungen der Einzelmodernisierungen sind von Mieterwechseln abhängig. Insofern unterliegt das Plan-Zahlenwerk diesem unbekannten Faktor.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele für Deutschland sind Investitionen in unsere Bestände künftig stärker hieran auszurichten. Diese können die Ergebnissituation der Gesellschaft durch erhöhte Aufwandsanteile schmälern. Gleichzeitig führt die CO₂-Bepreisung zu Belastungen, die wegen des nutzerindividuellen Energieverbrauches sowie der

in variablen Spannen vom Vermieter zu übernehmenden Aufwendungen nicht verlässlich geplant werden können.

Es wurde bereits mit einer Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der derzeitigen CO₂-Emissionen begonnen. Im Weiteren ist eine sukzessive Erarbeitung einer unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch-wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen.

Mietforderungen werden sorgfältig beobachtet. Bei Zahlungsschwierigkeiten bieten wir unseren Mietern rechtzeitig aktive Hilfestellung an, um Verlusten vorzubeugen und Ausfallrisiken gering zu halten.

In verschiedenen Stadtteilen ist die Erweiterung der Stadtbahn geplant. Da hier keine konkreten Plandaten vorliegen, birgt das Planwerk ein Risiko durch unbekannte Höhen und Zeitpunkte möglicher Anliegerbeiträge.

Bestehende Pensionsverpflichtungen bringen ein Risiko aus erhöhten Zuführungsbeträgen wegen angepasster Renten- oder Einkommensentwicklungen, veränderter Zinssätze und Lebenserwartungen mit sich.

Risiken, insbesondere bestandsgefährdende Risiken, sind unter Würdigung der rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten derzeit nicht erkennbar.

Besonderheit: Energiekosten

Heiz- und Stromkosten sind seit dem Jahr 2022 rasant angestiegen. Innerhalb des Planwerkes sind alle bekannten Preisparameter eingeflossen. Wenngleich diese Kosten nutzerabhängig anfallen und von den Verbrauchern zu tragen sind, verbleibt eine Grundlast (für Leerstände oder Allgemeinräume) bei dem Wohnungsunternehmen.

Es entstehen Vorfinanzierungsrisiken für die Gesellschaft aus erhöhten Abschlagszahlungen an Energieversorger, sofern die Vorauszahlungen der Mieterinnen und Mieter nicht angepasst werden (können). Weiterhin besteht ein Risiko aus Heizkostennachzahlungen, welche u. U. von den Mietern nicht beglichen werden können.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der „Energiekrise“ bereits drei Entlastungspakete geschaffen. Gewonnene Erfahrungen aus staatlichen Gegenmaßnahmen zur Reduzierung der Auswirkungen der Corona-Pandemie geben Zuversicht, dass die wirtschaftlichen Folgen auf das Wohnungsunternehmen begrenzt sein werden.

Kapitalflussrechnung

In Anlehnung an die Jahresabschlussberichte wird die Kapitalflussrechnung gem. DRS 21 dargestellt.

	2023 TEUR Prognose	2024 TEUR Plan	2025 TEUR Plan	2026 TEUR Plan	2027 TEUR Plan
Jahresüberschuss	3.246,0	3.122,0	3.090,2	3.013,2	3.020,7
Abschreibungen auf Anlagevermögen, Geldbeschaffungs- und Erschließungskosten	9.440,3	10.071,1	10.193,2	10.442,6	10.559,8
Veränderungen der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	-2.988,7	418,6	-757,6	-2.086,7	-664,1
Erträge/Verluste aus Anlageabgängen	-367,6	-298,0	-14,0	0,0	0,0
Cashflow nach DVFA/SG	9.330,0	13.313,7	12.511,8	11.369,1	12.916,4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	13.548,3	18.335,5	16.993,3	15.801,0	17.168,5
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-34.632,5	-16.283,3	-13.106,3	-6.609,5	-5.973,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit *)	16.959,0	2.027,8	-6.575,8	-8.111,7	-14.155,3
Zunahme/Abnahme flüssiger Mittel	-4.125,2	4.080,0	-2.688,8	1.079,8	-2.960,1
Finanzmittelbestand 01.01.	6.017,9	1.892,7	5.972,7	3.283,9	4.363,7
Finanzmittelbestand 31.12.	1.892,7	5.972,7	3.283,9	4.363,7	1.403,6
Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-4.125,2	4.080,0	-2.688,8	1.079,8	-2.960,1

Anmerkung: Wegen der Darstellung voller Beträge, können sich minimale Rundungsdifferenzen in Höhe von 0,1 T€ ergeben.

*) Zusatzinformation Valutierung von Finanzierungsmitteln	31.028,1	15.969,2	7.319,1	5.849,4	0,0
... davon im Konzernverbund Stadt Braunschweig	18.896,8	5.000,0	0,0	0,0	0,0
*) Zusatzinformation Tilgungen / Rückzahlungen	-12.154,5	-8.616,5	-8.564,4	-8.787,6	-9.012,4
... davon Rückzahlungen im Konzern Stadt Braunschweig	-4.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Eine Detailplanung der Investitionen 2024 in den Wohnungsbestand wird ab Seite 35 aufgeführt.

Finanzplan

Der Finanzplan stellt sich wie folgt dar:

	2023 Plan T Euro	2023 Prognose T Euro	2024 Plan T Euro	2025 Plan T Euro	2026 Plan T Euro	2027 Plan T Euro
<u>Mittelherkunft</u>						
Jahresergebnis	3.131,9	3.246,0	3.122,0	3.090,2	3.013,2	3.020,7
Abschreibungen	9.693,4	9.440,3	10.071,1	10.193,2	10.442,6	10.559,8
Veränderungen der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	-188,1	-2.988,7	418,6	-757,6	-2.086,7	-664,1
Erträge/Verluste aus Anlageabgängen	-16,0	-367,6	-298,0	-14,0	0,0	0,0
Cashflow nach DVFA/SG	12.621,2	9.330,0	13.313,7	12.511,8	11.369,1	12.916,4
Darlehensaufnahmen (langfristig)	29.212,8	31.028,1	15.969,2	7.319,1	5.849,4	0,0
Darlehensaufnahmen (kurzfristig)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Prolongationen*	7.020,4	3.423,7	13,2	7.236,0	1.291,2	7.010,9
Veränd. Rückstellungen, Vorräte und sonstiger Aktiva/Passiva	2.570,7	3.025,7	888,5	1.197,9	862,7	591,6
Einzahlungen aus Abgängen AV; Finanzanlagen; Zuschüsse	690,0	3.637,9	467,6	91,9	74,6	76,9
Mieterdarlehen	323,9	324,0	324,0	324,0	324,0	324,0
Cashpool Auszahlung / Aufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Mittelherkunft	52.439,0	50.769,4	30.976,3	28.680,7	19.771,0	20.919,8
<u>Mittelverwendung</u>						
Finanzbedarf Sachanlagen + Immat. Vermögen	-33.446,1	-35.255,5	-16.693,6	-13.232,7	-6.721,8	-6.085,6
sonstige Veränderungen	-2.893,6	-2.967,7	-450,0	-1.275,5	-845,4	-764,4
Gewinnausschüttung Ergebnis VJ	-1.076,7	-1.093,2	-1.123,0	-1.061,0	-1.045,1	-1.006,6
Tilgung langfristiger Fremdmittel	-9.241,3	-12.154,5	-8.616,5	-8.564,4	-8.787,6	-9.012,4
Tilgung kurzfristiger Fremdmittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Tilgung aus Prolongation (siehe Mittelherkunft)*	-7.020,4	-3.423,7	-13,2	-7.236,0	-1.291,2	-7.010,9
Cashpool Einlage / Rückzahlung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Mittelverwendung	-53.678,1	-54.894,6	-26.896,3	-31.369,5	-18.691,2	-23.879,9
Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-1.239,1	-4.125,2	4.080,0	-2.688,8	1.079,8	-2.960,1

Rundung um 0,1 T Euro möglich.

*) zu den Prolongationen: Hier unterteilt nach...
 Prolongation bereits vertraglich verhandelt
 Prolongation noch zu verhandeln

7.020,4	3.423,7	13,2	7.236,0	1.291,2	7.010,9
7.020,4	3.423,7	0,0	0,0	0,0	0,0
0,0	0,0	13,2	7.236,0	1.291,2	7.010,9

Investitionsplan (Detailplan Bestandsinvestitionen 2024)

Wirtschaftseinheiten	Modernisierungsmaßnahme	Plansumme gesamt TEUR
Gesamtbestand	Fahrradabstellanlagen div. Liegenschaften, QVS-Projekt, Biodiversität	180,0
Am Ölper Berge	Vorbereitung halböffentliche Ladeinfrastruktur, Nachrüstung Absturzsicherungen, Bäder	70,0
Bebelhof	WDVS, Dach, Optimierung, Dachbodendämmung	800,0
Gartenstadt	Konzept Heizungsversorgung	40,0
Heidelberg	Zentralisierungen, PV-Anlagen, Umbau BLSK zu Caritas	250,0
Innenstadt	Anstrich TH und Holzfenster, Sanierung Laubengänge, Treppengeländer	215,0
Lehndorf	Grundleitungen, Energiekonzept, Haustürprogramm, Sanierung Treppenhäuser, WDVS, Dach, Außenanlagen nach Wohnungsmodernisierungen	691,0
Lindenbergsiedlung	FW-Anbindung, Heizungsumstellung, WDVS, Dach	620,0
östliches Ringgebiet	FW-Anbindung, Dachbodendämmung	75,0
Rünigen	Nachbarschaftszentrum Stadt BS	300,0
Siegfriedviertel	Zugangswege, Vorgärten, Entwässerung, WDVS, Dach, Außenanlagen nach WDVS, Sanierung Fassade, Grundleitungen	1.790,0
Südstadt	PV-Anlagen	50,0
Veltenhof	Wärmepumpe	80,0
westliches Ringgebiet	Ersatzneubau Aufzug, Gesamtbudget TIM und DL-Maßnahmen	515,0
Weststadt	Erneuerung Aufzugsanlage, WDVS, Dach, Fenster, Konzept Anlagentechnik, Farbkonzept, FW-Reduktion, Fassadenreinigung	795,0
Geplante Instandsetzungs-/Modernisierungsmaßnahmen:		<u>6.471,0</u>
Einzelmodernisierungen bei Mieterwechsel/Leerstand		4.005,0
Sonderbudget (Umsetzung der Mieterbefragung, Wohnraumanpassung SM)		170,0
Instandhaltungsaufwendungen (spätere Erstattung)		992,5
Straßenausbaubeiträge		200,0
Lfd. Instandhaltung (ohne Instandhaltung IGS und Neubauten)		<u>2.800,0</u>
Gesamt		14.638,5
davon Aktivierungen		<u>4.767,0</u>
Aufwendungen 2024		<u>9.871,5</u>

Für die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule und die Neubauvorhaben existieren eigene Übersichten.

Investitionsplan (Detailplan IGS 2024)

Wirtschaftseinheit	Modernisierungsmaßnahme	Plansumme gesamt TEUR
IGS Schule	Lfd. Instandhaltung	207,5
IGS Sporthalle	Lfd. Instandhaltung	<u>26,4</u>
Gesamt		233,9
davon Aktivierungen		<u>0,0</u>
Aufwendungen 2024		<u>233,9</u>

Detailplan Instandhaltung/Modernisierung für Neubauprojekte 2024

Wirtschaftseinheiten	Modernisierungsmaßnahme	Plansumme gesamt TEUR
Alsterplatz	Lfd. Instandhaltung	155,5
Alsterplatz	Ausbau Gewerbeeinheit	180,0
Nördliches Ringgebiet - HA 135 (1. BA)	Lfd. Instandhaltung	156,3
Nördliches Ringgebiet - HA 136 (2. BA)	Lfd. Instandhaltung	37,4
Stöckheim Süd	Lfd. Instandhaltung	6,9
Geplante Instandsetzungs-/Modernisierungsmaßnahmen:		536,1
Instandhaltungsaufwendungen (spätere Erstattung)		57,5
Gesamt		593,6
davon Aktivierungen		180,0
Aufwendungen 2024		413,6

Bilanzplan

	Vorschau TEUR 31.12.2023	Vorschau TEUR 31.12.2024	Vorschau TEUR 31.12.2025	Vorschau TEUR 31.12.2026	Vorschau TEUR 31.12.2027
Aktiva					
A. Anlagevermögen	309.438,3	308.039,8	309.771,1	303.883,4	299.356,6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.350,5	1.158,5	934,3	685,6	517,1
II. Sachanlagen	306.052,4	304.916,1	306.943,9	301.379,5	297.098,2
III. Finanzanlagen	2.035,4	1.965,2	1.892,9	1.818,3	1.741,3
B. Umlaufvermögen	23.850,2	27.770,4	26.937,8	29.016,7	26.197,2
I. Vorräte	17.419,2	17.110,0	18.033,1	18.317,1	18.452,1
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	4.538,3	4.687,7	5.620,8	6.335,9	6.341,5
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.892,7	5.972,7	3.283,9	4.363,7	1.403,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.052,7	2.272,2	2.330,7	2.402,5	2.467,9
Summe Aktiva (Bilanzsumme)	335.341,2	338.082,4	339.039,6	335.302,6	328.021,7

Passiva					
A. Eigenkapital	64.740,3	66.739,3	68.768,5	70.736,7	72.750,8
I. Gezeichnetes Kapital	6.903,0	6.903,0	6.903,0	6.903,0	6.903,0
II. Kapitalrücklage	7.434,8	7.434,8	7.434,8	7.434,8	7.434,8
III. Gewinnrücklagen	49.279,5	51.340,5	53.385,6	55.392,2	57.402,6
IV. Bilanzgewinn	1.123,0	1.061,0	1.045,1	1.006,7	1.010,4
B. Rückstellungen	27.695,4	28.168,4	27.563,8	25.561,3	24.836,5
C. Verbindlichkeiten	242.132,5	242.428,4	241.987,7	238.311,7	229.768,2
D. Rechnungsabgrenzungsposten	773,0	746,3	719,6	692,9	666,2
Summe Passiva (Bilanzsumme)	335.341,2	338.082,4	339.039,6	335.302,6	328.021,7

Kennzahlen:	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026	31.12.2027
Eigenkapitalquote: EK/Bilanzsumme	19,3%	19,7%	20,3%	21,1%	22,2%
Fremdkapitalquote: FK/Bilanzsumme	80,7%	80,3%	79,7%	78,9%	77,8%
Durchschnittliche Verschuldung (rd. € / m²); inkl. Neubauten	428 €	422 €	418 €	409 €	392 €
Gesamtkapitalrentabilität	2,4%	2,5%	2,5%	2,5%	2,6%

Die Eigenkapitalquote steigt im Planungszeitraum stetig an, da sich das Eigenkapital konstant erhöht und die Bilanzsumme ab 2025 sinkt.

Die Fremdkapitalquote wird aufgrund der planmäßigen Tilgungen kontinuierlich sinken. So auch die durchschnittliche Verschuldung.

Die bis 2026 relativ konstante Bilanzsumme sinkt im Jahr 2027 bei gleichbleibendem Niveau der Jahresüberschüsse. Dies hat zur Folge, dass sich die Gesamtkapitalrentabilität im Jahr 2027 minimal auf 2,6% erhöht.

Betreff:

Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung)

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

11.10.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.11.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.11.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.11.2023	Ö

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung für die Jahre 2023 und 2024 wurde festgelegt, dass trotz des Doppelhaushaltes weiterhin eine jährliche Gebührenkalkulation vorgenommen wird, um auf aktuelle Entwicklungen zeitnah reagieren zu können und eine möglichst gleichmäßige Gebührenentwicklung zu erreichen. Für die Gebührenkalkulation 2024 wurden die Haushaltsansätze für 2024 noch einmal überprüft und aktualisiert. Die sich dabei ergebenden Veränderungen liegen innerhalb des mit dem Haushaltsplan für 2024 zur Verfügung gestellten Budgets, so dass diesbezüglich kein Nachtrag erforderlich ist. Zudem wurde eine aktuelle Mengeneinschätzung vorgenommen. Bei der als Anlage 1 beigefügten Gebührenkalkulation für 2024 haben sich Steigerungen in Höhe von 3,5 % für die Restabfall- und Bioabfallbehälter ergeben

Im Einzelnen:

1 Vorgesehene Gebühren ab 1. Januar 2024

In der folgenden Tabelle sind die wesentlichen Gebührensätze kurz dargestellt. Die Gebührenkalkulation ist als Anlage 1 beigefügt, die vollständige Übersicht inkl. Vergleich zum Vorjahr findet sich in der Synopse zum Gebührentarif der Satzung in Anlage 3.

	Gebühr	Bisherige Gebühr	Veränderung	Erläuterung (s. Anlage 1)
Restabfallbehälter	6,15 €/100 l	5,94 €/100 l	3,5 %	2.3.1
Bioabfallbehälter	3,79 €/100 l	3,66 €/100 l	3,5 %	2.3.2
Restabfallsäcke	5,00 €/Stück	5,00 €/Stück	0,0 %	2.3.3
Grünabfallsäcke	5,00 €/Stück	5,00 €/Stück	0,0 %	2.3.3
Sperrmüll inkl. Altgeräte nach ElektroG (Abholung)	20,00 €	20,00 €	0,0 %	2.3.4
Gebühr bei Änderung des Behältervolumens	20,00 €	20,00 €	0,0 %	2.3.5
Pauschalgebühr für nicht gewerbliche Einzelanlieferung von Kleinmengen bis 3 m³				
a) Restabfall	15,00 €	15,00 €	0,0 %	2.2.3
b) Grünabfall	10,00 €	10,00 €	0,0 %	2.2.2.2.6

Für einige häufig verwendete Behälter ergeben sich folgende Gebühren:

Restabfall	monatl. Gebühr	bisherige monatl. Gebühr
wöchentliche Leerung		
550 Liter	146,63 €	141,62 €
770 Liter	205,28 €	198,27 €
1 100 Liter	293,26 €	283,24 €
zweiwöchentliche Leerung		
40 Liter	5,33 €	5,15 €
60 Liter	8,00 €	7,72 €
80 Liter	10,66 €	10,30 €
120 Liter	16,00 €	15,45 €
240 Liter	31,99 €	30,90 €
vierwöchentliche Leerung		
40 Liter	2,67 €	2,57 €
Bioabfall	monatl. Gebühr	bisherige monatl. Gebühr
60 Liter	7,40 €	7,15 €
120 Liter	14,80 €	14,29 €

Die Pauschalgebühren für private und gewerbliche Kleinanlieferungen bis 3 m³ pro Anlieferung bleiben konstant (s. 2.2.3). Für Direktanlieferungen von Restabfall am Abfallentsorgungszentrum, die nach Gewicht abgerechnet werden (rd. 10 t; in der Regel gewerbliche Anlieferungen), erhöht sich die Gebühr um 5,0 % auf 189,70 €/t (s. 2.2.1). Für Direktanlieferungen von Grünabfall, die nach Gewicht abgerechnet werden, bleibt die Gebühr konstant (s. 2.2.2.2). Die Gebühr für die Annahme von Straßenbauabfällen (insbesondere aus städtischen Baumaßnahmen) erhöht sich um 2,6 % auf 50,37 €/t (s. 2.2.4).

2 Zusammenfassende Darstellung

Die Gebühren für die Restabfallbehälter steigen um 3,5 %. Im Einzelnen sind folgende Punkte für die Gebührenentwicklung maßgeblich („(+)“ gebührensteigernd; „(-)“ gebührenmindernd):

- (+) Höhere Aufwendungen für die thermische Restabfallbehandlung aufgrund der Einführung der CO₂-Steuer bei Abfallverbrennungsanlagen bei gleichzeitig rückläufigen Mengen und einer Reduzierung des Entgeltes aufgrund der vertraglich vereinbarten Indexanpassung (rd. 583.500 €).
- (+) Erhöhung der Quersubventionierung der Bioabfallbehälter und des Grünabfalls durch die Restabfallbehälter (542.400 € bzw. 13.800 €)
- (+) Höhere Aufwendungen für die an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte aufgrund der vertraglich vereinbarten Indexanpassung der Leistungsentgelte bei gleichzeitig rückläufigen Mengen (rd. 480.200 €).
- (+) Höhere Aufwendungen für die laufenden Aufwendungen im Zusammenhang mit der Deponie sowie für die Zuführung zu der Rückstellung für Deponierekultivierung aufgrund der gestiegenen Baukosten (rd. 77.400 €)
- (-) Einbeziehung von höheren Überdeckungen als im Vorjahr (rd. 975.100 €)

Bei den Bioabfallbehältern ergibt sich eine Steigerung um 3,5 %. Dies resultiert aus folgenden Gegebenheiten:

- (+) Einbeziehung von Aufwendungen für die Verteilung von Bioabfallsammeltüten und weitere Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem geplanten Verbot der Verwendung von kompostierbaren Kunststoffbeuteln (400.000 €)
- (+) Höhere Aufwendungen für die an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte für die Einsammlung und Verwertung des Bioabfalls und die Bioabfallvergärung aufgrund der vertraglich vereinbarten Indexanpassung der Leistungsentgelte (rd. 266.800 €)
- (+) Einbeziehung einer geringeren Überdeckung aus Vorjahren (rd. 114.300 €)
- (-) Erhöhung der Quersubventionierung durch die Restabfallbehälter (542.400 €)
- (-) Erhöhung des Behältervolumens um 1,3% wegen einer verbesserten Erfassung des Bioabfalls und der an die Entsorgung angeschlossenen Neubaugebieten (entspricht rd. 71.500 €)

Die in der Gebührenkalkulation berücksichtigten Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus dem mit der EEW Energy from Waste Helmstedt GmbH (EEW) abgeschlossenen Vertrag zur thermischen Restabfallbehandlung sowie aus dem mit ALBA-BS abgeschlossenen Leistungsvertrag II (Abfall) bzw. aus der dazugehörigen Ergänzungsvereinbarung vom 19. Mai 2004. Zudem werden in der Kalkulation die weiteren Ergänzungsvereinbarungen hinsichtlich der Transportkosten und deren Anpassung, der Erfassung von Elektroaltgeräten, der Sperrmüllsortierung sowie der Anpassung der Entgelte auf Basis der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2011, 1. Januar 2016 sowie zum 1. Januar 2018 und 1. Januar 2021 berücksichtigt.

Des Weiteren werden in die Kalkulation die vertragsgemäß von der Stadt für die Entsorgung des Bio- und Grünabfalls zu entrichtenden Entgelte aus dem Entsorgungsvertrag zwischen ALBA-BS und der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH (ALBA-NA; ehem. Braunschweiger Kompost GmbH) einbezogen. Zudem werden darüber hinaus die Aufwendungen für die Einsammlung, Sortierung und Verwertung des kommunalen Anteils an der Wertstofftonne in der Kalkulation der Restabfallbehälter gesondert mit berücksichtigt.

Nachdem sich in einigen vergangenen Jahren aufgrund der Ergebnisse der Angemessenheitsprüfung der Leistungsentgelte und der Neuausschreibung der Restabfallbehandlung mehrfach Gebührensenkungen ergeben haben, musste für 2023 aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung eine Gebührenerhöhung vorgenommen werden, die jedoch durch das erhöhte Behältervolumen und die rückläufige Restabfallmenge begrenzt wurde. Für das Jahr 2024 muss aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung und der Einführung der CO₂-Steuer für die Abfallverbrennung ebenfalls eine Gebührenerhöhung vorgeschlagen werden, die durch den Einsatz höherer Überdeckungen und die weiter rückläufige Restabfallmenge begrenzt wird.

Der Kalkulationszeitraum entspricht dem Kalenderjahr 2024.

Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 3 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von drei Jahren nach Feststellung der Ergebnisse auszugleichen. Bei der Kalkulation für das Jahr 2024 werden daher die noch nicht in die Kalkulation der Vorjahre einbezogenen Ergebnisse des Jahres 2020 berücksichtigt. Zudem werden die Ergebnisse der Jahre 2021 und 2022 teilweise berücksichtigt. Die verbleibenden Ergebnisse der Jahre 2021 und 2022 werden dann in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt (vgl. hierzu die Ausführungen zu den einzelnen Gebührentatbeständen, z. B. Ziffer 2.3.1.13 für die Restabfallbehälter).

Es wird eine aufgrund von § 12 Absatz 5 Satz 1 des Nds. Abfallgesetzes (NAbfG) zulässige Quersubventionierung der Bioabfallbehälter durch die Restabfallbehälter vorgenommen, damit die Gebühren für diese beiden Leistungsbereiche in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Damit soll ein Anreiz zur sortenreinen Abfalltrennung geschaffen werden. Die Quersubventionierung wird dabei so angesetzt, dass es in beiden Bereichen zu einer gleichmäßigen Gebührenentwicklung kommt, um den Anreiz zur Abfalltrennung beizubehalten. Im Bereich der Grünabfallentsorgung wird ebenfalls eine Quersubventionierung durch die Restabfallbehälter vorgenommen.

Für die Einlagerung von belasteten Straßenbauabfällen schlägt die Verwaltung eine Anhebung der derzeitigen Gebühr vor.

Abgesehen von der Anpassung der Gebühren kommt es zudem aufgrund einer gesetzlichen Änderung zu einer textlichen Satzungsänderung, die in Anlage 1 erläutert ist.

Geiger

Anlage/n:

1. Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung
2. Achtzehnte Satzung zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung
3. Synopse zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung

Inhaltsverzeichnis Anlagen

Anlage 1: Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung

	Kapitel	Seite
1	Allgemeines	1
2	Gebührenkalkulation	1
2.1	Allgemeine Bemerkungen	1
2.2	Ermittlung der Entsorgungskosten <i>(Gebühren für Anlieferungen am Abfallentsorgungszentrum)</i>	3
2.2.1	Restabfallentsorgung	3
2.2.2	Bio- und Grünabfallentsorgung	6
2.2.2.1	Bioabfall	7
2.2.2.2	Grünabfall	8
2.2.3	Kleinanlieferer Restabfall und Grünabfall	9
2.2.4	Deponie Watenbüttel	9
2.3	Ermittlung der Abfuhrkosten und Abfallentsorgungsgebühren <i>(Gebühren für die Einsammlung des Abfalls)</i>	12
2.3.1	Restabfallbehälter („Graue Tonne“)	12
2.3.2	Bioabfallbehälter („Grüne Tonne“)	16
2.3.3	Restabfallsäcke und Grünabfallsäcke	18
2.3.4	Abfuhr von Sperrmüll, Altgeräten nach ElektroG und Weihnachtsbäumen	19
2.3.5	Gebühr bei Änderung des Behältervolumens	19

Anlage 2: Achtzehnte Satzung zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung

Anlage 3: Synopse zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung

Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung:

1 Allgemeines

In der Abfallentsorgungsgebührensatzung erfolgt zum 1. Januar 2024 eine Anpassung des Gebührentarifs. Genauere Informationen finden sich unter Punkt 2.

Zudem wird eine Anpassung der Satzung aufgrund einer Gesetzesänderung vorgeschlagen. Mit dem „Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und weiterer Gesetze“ vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. Nr. 33/2022, S. 589 ff.) wurde das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz durch Artikel 4 Nr. 1 dahingehend ergänzt, dass Gebühren für grundstücksbezogene Einrichtungen in den Fällen, in denen die Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder Inhaber eines sonstigen grundstücksgleichen Rechts zu Gebührenpflichtigen bestimmt sind, als öffentliche Last auf dem Grundstück, dem Wohnungs- oder Teileigentum, dem Erbbaurecht oder dem sonstigen grundstücksgleichen Recht ruhen. Die Regelung stellt klar, dass bei Gebühren für grundstücksbezogene Einrichtungen (Entwässerungs-, Abfallentsorgungs- und Straßenreinigungsgebühren) nicht nur eine persönliche Haftung des Gebührenschuldners, sondern auch eine Haftung des Grundstücks besteht. Diese Einordnung verbessert die Position einer gebührenerhebenden Behörde in einem Zwangsversteigerungsverfahren, denn die entsprechenden Gebührenforderungen können damit vorrangiger als bisher in der Rangklasse 3 (von 8 Rangklassen) geltend gemacht werden.

Die Verwaltung schlägt vor, die Änderungen des Kommunalabgabengesetzes aus Gründen der Klarheit und Rechtssicherheit auch in der betroffenen Abfallentsorgungsgebührensatzung darzustellen; und zwar dadurch, dass die Regelung zu Gebührenpflichtigen bzw. Gebührenschuldern in § 4 Abs. 1 um einen Satz ergänzt wird (s. Anlage 3).

2 Gebührenkalkulation

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Die Abfallentsorgungsgebühren werden auf Grundlage der Vollkostendeckung ermittelt. Die Kalkulation der Abfallentsorgungsgebühren vollzieht sich in zwei Stufen:

- Ermittlung der Entsorgungskosten (2.2) und
- Ermittlung der Abfuhrkosten (2.3)

Diese Trennung ist erforderlich, da die Entsorgungskosten von der Abfallbeseitigung (Müllabfuhr), der Straßenreinigung und von Direktanlieferern am Abfallentsorgungszentrum (AEZ) gleichermaßen zu tragen sind. Hinsichtlich der Anlieferungen aus der Abfallbeseitigung und der Straßenreinigung erfolgt dabei eine interne Verrechnung.

Die Entsorgungskosten beinhalten im Bereich Restabfall im Wesentlichen die Kosten für die thermische Restabfallbehandlung und die Kosten für die Deponie. In den Bereichen Bio- und Grünabfall bestehen sie größtenteils aus den Entgelten für die Verwertung der jeweiligen Abfälle.

Die Abfuhrkosten beinhalten neben den Kosten für die Entsorgung im Wesentlichen die an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte für die Abholung der Abfälle und die zusätzlichen Serviceleistungen. Hinzu kommen die bei der Stadt anfallenden Verwaltungskosten. Auf Basis der Abfuhrkosten und des Behältervolumens werden die Gebühren für die Restabfallbehälter und die Bioabfallbehälter ermittelt.

Die an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte ergeben sich aus

- dem zwischen der Stadt Braunschweig und ALBA-BS abgeschlossenen Vertrag über die Durchführung von Aufgaben der Abfallsammlung und Abfallentsorgung (Leistungsvertrag II)
- der Ersten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag II
- der Dritten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Kosten für die Erfassung von Elektroaltgeräten
- der Vierten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Kosten für die Sortierung von Sperrmüll
- der Fünften Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Anpassung der Entgelte aufgrund der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2011
- der Sechsten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Anpassung der Entgelte aufgrund der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2016
- der Siebten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Anpassung der Entgelte aufgrund der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2018 und 1. Januar 2021
- der Achten Ergänzungsvereinbarung über die Anpassung der Zweiten Ergänzungsvereinbarung und die Anpassung der Entgelte mit Transportkostenanteil zum 1. Februar 2022

Bei den an ALBA-BS zu zahlenden Entgelten wird die vertraglich vorgesehene Indexanpassung berücksichtigt. Damit erfolgt eine Anpassung der Entgelte an die allgemeine Preisentwicklung bei den Personal- und Sachkosten. Die in den genannten Verträgen vorgesehene Indexanpassung erfolgt unter Zugrundelegung amtlich festgestellter Indices des Statistischen Bundesamtes der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland; Index der tariflichen Monatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, Wirtschaftszweig O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung). Für die Anpassung der verschiedenen Entgelte sind die mit der Leistungserbringung verbundenen Kostenarten und deren Anteile an den Gesamtkosten verbindlich festgelegt. Den einzelnen Kosten- bzw. Entgeltanteilen sind bestimmte Indices zugeordnet. Ein wesentlicher Entgeltbestandteil sind die Personalkosten. Deren Anteil liegt bei den einzelnen Entgelten etwa zwischen 30 % und 80 %.

Da die endgültige Indexanpassung erst Anfang 2024 feststeht, wurde für die Kalkulation eine Prognose der Indexentwicklung bis Ende 2023 verwendet. Dabei wird aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung wie bereits für 2023 von einem stärkeren Anstieg als in den vergangenen Jahren ausgegangen.

Der Kalkulation sind die von ALBA-BS vorgelegten und mit der Stadt abgestimmten Mengenprognosen für das Jahr 2024 zugrunde gelegt.

2.2 Ermittlung der Entsorgungskosten

2.2.1 Restabfallentsorgung

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Grundentgelt Direktanlieferung Restabfall (2.2.1.1)	1.322.100,00 €
Sortierung Sperrmüll aus Direktanlieferungen (2.2.1.2)	487.800,00 €
Zusätzlicher Transportaufwand für Müllverbrennung (2.2.1.3)	25.100,00 €
Verbrennungsentgelt (2.2.1.4)	4.940.000,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.2.1.5)	189.700,00 €
Deponie (2.2.1.6)	3.689.500,00 €
davon:	
Aufwendungen für Unterhaltung	1.332.600,00 €
Kalk. Abschreibungen und Zinsen	277.200,00 €
Personal- u. Verwaltungsaufwendungen	239.700,00 €
Rückstellungen für die Rekultivierung	1.840.000,00 €
Zwischensumme	10.654.200,00 €
Aufwendungen für Altablagerungen (2.2.1.7)	192.000,00 €
Summe Aufwendungen	10.846.200,00 €

Damit ergibt sich die Restabfallgebühr wie folgt:

Aufwendungen	10.846.200,00 €
Erträge (2.2.1.8)	./. 1.421.600,00 €
Verbleibende Aufwendungen	9.424.600,00 €
Über-/Unterdeckung (2.2.1.9)	./. 992.470,49 €
Gebührenfähige Aufwendungen	8.432.129,51 €
Abfallmenge (2.2.1.10)	: 44.450 t
Gebühr Restabfall (AEZ)	189,70 €/t

Die neue Gebühr für die Anlieferung von Restabfall liegt um 9,01 €/t über dem bisherigen Gebührensatz von 180,69 €/t. Dies entspricht einer Gebührensteigerung von 5,0 %.

2.2.1.1 Grundentgelt Direktanlieferung Restabfall (§ 19 Ergänzungsvereinbarung zu Leistungsvertrag II Anlage 1)

Das Grundentgelt Direktanlieferung Restabfall beinhaltet die Aufwendungen von ALBA-BS für den Betrieb des Abfallentsorgungszentrums und des Wertstoffhofes Frankfurter Straße, die dem Bereich Restabfall zuzuordnen sind (1.322.100,00 €).

2.2.1.2 Sortierung Sperrmüll aus Direktanlieferungen (§ 3 der Vierten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag II)

Aufgrund der Vorgaben der Altholzverordnung erfolgt eine Sortierung des Sperrmülls aus der Abfuhr und aus den Direktanlieferungen. Durch die Sortierung kann ein größerer Anteil des Abfalls (insbesondere Altholz) verwertet werden. Das Entgelt für die Sortierung des Sperrmülls aus Direktanlieferungen (487.800,00 €) wird auf Basis der Vierten Ergänzungsvereinbarung i. V. m. der Achten Ergänzungsvereinbarung ermittelt. Für die Gebührenkalkulation wird von einer Verwertungsmenge in Höhe von 7.800 t ausgegangen, wobei 6.500 t auf die Direktanlieferungen und 1.300 t auf die Sperrmüllsammlung entfallen.

2.2.1.3 Zusätzlicher Transportaufwand (§ 3 der Achten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag II)

Der Transport des Abfalls vom AEZ zur Verbrennungsanlage obliegt seit dem 1. Februar 2022 grundsätzlich der EEW. ALBA-BS übernimmt jedoch weiterhin die Gestellung der Tragwagen. Die Kosten für diese Leistung sind grundsätzlich in den einzelnen Entgelten mit berücksichtigt. Aufgrund der Regelungen der Achten Ergänzungsvereinbarung erfolgt jedoch in begrenztem Umfang eine Anpassung an die tatsächlichen Kosten, wenn diese von den in den Entgelten berücksichtigten Kosten abweichen. Hierfür wird ein Betrag in Höhe von 25.100 € eingeplant.

2.2.1.4 Verbrennungsentgelt

Auf Grundlage der voraussichtlichen Jahresgesamtmenge von 44.450 t ergibt sich ein an EEW zu zahlendes Entgelt für die thermische Restabfallbehandlung in Höhe von 4.940.000,00 €. Das an EEW zu zahlende Entgelt beinhaltet dabei auch die Transportleistungen ohne die Tragwagengestellung. Dabei ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 588.900 €. Diese beruht insbesondere auf der Einführung der CO₂-Steuer für Abfallverbrennungsanlagen (rd. 850.600 €). Demgegenüber steht die vertraglich vereinbarte Indexanpassung, die aufgrund der Berücksichtigung der Erlöse aus dem Stromverkauf zu einer Entgeltreduzierung führt, und die Reduzierung der zu verwertenden Restabfallmenge. Die konkrete Höhe der Indexanpassung steht dabei noch nicht fest. Aufgrund der Marktentwicklung in den letzten Jahren hat EEW einen Anspruch auf Vertragsanpassung hinsichtlich der Anwendung des vertraglich festgelegten Indexes für den Stromverkauf geltend gemacht. Für die Kalkulation wurde daher zunächst ein vorsichtiger Ansatz für den Fall gewählt, dass sich ein Anspruch von EEW ergibt. Dadurch soll eine Belastung der zukünftigen Gebührenzahler vermieden werden. Der Gebührenzahler profitiert dennoch von der für die Stadt günstigen Vertragsregelung.

2.2.1.5 Verwaltungsaufwendungen

Es sind die bei der Stadt anfallenden Verwaltungsaufwendungen, insbesondere für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung, zu berücksichtigen (189.700,00 €). Der Gesamtaufwand wird auf die einzelnen Gebührenbereiche verteilt. Dabei werden die Aufwendungen zum Teil direkt den einzelnen Gebührenbereichen zugeordnet, weitestgehend jedoch über eine Umlage entsprechend dem Aufwand auf die einzelnen Gebührenbereiche aufgeteilt.

2.2.1.6 Deponie

Die Kosten für die Unterhaltung der Deponie setzen sich wie folgt zusammen:

Sickerwasserreinigung durch den AVB	717.700,00 €
Entgelt SEBS für Labordienstleistungen	20.000,00 €
Entgelt SEBS für laufende Unterhaltung der Schüttfelder	450.000,00 €
Städtische Sachaufwendungen für laufende Unterhaltung der Schüttfelder	144.900,00 €
Summe	1.332.600,00 €

Dabei hat sich eine Erhöhung um 40.100,00 € gegenüber dem Plan 2023 ergeben, die insbesondere auf höheren Aufwendungen für die Sickerwasserreinigung durch den AVB beruht.

Als kalkulatorische Kosten (277.200,00 €) werden Abschreibungen in Höhe von 190.500,00 € und Zinsen in Höhe von 86.700,00 € für das bei der Stadt verbliebene Anlagevermögen berücksichtigt. Die Abschreibungen werden auf Basis des Anschaffungswertes unter Berücksichtigung der bereits in der Vergangenheit vorgenommenen Abschreibungen ermittelt. Für die Zinsen werden die Restbuchwerte des Anlagevermögens vor der Abschreibung und ein kalkulatorischer Zinssatz in Höhe von 2,43 % verwendet.

Die Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft erfolgt auf Basis eines Restbuchwertes in Höhe von 3.520.293,00 €, wovon 3.490.860,00 € auf die Deponie entfallen. Hieraus ergeben sich kalkulatorische Zinsen in Höhe von gerundet 84.900,00 € für die Deponie. Darüber hinaus werden kalkulatorische Zinsen in Höhe von 1.800,00 € für Neuinvestitionen der Jahre 2023 und 2024 eingeplant. Der kalkulatorische Zinssatz wird auf Basis des mittleren Zinssatzes für langfristige Geldanlagen in den letzten 22 Jahren (Durchschnittszinssatz für Umlaufrenditen inländischer Wertpapiere nach Bericht der Deutschen Bundesbank) und des Durchschnittswertes der Soll-Zinsen aus den vorhandenen Krediten unter Berücksichtigung des Verhältnisses von verzinslichem Eigenkapital und verzinslichem Fremdkapital ermittelt.

Hinzu kommen noch die gesondert dargestellten Personal- und Verwaltungsaufwendungen, die auf die Deponie entfallen (239.700,00 €).

Zudem werden Rückstellungen für die Deponierekultivierung im Sinne des Nds. Abfallgesetzes gebildet, um die zukünftige Finanzierung der Oberflächenabdichtung und Rekultivierung der Deponie sicherzustellen (1,84 Mio. €). Diese Form der Finanzierung ist abgabenrechtlich zulässig, solange die Deponie Bestandteil der öffentlichen Einrichtung ist, also bis zum Abschluss der Nachsorgephase (§ 12 Abs. 2 S. 4 sowie § 12 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 NAbfG). Der Zuführungsbetrag wurde gegenüber den Vorjahren aufgrund der aktuellen Baupreisentwicklung, der fortgeschrittenen Detailplanung zur Multifunktionsabdichtung und der daraus resultierenden Prognose für die Gesamtkosten der Deponierekultivierung um 80.000,00 € erhöht. Um die insgesamt für die Deponierekultivierung benötigten Rückstellungen rechtzeitig zur Verfügung zu haben, werden der Rückstellung auch die aufgrund der schon vorhandenen Rückstellung im Jahresverlauf erwirtschafteten Zinsen zugeführt.

2.2.1.7 Altablagerungen

Als weiterer Bestandteil sind die Aufwendungen für Altablagerungen (gem. § 12 Abs. 2 S. 3 i. V. m. Abs. 7 NAbfG) in Höhe von 192.000,00 € in die Kalkulation einzubeziehen.

2.2.1.8 Erträge

Bei der Gebührenberechnung sind die Erträge durch Kleinanlieferer am AEZ (1.013.000,00 €) zu berücksichtigen.

Des Weiteren wird ein Teil der Erträge aus der Anlieferung von Straßenbauabfällen auf dem Schüttfeld III berücksichtigt (393.600,00 €). In der Kalkulation für die Anlieferungsgebühr (s. 2.2.4) wurden neben den zusätzlich entstehenden Kosten auch die Kosten für das Schüttfeld III einbezogen, die in der Kalkulation der Restabfallgebühren enthalten sind. Die hierfür erzielten Erträge können daher dem Gebührenzahler gutgeschrieben werden.

Hinzu kommen Erträge aus Vermietung und Verpachtung im Bereich der Deponie in Höhe von 15.300,00 €.

2.2.1.9 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von drei Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Der bislang noch nicht berücksichtigte Teil der Überdeckung 2020 in Höhe von 992.470,49 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung verringert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 641.872,04 € wird in der Kalkulation 2025 berücksichtigt. Die Überdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 654.943,94 € soll in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt werden.

2.2.1.10 Abfallmenge

Die Kalkulation erfolgt auf Basis der für das Jahr 2024 zu erwartenden Abfallmenge in Höhe von 44.450 t. Dabei ergibt sich auf Basis der aktuellen Entwicklung ein Mengenrückgang um 1.710 t gegenüber der Planung 2023.

Die Abfallmenge setzt sich wie folgt zusammen:

Restabfallbehälter (inkl. Anlieferungen zu Pauschalgebühren)	44.040 t
Straßenreinigung	400 t
Direktanlieferer (Abrechnung nach Gewicht)	10 t
Summe	<hr/> 44.450 t

2.2.2 Bio- und Grünabfallentsorgung

Es sind hier die Entsorgungskosten für die eingesammelten bzw. angelieferten Bio- und Grünabfälle zu ermitteln, die bei ALBA-NA behandelt werden. Grundlage sind die Kosten der Vergärung und Kompostierung durch ALBA-NA.

Der nach § 3 des Leistungsvertrages II geschlossene Entsorgungsvertrag zwischen ALBA-BS und ALBA-NA liegt als Bestandteil der Klarstellungsvereinbarung zum Leistungsvertrag II vor. Für das Jahr 2024 sind die Entgelte aus dem 2. Ergänzungsvertrag aus dem Jahr 2018 relevant. Es wurden die für das Jahr 2023 von ALBA-BS prognostizierten Mengen verwendet. Gem. § 21 der Anlage 1 zur Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag II werden die Entgelte von der Stadt an ALBA-BS gezahlt, die diese an ALBA-NA weiterleitet.

Die Entgelte teilen sich in einen festen Anteil, mit dem die Fixkosten von ALBA-NA abgedeckt werden, und einen mengenabhängigen variablen Anteil auf. Zudem gibt es einen Festkostenanteil, der sich bei Über- oder Unterschreitung bestimmter Gesamtmengen (Bio- und Grünabfall) ändert („sprungfixe Kosten“).

2.2.2.1 Bioabfall

Es ergeben sich folgende Aufwendungen und folgende Gebühr für Bioabfall:

Grundentgelt Kompostierungsaufwand (2.2.2.1.1)	2.311.700,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.2.2.1.2)	+ 64.800,00 €
Überdeckung (2.2.2.1.3)	./ 150.885,14 €
Gebührenfähige Aufwendungen	<u>2.225.614,86 €</u>
Bioabfallmenge (2.2.2.1.4)	: 19.200 t

Gebühr Bioabfall (AEZ)

115,92 €/t

Die neue Gebühr für Bioabfall liegt um 0,94 €/t unter dem bisherigen Gebührensatz von 116,86 €/t. Dies entspricht einer Gebührensenkung von 0,8 %.

Die Gebühr wird nur als Verrechnungssatz für die Anlieferungen aus der Bioabfallsammlung und der Straßenreinigung benötigt, da es seit 2003 keine Direktanlieferungen von Bioabfall mehr gegeben hat. Sie wird in der Satzung dennoch ausgewiesen, um im Bedarfsfall Anlieferungen von Bioabfall zu ermöglichen.

2.2.2.1.1 Grundentgelt Kompostierungsaufwand (§ 21 Ergänzungsvereinbarung zu Leistungsvertrag II Anlage 1)

Das Entgelt für die Verwertung des Bioabfalls beinhaltet die Aufwendungen für die Behandlung des Bioabfalls in der Vergärungsanlage und die nachträgliche Verarbeitung auf dem Kompostplatz in Watenbüttel (2.311.700,00 €).

2.2.2.1.2 Verwaltungsaufwendungen

Es sind die bei der Stadt anfallenden Verwaltungsaufwendungen, insbesondere für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung, zu berücksichtigen (64.800,00 €). Der Gesamtaufwand wird auf die einzelnen Gebührenbereiche verteilt.

2.2.2.1.3 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von drei Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die im Jahr 2023 noch nicht berücksichtigte Überdeckung des Jahres 2020 in Höhe von 184.844,36 € wird Jahr 2024 berücksichtigt. Zudem wird die Unterdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 33.959,22 € im Jahr 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung in Höhe von insgesamt 150.885,14 € verringert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 174.938,82 € soll in der Kalkulation 2025 berücksichtigt werden.

2.2.2.1.4 Bioabfallmenge

Die Kalkulation erfolgt auf Basis von 19.200 t. Diese stammen weitestgehend aus den Bioabfallbehältern (19.000 t). Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre wird hier eine um 200 t geringere Menge angenommen als im Vorjahr. Hinzu kommen 200 t aus der Straßenreinigung, die in der Vergärungsanlage verarbeitet werden.

2.2.2.2 Grünabfall

Für den Bereich Grünabfall ergeben sich die folgenden Aufwendungen:

Grundentgelt Kompostierungsaufwand (2.2.2.2.1)	287.900,00 €
Grundentgelt Direktanlieferungen Grünabfall (2.2.2.2.2)	422.000,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.2.2.2.3)	19.900,00 €
Unterdeckung (2.2.2.2.4)	0,00 €
Gebührenfähige Aufwendungen	<u>729.800,00 €</u>

Bei den zu erwartenden Mengen (2.2.2.2.5) ergäbe sich hier eine kostendeckende Gebühr in Höhe von 107,96 €/t. Dieser Wert liegt über dem Niveau aus den umliegenden Kommunen. Es wird daher weiterhin eine Quersubventionierung durch den Bereich Restabfall vorgenommen. Die Gebühr soll wie bereits in den beiden Vorjahren auf einen Wert von 60,00 €/t, der dem aktuellen Niveau des Marktes entspricht, festgesetzt werden. Die Verfahrensweise ist aufgrund von § 12 Abs. 5 S. 1 NAbfG rechtlich zulässig.

Die gebührenfähigen Aufwendungen werden vollständig in die Kalkulation für die Restabfallbehälter mit einbezogen. Gleichzeitig werden die im Bereich Grünabfall zu erwartenden Einnahmen (2.2.2.2.6) bei der Kalkulation für die Restabfallbehälter als Erträge berücksichtigt. Es ergibt sich dadurch eine Quersubvention in Höhe von gerundet 436.200,00 €.

2.2.2.2.1 Grundentgelt Kompostierungsaufwand (§ 21 Ergänzungsvereinbarung zu Leistungsvertrag II Anlage 1)

Das Entgelt für die Verwertung des Grünabfalls beinhaltet die Aufwendungen von ALBA-NA für die Verarbeitung des Materials auf dem Kompostplatz in Watenbüttel (287.900,00 €).

2.2.2.2.2 Grundentgelt Direktanlieferung Grünabfall (§ 20 Ergänzungsvereinbarung zu Leistungsvertrag II Anlage 1)

Das Grundentgelt Direktanlieferung Grünabfall beinhaltet die Aufwendungen von ALBA-BS für den Betrieb des Abfallentsorgungszentrums und des Wertstoffhofes Frankfurter Straße, die dem Bereich Grünabfall zuzuordnen sind (422.000,00 €).

2.2.2.2.3 Verwaltungsaufwendungen

Es sind die bei der Stadt anfallenden Verwaltungsaufwendungen, insbesondere für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung, zu berücksichtigen (19.900,00 €). Der Gesamtaufwand wird auf die einzelnen Gebührenbereiche verteilt.

2.2.2.2.4 Über-/Unterdeckung

Eine Berücksichtigung von Über- und Unterdeckungen ist nicht notwendig, da die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckten Aufwendungen durch die Gebühr für die Restabfallbehälter quersubventioniert werden.

2.2.2.2.5 Grünabfallmenge

Es erfolgte eine Abschätzung anhand der bisherigen Mengenentwicklung der vergangenen Jahre. Es wird daher mit einer Gesamtmenge von 6.760 t (Plan 2023: 6.760 t) gerechnet.

Weihnachtsbaumabfuhr	230 t
Direktanlieferer	30 t
Direktanlieferer zu Pauschalgebühren	6.500 t
Gesamt	6.760 t

2.2.2.2.6 Gebühren und Einnahmen

Die Einnahmen ergeben sich aus den für den Bereich Grünabfall festgesetzten Gebühren und den zu erwartenden Mengen:

	Gebühr	Menge	Einnahme
Wägung Direktanlieferer	60,00 €/t	30 t	1.800,00 €
Weihnachtsbaumabfuhr (Wägung)	60,00 €/t	230 t	13.800,00 €
Kleinanlieferer bis 3 m³	10,00 €	22.000 Stück	220.000,00 €
Kleinanlieferer gewerbl. bis 3 m³	20,00 €	2.900 Stück	58.000,00 €
Gesamt			293.600,00 €

Die Anzahl der Kleinanlieferungen wurde anhand der Entwicklung in den Jahren seit Einführung der Pauschalen geschätzt.

2.2.3 Kleinanlieferer Restabfall und Grünabfall

Die Pauschalen für die Anlieferung von bis zu 3 m³ Restabfall bzw. Grünabfall für nicht gewerbliche Anlieferungen von Braunschweiger Einwohnern bleiben erhalten. Auch bei den weiteren Pauschalen ergeben sich keine Veränderungen.

Die aktuellen Pauschalen für Restabfall- und Grünabfallanlieferungen sind dem Gebührentarif zu entnehmen.

2.2.4 Deponie Watenbüttel

Auf dem Schüttfeld III der Deponie werden seit 2009 belastete Straßenaufbrüche eingelagert. In der Gebührenkalkulation sind die durch die Einlagerung der belasteten Straßenaufbrüche zusätzlich entstehenden Kosten berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden Kosten einbezogen, die dem Deponiebetrieb zuzurechnen sind und in die Restabfallgebühren eingerechnet werden. Dabei wurde davon ausgegangen, dass für diese unabhängig von der Einlagerung entstehenden Aufwendungen ein Deckungsbeitrag und gleichzeitig eine im Vergleich zu anderen Deponiebetreibern günstige Annahmegebühr erreicht wird.

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Bau- und Planungskosten (2.2.4.1)	100.000,00 €
Kosten für die Einlagerung (2.2.4.2)	300.000,00 €
Sickerwasserreinigung (2.2.4.3)	32.300,00 €
Kalk. Abschreibungen und Zinsen Deponie (2.2.4.4)	264.300,00 €
Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (2.2.4.5)	168.100,00 €
Rückstellung für die Deponierekultivierung (2.2.4.6)	646.500,00 €
Summe Aufwendungen	1.511.200,00 €

Damit ergibt sich die Gebühr wie folgt:

Aufwendungen	1.511.200,00 €
Einlagerungsmenge (2.2.4.7)	30.000,00 t
Gebühr	50,37 €/t

Die neue Gebühr für die Anlieferung auf der Deponie liegt um 1,30 €/t über dem bisherigen Gebührensatz von 49,07 €/t. Dies entspricht einer Gebührensteigerung von 2,6 %.

2.2.4.1 Bau- und Planungskosten

Die Position in Höhe von insgesamt 100.000,00 € beinhaltet die Aufwendungen, die entstehen, um die derzeitige temporäre Oberflächenabdichtung für den Bereich der Deponie, auf dem die Ablagerung erfolgen soll, aufzunehmen, zu entsorgen und nach der Ablagerung wiederherzustellen. Dazu gehören auch die im Zusammenhang mit der Einlagerung entstehenden Planungskosten und Sachverständigenkosten.

2.2.4.2 Kosten für die Einlagerung

Hierbei handelt es sich um die Kosten für die Annahme der Bauabfälle vor Ort und den Einbau in den Deponiekörper des Schüttfeldes III sowie weitere begleitende Arbeiten (300.000,00 €). Die Aufgaben werden von der SEBS durchgeführt und durch ein Entgelt auf Basis der Regelungen in § 3 der 2. Ergänzungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag abgegolten.

2.2.4.3 Sickerwasserreinigung

Da die temporäre Oberflächenabdichtung von Schüttfeld III für die Einlagerung teilweise abgenommen werden muss, entsteht zusätzliches Sickerwasser, das zu reinigen ist. Die Kosten für diese zusätzliche Sickerwasserreinigung sind hier berücksichtigt (32.300,00 €). Sie beruhen auf einer Abschätzung des zusätzlichen Sickerwassers in Abhängigkeit vom Niederschlag und der nicht abgedeckten Fläche.

2.2.4.4 Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen Deponie

Es werden hier die kalkulatorischen Abschreibungen (186.400,00 €) und Zinsen (77.900,00 €) angesetzt, die auf die Anlagegüter des Schüttfeldes III der Deponie entfallen. Darin enthalten sind die kalkulatorischen Kosten für die Baumaßnahmen, die speziell für die Wiederaufnahme des Einlagerungsbetriebes notwendig waren. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Zufahrtsrampe. Die Abschreibungen werden auf Basis des Anschaffungswertes unter Berücksichtigung der bereits in der Vergangenheit vorgenommenen Abschreibungen ermittelt. Für die Zinsen werden die Restbuchwerte des Anlagevermögens vor der Abschreibung und ein kalkulatorischer Zinssatz in Höhe von 2,43 % verwendet.

2.2.4.5 Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Bei der Kalkulation wird der Anteil der Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen berücksichtigt, der dem Schüttfeld III zuzuordnen ist (168.100,00 €). Bei den Betriebsaufwendungen handelt es sich um die an die SEBS zu zahlenden Betriebsentgelte für den Deponiebetrieb und für Labordienstleistungen. Hinzu kommen die Personalkosten, die direkt im Zusammenhang mit der Einlagerung auf der Deponie stehen.

2.2.4.6 Rückstellung für die Deponierekultivierung

Basis für die Ermittlung der Aufwendungen sind die nach derzeitiger Planung zu erwartenden Gesamtaufwendungen in Höhe von rd. 47,8 Mio. € (aktueller Preisstand) für die Oberflächenabdichtung des Schüttfeldes III inkl. der Nachsorgeaufwendungen und die Gesamteinlagerungsmenge von 1,42 Mio. m³. Unter der Annahme, dass ein Kubikmeter zwei Tonnen entspricht, ergibt sich ein Aufwand von 16,84 €/t. Hinzu kommen die zusätzlichen Aufwendungen für die Multifunktionsdichtung im Übergangsbereich zu den anderen Schüttfeldern, die für die vollständige Ausnutzung der Kapazitäten erforderlich ist, in Höhe von rd. 5,2 Mio. € (aktueller Preisstand). Diese werden nur auf die Resteinlagerungsmenge von 550.000 m³ verteilt, da die Multifunktionsdichtung nur aufgrund der geplanten Anpassung der Genehmigungssituation zur Ausnutzung der Kapazitäten erforderlich ist. Hierbei ergibt sich ein Aufwand von 4,71 €/t, insgesamt ergeben sich dann 21,55 €/t. Für die geplanten 30.000 t beträgt der Gesamtaufwand somit 646.500,00 €. Bei der Ermittlung der Aufwendungen wurde eine aktualisierte Kostenschätzung für die Rekultivierung des Schüttfeldes III unter Berücksichtigung der Nachsorgeaufwendungen und der aktuell geplanten Gesamteinlagerungsmenge verwendet.

2.2.4.7 Einlagerungsmenge

Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre wird von einer Einlagerungsmenge von 30.000 t belastetem Straßenaufbruch und Boden aus den Straßen- und Kanalbaumaßnahmen der Stadt Braunschweig ausgegangen.

2.2.4.8 Entlastung der Restabfallgebühren

Die kalkulatorischen Aufwendungen für die Deponie sowie weitgehend die Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen werden auch in der Kalkulation der Abfallentsorgungsgebühren berücksichtigt (insgesamt 393.300,00 €). Die hier erzielten Erträge, die nicht für die Abdeckung der zusätzlich durch die Einlagerung entstehenden Aufwendungen benötigt werden, werden daher dem Restabfallgebührenzahler gutgeschrieben, so dass die Restabfallgebühren dementsprechend entlastet werden.

2.3 Ermittlung der Abfuhrkosten und Abfallentsorgungsgebühren

2.3.1 Restabfallbehälter („Graue Tonne“)

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Grundentgelt Sammlung Restabfall (2.3.1.1)	6.770.300,00 €
Grundentgelt Entsorgung Restabfall (2.3.1.1)	1.254.800,00 €
Grundentgelt Sammlung Sperrmüll (2.3.1.1)	860.600,00 €
Grundentgelt Entsorgung Sperrmüll (2.3.1.1)	85.700,00 €
Sortierung Sperrmüll (2.3.1.2)	97.600,00 €
Grundentgelt Sammlung und Entsorgung Weihnachtsbäume (2.3.1.1)	87.100,00 €
Grundentgelt Sammlung Wilder Müll (2.3.1.1)	813.600,00 €
Grundentgelt Entsorgung Wilder Müll (2.3.1.1)	8.400,00 €
Grundentgelt Sammlung Elektroaltgeräte (2.3.1.3)	450.000,00 €
Grundentgelt Bereitstellung Elektroaltgeräte (2.3.1.3)	22.000,00 €
Grundentgelt Schadstoffmobil (2.3.1.1)	220.500,00 €
Grundentgelt Sonderabfallzwischenlager (2.3.1.1)	463.400,00 €
Kommunaler Anteil Wertstofftonne (2.3.1.4)	1.006.200,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.3.1.5)	345.200,00 €
Projekt „Unser sauberes Braunschweig“ (2.3.1.6)	288.100,00 €
Gebühreneinzug (2.3.1.7)	189.300,00 €
Anlieferungen am AEZ und Verbrennung (2.3.1.8)	8.354.400,00 €
Anlieferungen von Grünabfall am AEZ (2.3.1.9)	13.800,00 €
Quersubventionierung Bioabfall (2.3.1.10)	2.087.400,00 €
Quersubventionierung Grünabfall (2.3.1.11)	436.200,00 €
Summe Aufwendungen	<u>23.854.600,00 €</u>

Es ergeben sich somit folgende Gebühren:

Aufwendungen	23.854.600,00 €
Erträge (2.3.1.12)	<u>./. 282.800,00 €</u>
Verbleibende Aufwendungen	23.571.800,00 €
Über-/Überdeckung (2.3.1.13)	<u>./. 559.445,81 €</u>
Gebührenfähige Aufwendungen	23.012.354,19 €
Behältervolumen (2.3.1.14)	: 374.042.000 l
Gebühr Restabfallbehälter	0,0615234 €/l

Dies entspricht **6,15 €/100 l**.

Die neue Gebühr liegt um 0,21 €/100 l über der bisherigen Gebühr in Höhe von 5,94 €/100 l. Dies entspricht einer Gebührenerhöhung von 3,5 %.

2.3.1.1 Grundentgelte ALBA-BS

Mit den hier berücksichtigten an ALBA-BS zu zahlenden Grundentgelten werden folgende Aufwendungen abgegolten:

- Sammlung und Entsorgung des Restabfalls aus den Behältern, des Sperrmülls und des wilden Mülls (ohne Verbrennung)
- Sortierung des Sperrmülls (2.3.1.2)
- Abholung der Weihnachtsbäume
- Sammlung und Bereitstellung der Elektroaltgeräte (2.3.1.3)
- Betrieb des Schadstoffmobils und des Sonderabfallzwischenlagers

Die Entgelte ergeben sich aus den §§ 8 bis 14, 17 und 18 der Anlage 1 der Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag II sowie aus der Dritten und Vierten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Erfassung der Elektroaltgeräte und der Sortierung des Sperrmülls i.V.m. den in der Siebten und Achten Ergänzungsvereinbarung neu festgelegten Entgelthöhen und unter Berücksichtigung der mit der Stadt abgestimmten Mengenprognose von ALBA-BS für 2024.

2.3.1.2 Sortierung Sperrmüll

Aufgrund der Vorgaben der Altholzverordnung erfolgt eine Sortierung des Sperrmülls aus der Abfuhr und aus den Direktanlieferungen (2.2.1.2). Hier wird der Anteil des auf Basis der Vierten Ergänzungsvereinbarung i. V. m. der Achten Ergänzungsvereinbarung ermittelten Entgeltes berücksichtigt, welcher der Abfuhr des Sperrmülls zuzuordnen ist (97.600,00 €). Dabei wird davon ausgegangen, dass 1.300 t Sperrmüll verwertet werden. Die Einschätzung für das Jahr 2024 beruht auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre.

2.3.1.3 Sammlung und Bereitstellung Elektroaltgeräte

Aufgrund der Vorgaben des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) erfolgt eine gesonderte Sammlung und Annahme von Elektroaltgeräten inkl. Haushaltskältegeräten. In der Dritten Ergänzungsvereinbarung i.V.m. der Siebten und Achten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag II sind die Entgelte hinsichtlich der Einsammlung und der Bereitstellung von Elektroaltgeräten festgelegt. Für die Sammlung der Elektroaltgeräte ist ein Grundentgelt in Höhe von 450.000,00 € und für die Bereitstellung der Elektroaltgeräte ein Grundentgelt in Höhe von 22.000,00 € zu zahlen.

2.3.1.4 Kommunalen Anteil Wertstofftonne

Im Rahmen der Einführung der Wertstofftonne zum 1. Januar 2014 wurde vereinbart, dass die sog. stoffgleichen Nichtverpackungen (sNVP), die bislang Bestandteil des Restabfalls waren, zusammen mit den Leichtverpackungen in einer gemeinsamen Wertstofftonne erfasst werden. Da die Zuständigkeit für die Entsorgung der sNVP aufgrund der gesetzlichen Vorgaben bei der Kommune liegt, werden die Aufwendungen für die Sammlung, Sortierung und Verwertung der sNVP als kommunaler Anteil an der Wertstofftonne weiterhin in der Gebührenkalkulation berücksichtigt. Insgesamt werden hierfür Aufwendungen in Höhe von 1.006.200,00 € eingeplant.

2.3.1.5 Verwaltungsaufwendungen

Es sind die bei der Stadt anfallenden Verwaltungsaufwendungen, insbesondere für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung, zu berücksichtigen (345.200,00 €). Der Gesamtaufwand wird auf die einzelnen Gebührenbereiche verteilt.

2.3.1.6 Projekt „Unser sauberes Braunschweig“

Die Kosten für das Projekt werden zwischen den Bereichen „Restabfallbehälter“ und „Straßenreinigung“ aufgeteilt. Es fallen im Bereich der Abfallbeseitigung Aufwendungen in Höhe von 288.100,00 € an.

2.3.1.7 Gebühreneinzug

Die Gebühreneinzugskosten im Bereich Abfall werden etwa entsprechend dem Verhältnis der Behälteranzahl auf die Restabfallbehälter und die Bioabfallbehälter verteilt, d. h. 3/5 der Kosten werden den Restabfallbehältern zugerechnet und 2/5 der Kosten den Bioabfallbehältern. Die Kosten beinhalten die Aufwendungen für die Erstellung der Gebührenbescheide sowie für den Einzug der Gebühren. Für die Restabfallbehälter ergeben sich Aufwendungen in Höhe von 189.300,00 €.

2.3.1.8 Anlieferungen am AEZ und Verbrennung

Bei einer Abfallmenge in Höhe von 44.040 t (2.2.1.10) und einer Restabfallgebühr am AEZ von 189,70 €/t (2.2.1) ergeben sich Entsorgungskosten in Höhe von 8.354.400,00 €.

2.3.1.9 Anlieferungen von Grünabfall am AEZ

Die Aufwendungen für die Entsorgung der im Rahmen der Weihnachtsbaumabfuhr eingesammelten Grünabfälle werden mit einer Menge von 230 t (2.2.2.2.5), einer Grünabfallgebühr von 60,00 €/t und damit Entsorgungskosten in Höhe von 13.800,00 € kalkuliert.

2.3.1.10 Quersubventionierung Bioabfall

Es erfolgt eine Quersubventionierung der Bioabfallbehälter, um einen hinreichenden Anreiz zur Abfalltrennung und -verwertung zu schaffen. Dies ist aufgrund von § 12 Abs. 5 S. 1 NAbfG zulässig. Es werden daher 2.087.400,00 € der gebührenfähigen Aufwendungen für die Bioabfallbehälter durch die Gebühren für die Restabfallbehälter finanziert. Mit der Quersubventionierung liegt die Gebühr für die Bioabfallbehälter weiterhin unterhalb der Gebühr für die Restabfallbehälter entsprechender Größe mit 14-tägiger Leerung. Damit besteht ein Anreiz zur Abfalltrennung. Es wird dabei weiterhin eine gleichmäßige Gebührenentwicklung in beiden Bereichen angestrebt. Die Quersubventionierung ist daher um 542.400 € erhöht worden.

2.3.1.11 Quersubventionierung Grünabfall

Des Weiteren erfolgt wie unter 2.2.2.2 beschrieben eine Quersubventionierung der Grünabfallentsorgung. Die gebührenfähigen Aufwendungen in Höhe von 729.800,00 € werden vollständig bei der Kalkulation für die Restabfallbehälter berücksichtigt. Gleichzeitig werden die Erträge aus dem Bereich Grünabfall in Höhe von gerundet 293.600,00 € vollständig gutgeschrieben, sodass sich eine Quersubventionierung in Höhe von 436.200,00 € ergibt.

2.3.1.12 Erträge

Bei den Restabfallbehältern werden die Erträge aus dem Verkauf von Restabfallsäcken (2.3.3) in Höhe von gerundet 29.100,00 €, aus der Gebühr für die Abholung von Sperrmüll in Höhe von 225.700,00 € (2.3.4) sowie aus der der Gebühr für die Änderung des Behältervolumens (2.3.5) mit 28.000,00 € berücksichtigt.

2.3.1.13 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von drei Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die in der Kalkulation 2023 noch nicht berücksichtigte Überdeckung des Jahres 2020 in Höhe von 559.445,81 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung verringert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 939.055,03 € wird in der Kalkulation 2025 berücksichtigt. Die Überdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 1.366.474,04 € soll in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten.

2.3.1.14 Behältervolumen

Die Kalkulation erfolgt auf Basis eines für 2024 zu erwartenden Behältervolumens in Höhe von 374 042 000 Liter. Aufgrund der derzeitigen Entwicklung wird von einem konstanten Behältervolumen (Plan 2023: 374 042 000 Mio. Liter) ausgegangen.

2.3.1.14 Gebührensätze

Die sich aus der Gebühr ergebenden Gebührensätze (sowie die bisherigen Gebührensätze zum Vergleich) können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Gebühren ab 1. Januar 2024

Bisherige Gebühr

wöchentliche Entsorgung

40 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	10,66 €	10,30 €
60 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	16,00 €	15,45 €
80 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	21,33 €	20,60 €
120 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	31,99 €	30,90 €
240 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	63,98 €	61,80 €
550 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	146,63 €	141,62 €
770 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	205,28 €	198,27 €
1.100 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	293,26 €	283,24 €
2.000 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	533,20 €	514,99 €
3.000 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	799,80 €	772,48 €
5.000 l *	0,0615234 €/l	* 52 Wochen :	12 Monate =	1.333,01 €	1.287,47 €

2-wöchentliche Entsorgung

40 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	5,33 €	5,15 €
60 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	8,00 €	7,72 €
80 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	10,66 €	10,30 €
120 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	16,00 €	15,45 €
240 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	31,99 €	30,90 €
550 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	73,32 €	70,81 €
770 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	102,64 €	99,14 €
1.100 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	146,63 €	141,62 €
2.000 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	266,60 €	257,49 €
3.000 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	399,90 €	386,24 €
5.000 l *	0,0615234 €/l	* 26 Wochen :	12 Monate =	666,50 €	643,74 €

4-wöchentliche Entsorgung

40 l * 0,0615234 €/l * 13 Wochen : 12 Monate = **2,67 €** 2,49 €

Die Gebühren für Leerungen nach Vereinbarung können dem Gebührentarif der Satzung entnommen werden. Sie werden auf Basis der oben ermittelten Gebühr pro Liter und des Behältervolumens ermittelt.

2.3.2 Bioabfallbehälter („Grüne Tonne“)

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Grundentgelt Sammlung und Entsorgung Bioabfall (2.3.2.1)	4.698.400,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.3.2.2)	146.400,00 €
Gebühreneinzug (2.3.2.3)	126.300,00 €
Bioabfalltüten und Öffentlichkeitsarbeit (2.3.2.4)	400.000,00 €
Anlieferungen am AEZ und Entsorgung (2.3.2.5)	<u>2.202.500,00 €</u>
Summe Aufwendungen	7.573.600,00 €

Es ergeben sich somit folgende Gebühren:

Aufwendungen	7.573.600,00 €
Erträge (2.3.2.6)	./.
Über-/Unterdeckung (2.3.2.7)	+
Gebührenfähige Aufwendungen	<u>7.537.037,07 €</u>
Quersubventionierung (2.3.2.8)	./.
Verbleibende gebührenfähige Aufwendungen	<u>2.087.400,00 €</u>
	5.449.637,07 €
Behältervolumen (2.3.2.9)	143.645.600 l
Gebühr Bioabfallbehälter	0,0379381 €/l

Dies entspricht **3,79 €/100 l**.

Die neue Gebühr liegt um 0,13 €/100 l über der bisherigen Gebühr von 3,66 €/100 l. Dies entspricht einer Gebührensteigerung von 3,5 %.

2.3.2.1 Grundentgelt Sammlung und Entsorgung Bioabfall (§ 7 Ergänzungsvereinbarung Leistungsvertrag II Anlage 1)

Mit diesem Grundentgelt werden die Kosten für die Sammlung und Entsorgung des Bioabfalls abgedeckt (4.698.400,00 €).

2.3.2.2 Verwaltungsaufwendungen

Es sind die bei der Stadt anfallenden Verwaltungsaufwendungen, insbesondere für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung, zu berücksichtigen (146.400,00 €). Der Gesamtaufwand wird auf die einzelnen Gebührenbereiche verteilt.

2.3.2.3 Gebühreneinzug

Die den Bioabfallbehältern zuzuordnenden Gebühreneinzugskosten betragen 126.300,00 €.

2.3.2.4 Bioabfalltüten und Öffentlichkeitsarbeit

Es werden im Zusammenhang mit dem geplanten Verbot von kompostierbaren Bioabfallbeuteln aus Kunststoff in der Abfallentsorgungssatzung 400.000,00 € für die Ausgabe von Bioabfalltüten aus Papier und weiterer damit zusammenhängender Öffentlichkeitsarbeit in der Kalkulation vorgesehen. Hiermit soll erreicht werden, dass die Störstoffe im Bioabfall, die die Qualität des Kompostes beeinträchtigen, minimiert werden und die Qualitätsziele, die sich aus der Novellierung der Bioabfallverordnung ergeben, erreicht werden. Mit der Ausgabe der Tüten soll dem Bürger eine Alternative zu den derzeit oftmals verwendeten kompostierbaren Beuteln aus Kunststoff angeboten werden, um die Akzeptanz der Maßnahme zu steigern. Dabei lässt sich zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen, wann und in welchem Umfang die Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit (hierzu zählen im Einzelnen neben der geplanten Ausgabe der Tüten u.a. Plakate, Flyer, Social Media Posts, Aufkleber, Beiträge auf der Homepage und Medienberichte) ihre vollständige Wirkung für 2024 entfaltet. Aus diesem Grunde sollen die hiermit zur Verfügung gestellten Mittel flexibel für die Maßnahmen eingesetzt werden, die sich als geeignet erweisen, um die Ziele zu erreichen.

2.3.2.5 Anlieferungen am AEZ und Entsorgung

Die Aufwendungen für die Entsorgung des Bioabfalls müssen eingerechnet werden. Es wird von einer Bioabfallmenge von 19.000 t ausgegangen (2.2.2.1.4). Bei einer Entsorgungsgebühr von 115,92 €/t führt dies zu Aufwendungen in Höhe von 2.202.500,00 €.

2.3.2.6 Erträge

Bei den Bioabfallbehältern werden die Erträge aus der Gebühr für die Grünabfallsäcke (2.3.3) in Höhe von gerundet 27.100,00 € sowie aus der der Gebühr für die Änderung des Behältervolumens (2.3.5) mit 10.000,00 € berücksichtigt.

2.3.2.7 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von drei Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die in der Kalkulation 2023 noch nicht berücksichtigte Unterdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 537,07 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Die Unterdeckung erhöht den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die Überdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 151.644,59 € soll in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten.

2.3.2.8 Quersubventionierung

Bei einer vollständig verursachungsgerechten Entgeltstruktur wären die Gebühren für die Bioabfallbehälter höher als die für die Restabfallbehälter gleicher Größe mit 14-tägiger Leerung. Dies widerspräche dem Ziel, einen hinreichenden Anreiz zur Abfalltrennung zu schaffen. Ein Teil der gebührenfähigen Aufwendungen wird daher durch die Restabfallbehälter quersubventioniert (2.3.1.10).

2.3.2.9 Behältervolumen

Die Kalkulation erfolgt auf Basis des für 2024 zu erwartenden Behältervolumens in Höhe von 143.645.600 Liter. Dabei werden die zusätzlichen Leerungen in den Sommermonaten bei der Angabe des Behältervolumens berücksichtigt. Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung des Behältervolumens im Zusammenhang mit den vorgenommenen Maßnahmen zur Steigerung der Erfassung des Bioabfalls nach dem Abfallwirtschaftskonzept (Überprüfung der Eigenkompostierer, Ausweitung der wöchentlichen Leerung auf sechs Monate) und der Fertigstellung von Neubaugebieten wird von einem höheren Behältervolumen als im Vorjahr (Plan 2023: 141.784.800 Liter) ausgegangen.

2.3.2.10 Gebührensätze

Die sich aus der Gebühr ergebenden Gebührensätze sowie die bisherigen Gebührensätze zum Vergleich können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Gebühren ab 1. Januar 2024

Bisherige Gebühr

60 l * 0,0379381 €/l * 39 Wochen : 12 Monate =	7,40 €	7,15 €
120 l * 0,0379381 €/l * 39 Wochen : 12 Monate =	14,80 €	14,29 €
550 l * 0,0379381 €/l * 39 Wochen : 12 Monate =	67,81 €	65,50 €

wöchentliche Entsorgung

1.100 l * 0,0379381 €/l * 52 Wochen : 12 Monate =	180,84 €	174,66 €
2.000 l * 0,0379381 €/l * 52 Wochen : 12 Monate =	328,80 €	317,56 €
3.000 l * 0,0379381 €/l * 52 Wochen : 12 Monate =	493,20 €	476,34 €

2-wöchentliche Entsorgung

2.000 l * 0,0379381 €/l * 26 Wochen : 12 Monate =	164,40 €	158,78 €
3.000 l * 0,0379381 €/l * 26 Wochen : 12 Monate =	246,60 €	238,17 €

Die Gebühren für Leerungen nach Vereinbarung können dem Gebührentarif der Satzung entnommen werden. Sie werden auf Basis der oben ermittelten Gebühr pro Liter und des Behältervolumens ermittelt.

2.3.3 Restabfallsäcke und Grünabfallsäcke

Die Gebühren für die Restabfallsäcke und Grünabfallsäcke werden wie bisher auf **5,00 € pro Stück** festgesetzt.

2.3.4 Abfuhr von Sperrmüll, Altgeräten nach ElektroG und Weihnachtsbäumen

Die Abfuhr von Sperrmüll bleibt gebührenpflichtig. Es wird für die Abholung und Entsorgung von Sperrmüll weiterhin eine Gebühr in Höhe von **20,00 €** erhoben. Dabei erfolgt zudem eine Beschränkung auf 5 m³. Diese beruht darauf, dass eine zunehmende Zahl an Fällen zu verzeichnen ist, in denen sehr große Mengen bereitgestellt werden, z. B. im Zusammenhang mit Haushaltsauflösungen. Die Gebühren werden über sogenannte „Anforderungskarten“ erhoben, die bei ALBA-BS,

bei den Bezirksgeschäftsstellen und an den Verkaufsstellen für die Restabfallsäcke erhältlich sind. Für den Fall, dass mehr als 5 m³ bereitgestellt werden sollen, können gleichzeitig entsprechend der zu erwartenden Menge mehrere Anforderungskarten erworben werden.

Die Vorhaltekosten für diese Leistung sind in der Gebühr für die Restabfallbehälter enthalten. Im Falle der tatsächlichen Inanspruchnahme der Leistung wird eine Gebühr erhoben, die einen zusätzlichen Kostendeckungsbeitrag leistet. Die Erträge aus dieser Gebühr (225.700,00 €) entlasten die Gebühr für die Restabfallbehälter.

Die Abholung von Altgeräten nach ElektroG (inkl. Haushaltskältegeräte) erfolgt im Rahmen der Abfuhr von Sperrmüll. Mit der Gebühr werden die Aufwendungen für die Abholung der Elektroaltgeräte abgedeckt, während die Aufwendungen für die Entsorgung durch die Hersteller übernommen werden. Aufgrund der Vorgaben des ElektroG muss zwar die Annahme von Elektroaltgeräten gebührenfrei erfolgen, nicht jedoch die Abholung. Der zusätzliche Service der Abholung ist daher wie beim Sperrmüll gebührenpflichtig.

Die Weihnachtsbaumabfuhr erfolgt unverändert gebührenfrei.

2.3.5 Gebühr bei Änderung des Behältervolumens

Die Gebühr bei einer Änderung des Behältervolumens beträgt unverändert **20,00 €**. Es wird von 1 900 Änderungsanträgen (1 400 für Restabfallbehälter und 500 für Bioabfallbehälter) ausgegangen.

Anlage 2

Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) vom 14. November 2023

Aufgrund der §§ 10 und 13 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 111) und der §§ 1, 2, 4, 5 und 12 des Nds. Kommunalabgabengesetzes vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589) und des § 12 des Nds. Abfallgesetzes vom 14. Juli 2003 (Nds. GVBl. S. 203), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. März 2022 (Nds. GVBl. S. 206) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 14. November 2023 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) vom 19. Dezember 2006 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 29 vom 21. Dezember 2006, Seite 114) in der Fassung der Siebzehnten Änderungssatzung vom 22. November 2022 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 14 vom 13. Dezember 2022, Seite 86) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„In den Fällen der Anschlusspflicht gemäß § 3 Absatz 1 und § 25 der Abfallentsorgungssatzung ruhen die Gebühren als öffentliche Last auf dem Grundstück.“

2. Der Anhang - Gebührentarif – wird wie folgt gefasst:

„Anhang
Gebührentarif
zur Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Braunschweig vom 14. November 2023

**Artikel I
Restabfallbehälter**

1. Die Gebühren für die Bereitstellung und Leerung von Restabfallbehältern betragen monatlich bei

1.1 wöchentlich einmaliger Leerung für

40 l	Restabfallbehälter	10,66 €
60 l	Restabfallbehälter	16,00 €
80 l	Restabfallbehälter	21,33 €
120 l	Restabfallbehälter	31,99 €
240 l	Restabfallbehälter	63,98 €
550 l	Restabfallgroßbehälter	146,63 €
770 l	Restabfallgroßbehälter	205,28 €
1.100 l	Restabfallgroßbehälter	293,26 €
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	533,20 €
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	799,80 €
5.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	1.333,01 €

- 1.2 wöchentlich zweimaliger Leerung
die doppelte Gebühr nach Nr. 1.1

- 1.3 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für

40 l	Restabfallbehälter	5,33 €
60 l	Restabfallbehälter	8,00 €
80 l	Restabfallbehälter	10,66 €
120 l	Restabfallbehälter	16,00 €
240 l	Restabfallbehälter	31,99 €
550 l	Restabfallgroßbehälter	73,32 €
770 l	Restabfallgroßbehälter	102,64 €
1.100 l	Restabfallgroßbehälter	146,63 €
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	266,60 €
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	399,90 €
5.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	666,50 €

- 1.4 vierwöchentlich einmaliger Leerung für

40 l	Restabfallbehälter	2,67 €
------	--------------------	--------

2. Bei Leerungen nach Vereinbarung gemäß § 15 Absatz 4 der Abfallentsorgungssatzung betragen die Abfallentsorgungsgebühren je Leerung

40 l	Restabfallbehälter	2,46 €
60 l	Restabfallbehälter	3,69 €
80 l	Restabfallbehälter	4,92 €
120 l	Restabfallbehälter	7,38 €
240 l	Restabfallbehälter	14,77 €
550 l	Restabfallgroßbehälter	33,84 €
770 l	Restabfallgroßbehälter	47,37 €
1.100 l	Restabfallgroßbehälter	67,68 €
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	123,05 €
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	184,57 €
5.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfälle	307,62 €

3. Bei Verwendung hier nicht angegebener Behältergrößen erfolgt eine Berechnung der Gebühr entsprechend des in § 2 Absatz 1 angegebenen Gebührenmaßstabs auf der Basis von 6,15 €/100 l.

**Artikel II
Bioabfallbehälter**

1. Die Gebühren für die Bereitstellung und Leerung von Bioabfallbehältern betragen monatlich bei

1.1 wöchentlich einmaliger Leerung für

1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	180,84 €
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfälle	328,80 €
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfälle	493,20 €

- 1.2 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für
(von Mitte Mai bis Mitte November erfolgt die Leerung wöchentlich)

60 l	Bioabfallbehälter	7,40 €
120 l	Bioabfallbehälter	14,80 €
550 l	Bioabfallgroßbehälter	67,81 €

- 1.3 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für

2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfälle	164,40 €
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfälle	246,60 €

2. Bei Leerungen nach Vereinbarung gemäß § 15 Absatz 4 der Abfallentsorgungssatzung betragen die Abfallentsorgungsgebühren je Leerung

60 l	Bioabfallbehälter	2,28 €
120 l	Bioabfallbehälter	4,55 €
550 l	Bioabfallgroßbehälter	20,87 €
1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	41,73 €
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfälle	75,88 €
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfälle	113,81 €

3. Bei Verwendung hier nicht angegebener Behältergrößen erfolgt eine Berechnung der Gebühr entsprechend des in § 2 Absatz 1 angegebenen Gebührenmaßstabs auf der Basis von 3,79 €/100 l.

Artikel III Änderung des Behältervolumens

Die Gebühr bei Änderung des Behältervolumens beträgt jeweils 20,00 €.

Artikel IV Abfallsäcke

- Die Abfallentsorgungsgebühr für Restabfallsäcke beträgt 5,00 € je Stück.
- Die Abfallentsorgungsgebühr für Grünabfallsäcke beträgt 5,00 € je Stück.

Artikel V Abholung

Die Gebühr für die Abholung von Sperrmüll und Altgeräten nach ElektroG bis 5 Kubikmeter pro Abholung beträgt 20,00 €. Die Gebühr für die Abholung für jede weiteren angefangenen 5 Kubikmeter beträgt 20,00 €.

Artikel VI Kleinanlieferungen

Die Gebühren für die Benutzung des Abfallentsorgungszentrums Watenbüttel und des Wertstoffhofes Frankfurter Straße 251 betragen für nicht gewerbliche Anlieferungen von Braunschweiger Einwohnern bis 3 Kubikmeter pro Anlieferung für

- | | | |
|----|------------|---------|
| 1. | Restabfall | 15,00 € |
| 2. | Grünabfall | 10,00 € |

Bei gemeinsamer Anlieferung von Restabfall und Grünabfall wird die Gebühr für Restabfall fällig.

Bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII.

Artikel VII Abfallentsorgungszentrum Watenbüttel

Die Gebühren für die Benutzung des Abfallentsorgungszentrums Watenbüttel durch Anlieferer betragen für:

- Restabfall, Sperrmüll u. ä.

1.1 bei Wägung:

- | | | |
|----|---|----------|
| a) | Mindestgebühr bis zu 200 Kilogramm | 37,94 € |
| b) | je Gewichtstonne (bei über 200 Kilogramm) | 189,70 € |

- 1.2 bei Ausfall der Waage statt der unter 1.1 festgelegten Gebühren:

- | | | |
|----|--|---------|
| a) | je angefangene Tonne Nutzlast der Fahrzeuge | 77,78 € |
| b) | je angefangene Kubikmeter Fassungsvermögen der Container | 59,95 € |
| c) | je angefangene Kubikmeter Fassungsvermögen der Pressbehälter | 41,73 € |

1.3 bei gewerblichen Anlieferungen mit Pkw und Pkw mit Anhänger

- | | | |
|----|--|----------|
| a) | bis 3 Kubikmeter | 100,00 € |
| b) | bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII Nr. 1.1. | |

2. Bio- und Grünabfall

2.1 bei Wägung:

2.1.1 Bioabfälle und biologische Produktions-Abfälle:

je Gewichtstonne	115,92 €
------------------	----------

2.1.2 Grünabfälle, Baum- und Strauchschnitt sowie Wurzelstöcke und Baumteile (Stämme, Äste u. ä.):

- | | | |
|----|---|---------|
| a) | Mindestgebühr bis zu 300 Kilogramm | 18,00 € |
| b) | je Gewichtstonne (bei über 300 Kilogramm) | 60,00 € |

2.2 bei gewerblichen Anlieferungen mit Pkw und Pkw mit Anhänger

- | | | |
|----|--|---------|
| a) | bis 3 Kubikmeter | 20,00 € |
| b) | bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII Nr. 2.1. | |

Artikel VIII Deponie Watenbüttel

Die Gebühr für die Anlieferung von Fahrbahnaufbruch, Tragschichten und Böden, insbesondere aus Straßen- und Kanalbauarbeiten (z. B. Bitumengemische, Kohlenteeer und teerhaltige Produkte) beträgt je Gewichtstonne 50,37 €.

Artikel II

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Altes Recht	Neues Recht	Bemerkungen
§ 4 Gebührenschildner	§ 4 Gebührenschildner	
(1) Gebührenschildner ist der Anschlusspflichtige gemäß § 3 Absatz 1 und 2 sowie § 25 der Abfallentsorgungssatzung. Mehrere Gebührenschildner werden als Gesamtschildner herangezogen.	(1) Gebührenschildner ist der Anschlusspflichtige gemäß § 3 Absatz 1 und 2 sowie § 25 der Abfallentsorgungssatzung. Mehrere Gebührenschildner werden als Gesamtschildner herangezogen. In den Fällen der Anschlusspflicht gemäß § 3 Absatz 1 und § 25 der Abfallentsorgungssatzung ruhen die Gebühren als öffentliche Last auf dem Grundstück.	Klarstellung aufgrund Neuregelung im NKAG

Anhang Gebührentarif zur Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Braunschweig vom 22. November 2022 Artikel I Restabfallbehälter	Anhang Gebührentarif zur Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Braunschweig vom 14. November 2023 Artikel I Restabfallbehälter	
1. Die Gebühren für die Bereitstellung und Leerung von Restabfallbehältern betragen monatlich bei	1. Die Gebühren für die Bereitstellung und Leerung von Restabfallbehältern betragen monatlich bei	
1.1 wöchentlich einmaliger Leerung für 40 l Restabfallbehälter 10,30 € 60 l Restabfallbehälter 15,45 € 80 l Restabfallbehälter 20,60 € 120 l Restabfallbehälter 30,90 € 240 l Restabfallbehälter 61,80 € 550 l Restabfallgroßbehälter 141,62 € 770 l Restabfallgroßbehälter 198,27 € 1.100 l Restabfallgroßbehälter 283,24 € 2.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 514,99 € 3.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 772,48 € 5.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 1.287,47 €	1.1 wöchentlich einmaliger Leerung für 40 l Restabfallbehälter 10,66 € 60 l Restabfallbehälter 16,00 € 80 l Restabfallbehälter 21,33 € 120 l Restabfallbehälter 31,99 € 240 l Restabfallbehälter 63,98 € 550 l Restabfallgroßbehälter 146,63 € 770 l Restabfallgroßbehälter 205,28 € 1.100 l Restabfallgroßbehälter 293,26 € 2.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 533,20 € 3.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 799,80 € 5.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 1.333,01 €	
1.2 wöchentlich zweimaliger Leerung die doppelte Gebühr nach Nr. 1.1	1.2 wöchentlich zweimaliger Leerung die doppelte Gebühr nach Nr. 1.1	
1.3 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für 40 l Restabfallbehälter 5,15 € 60 l Restabfallbehälter 7,72 € 80 l Restabfallbehälter 10,30 € 120 l Restabfallbehälter 15,45 € 240 l Restabfallbehälter 30,90 € 550 l Restabfallgroßbehälter 70,81 € 770 l Restabfallgroßbehälter 99,14 € 1.100 l Restabfallgroßbehälter 141,62 € 2.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 257,49 € 3.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 386,24 € 5.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 643,74 €	1.3 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für 40 l Restabfallbehälter 5,33 € 60 l Restabfallbehälter 8,00 € 80 l Restabfallbehälter 10,66 € 120 l Restabfallbehälter 16,00 € 240 l Restabfallbehälter 31,99 € 550 l Restabfallgroßbehälter 73,32 € 770 l Restabfallgroßbehälter 102,64 € 1.100 l Restabfallgroßbehälter 146,63 € 2.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 266,60 € 3.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 399,90 € 5.000 l Unterflurgroßbehälter für Restabfall 666,50 €	
1.4 vierwöchentlich einmaliger Leerung für 40 l Restabfallbehälter 2,57 €	1.4 vierwöchentlich einmaliger Leerung für 40 l Restabfallbehälter 2,67 €	

<p>2. Bei Leerungen nach Vereinbarung gemäß § 15 Absatz 4 der Abfallentsorgungssatzung betragen die Abfallentsorgungsgebühren je Leerung</p> <table> <tr><td>40 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>2,38 €</td></tr> <tr><td>60 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>3,57 €</td></tr> <tr><td>80 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>4,75 €</td></tr> <tr><td>120 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>7,13 €</td></tr> <tr><td>240 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>14,26 €</td></tr> <tr><td>550 l</td><td>Restabfallgroßbehälter</td><td>32,68 €</td></tr> <tr><td>770 l</td><td>Restabfallgroßbehälter</td><td>45,75 €</td></tr> <tr><td>1.100 l</td><td>Restabfallgroßbehälter</td><td>65,36 €</td></tr> <tr><td>2.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Restabfall</td><td>118,84 €</td></tr> <tr><td>3.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Restabfall</td><td>178,27 €</td></tr> <tr><td>5.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Restabfall</td><td>297,11 €</td></tr> </table> <p>3. Bei Verwendung hier nicht angegebener Behältergrößen erfolgt eine Berechnung der Gebühr entsprechend des in § 2 Absatz 1 angegebenen Gebührenmaßstabs auf der Basis von 5,94 €/100 l.</p>	40 l	Restabfallbehälter	2,38 €	60 l	Restabfallbehälter	3,57 €	80 l	Restabfallbehälter	4,75 €	120 l	Restabfallbehälter	7,13 €	240 l	Restabfallbehälter	14,26 €	550 l	Restabfallgroßbehälter	32,68 €	770 l	Restabfallgroßbehälter	45,75 €	1.100 l	Restabfallgroßbehälter	65,36 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	118,84 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	178,27 €	5.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	297,11 €	<p>2. Bei Leerungen nach Vereinbarung gemäß § 15 Absatz 4 der Abfallentsorgungssatzung betragen die Abfallentsorgungsgebühren je Leerung</p> <table> <tr><td>40 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>2,46 €</td></tr> <tr><td>60 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>3,69 €</td></tr> <tr><td>80 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>4,92 €</td></tr> <tr><td>120 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>7,38 €</td></tr> <tr><td>240 l</td><td>Restabfallbehälter</td><td>14,77 €</td></tr> <tr><td>550 l</td><td>Restabfallgroßbehälter</td><td>33,84 €</td></tr> <tr><td>770 l</td><td>Restabfallgroßbehälter</td><td>47,37 €</td></tr> <tr><td>1.100 l</td><td>Restabfallgroßbehälter</td><td>67,68 €</td></tr> <tr><td>2.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Restabfall</td><td>123,05 €</td></tr> <tr><td>3.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Restabfall</td><td>184,57 €</td></tr> <tr><td>5.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Restabfall</td><td>307,62 €</td></tr> </table> <p>3. Bei Verwendung hier nicht angegebener Behältergrößen erfolgt eine Berechnung der Gebühr entsprechend des in § 2 Absatz 1 angegebenen Gebührenmaßstabs auf der Basis von 6,15 €/100 l</p>	40 l	Restabfallbehälter	2,46 €	60 l	Restabfallbehälter	3,69 €	80 l	Restabfallbehälter	4,92 €	120 l	Restabfallbehälter	7,38 €	240 l	Restabfallbehälter	14,77 €	550 l	Restabfallgroßbehälter	33,84 €	770 l	Restabfallgroßbehälter	47,37 €	1.100 l	Restabfallgroßbehälter	67,68 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	123,05 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	184,57 €	5.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	307,62 €	
40 l	Restabfallbehälter	2,38 €																																																																		
60 l	Restabfallbehälter	3,57 €																																																																		
80 l	Restabfallbehälter	4,75 €																																																																		
120 l	Restabfallbehälter	7,13 €																																																																		
240 l	Restabfallbehälter	14,26 €																																																																		
550 l	Restabfallgroßbehälter	32,68 €																																																																		
770 l	Restabfallgroßbehälter	45,75 €																																																																		
1.100 l	Restabfallgroßbehälter	65,36 €																																																																		
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	118,84 €																																																																		
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	178,27 €																																																																		
5.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	297,11 €																																																																		
40 l	Restabfallbehälter	2,46 €																																																																		
60 l	Restabfallbehälter	3,69 €																																																																		
80 l	Restabfallbehälter	4,92 €																																																																		
120 l	Restabfallbehälter	7,38 €																																																																		
240 l	Restabfallbehälter	14,77 €																																																																		
550 l	Restabfallgroßbehälter	33,84 €																																																																		
770 l	Restabfallgroßbehälter	47,37 €																																																																		
1.100 l	Restabfallgroßbehälter	67,68 €																																																																		
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	123,05 €																																																																		
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	184,57 €																																																																		
5.000 l	Unterflurgroßbehälter für Restabfall	307,62 €																																																																		
<p style="text-align: center;">Artikel II Bioabfallbehälter</p> <p>1. Die Gebühren für die Bereitstellung und Leerung von Bioabfallbehältern betragen monatlich bei</p> <p>1.1 wöchentlich einmaliger Leerung für</p> <table> <tr><td>1.100 l</td><td>Bioabfallgroßbehälter</td><td>174,66 €</td></tr> <tr><td>2.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>317,56 €</td></tr> <tr><td>3.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>476,34 €</td></tr> </table> <p>1.2 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für (von Mitte Mai bis Mitte November erfolgt die Leerung wöchentlich)</p> <table> <tr><td>60 l</td><td>Bioabfallbehälter</td><td>7,15 €</td></tr> <tr><td>120 l</td><td>Bioabfallbehälter</td><td>14,29 €</td></tr> <tr><td>550 l</td><td>Bioabfallgroßbehälter</td><td>65,50 €</td></tr> </table> <p>1.3 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für</p> <table> <tr><td>2.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>158,78 €</td></tr> <tr><td>3.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>238,17 €</td></tr> </table>	1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	174,66 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	317,56 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	476,34 €	60 l	Bioabfallbehälter	7,15 €	120 l	Bioabfallbehälter	14,29 €	550 l	Bioabfallgroßbehälter	65,50 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	158,78 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	238,17 €	<p style="text-align: center;">Artikel II Bioabfallbehälter</p> <p>1. Die Gebühren für die Bereitstellung und Leerung von Bioabfallbehältern betragen monatlich bei</p> <p>1.1 wöchentlich einmaliger Leerung für</p> <table> <tr><td>1.100 l</td><td>Bioabfallgroßbehälter</td><td>180,84 €</td></tr> <tr><td>2.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>328,80 €</td></tr> <tr><td>3.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>493,20 €</td></tr> </table> <p>1.2 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für (von Mitte Mai bis Mitte November erfolgt die Leerung wöchentlich)</p> <table> <tr><td>60 l</td><td>Bioabfallbehälter</td><td>7,40 €</td></tr> <tr><td>120 l</td><td>Bioabfallbehälter</td><td>14,80 €</td></tr> <tr><td>550 l</td><td>Bioabfallgroßbehälter</td><td>67,81 €</td></tr> </table> <p>1.3 zweiwöchentlich einmaliger Leerung für</p> <table> <tr><td>2.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>164,40 €</td></tr> <tr><td>3.000 l</td><td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td><td>246,60 €</td></tr> </table>	1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	180,84 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	328,80 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	493,20 €	60 l	Bioabfallbehälter	7,40 €	120 l	Bioabfallbehälter	14,80 €	550 l	Bioabfallgroßbehälter	67,81 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	164,40 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	246,60 €																			
1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	174,66 €																																																																		
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	317,56 €																																																																		
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	476,34 €																																																																		
60 l	Bioabfallbehälter	7,15 €																																																																		
120 l	Bioabfallbehälter	14,29 €																																																																		
550 l	Bioabfallgroßbehälter	65,50 €																																																																		
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	158,78 €																																																																		
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	238,17 €																																																																		
1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	180,84 €																																																																		
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	328,80 €																																																																		
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	493,20 €																																																																		
60 l	Bioabfallbehälter	7,40 €																																																																		
120 l	Bioabfallbehälter	14,80 €																																																																		
550 l	Bioabfallgroßbehälter	67,81 €																																																																		
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	164,40 €																																																																		
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	246,60 €																																																																		

<p>2. Bei Leerungen nach Vereinbarung gemäß § 15 Absatz 4 der Abfallentsorgungssatzung betragen die Abfallentsorgungsgebühren je Leerung</p> <table> <tr> <td>60 l</td> <td>Bioabfallbehälter</td> <td>2,20 €</td> </tr> <tr> <td>120 l</td> <td>Bioabfallbehälter</td> <td>4,40 €</td> </tr> <tr> <td>550 l</td> <td>Bioabfallgroßbehälter</td> <td>20,15 €</td> </tr> <tr> <td>1.100 l</td> <td>Bioabfallgroßbehälter</td> <td>40,31 €</td> </tr> <tr> <td>2.000 l</td> <td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td> <td>73,28 €</td> </tr> <tr> <td>3.000 l</td> <td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td> <td>109,92 €</td> </tr> </table> <p>3. Bei Verwendung hier nicht angegebener Behältergrößen erfolgt eine Berechnung der Gebühr entsprechend des in § 2 Absatz 1 angegebenen Gebührenmaßstabs auf der Basis von 3,66 €/100 l.</p>	60 l	Bioabfallbehälter	2,20 €	120 l	Bioabfallbehälter	4,40 €	550 l	Bioabfallgroßbehälter	20,15 €	1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	40,31 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	73,28 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	109,92 €	<p>2. Bei Leerungen nach Vereinbarung gemäß § 15 Absatz 4 der Abfallentsorgungssatzung betragen die Abfallentsorgungsgebühren je Leerung</p> <table> <tr> <td>60 l</td> <td>Bioabfallbehälter</td> <td>2,28 €</td> </tr> <tr> <td>120 l</td> <td>Bioabfallbehälter</td> <td>4,55 €</td> </tr> <tr> <td>550 l</td> <td>Bioabfallgroßbehälter</td> <td>20,87 €</td> </tr> <tr> <td>1.100 l</td> <td>Bioabfallgroßbehälter</td> <td>41,73 €</td> </tr> <tr> <td>2.000 l</td> <td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td> <td>75,88 €</td> </tr> <tr> <td>3.000 l</td> <td>Unterflurgroßbehälter für Bioabfall</td> <td>113,81 €</td> </tr> </table> <p>3. Bei Verwendung hier nicht angegebener Behältergrößen erfolgt eine Berechnung der Gebühr entsprechend des in § 2 Absatz 1 angegebenen Gebührenmaßstabs auf der Basis von 3,79 €/100 l.</p>	60 l	Bioabfallbehälter	2,28 €	120 l	Bioabfallbehälter	4,55 €	550 l	Bioabfallgroßbehälter	20,87 €	1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	41,73 €	2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	75,88 €	3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	113,81 €	
60 l	Bioabfallbehälter	2,20 €																																				
120 l	Bioabfallbehälter	4,40 €																																				
550 l	Bioabfallgroßbehälter	20,15 €																																				
1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	40,31 €																																				
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	73,28 €																																				
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	109,92 €																																				
60 l	Bioabfallbehälter	2,28 €																																				
120 l	Bioabfallbehälter	4,55 €																																				
550 l	Bioabfallgroßbehälter	20,87 €																																				
1.100 l	Bioabfallgroßbehälter	41,73 €																																				
2.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	75,88 €																																				
3.000 l	Unterflurgroßbehälter für Bioabfall	113,81 €																																				
<p>Artikel III Änderung des Behältervolumens</p> <p>Die Gebühr bei Änderung des Behältervolumens beträgt jeweils 20,00 €.</p>	<p>Artikel III Änderung des Behältervolumens</p> <p>Die Gebühr bei Änderung des Behältervolumens beträgt jeweils 20,00 €.</p>																																					
<p>Artikel IV Abfallsäcke</p> <p>1. Die Abfallentsorgungsgebühr für Restabfallsäcke beträgt 5,00 € je Stück.</p> <p>2. Die Abfallentsorgungsgebühr für Grünabfallsäcke beträgt 5,00 € je Stück.</p>	<p>Artikel IV Abfallsäcke</p> <p>1. Die Abfallentsorgungsgebühr für Restabfallsäcke beträgt 5,00 € je Stück.</p> <p>2. Die Abfallentsorgungsgebühr für Grünabfallsäcke beträgt 5,00 € je Stück.</p>																																					
<p>Artikel V Abholung</p> <p>Die Gebühr für die Abholung von Sperrmüll und Altgeräten nach ElektrG bis 5 Kubikmeter pro Abholung beträgt 20,00 €. Die Gebühr für die Abholung für jede weiteren angefangenen 5 Kubikmeter beträgt 20,00 €.</p>	<p>Artikel V Abholung</p> <p>Die Gebühr für die Abholung von Sperrmüll und Altgeräten nach ElektrG bis 5 Kubikmeter pro Abholung beträgt 20,00 €. Die Gebühr für die Abholung für jede weiteren angefangenen 5 Kubikmeter beträgt 20,00 €.</p>																																					
<p>Artikel VI Kleinanlieferungen</p> <p>Die Gebühren für die Benutzung des Abfallentsorgungszentrums Watenbüttel und des Wertstoffhofes Frankfurter Straße 251 betragen für nicht gewerbliche Anlieferungen von Braunschweiger Einwohnern bis 3 Kubikmeter pro Anlieferung für</p> <table> <tr> <td>1.)</td> <td>Restabfall</td> <td>15,00 €</td> </tr> <tr> <td>2.)</td> <td>Grünabfall</td> <td>10,00 €</td> </tr> </table> <p>Bei gemeinsamer Anlieferung von Restabfall und Grünabfall wird die Gebühr für Restabfall fällig.</p> <p>Bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII.</p>	1.)	Restabfall	15,00 €	2.)	Grünabfall	10,00 €	<p>Artikel VI Kleinanlieferungen</p> <p>Die Gebühren für die Benutzung des Abfallentsorgungszentrums Watenbüttel und des Wertstoffhofes Frankfurter Straße 251 betragen für nicht gewerbliche Anlieferungen von Braunschweiger Einwohnern bis 3 Kubikmeter pro Anlieferung für</p> <table> <tr> <td>1.)</td> <td>Restabfall</td> <td>15,00 €</td> </tr> <tr> <td>2.)</td> <td>Grünabfall</td> <td>10,00 €</td> </tr> </table> <p>Bei gemeinsamer Anlieferung von Restabfall und Grünabfall wird die Gebühr für Restabfall fällig.</p> <p>Bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII.</p>	1.)	Restabfall	15,00 €	2.)	Grünabfall	10,00 €																									
1.)	Restabfall	15,00 €																																				
2.)	Grünabfall	10,00 €																																				
1.)	Restabfall	15,00 €																																				
2.)	Grünabfall	10,00 €																																				

Artikel VII Abfallentsorgungszentrum Watenbüttel	Artikel VII Abfallentsorgungszentrum Watenbüttel	
<p>Die Gebühren für die Benutzung des Abfallentsorgungszentrums Watenbüttel durch Anlieferer betragen für:</p> <p>1. Restabfall, Sperrmüll u. ä.</p> <p>1.1 bei Wägung:</p> <p>a) Mindestgebühr bis zu 200 Kilogramm 36,14 €</p> <p>b) je Gewichtstonne (bei über 200 Kilogramm) 180,69 €</p>	<p>Die Gebühren für die Benutzung des Abfallentsorgungszentrums Watenbüttel durch Anlieferer betragen für:</p> <p>1. Restabfall, Sperrmüll u. ä.</p> <p>1.1 bei Wägung:</p> <p>a) Mindestgebühr bis zu 200 Kilogramm 37,94 €</p> <p>b) je Gewichtstonne (bei über 200 Kilogramm) 189,70 €</p>	
<p>1.2 bei Ausfall der Waage statt der unter 1.1 festgelegten Gebühren:</p> <p>a) je angefangene Tonne Nutzlast der Fahrzeuge 74,08 €</p> <p>b) je angefangene Kubikmeter Fassungsvermögen der Container 57,10 €</p> <p>c) je angefangene Kubikmeter Fassungsvermögen der Pressbehälter 39,75 €</p> <p>1.3 bei gewerblichen Anlieferungen mit Pkw und Pkw mit Anhänger</p> <p>a) bis 3 Kubikmeter 100,00 €</p> <p>b) bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII Nr. 1.1.</p>	<p>1.2 bei Ausfall der Waage statt der unter 1.1 festgelegten Gebühren:</p> <p>a) je angefangene Tonne Nutzlast der Fahrzeuge 77,78 €</p> <p>b) je angefangene Kubikmeter Fassungsvermögen der Container 59,95 €</p> <p>c) je angefangene Kubikmeter Fassungsvermögen der Pressbehälter 41,73 €</p> <p>1.3 bei gewerblichen Anlieferungen mit Pkw und Pkw mit Anhänger</p> <p>a) bis 3 Kubikmeter 100,00 €</p> <p>b) bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII Nr. 1.1.</p>	
<p>2. Bio- und Grünabfall</p> <p>2.1 bei Wägung:</p> <p>2.1.1 Bioabfälle und biologische Produktions-Abfälle:</p> <p>je Gewichtstonne 116,86 €</p> <p>2.1.2 Grünabfälle, Baum- und Strauchschnitt sowie Wurzelstöcke und Baumteile (Stämme, Äste u. ä.):</p> <p>a) Mindestgebühr bis zu 300 Kilogramm 18,00 €</p> <p>b) je Gewichtstonne (bei über 300 Kilogramm) 60,00 €</p>	<p>2. Bio- und Grünabfall</p> <p>2.1 bei Wägung:</p> <p>2.1.1 Bioabfälle und biologische Produktions-Abfälle:</p> <p>je Gewichtstonne 115,92 €</p> <p>2.1.2 Grünabfälle, Baum- und Strauchschnitt sowie Wurzelstöcke und Baumteile (Stämme, Äste u. ä.):</p> <p>a) Mindestgebühr bis zu 300 Kilogramm 18,00 €</p> <p>b) je Gewichtstonne (bei über 300 Kilogramm) 60,00 €</p>	
<p>2.2 bei gewerblichen Anlieferungen mit Pkw und Pkw mit Anhänger</p> <p>a) bis 3 Kubikmeter 20,00 €</p> <p>b) bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII Nr. 2.1.</p>	<p>2.2 bei gewerblichen Anlieferungen mit Pkw und Pkw mit Anhänger</p> <p>a) bis 3 Kubikmeter 20,00 €</p> <p>b) bei über 3 Kubikmeter erfolgt eine Wägung gemäß Artikel VII Nr. 2.1.</p>	

Artikel VIII Deponie Watenbüttel	Artikel VIII Deponie Watenbüttel	
Die Gebühr für die Anlieferung von Fahrbahnaufbruch, Tragschichten und Böden, insbesondere aus Straßen- und Kanalbauarbeiten (z. B. Bitumengemische, Kohlenteer und teerhaltige Produkte) beträgt je Gewichtstonne 49,07 €.	Die Gebühr für die Anlieferung von Fahrbahnaufbruch, Tragschichten und Böden, insbesondere aus Straßen- und Kanalbauarbeiten (z. B. Bitumengemische, Kohlenteer und teerhaltige Produkte) beträgt je Gewichtstonne 50,37 € .	

Betreff:

Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung)

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

11.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

07.11.2023

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

14.11.2023

Ö

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung für die Jahre 2023 und 2024 wurde festgelegt, dass trotz des Doppelhaushaltes weiterhin eine jährliche Gebührenkalkulation vorgenommen wird, um auf aktuelle Entwicklungen zeitnah reagieren zu können und eine möglichst gleichmäßige Gebührenentwicklung zu erreichen. Für die Gebührenkalkulation 2024 wurden die Haushaltsansätze für 2024 noch einmal überprüft und aktualisiert. Die sich dabei ergebenden Veränderungen liegen innerhalb des mit dem Haushaltsplan für 2024 zur Verfügung gestellten Budgets, so dass diesbezüglich kein Nachtrag erforderlich ist. Zudem wurde eine aktuelle Mengeneinschätzung vorgenommen. Bei der als Anlage 1 beigefügten Gebührenkalkulation für 2024 haben sich Steigerungen in Höhe von rd. 4,7 % für die Straßenreinigung ergeben.

Im Einzelnen:

1. Vorgesehene Gebühren ab 1. Januar 2024

Reinigungs- klasse	Monatl. Gebühr je Meter Straßenfront	Bisherige monatl. Gebühr je Meter Straßenfront	Veränderung
I	5,27 €	5,03 €	4,8 %
II	1,65 €	1,58 €	4,4 %
III	0,83 €	0,79 €	5,1 %
IV	0,41 €	0,39 €	5,1 %
V	0,21 €	0,20 €	5,0 %
11	5,79 €	5,53 €	4,7 %
12	8,96 €	8,56 €	4,7 %

14	5,55 €	5,30 €	4,7 %
16	5,55 €	5,30 €	4,7 %
17	4,76 €	4,54 €	4,8 %
18	3,97 €	3,79 €	4,7 %
19	2,38 €	2,27 €	4,8 %
20	7,38 €	7,05 €	4,7 %
22	3,97 €	3,79 €	4,7 %
29	11,90 €	11,37 €	4,7 %

Anmerkung: Aufgrund der Rundung der Gebühren auf volle Centbeträge ist die prozentuelle Veränderung bei den einzelnen Reinigungsklassen nicht exakt identisch.

2. Zusammenfassende Darstellung

Die Gebühren bei der Straßenreinigung steigen für den gebührenpflichtigen Reinigungsnehmer im Jahr 2024 um 4,7 % (siehe Tz. 2.3 der Gebührenkalkulation). Durch Auf- und Abrundung der für die einzelnen Reinigungsklassen festzusetzenden Gebührensätze auf volle Centbeträge ergeben sich allerdings unterschiedliche prozentuale Steigerungen.

Im Einzelnen sind folgende Punkte für die Gebührenentwicklung maßgeblich („(+)“ gebührensteigernd; „(-)“ gebührenmindernd):

- (+) Höhere Aufwendungen für die an die ALBA Braunschweig GmbH (ALBA-BS) zu zahlenden Leistungsentgelte aufgrund vertraglich vereinbarten Indexanpassung der Leistungsentgelte (381.800 €)
- (+) Einbeziehung einer geringeren Überdeckung aus Vorjahren (rd. 89.300 €)
- (-) Anstieg der Gebührenmeter um 0,6 % (entspricht rd. 39.100 €)

Die in der Kalkulation berücksichtigten Aufwendungen ergeben sich weitgehend aus der mit ALBA-BS abgeschlossenen Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I (Straßenreinigung) vom 19. Mai 2004. Zudem werden in der Kalkulation die weiteren Ergänzungsvereinbarungen hinsichtlich der Reinigung des Straßenbegleitgrüns sowie hinsichtlich der Anpassung der Entgelte auf Basis der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2011, zum 1. Januar 2016 sowie zum 1. Januar 2018 und 1. Januar 2021 und über die Anpassung des Entgeltes mit Transportkostenanteil zum 1. Februar 2022 berücksichtigt. Nachdem sich in den Jahren 2019 und 2021 aufgrund der Ergebnisse der Angemessenheitsprüfung der Leistungsentgelte Gebührensenkungen ergeben haben, haben sich die Gebühren insbesondere 2023 aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung erhöht. Für 2024 muss aus diesem Grunde ebenfalls eine Gebührenerhöhung vorgeschlagen werden.

Bei der Ermittlung der Entsorgungskosten für Restabfall (insb. Abfälle aus Papierkorbentleerung) sind die mit Vorlage Nr. 23-22145 vorgeschlagenen Gebühren für die Anlieferung am Abfallentsorgungszentrum berücksichtigt.

Bei der Kalkulation werden zudem die Aufwendungen für die Wildkrautbeseitigung nach der Straßenreinigungsverordnung berücksichtigt. Die Aufgabe wird durch die Stadt wahrgenommen, da sie gemäß des Leistungsvertrages I mit ALBA-BS von den durch ALBA-BS zu erbringenden Leistungen ausgeschlossen ist.

Für den öffentlichen Anteil an der Straßenreinigung wurde entsprechend der gesetzlichen Vorgabe nach § 52 Absatz 3 Satz 4 des Niedersächsischen Straßengesetzes eine Pauschale von 25 % angesetzt.

Der Kalkulationszeitraum entspricht dem Kalenderjahr 2024.

Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 3 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von 3 Jahren nach deren Feststellung auszugleichen. Bei der Kalkulation für das Jahr 2024 wird der noch nicht in die Kalkulation 2023 einbezogene Anteil der Überdeckung des Jahres 2020 und ein Teil der Überdeckung des Jahres 2021 berücksichtigt. Die verbleibende Überdeckung 2021 und die Überdeckung 2022 sollen erst danach verwandt werden, um eine möglichst gleichmäßige Gebührenentwicklung zu erhalten (vgl. Punkt 2.3.9 der Anlage 1).

Abgesehen von der Anpassung der Gebühren kommt es zudem aufgrund einer gesetzlichen Änderung zu einer textlichen Satzungsänderung, die in Anlage 1 erläutert ist.

Geiger

Anlage/n:

1. Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
2. Achtzehnte Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
3. Synopse zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
4. Gebührenmeter
5. Berechnung der monatlichen Gebühren

Inhaltsverzeichnis Anlagen

Anlage 1: Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung

	Kapitel	Seite
1	Allgemeines	1
2	Gebührenkalkulation	1
2.1	Allgemeine Bemerkungen	1
2.2	Entsorgungskosten	2
2.3	Straßenreinigungsgebühren	3
2.4	Gebührensätze	5

Anlage 2: Achtzehnte Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Anlage 3: Synopse zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Anlage 4: Gebührenmeter

Anlage 5: Berechnung der monatlichen Gebühren

Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung:

1 Allgemeines

Die Straßenreinigungsgebührensatzung wird zum 1. Januar 2024 im Gebührentarif geändert.

Zudem wird eine Anpassung der Satzung aufgrund einer Gesetzesänderung vorgeschlagen. Mit dem „Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und weiterer Gesetze“ vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. Nr. 33/2022, S. 589 ff.) wurde das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz durch Artikel 4 Nr. 1 dahingehend ergänzt, dass Gebühren für grundstücksbezogene Einrichtungen in den Fällen, in denen die Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder Inhaber eines sonstigen grundstücksgleichen Rechts zu Gebührenpflichtigen bestimmt sind, als öffentliche Last auf dem Grundstück, dem Wohnungs- oder Teileigentum, dem Erbbaurecht oder dem sonstigen grundstücksgleichen Recht ruhen. Die Regelung stellt klar, dass bei Gebühren für grundstücksbezogene Einrichtungen (Entwässerungs-, Abfallentsorgungs- und Straßenreinigungsgebühren) nicht nur eine persönliche Haftung des Gebührenschuldners, sondern auch eine Haftung des Grundstücks besteht. Diese Einordnung verbessert die Position einer gebührenerhebenden Behörde in einem Zwangsversteigerungsverfahren, denn die entsprechenden Gebührenforderungen können damit vorrangiger als bisher in der Rangklasse 3 (von 8 Rangklassen) geltend gemacht werden.

Die Verwaltung schlägt vor, die Änderungen des Kommunalabgabengesetzes aus Gründen der Klarheit und Rechtssicherheit auch in der betroffenen Straßenreinigungsgebührensatzung darzustellen; und zwar dadurch, dass die Regelung zu Gebührenpflichtigen bzw. Gebührenschuldern in § 5 um einen Absatz 6 ergänzt wird (s. Anlage 3).

2 Gebührenkalkulation

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren vollzieht sich in zwei Stufen:

- Ermittlung der Entsorgungskosten für die aufgenommenen Abfälle (2.2)
- Ermittlung der Straßenreinigungsgebühren (2.3)

Wesentlicher Bestandteil der Aufwendungen sind die an ALBA-BS zu zahlenden Leistungsentgelte. Diese ergeben sich aus

- dem zwischen der Stadt Braunschweig und ALBA-BS abgeschlossenen Vertrag über die Durchführung der Straßenreinigung und des Winterdienstes (Leistungsvertrag I)
- der Ersten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I
- der Zweiten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Reinigung des Straßenbegleitgrüns
- der Dritten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Anpassung der Entgelte aufgrund der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2011
- der Fünften Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Anpassung der Entgelte aufgrund der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2016
- der Sechsten Ergänzungsvereinbarung hinsichtlich der Anpassung der Entgelte aufgrund der Angemessenheitsprüfung zum 1. Januar 2018 und 1. Januar 2021
- der Siebten Ergänzungsvereinbarung über die Anpassung des Entgeltes mit Transportkostenanteil zum 1. Februar 2022

Bei den an ALBA-BS zu zahlenden Entgelten wird die vertraglich vorgesehene Indexanpassung berücksichtigt. Damit erfolgt eine Anpassung der Entgelte an die allgemeine Preisentwicklung bei den Personal- und Sachkosten. Die in den genannten Verträgen vorgesehene Indexanpassung erfolgt unter Zugrundelegung amtlich festgestellter Indices des Statistischen Bundesamtes der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland; Index der tariflichen Monatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, Wirtschaftszweig O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung). Für die Anpassung der verschiedenen Entgelte sind die mit der Leistungserbringung verbundenen Kostenarten und deren Anteile an den Gesamtkosten verbindlich festgelegt. Den einzelnen Kosten- bzw. Entgeltanteilen sind bestimmte Indices zugeordnet. Ein wesentlicher Entgeltbestandteil sind die Personalkosten. Deren Anteil liegt bei den einzelnen Entgelten etwa zwischen 30 % und 80 %. Da die endgültige Indexanpassung erst Anfang 2024 feststeht wurde für die Kalkulation eine Prognose der Indexentwicklung bis Ende 2023 verwendet. Dabei wird aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung von einem stärkeren Anstieg als in den vergangenen Jahren ausgegangen.

Der Kalkulation sind die von ALBA-BS vorgelegten und mit der Stadt abgestimmten Mengenprognosen für das Jahr 2024 zugrunde gelegt.

Bei der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren ist zu berücksichtigen, dass nicht alle dem Bereich Straßenreinigung zuzuordnenden Aufwendungen gebührenfähig sind. Ein bestimmter Anteil ist dem öffentlichen Interesse zuzuordnen (vgl. § 2 Absatz 2 der Satzung) und wird vorab in der Kalkulation abgezogen. In § 52 Abs. 3 S. 4 des Niedersächsischen Straßengesetzes ist geregelt, dass der öffentliche Anteil 25 % beträgt, so dass für die Kalkulation 2024 diese gesetzlich vorgegebene Pauschale verwendet wird.

Die bestehende Aufteilung der Reinigungsklassen wird beibehalten.

2.2 Entsorgungskosten

Für die Berechnung der Entsorgungskosten für die Abfälle aus der Papierkorbentleerung und das aufgenommene nicht verunreinigte Laub wird auf die Vorlage Nr. 23-22145 verwiesen, aus der sich die kalkulierten Entsorgungskosten ergeben. Die Entsorgungskosten beinhalten insbesondere die Aufwendungen für die Annahme am Abfallentsorgungszentrum (AEZ), den Transport zur Müllverbrennungsanlage und die thermische Vorbehandlung, den Aufwand für die Deponie Watenbüttel und die Verarbeitung bei der ALBA Niedersachsen-Anhalt GmbH (ehem. Braunschweiger Kompost GmbH). Sie betragen:

189,70 €	pro Tonne Restabfall
115,92 €	pro Tonne Bioabfall

2.3 Straßenreinigungsgebühren

Für die Berechnung der Straßenreinigungsgebühren werden zunächst die gesamten gebührenfähigen Aufwendungen für die Straßenreinigung ermittelt. Dabei ergibt sich Folgendes:

Grundentgelt Fahrbahnreinigung (2.3.1)	4.060.400,00 €
Grundentgelt Radwegereinigung (2.3.1)	987.400,00 €
Grundentgelt Innenstadt- und Gehwegreinigung (2.3.1)	1.993.400,00 €
Grundentgelt Papierkorbentleerung (2.3.1)	630.000,00 €
Grundentgelt Entsorgung Straßenreinigung (2.3.1)	520.400,00 €
Reinigung von Straßenbegleitgrün (2.3.2)	212.800,00 €
Zusätzliche Reinigungsleistungen (Handreinigung von Kleinpflasterflächen) (2.3.3)	32.800,00 €
Wildkrautbeseitigung (2.3.4)	363.900,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.3.5)	346.400,00 €
Gebühreneinzug (2.3.6)	177.100,00 €
Anlieferungen am AEZ und Entsorgung (2.3.7)	99.100,00 €
Projekt „Unser sauberes Braunschweig“ (2.3.8)	365.300,00 €
Summe Aufwendungen	9.789.000,00 €

Es ergeben sich somit folgende Gebühren:

Aufwendungen		9.789.000,00 €
Öffentlicher Anteil (25 %)	./.	<u>2.447.250,00 €</u>
Verbleibende Aufwendungen		7.341.750,00 €
Überdeckung (2.3.9)	./.	<u>237.572,27 €</u>
Gebührenfähige Aufwendungen		7.104.222,28 €
Gebührenmeter (2.3.10)		37.305.500,73 m
Gebühr		0,19043364 €/m

Die neue Gebühr liegt um 0,00853245 €/m über dem bisherigen Gebührensatz von 0,18190119 €/m. Dies entspricht einer Gebührenerhöhung von 4,7 %.

2.3.1 Grundentgelte ALBA-BS

Mit den an ALBA-BS zu zahlenden Grundentgelten werden folgende Aufwendungen abgegolten:

- Fahrbahnreinigung, Radwegereinigung, Reinigung der Fußgängerstraßen und Gehwege
- Papierkorbentleerung
- Entsorgung des Abfalls aus der Straßenreinigung (ohne Kosten für die thermische Restabfallbehandlung)

Die Entgelte ergeben sich aus den §§ 6 sowie 8 bis 11 der Anlage 1 zur Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I i.V.m. der Sechsten und Siebten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I.

2.3.2 Reinigung von Straßenbegleitgrün

In der Zweiten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I i.V.m. der Sechsten Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I sind die an ALBA-BS zu zahlenden Entgelte für die Reinigung des Straßenbegleitgrüns festgelegt. Es ergibt sich insgesamt für 2023 ein Leistungsentgelt in Höhe von 212.800,00 €.

Die Aufwendungen für die Reinigung des Straßenbegleitgrüns an den Straßen, bei denen die Straßenreinigung vollständig auf die Anlieger übertragen ist, werden nicht auf die Gebührenzahler umgelegt.

2.3.3 Zusätzliche Reinigungsleistungen (Handreinigung von Kleinpflasterflächen)

Aufgrund von § 13 der Anlage 1 zur Ergänzungsvereinbarung zum Leistungsvertrag I sind ALBA-BS zusätzliche Kosten für die Handreinigung von Kleinpflasterflächen zu erstatten. Es ergeben sich für das Jahr 2024 Kosten in Höhe von 32.800,00 €.

2.3.4 Wildkrautbeseitigung

Die Wildkrautbeseitigung dient dem Sauberkeitsbild der Stadt, dem Erhalt der Straßensubstanz und der Verkehrssicherheit. Die Aufgabe wird von der Stadt wahrgenommen, da die Wildkrautbeseitigung aufgrund von § 2 Abs. 1 des Leistungsvertrages I mit ALBA-BS ausdrücklich von den von ALBA-BS geschuldeten Leistungen ausgenommen ist. Für die Durchführung der Aufgabe werden Kosten in Höhe von 363.900,00 € erwartet.

2.3.5 Verwaltungsaufwendungen

Es sind die bei der Stadt anfallenden Verwaltungsaufwendungen, insbesondere für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung, zu berücksichtigen (346.400,00 €). Die Gesamtaufwendungen werden entsprechend des Aufwandes auf die einzelnen Bereiche aufgeteilt.

2.3.6 Gebühreneinzug

Die Aufwendungen bei der Stadt für die Erstellung der Gebührenbescheide und den Einzug der Gebühren belaufen sich auf 177.100,00 €.

2.3.7 Anlieferungen am AEZ und Entsorgung

Aufgrund der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren wird davon ausgegangen, dass am AEZ 400 t Restabfall angeliefert werden. Bei einer Restabfallgebühr in Höhe von 189,70 €/t führt dies zu Aufwendungen in Höhe von rd. 75.900,00 €. Hinzu kommen 200 t Laub, die in der Vergärungsanlage verarbeitet werden. Hierfür ergeben sich bei einer Bioabfallgebühr in Höhe von 115,92 €/t Aufwendungen in Höhe von rd. 23.200,00 €. Die Gesamtaufwendungen für Anlieferungen betragen damit gerundet 99.100,00 €. Die Aufwendungen für die Entsorgung des Straßenkehrichts und des weiteren Laubes sind bereits in dem Grundentgelt „Entsorgung Straßenreinigung“ (2.3.1) enthalten.

2.3.8 Projekt „Unser sauberes Braunschweig“

Die Kosten für das Projekt werden zwischen den Bereichen „Restabfallbehälter“ und „Straßenreinigung“ aufgeteilt. Es fallen im Bereich der Straßenreinigung Aufwendungen in Höhe von 365.300,00 € an.

2.3.9 Über- und Unterdeckungen

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von drei Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die noch nicht berücksichtigte Überdeckung des Jahres 2020 in Höhe von 93.850,14 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Von der Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 209.604,48 € wird ein Betrag in Höhe von 143.677,58 € in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung in Höhe von insgesamt 237.527,72 € vermindert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Der verbleibende Betrag der Überdeckung 2021 in Höhe von 65.926,90 € wird in der Kalkulation 2025 berücksichtigt. Die Überdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 112.073,10 € soll in den Jahren 2025 oder 2026 berücksichtigt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten.

2.3.10 Gebührenmeter

Die Gebührenmeter ergeben sich aus den von der Stadt veranlagten Frontmetern für Anlieger- und Hinterliegergrundstücke und bilden die Mengenbasis für die Ermittlung der Gebühr. Für die Kalkulation wurden die aktuellen Gebührenmeter verwendet. Dabei wurde zudem eine Korrektur aufgrund der zu erwartenden Bautätigkeit und der geplanten Änderung der Straßenreinigungsverordnung vorgenommen. Aufgrund der aktuellen Daten ergibt sich gegenüber der Kalkulation für 2024 eine Erhöhung der Gebührenmeter um rd. 204.200 m.

Die als Anlage 4 beigefügte Tabelle gibt eine Übersicht über die Gebührenmeter in den einzelnen Reinigungsklassen.

2.4 **Gebührensätze**

Die sich aus der Gebühr ergebenden Gebührensätze für die einzelnen Reinigungsklassen sowie die bisherigen Gebührensätze zum Vergleich können der Anlage 5 entnommen werden.

**Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über
die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der
Stadt Braunschweig
(Straßenreinigungsgebührensatzung)
vom 14. November 2023**

Anlage 2

Artikel II

Aufgrund des § 52 des Nds. Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2022 (Nds. GVBl. S. 420), den §§ 10 und 13 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 111) sowie den §§ 1, 2 und 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 14. November 2023 folgende Satzung beschlossen:

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 20. Dezember 2005 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 22 vom 23. Dezember 2005, Seite 103) in der Fassung der Siebzehnten Änderungssatzung vom 22. November 2022 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 14 vom 13. Dezember 2022, Seite 85) wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird folgender, neuer Absatz 6 angefügt:

„(6) Die Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.“

2. Der Anhang - Gebührentarif – wird wie folgt gefasst:

„Anhang
Gebührentarif
zur Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt
Braunschweig vom 14. November 2023

Für die in der Anlage der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) vom 17. November 2015 in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten Straßen beträgt die Gebühr je Meter Straßenfront monatlich in den

- a) Allgemeinen Reinigungsklassen

Reinigungs-klasse I	5,27 €
Reinigungs-klasse II	1,65 €
Reinigungs-klasse III	0,83 €
Reinigungs-klasse IV	0,41 €
Reinigungs-klasse V	0,21 €

- b) Besonderen Reinigungsklassen

Reinigungs-klasse 11	5,79 €
Reinigungs-klasse 12	8,96 €
Reinigungs-klasse 14	5,55 €
Reinigungs-klasse 16	5,55 €
Reinigungs-klasse 17	4,76 €
Reinigungs-klasse 18	3,97 €
Reinigungs-klasse 19	2,38 €
Reinigungs-klasse 20	7,38 €
Reinigungs-klasse 22	3,97 €
Reinigungs-klasse 29	11,90 €

Altes Recht	Neues Recht	Bemerkungen
§ 5 Gebührensschuldner	§ 5 Gebührensschuldner	
<p>(1) Gebührensschuldner sind die Benutzer der öffentlichen Einrichtung Straßenreinigung. Mehrere Gebührensschuldner werden als Gesamtschuldner herangezogen.</p> <p>(2) Als Benutzer gelten die Eigentümer der Grundstücke, die an den von der Stadt zu reinigenden Straßen anliegen. § 3 Abs. 4 der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungssatzung) in der jeweils geltenden Fassung findet entsprechende Anwendung.</p> <p>(3) Den Eigentümern der anliegenden Grundstücke werden die Eigentümer der übrigen durch die Straße erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger nach § 3) und die Erbbauberechtigten (§ 1012 BGB, § 1 Erbbaurechtsverordnung), Nießbraucher (§ 1030 BGB), Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB) und Dauerwohn- bzw. Dauernutzungsberechtigten (§ 31 WEG) gleichgestellt.</p> <p>(4) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechtes. Mehrere Grundstücke gelten dann als ein Grundstück, wenn sie nur gemeinsam bebaubar bzw. wirtschaftlich nutzbar sind.</p> <p>(5) Bei einem Wechsel des Gebührenschuldners geht die Gebührenschuld mit Beginn des auf den Übergang folgenden Monats auf den neuen Schuldner über.</p>	<p>(1) Gebührensschuldner sind die Benutzer der öffentlichen Einrichtung Straßenreinigung. Mehrere Gebührensschuldner werden als Gesamtschuldner herangezogen.</p> <p>(2) Als Benutzer gelten die Eigentümer der Grundstücke, die an den von der Stadt zu reinigenden Straßen anliegen. § 3 Abs. 4 der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungssatzung) in der jeweils geltenden Fassung findet entsprechende Anwendung.</p> <p>(3) Den Eigentümern der anliegenden Grundstücke werden die Eigentümer der übrigen durch die Straße erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger nach § 3) und die Erbbauberechtigten (§ 1012 BGB, § 1 Erbbaurechtsverordnung), Nießbraucher (§ 1030 BGB), Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB) und Dauerwohn- bzw. Dauernutzungsberechtigten (§ 31 WEG) gleichgestellt.</p> <p>(4) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Grundstück im Sinne des Grundbuchrechtes. Mehrere Grundstücke gelten dann als ein Grundstück, wenn sie nur gemeinsam bebaubar bzw. wirtschaftlich nutzbar sind.</p> <p>(5) Bei einem Wechsel des Gebührenschuldners geht die Gebührenschuld mit Beginn des auf den Übergang folgenden Monats auf den neuen Schuldner über.</p> <p>(6) Die Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.</p>	<p>Klarstellung aufgrund Neuregelung im NKAG</p>

Anhang Gebührentarif zur Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt Braunschweig vom 22. November 2022	Anhang Gebührentarif zur Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt Braunschweig vom 14. November 2023	
Für die in der Anlage der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) vom 17. November 2015 in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten Straßen beträgt die Gebühr je Meter Straßenfront monatlich in den	Für die in der Anlage der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) vom 17. November 2015 in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten Straßen beträgt die Gebühr je Meter Straßenfront monatlich in den	
a) Allgemeinen Reinigungsklassen	a) Allgemeinen Reinigungsklassen	
Reinigungs-kategorie I5,03 €	Reinigungs-kategorie I5,27 €	
Reinigungs-kategorie II1,58 €	Reinigungs-kategorie II1,65 €	
Reinigungs-kategorie III0,79 €	Reinigungs-kategorie III0,83 €	
Reinigungs-kategorie IV0,39 €	Reinigungs-kategorie IV0,41 €	
Reinigungs-kategorie V0,20 €	Reinigungs-kategorie V0,21 €	
b) Besonderen Reinigungsklassen	b) Besonderen Reinigungsklassen	
Reinigungs-kategorie 115,53 €	Reinigungs-kategorie 115,79 €	
Reinigungs-kategorie 128,56 €	Reinigungs-kategorie 128,96 €	
Reinigungs-kategorie 145,30 €	Reinigungs-kategorie 145,55 €	
Reinigungs-kategorie 165,30 €	Reinigungs-kategorie 165,55 €	
Reinigungs-kategorie 174,54 €	Reinigungs-kategorie 174,76 €	
Reinigungs-kategorie 183,79 €	Reinigungs-kategorie 183,97 €	
Reinigungs-kategorie 192,27 €	Reinigungs-kategorie 192,38 €	
Reinigungs-kategorie 207,05 €	Reinigungs-kategorie 207,38 €	
Reinigungs-kategorie 223,79 €	Reinigungs-kategorie 223,97 €	
Reinigungs-kategorie 2911,37 €	Reinigungs-kategorie 2911,90 €	

Anlage 4

Gebührenmeter**Anlieger**

Reinigungsklasse	Meter	Anzahl Reinigungen pro Monat	Gebührenmeter
I (Fahrbahn)	6.630,00	21,67	1.723.800,00
I (Gehweg)	6.630,00	6,00	477.360,00
II	34.204,24	8,67	3.557.240,96
III	164.959,37	4,33	8.577.887,24
IV	439.460,96	2,17	11.425.984,96
V	7.075,75	1,08	91.984,75
Summe			25.854.257,91

Hinterlieger

Reinigungsklasse	Meter	Anzahl Reinigungen pro Monat	Gebührenmeter
I (Fahrbahn)	357,00	21,67	92.820,00
I (Gehweg)	357,00	6,00	25.704,00
II	3.561,13	8,67	370.357,52
III	18.033,60	4,33	937.747,20
IV	54.076,74	2,17	1.405.995,24
V	1.159,75	1,08	15.076,75
Summe			2.847.700,71

Innenstadt

Reinigungsklasse	Meter	Anzahl Reinigungen pro Monat	Gebührenmeter
11 (Fahrbahn)	5.091,25	30,42	1.858.306,25
12 (Fahrbahn)	2.551,00	16,67	510.200,00
12 (Gehweg)	2.551,00	30,42	931.115,00
14 (Fahrbahn)	2.439,75	16,67	487.950,00
14 (Gehweg)	2.439,75	12,50	365.962,50
16 (Fahrbahn)	1.759,00	12,50	263.850,00
16 (Gehweg)	1.759,00	16,67	351.800,00
17 (Fahrbahn)	2.729,50	12,50	409.425,00
17 (Gehweg)	2.729,50	12,50	409.425,00
18 (Fahrbahn)	910,00	12,50	136.500,00
18 (Gehweg)	910,00	8,33	91.000,00
19 (Fahrbahn)	662,00	12,50	99.300,00
20 (Fahrbahn)	1.382,00	8,33	138.200,00
20 (Gehweg)	1.382,00	30,42	504.430,00
22 (Fahrbahn)	4.766,00	8,33	476.600,00
22 (Gehweg)	4.766,00	12,50	714.900,00
29 (Fahrbahn)	412,00	62,50	309.000,00
Summe			8.057.963,75

Hinterlieger

11 (Fahrbahn)	347,25	30,42	126.746,25
12 (Fahrbahn)	160,75	16,67	32.150,00
12 (Gehweg)	160,75	30,42	58.673,75
14 (Fahrbahn)	75,75	16,67	15.150,00
14 (Gehweg)	75,75	12,50	11.362,50
16 (Fahrbahn)	229,25	12,50	34.387,50
16 (Gehweg)	229,25	16,67	45.850,00
17 (Fahrbahn)	123,00	12,50	18.450,00
17 (Gehweg)	123,00	12,50	18.450,00
18 (Fahrbahn)	70,50	12,50	10.575,00
18 (Gehweg)	70,50	8,33	7.050,00
19 (Fahrbahn)	61,51	12,50	9.226,50
20 (Fahrbahn)	165,75	8,33	16.575,00
20 (Gehweg)	165,75	30,42	60.498,75
22 (Fahrbahn)	201,00	8,33	20.100,00
22 (Gehweg)	201,00	12,50	30.150,00
Summe			<u>515.395,25</u>

Gesamtsumme 37.275.317,62

Veränderung durch Änderungen der Straßenreinigungsverordnung 60.000,00
Korrektur aufgrund von Baumaßnahmen -29.816,89

Gesamtsumme 37.305.500,73

Berechnung der monatlichen Gebühren

Reinigungs- klasse	Gebühr pro Gebüh- renmeter in €	Anzahl der Reinigungen im Monat	mtl. Gebührensatz je Frontmeter in €	bisheriger mtl. Ge- bührensatz je Front- meter in €
I			5,27	5,03
Fahrbahn	0,19043364	21,67	4,13	3,94
Gehweg	0,19043364	6,00	1,14	1,09
II	0,19043364	8,67	1,65	1,58
III	0,19043364	4,33	0,83	0,79
IV	0,19043364	2,17	0,41	0,39
V	0,19043364	1,08	0,21	0,20
Innenstadt				
11				
Fahrbahn	0,19043364	30,42	5,79	5,53
12			8,96	8,56
Fahrbahn	0,19043364	16,67	3,17	3,03
Gehweg	0,19043364	30,42	5,79	5,53
14			5,55	5,30
Fahrbahn	0,19043364	16,67	3,17	3,03
Gehweg	0,19043364	12,50	2,38	2,27
16			5,55	5,30
Fahrbahn	0,19043364	12,50	2,38	2,27
Gehweg	0,19043364	16,67	3,17	3,03
17			4,76	4,54
Fahrbahn	0,19043364	12,50	2,38	2,27
Gehweg	0,19043364	12,50	2,38	2,27
18			3,97	3,79
Fahrbahn	0,19043364	12,50	2,38	2,27
Gehweg	0,19043364	8,33	1,59	1,52
19				
Fahrbahn	0,19043364	12,50	2,38	2,27
20			7,38	7,05
Fahrbahn	0,19043364	8,33	1,59	1,52
Gehweg	0,19043364	30,42	5,79	5,53
22			3,97	3,79
Fahrbahn	0,19043364	8,33	1,59	1,52
Gehweg	0,19043364	12,50	2,38	2,27
29				
Fahrbahn	0,19043364	62,50	11,90	11,37

Betreff:
Dreiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 11.10.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.11.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.11.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.11.2023	Ö

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Dreiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.“

Sachverhalt:

Im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung für die Jahre 2023 und 2024 wurde festgelegt, dass trotz des Doppelhaushaltes weiterhin eine jährliche Gebührenkalkulation vorgenommen wird, um auf aktuelle Entwicklungen zeitnah reagieren zu können und eine möglichst gleichmäßige Gebührenentwicklung zu erreichen. Für die Gebührenkalkulation 2024 wurden die Haushaltsansätze für 2024 noch einmal überprüft und aktualisiert. Die sich dabei ergebenden Veränderungen liegen innerhalb des mit dem Haushaltsplan für 2024 zur Verfügung gestellten Budgets, so dass diesbezüglich kein Nachtrag erforderlich ist. Zudem wurde eine aktuelle Mengeneinschätzung vorgenommen. Bei der als Anlage 1 beigefügten Gebührenkalkulation für 2024 haben sich Steigerungen in Höhe von 8,4 % bei den Schmutzwassergebühren und in Höhe von 4,9 % bei den Niederschlagswassergebühren ergeben.

1 Vorgesehene Gebühren ab 1. Januar 2024

In der folgenden Tabelle sind die Gebührensätze kurz dargestellt. Die Gebührenkalkulation ist als Anlage 1 beigefügt.

	Gebühr	Bisherige Gebühr	Veränderung	Erläuterung (s. Anlage 1)
Schmutzwasserbeseitigung	3,23 €/m ³	2,98 €/m ³	8,4 %	2.2.1
Niederschlagswasserbeseitigung	7,28 €/10 m ²	6,94 €/10 m ²	4,9 %	2.2.2
Entsorgung aus abflusslosen Sammelgruben	34,70 €/m ³	32,14 €/m ³	8,0 %	2.3.1
Entsorgung aus Kleinkläranlagen	37,50 €/1/2m ³	35,00 €/1/2m ³	7,1 %	2.3.2
Entsorgung aus Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen	115,24 €/1/2m ³	110,95 €/1/2m ³	3,9 %	2.3.3

2 Zusammenfassende Darstellung

Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen, die sich insbesondere auf die an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) zu zahlenden Betriebsentgelte und den an den Abwasserverband Braunschweig (AVB) zu zahlenden Mitgliedsbeitrag auswirken, den höheren Investitionen zum Erhalt des Kanalnetzes und den rückläufigen Schmutzwassermengen ergeben sich insgesamt höhere Gebührensteigerungen für das Jahr 2024 als in den Jahren bis 2022.

Die an die SE|BS zu zahlenden Betriebsentgelte werden auf Basis von Indizes des Statistischen Bundesamtes fortgeschrieben. Dabei sind vor allem die Lohnentwicklungen (Tarifindex) und die allgemeine Preissteigerung (Verbraucherpreisindex) relevant, bei denen sich aktuell Steigerungen ergeben, die über den Werten früherer Jahre liegen. Zudem hat die Entwicklung der Energiepreise (Strom, Diesel) aufgrund der erheblichen Steigerungen in den letzten beiden Jahren trotz eines geringen Anteils an den Entgelten zu einem nennenswerten Anstieg geführt. Die Preisentwicklung führt auch zu entsprechenden Steigerungen der Aufwendungen des AVB, die über die Mitgliedsbeiträge an die Stadt weitergegeben werden.

Im Jahr 2020 erfolgte der Abschluss der Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag, mit der unter anderem eine Erhöhung des Planbudgets für die Erneuerung des Abwasserentsorgungsnetzes vereinbart wurde. Damit sollen die vertraglichen Ziele weiterhin sichergestellt werden und eines der wesentlichen vertraglichen Ziele - die vereinbarte Sanierungsrate - erreicht werden. In diesem Zusammenhang wurde auch dargestellt, dass die Gebührensteigerungen in den Jahren ab 2022 um etwa 1 % über den Steigerungen liegen werden, die sich ohne die Vertragsanpassung ergeben hätten. Aufgrund der tatsächlichen Preis- und Zinsentwicklungen sind diese zusätzlichen Gebührensteigerungen aktuell etwas höher als zunächst angenommen, da das Planbudget aufgrund der Baupreisentwicklung stärker gestiegen ist (rd. 25 % seit 2020) und da die Zinsen über der damals erwarteten Größenordnung von 2 % liegen. Die höheren Zinsen für Kreditverbindlichkeiten wirken sich zudem auch bei der Finanzierung der Maßnahmen aus dem ursprünglichen Planbudget aus. Die für die Zukunft weiterhin vorgesehenen umfassenden Investitionen in den Erhalt des Kanalnetzes inkl. der Großinvestitionen in das Pumpwerk Ölper und die Abwassertransportleitung zum Klärwerk sowie die Investitionen in die Zukunft der Kläranlage werden auch in den kommenden Jahren voraussichtlich tendenziell zu Gebührensteigerungen führen, die oberhalb der allgemeinen Preissteigerung liegen. Die konkrete Entwicklung richtet sich dabei nach den Fertigstellungszeitpunkten einzelner Maßnahmen.

Im Bereich Schmutzwasser ergibt sich durch die in den vergangenen Jahren rückläufige Schmutzwassermenge ein zusätzlicher gebührensteigernder Effekt, da die anfallenden Kosten weitgehend mengenunabhängig sind. Der Rückgang beruht insbesondere auf Sondereffekten aufgrund der Krisensituation der letzten Jahre. Da in diesem Zusammenhang verstärkt auch aus umweltpolitischer Sicht zu begrüßende Bemühungen zur Wassereinsparung vorgenommen wurden (sowohl in Privathaushalten als insbesondere auch durch Umstellungen im gewerblichen Bereich), ist aus derzeitiger Sicht damit zu rechnen, dass sich die Menge dauerhaft auf einem etwas niedrigeren Niveau stabilisiert.

Die Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung steigen um 8,4 %. Im Einzelnen sind folgende Punkte für die Gebührenentwicklung maßgeblich („(+)“ gebührensteigernd; „(-)“ gebührenmindernd):

- (+) Höhere Aufwendungen für das an die SE|BS zu zahlende Kapitalkostenentgelt (rd. 1.038.000 €)
- (+) Rückgang der Schmutzwassermenge um 2,1 % (entspricht rd. 870.000 €)
- (+) Höhere Aufwendungen für die an den Abwasserverband Braunschweig (AVB) zu zahlenden Mitgliedsbeiträge für die Abwasserreinigung und die Kanalisation (rd. 355.000 €)

- (+) Höhere Aufwendungen für den an den Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) zu zahlenden Mitgliedsbeitrag (318.000 €)
- (+) Berücksichtigung einer geringeren Überdeckung aus den Vorjahren (rd. 232.900 €)
- (+) Höhere Aufwendungen für das an die SE|BS zu zahlende Betriebsentgelt für die Schmutzwasserbeseitigung (156.600 €)

Die Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung steigen um 4,9 %. Dies beruht in erster Linie auf folgenden Gegebenheiten:

- (+) Höhere Aufwendungen für das an die SE|BS zu zahlende Kapitalkostenentgelt (rd. 760.000 €)
- (+) Höhere Aufwendungen für das an die SE|BS zu zahlende Betriebsentgelt für die Niederschlagswasserbeseitigung (154.900 €)
- (+) Höhere Aufwendungen für die an den Abwasserverband Braunschweig (AVB) zu zahlenden Mitgliedsbeiträge für die Abwasserreinigung (rd. 58.000 €)
- (-) Berücksichtigung einer höheren Überdeckung aus den Vorjahren (rd. 294.300 €)

Es wird vorgeschlagen, die Gebühr für die Entsorgung aus abflusslosen Sammelgruben, die gesondert festgesetzt werden muss, bei Beibehaltung des Kostendeckungsgrades auf 65 % auf 34,70 €/m³ (Steigerung um 8,0 %) festzusetzen. Mit der Festsetzung einer nicht kostendeckenden Gebühr soll die Gebührenbelastung für die Betroffenen abgemildert werden, die von 2001 bis 2013 lediglich den Gebührensatz für die Schmutzwasserentsorgung entrichten mussten. Dabei wurde in den vergangenen Jahren bereits regelmäßig angekündigt, dass nach und nach eine Erhöhung der Kostendeckung, die zunächst auf 50 % festgesetzt und zuletzt 2023 auf 65 % angehoben wurde, angestrebt wird. Für den weiterhin nicht kostendeckenden Gebührensatz besteht aus Sicht der Verwaltung ein öffentliches Interesse. So kann der Gefahr nicht ordnungsgemäßer Entsorgungen bereits im Ansatz vorgebeugt und der Kontrollaufwand hinsichtlich der ordnungsgemäßen Entsorgung bei der Stadt und der SE|BS in einem angemessenen Rahmen gehalten werden. Der nicht durch Gebühren finanzierte Betrag in Höhe von 38.700 € wird aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen. Die Verwaltung hält es dennoch grundsätzlich für richtig, perspektivisch eine weitere sukzessive Erhöhung des Kostendeckungsgrades anzustreben.

Hinsichtlich der Entsorgungsgebühren für Kleinkläranlagen schlägt die Verwaltung eine Gebührenerhöhung auf 37,50 €/m³ (Steigerung um 7,1 %) vor. Bei der Entsorgungsgebühr für Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen ergibt sich eine Steigerung um 3,9 %. Die Leerfahrtgebühren werden an das aktuelle Preisniveau angepasst.

Für die Einleitung von sonstigem Wasser, z. B. Grundwasser aus Baumaßnahmen und Grundwassersanierungen, in die Niederschlagswasserkanalisation, deren Kostenanteil nicht in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren mit einbezogen werden darf, wird keine gesonderte Gebühr festgesetzt. Aufgrund des Abwasserentsorgungsvertrages erhebt die SE|BS für diese sonstigen Einleitungen Entgelte. Dieses Verfahren wird weiterhin beibehalten.

Die in der Gebührenkalkulation berücksichtigten Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus den an die SE|BS zu zahlenden Betriebs- und Kapitalkostenentgelten, aus den an den AVB und den Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) zu zahlenden Mitgliedsbeiträgen und aus den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen und Zinsen) für das bei der Stadt verbliebene Anlagevermögen (insbesondere das vor 2006 errichtete Kanalnetz sowie die im Jahr 2020 von der Stadt übernommene Maßnahme Autobahnkreuz Süd).

Die Kapitalkostenentgelte erhält die SE|BS für die Vornahme von Investitionen, insbesondere für Investitionen in das öffentliche Kanalnetz. Die seit 2006 getätigten Investitionen unterteilen sich in ca. 3/4 planmäßige „Investitionen gemäß Investitionskonzept“ inkl. Betriebs- und Geschäftsausstattung und ca. 1/4 „Besondere Investitionen“ (z. B. Erschließung von Baugebieten).

Die Investitionen wurden zwischen der Stadt und der SE|BS abgestimmt. Zudem erfolgte eine Beteiligung der städtischen Gremien. Dabei geht den „Besonderen Investitionen“, im Gegensatz zu den planmäßigen Investitionen, ein ausdrücklicher Beschluss der städtischen Gremien voraus (z. B. Bebauungsplan, städtebaulicher Vertrag etc.).

Der Kalkulationszeitraum entspricht dem Kalenderjahr 2024.

Gem. § 5 Abs. 2 S. 3 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) sind zudem entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb der nächsten 3 Jahre nach ihrer Feststellung auszugleichen. In der Kalkulation werden die Ergebnisse des Jahres 2020 berücksichtigt, soweit sie nicht schon in die Kalkulation 2022 oder 2023 einbezogen wurden. Die Ergebnisse des Jahres 2021 werden teilweise berücksichtigt. Die verbleibenden Ergebnisse des Jahres 2021 werden dann in der Kalkulation 2025, die Ergebnisse des Jahres 2022 in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt (vgl. hierzu auch die Ausführungen zu den einzelnen Gebührentatbeständen, z. B. Ziffer 2.2.1.10 für die Schmutzwassergebühren).

Die Gebührenkalkulation ist als Anlage 1 beigefügt.

Abgesehen von der Anpassung der Gebühren kommt es zudem aufgrund einer gesetzlichen Änderung zu einer textlichen Satzungsänderung, die in Anlage 1 erläutert ist.

Geiger

Anlage/n:

1. Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung
2. Dreiundzwanzigste Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung
3. Synopse zur Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung

Inhaltsverzeichnis Anlagen

Anlage 1: Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung

	Kapitel	Seite
1	Allgemeines	1
2	Gebührenkalkulation	1
2.1	Allgemeine Bemerkungen	1
2.2	Abwassergebühren (Anhang I, Artikel I)	3
2.2.1	Schmutzwassergebühr	3
2.2.2	Niederschlagswassergebühr	7
2.3	Entsorgungsgebühren (Anhang I, Artikel II)	10
2.3.1	Entsorgungsgebühren für abflusslose Sammelgruben	10
2.3.2	Entsorgungsgebühren für Kleinkläranlagen	12
2.3.3	Entsorgungsgebühren für Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen	13
2.3.4	Leerfahrtgebühren	14

Anlage 2: Dreiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung

Anlage 3: Synopse zur Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung

Gebührenkalkulation einschließlich Erläuterungen zur Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung

1 Allgemeines

In der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung erfolgt zum 1. Januar 2024 eine Anpassung des Gebührentarifs.

Zudem wird eine Anpassung der Satzung aufgrund einer Gesetzesänderung vorgeschlagen. Mit dem „Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und weiterer Gesetze“ vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. Nr. 33/2022, S. 589 ff.) wurde das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz durch Artikel 4 Nr. 1 dahingehend ergänzt, dass Gebühren für grundstücksbezogene Einrichtungen in den Fällen, in denen die Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder Inhaber eines sonstigen grundstücksgleichen Rechts zu Gebührenpflichtigen bestimmt sind, als öffentliche Last auf dem Grundstück, dem Wohnungs- oder Teileigentum, dem Erbbaurecht oder dem sonstigen grundstücksgleichen Recht ruhen. Die Regelung stellt klar, dass bei Gebühren für grundstücksbezogene Einrichtungen (Entwässerungs-, Abfallentsorgungs- und Straßenreinigungsgebühren) nicht nur eine persönliche Haftung des Gebührenschuldners, sondern auch eine Haftung des Grundstücks besteht. Diese Einordnung verbessert die Position einer gebührenerhebenden Behörde in einem Zwangsversteigerungsverfahren, denn die entsprechenden Gebührenforderungen können damit vorrangiger als bisher in der Rangklasse 3 (von 8 Rangklassen) geltend gemacht werden.

Die Verwaltung schlägt vor, die Änderungen des Kommunalabgabengesetzes aus Gründen der Klarheit und Rechtssicherheit auch in der betroffenen Abwasserabgabensatzung darzustellen; und zwar dadurch, dass die Regelungen zu Gebührenpflichtigen bzw. Gebührenschuldern in § 7 Abs. 1, § 14 Abs. 1 und § 22 ergänzt werden. Die Anpassungen können im Einzelnen der dieser Vorlage als Anlage 3 beigefügten Synopse entnommen werden.

2 Gebührenkalkulation

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Der Bedarf an Abwasser- und Entsorgungsgebühren wird auf der Grundlage der Vollkostendeckung ermittelt. Das heißt, die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelten Kosten (Betriebskosten und kalkulatorische Kosten) werden grundsätzlich durch die Gebühren gedeckt. Gemäß der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung (ASAbw) sind dies die

- Schmutzwassergebühren für die in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangte Schmutzwassermenge (§ 4 ASAbw),
- Niederschlagswassergebühren für die befestigten Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt (§ 5 ASAbw),
- Entsorgungsgebühren für die Entleerung, die Abfuhr und Beseitigung von Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben (§ 10 Abs. 1 ASAbw)
- Entsorgungsgebühren für die Entleerung, die Abfuhr und Beseitigung von Fäkal-schlamm und Abwasser aus Kleinkläranlagen (§ 10 Abs. 2 ASAbw) und
- Entsorgungsgebühren für die Entleerung, die Abfuhr und Beseitigung von Abwasser und flüssigen sowie festen Stoffen aus Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen (§ 11 ASAbw).

Grundlage für die Gebührenbedarfsermittlungen sind die für 2024 geplanten Aufwendungen der Sonderrechnung Stadtentwässerung, die unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Betriebsabrechnung 2022 und der Aufwendungen des ersten Halbjahrs 2023 ermittelt wurden.

Die Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden weitestgehend von Dritten wahrgenommen:

- Die Stadt ist Mitglied im Abwasserverband Braunschweig (AVB). Dieser ist zuständig für die Abwasserreinigung, die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung und das Labor. Die Aufgaben des AVB sowie Regelungen zur Erhebung der Mitgliedsbeiträge sind in dessen Satzung enthalten.
- Die Betriebsführung für das Klärwerk Steinhof, das dem AVB gehört, obliegt der Stadt auf Basis des mit dem AVB geschlossenen Betriebsführungsvertrages. Die Stadt hat die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) mit der Erfüllung dieser Aufgaben beauftragt. Die für die Betriebsführung des Klärwerks entstehenden Aufwendungen werden vom AVB erstattet, der sich wiederum über die Mitgliedsbeiträge refinanziert.
- Die operativen Aufgaben im Bereich der Stadtentwässerung werden auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages und der dazugehörigen Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung von der SE|BS wahrgenommen. Die Leistungen der SE|BS werden mit den vertraglich festgelegten Betriebsentgelten und Kapitalkostenentgelten abgegolten. Die in den genannten Verträgen vorgesehene Indexanpassung erfolgt unter Zugrundelegung amtlich festgestellter Indices des statistischen Bundesamtes der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland; Index der tariflichen Monatsverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, Wirtschaftszweig O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung). Für die Anpassung der verschiedenen Entgelte sind die mit der Leistungserbringung verbundenen Kostenarten und deren Anteile an den Gesamtkosten verbindlich festgelegt. Den einzelnen Kosten- bzw. Entgeltanteilen sind bestimmte Indices zugeordnet. Ein wesentlicher Entgeltbestandteil sind die Personalkosten. Deren Anteil liegt bei den einzelnen Entgelten etwa zwischen 60 % und 100 %.

Da die endgültige Indexanpassung erst Anfang 2024 feststeht, wurde für die Kalkulation eine Prognose der Indexentwicklung bis Ende 2023 verwendet.

- Für einige Ortsteile wird das Kanalnetz durch den Wasserverband Weddel-Lehre (WWL) betrieben. Hierfür entrichtet die Stadt einen Verbandsbeitrag.
- Der Gebühreneinzug wird durch die Braunschweiger Versorgungs-AG und Co. KG (BS|ENERGY) und den WWL durchgeführt. Hierfür wird ein Entgelt entrichtet bzw. beim WWL eine Kostenerstattung vorgenommen.

Zudem werden in der Kalkulation die kalkulatorischen Kosten für das bei der Stadt verbliebene Anlagevermögen, insbesondere das vor 2006 errichtete Kanalnetz und die 2020 von der Stadt übernommene Maßnahme Autobahnkreuz Süd, berücksichtigt.

Für das ab 2006 von der SE|BS errichtete bzw. erneuerte und auch von der SE|BS finanzierte Kanalnetz wird ein Kapitalkostenentgelt gezahlt, das in die Kalkulation einfließt.

Bei der Stadt verblieben sind auch die hoheitlichen Aufgaben und die strategische Ausrichtung für den Bereich der Stadtentwässerung sowie die Vertragssteuerung. Die hierfür anfallenden Verwaltungsaufwendungen werden in die Kalkulation eingestellt.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten, die in die Gebührenkalkulation einfließen, beinhalten somit im Wesentlichen die an die SE|BS zu zahlenden Betriebsentgelte und Kapitalkostenentgelte aus dem Abwasserentsorgungsvertrag, die Mitgliedsbeiträge an den AVB und den WWL und die kalkulatorischen Kosten. Hinzu kommen die bei der Stadt anfallenden Verwaltungskosten. Zudem werden bei der Gebührenkalkulation Erträge berücksichtigt, die insbesondere aus Verwaltungsgebühren, Mieten und Pachten sowie dem vom WWL zu zahlenden Entgelt für die Nutzung des städtischen Kanalnetzes bestehen.

Im Rahmen der Sonderrechnung Stadtentwässerung werden darüber hinaus weitere Aufgaben wahrgenommen, die über die Sonderrechnung abgewickelt werden, deren Aufwände jedoch der städtische Haushalt erstattet.

2.2 Abwassergebühren (Anhang I, Artikel I)

2.2.1 Schmutzwassergebühr

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Betriebsentgelte Schmutzwasserbeseitigung und Labor (SE BS; 2.2.1.1)	5.849.700,00 €
Mitgliedsbeitrag WWL (2.2.1.2)	1.841.700,00 €
Gebühreneinzugskosten (2.2.1.3)	600.000,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.2.1.4)	472.100,00 €
Grundstücksentwässerung (SE BS; 2.2.1.5)	976.300,00 €
Abwasserreinigung, insb. Mitgliedsbeiträge AVB (2.2.1.6)	21.023.800,00 €
Kanalnetz (2.2.1.7)	<u>14.515.900,00 €</u>
Summe Aufwendungen	45.279.500,00 €

Damit ergibt sich die Schmutzwassergebühr wie folgt:

Aufwendungen	45.279.500,00 €
Erträge (2.2.1.8)	./. 1.183.400,00 €
Verbleibende Aufwendungen	44.096.100,00 €
Überdeckung (2.2.1.9)	./. 3.543.565,85 €
Gebührenfähige Aufwendungen	40.552.534,15 €
 Schmutzwassermenge (2.2.1.10)	 12.567.000,00 m ³

Schmutzwassergebühr 3,23 €/m³

Die neue Gebühr liegt 0,25 €/m³ über dem bisherigen Gebührensatz in Höhe von 2,98 €/m³. Dies entspricht einer Gebührensteigerung von 8,4 %.

2.2.1.1 Betriebsentgelte Schmutzwasserbeseitigung und Labor

(Entgelte Nr. 1 und 11 der Anlage 22.1 zum Abwasserentsorgungsvertrag)

Das Betriebsentgelt Schmutzwasserbeseitigung (5.795.400 €) wird für die von der SE|BS durchgeführten Leistungen im Bereich der Schmutzwasserbeseitigung entrichtet. Darin enthalten ist die prognostizierte Indexanpassung zum 1. Januar 2024.

Für die der Schmutzwasserbeseitigung zuzuordnenden Laborleistungen ergibt sich ein Entgelt in Höhe von 54.300 €. Dabei handelt es sich nur um Personalkosten, da die Sachkosten über den Mitgliedsbeitrag des AVB abgerechnet werden.

2.2.1.2 Mitgliedsbeitrag WWL

Der Mitgliedsbeitrag an den WWL (1.841.700 €) wird für die Leistungen des WWL in einigen Ortsteilen der Stadt entrichtet (Schmutzwasser-Kanalnetz). Der Beitrag ergibt sich aus der Wirtschaftsplanung des WWL.

2.2.1.3 Gebühreneinzugskosten

Es werden die Entgelte in die Kalkulation einbezogen, die BS|ENERGY und der WWL für den Gebühreneinzug erhalten (600.000 €).

2.2.1.4 Verwaltungsaufwendungen

Es handelt sich hierbei um die Aufwendungen für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung (472.100 €). Die Aufwendungen werden z. T. direkt den einzelnen Gebührenbereichen zugeordnet, weitestgehend jedoch über eine Umlage auf die einzelnen Gebührenbereiche verteilt.

2.2.1.5 Grundstücksentwässerung

Die Aufwendungen für die Grundstücksentwässerung (976.300 €) bestehen im Wesentlichen aus dem an die SE|BS zu zahlenden Betriebsentgelt Grundstücksentwässerung. Dies beinhaltet u.a. die Aufwendungen für die mit der Genehmigung, Abnahme und Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlagen zusammenhängenden operativen Tätigkeiten. Hinzu kommen in diesem Zusammenhang anfallende Verwaltungsaufwendungen und kalkulatorische Kosten. Die Gesamtaufwendungen werden auf die einzelnen Gebührenbereiche verteilt.

2.2.1.6 Abwasserreinigung, insbesondere Mitgliedsbeiträge AVB

Die Reinigung des Abwassers sowie die Verregnung, die Verrieselung, die Klärschlammverwertung und der Betrieb des Labors erfolgen durch den AVB. Die Aufwendungen für die Abwasserreinigung inkl. der weiteren Aufgaben (21.023.800 €; Steigerung um 581.700 €) bestehen daher in erster Linie aus den an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeiträgen. Diese ergeben sich aus der Wirtschaftsplanung des AVB für 2024. Die Mitgliedsbeiträge für die Abwasserreinigung haben sich um rd. 638.300 € erhöht, wovon rd. 574.500 € auf den Bereich Schmutzwasser entfallen.

Die Stadt hat die Erfüllung der Aufgabe Betriebsführung auf die SE|BS übertragen. Dafür erhält die SE|BS von der Stadt das Entgelt für die Betriebsführung des Klärwerks Steinhof. Dies wird von der Stadt an den AVB weiterberechnet und von dort in die Mitgliedsbeiträge einbezogen.

Das zu reinigende Abwasser auf der Kläranlage setzt sich aus Schmutz- und Niederschlagswasseranteilen zusammen. Die Kosten werden entsprechend des Verhältnisses von Schmutz- und Niederschlagswasser und unter Berücksichtigung der durch die Einleitung des Niederschlagswassers entstehenden Aufwendungen aufgeteilt.

2.2.1.7 Kanalnetz

Die Aufwendungen für das Kanalnetz (14.515.900 €; Steigerung um 900.700 €) bestehen im Wesentlichen aus den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen und Zinsen) für das bei der Stadt verbliebene Kanalnetz sowie aus dem an die SE|BS zu entrichtenden Kapitalkostenentgelt für das ab 2006 neu geschaffene Anlagevermögen im Bereich des Kanalnetzes. Die Abschreibungen für das bei der Stadt verbliebene Kanalnetz erfolgen auf Basis des zum 1. Januar 1998 eingefrorenen Wiederbeschaffungszeitwertes und unter Berücksichtigung der danach vorgenommenen Kanalnetzneubewertung. Für die Zinsen werden die Restbuchwerte des Anlagevermögens vor der Abschreibung und ein kalkulatorischer Zinssatz in Höhe von 3,23 % (Vorjahr 2,86 %) verwendet. Es werden die Aufwendungen für das Schmutzwasserkanalnetz und ein Anteil des Aufwandes für das Mischwasserkanalnetz in die Kalkulation der Schmutzwassergebühr mit einbezogen. Hinzu kommen die Aufwendungen für den Kanalbetrieb, die dem Schmutzwasserkanalnetz zuzuordnen sind.

Das Gesamtkanalvermögen erhöht sich durch die vertraglich vereinbarten Investitionen gemäß Planbudget und durch die vereinbarten Besonderen Investitionen. Die daraus resultierende Erhöhung der Kapitalkostenentgelte ist in der Regel größer als die abschreibungsbedingte Reduzierung der kalkulatorischen Kosten für das bei der Stadt verbliebene Kanalnetz aus der Zeit vor 2006. Bei der Kalkulation für 2024 ergeben sich unter Berücksichtigung zu erwartender vorzeitiger Anlagenabgänge im Bereich Schmutzwasser um rd. 74.000 € geringere Abschreibungen als im Vorjahr. Dies beruht darauf, dass die Investitionen im Gegensatz zu der Planung aus dem Vorjahr vollständig über die SE|BS finanziert werden. Bei den kalkulatorischen Zinsen ergibt sich ein Anstieg um rd. 97.100 € aufgrund des höheren kalkulatorischen Zinssatzes. Bei den vorzeitigen Anlagenabgängen wird auf Basis von § 5 Abs. 2 S. 6 NKAG die Restnutzungsdauer entsprechend verkürzt und das Anlagegut während der restlichen Nutzungsdauer vollständig abgeschrieben. Der Anstieg beim Kapitalkostenentgelt beträgt rd. 1.038.000 € gegenüber der Kalkulation aus dem Vorjahr. Der Anstieg beruht darauf, dass aufgrund des erhöhten Planbudgets umfassend investiert wird und auf dem derzeit höheren Zinsniveau.

In den Kosten für das Kanalnetz ist zudem der an den AVB zu zahlende Mitgliedsbeitrag für die Kanalisation in einigen Ortsteilen der Stadt Braunschweig enthalten, der sich um 212.100 € gegenüber dem Vorjahr verringert hat.

Die Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen für die Sonderrechnung Stadtentwässerung erfolgt auf Basis eines Restbuchwertes vor Abschreibung in Höhe von rd. 135 Mio. € für das bis 2022 angeschaffte Anlagevermögen und auf Basis der voraussichtlich 2022 und 2023 zu aktivierenden Neuinvestitionen. Hieraus ergeben sich kalkulatorische Zinsen in Höhe von gerundet 4,34 Mio. €. Dabei wurden auch Minderungen durch zu erwartende Anlagenabgänge berücksichtigt. Der kalkulatorische Zinssatz wird auf Basis des mittleren Zinssatzes für langfristige Geldanlagen in den letzten 33 Jahren (Durchschnittszinssatz für Umlaufrenditen inländischer Wertpapiere nach Bericht der Deutschen Bundesbank) und des Durchschnittswertes der Soll-Zinsen aus den vorhandenen Krediten unter Berücksichtigung des Verhältnisses von verzinslichem Eigenkapital und verzinslichem Fremdkapital ermittelt und ist mit 3,23 % prognostiziert. Die kalkulatorischen Kosten werden weitgehend direkt den Gebührenbereichen Schmutz- und Niederschlagswasser zugeordnet. Für den Bereich Mischwasser erfolgt eine Aufteilung zwischen den beiden Gebührenbereichen, die den weiteren Kostenstellen (z. B. Verwaltung) zuzuordnenden kalkulatorischen Kosten werden über Umlagen verteilt.

Die Kosten für das Kanalnetz beinhalten zudem Aufwendungen für den Kanalbetrieb und Umlagen, die dem Kanalnetz allgemein zuzuordnen sind. Aus diesen Bereichen haben sich um 37.600 € höhere Aufwendungen ergeben.

2.2.1.8 Erträge

Bei den Erträgen handelt es sich insbesondere um das Entgelt, das der WWL für das Einleiten von Abwasser aus dem Verbandsgebiet in das Braunschweiger Kanalnetz an die Stadt entrichtet (871.300 €). Hinzu kommen Verwaltungsgebühren und sonstige Erträge (157.500 €) sowie Einnahmen im Bereich des Rieselbetriebes (insb. Pachteinahmen; 28.700 €).

Darüber hinaus werden aufgrund der Regelung in § 5 Abs. 2 S. 5 NKAG in der Kalkulation auch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (125.900 €) berücksichtigt. Die Sonderposten beruhen darauf, dass Teile des Anlagevermögens von Dritten (z. B. durch Zuwendungen oder Zuschüsse) finanziert wurden.

2.2.1.9 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von 3 Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die im Jahr 2023 noch nicht berücksichtigte Überdeckung des Jahres 2020 in Höhe von 3.543.565,85 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung verringert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 1.356.434,15 € wird in der Kalkulation 2025 berücksichtigt. Die Überdeckung 2022 in Höhe von 62.061,35 € soll in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten.

2.2.1.10 Schmutzwassermenge

Die für die Schmutzwassergebühr relevante Menge (nachfolgend einfach Schmutzwassermenge genannt) wird ausgehend von der Frischwassermenge ermittelt, die von BS|ENERGY bzw. in einigen Stadtteilen vom WWL abgegeben wird. Daneben sind Sonderveranlagungen und Erstattungen, die die SE|BS durchführt, zu berücksichtigen.

Unter Berücksichtigung des Verlaufs der vergangenen Jahre wird insgesamt von einer geringeren Schmutzwassermenge in Höhe von 12.567.000 m³ für 2024 ausgegangen (Plan 2023: 12.843.000 m³).

Es wird angenommen, dass die Menge für den von BS|ENERGY bewirtschafteten Bereich auf 11,05 Mio. m³ sinkt (Vorjahr: 11,4 Mio. m³). Nachdem sich über mehrere Jahre ein gleichmäßiger Verlauf oder ein leichter Anstieg gezeigt hat, hat sich ab dem Jahr 2021 ein merklicher Rückgang ergeben, der auch mit der Krisensituation der letzten Jahre zusammenhängt. Dies hat auch verstärkt zu aus umweltpolitischer Sicht zu begrüßenden Bemühungen um Wassereinsparungen geführt (sowohl in Privathaushalten als insbesondere auch in einigen Betrieben des gewerblichen Bereichs), so dass auch weiterhin mit geringeren Mengen als zuvor gerechnet wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich die Menge auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Es ist einerseits mit weiteren Maßnahmen zur Einsparung von Wasser zu rechnen, andererseits wird ein Teil der durch die Sondereffekte in den letzten Jahren erfolgten Mengentrübkänge voraussichtlich nicht dauerhaft sein. Dabei muss beobachtet werden, inwieweit sich diese Annahmen bestätigen und fortsetzen.

In den Stadtteilen, die der WWL bewirtschaftet, wird eine um 30.000 m³ geringere Schmutzwassermenge von 1,40 Mio. m³ erwartet.

Des Weiteren sind Eigenveranlagungen und Schmutzwasserbefreiungen sowie Erstattungen (z. B. für Bewässerung oder industrielle Nutzung) bei der Schmutzwassermengenprognose zu berücksichtigen. Im Saldo ist von einer Schmutzwassermenge in Höhe von 115.000 m³ (Vorjahr 10.000 m³) auszugehen.

Zudem ist die Menge aus abflusslosen Gruben zu berücksichtigen, die von dem Entsorgungsfahrzeug in den Kanal gepumpt wird. Hierbei wird eine Menge von 2.000 m³ erwartet (s. 2.3.1.5).

2.2.2 Niederschlagswassergebühr

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Betriebsentgelte Niederschlagswasserbeseitigung und Labor (SE BS; 2.2.2.1)	4.013.800,00 €
Gebühreneinzugskosten (2.2.2.2)	220.000,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.2.2.3)	335.900,00 €
Grundstücksentwässerung (SE BS; 2.2.2.4)	292.900,00 €
Abwasserreinigung, insb. Mitgliedsbeiträge AVB (2.2.2.5)	2.334.000,00 €
Kanalnetz (2.2.2.6)	<u>10.789.500,00 €</u>
Summe Aufwendungen	17.986.100,00 €
davon Anteil Sonstiges Wasser (2.2.2.7)	187.000,00 €
Aufwendungen Niederschlagswasser	17.799.100,00 €

Damit ergibt sich die Niederschlagswassergebühr wie folgt:

Aufwendungen	17.799.100,00 €
Erträge (2.2.2.8)	./.
Verbleibende Aufwendungen	17.658.000,00 €
Überdeckung (2.2.2.9)	./.
Gebührenfähige Aufwendungen	16.622.628,35 €
Befestigte Fläche (2.2.2.10)	22.840.000,00 m ²
Niederschlagswassergebühr	7,28 €/10 m²
	bzw. 0,728 €/m²

Die neue Gebühr liegt 0,34 €/10 m² über dem bisherigen Gebührensatz in Höhe von 6,94 €/10 m². Dies entspricht einer Gebührensteigerung von 4,9 %.

2.2.2.1 Betriebsentgelte Niederschlagswasserbeseitigung und Labor (Entgelte Nr. 2 und 11 der Anlage 22.1 zum Abwasserentsorgungsvertrag)

Das Betriebsentgelt Niederschlagswasserbeseitigung (4.012.100 €) wird für die von der SE|BS durchgeführten Leistungen im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung entrichtet. Dabei wurde die vertraglich vereinbarte Indexanpassung berücksichtigt (vgl. 2.2.1.1).

Für die der Niederschlagswasserbeseitigung zuzuordnenden Laborleistungen ergibt sich ein Entgelt in Höhe von 1.700 €. Dabei handelt es sich nur um Personalkosten, da die Sachkosten über den Mitgliedsbeitrag des AVB abgerechnet werden.

2.2.2.2 Gebühreneinzugskosten

Es werden die Entgelte für den Gebühreneinzug durch BS|ENERGY in die Kalkulation einbezogen (220.000 €).

2.2.2.3 Verwaltungsaufwendungen

Es handelt sich hierbei um die Aufwendungen für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung (335.900 €; vgl. 2.2.1.4).

2.2.2.4 Grundstücksentwässerung

Hier werden die der Niederschlagswasserbeseitigung zuzuordnenden Kosten der Grundstücksentwässerung angesetzt (292.900 €; vgl. 2.2.1.5).

2.2.2.5 Abwasserreinigung, insbesondere Mitgliedsbeiträge AVB

Die Aufwendungen für die Abwasserreinigung werden auf die Bereiche Schmutzwasser (21.023.800 €; vgl. 2.2.1.6) und Niederschlagswasser (2.334.000 €) verteilt. Der Anteil des Bereichs Niederschlagswasser ist deutlich geringer, da nur ein geringer Anteil des Niederschlagswassers vom AVB mit gereinigt wird. Der Hauptanteil des Niederschlagswassers wird direkt in die Vorfluter geleitet. Für den Bereich Niederschlagswasser ergibt sich insgesamt eine Erhöhung um 64.700 € gegenüber dem Vorjahr.

2.2.2.6 Kanalnetz

Es werden die Aufwendungen für das Kanalnetz in Höhe von 10.789.500 € berücksichtigt. Dabei sind auch die Aufwendungen für die Niederschlagswasserrückhaltebecken mit einbezogen. Für das Jahr 2024 ergibt sich bei den kalkulatorischen Kosten ein Anstieg in Höhe von rd. 37.600 € und bei den an die SEBS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte ein Anstieg in Höhe von rd. 760.000 €. Unter Berücksichtigung gestiegener Umlagen ergeben sich insgesamt um 841.600 € höhere Aufwendungen als im Vorjahr. Im Übrigen wird auf die Ausführungen unter 2.2.1.7 verwiesen.

2.2.2.7 Anteil Sonstiges Wasser

Aufgrund der Rechtsprechung des OVG Lüneburg ist der Kostenanteil, der auf die Einleitung von sonstigem Wasser entfällt, insbesondere Grundwasser aus Baumaßnahmen und Grundwassersanierungen, aus der Kalkulation der Niederschlagswassergebühren herauszurechnen. Für die Ermittlung dieses Kostenanteils wurde prognostiziert, welcher Mengenanteil auf das sonstige Wasser entfällt und welche Kosten für die Ableitung des sonstigen Wassers relevant sind.

a) Mengenanteil

Menge sonstiges Wasser:	570.000 m ³
Menge Niederschlagswasser:	12.744.720 m ³
Menge gesamt:	13.314.720 m ³
Anteil Sonstiges Wasser:	4,3 %

Die angenommene Menge an sonstigem Wasser beruht auf den Erfahrungen aus den temporären Maßnahmen der letzten Jahre und einer Einschätzung der Entwicklung für das Jahr 2024 (100.000 m³) sowie auf einer Fortschreibung des aktuellen Wertes für Grundwassersanierungen unter Berücksichtigung zusätzlicher Maßnahmen (470.000 m³).

Die Menge an Niederschlagswasser ermittelt sich aus der befestigten Fläche (s. 2.2.2.10), dem mittleren Jahresniederschlag ($0,62 \text{ m}^3/\text{m}^2$) und einem Abminderungsfaktor in Höhe von 0,9, um den die Abflussmenge geringer ist als die Niederschlagsmenge.

b) Kostenanteil

Für die Ableitung des sonstigen Wassers sind folgende Kostenpositionen relevant, die jeweils entsprechend des Mengenanteils zugeordnet werden:

	Gesamtaufwand	davon Aufwand sonstiges Wasser
Betriebsentgelt Niederschlagswasser-beseitigung und Labor	4.013.800 €	172.593 €
Grundstücksentwässerung	292.900 €	12.595 €
Aufwand Labor	800 €	34 €
Summe		185.222 €

Hinzu kommt ein Anteil der Verwaltungsumlage in Höhe von 0,5 % des dem Bereich Niederschlagswasser zugeordneten Anteils (1.680 €), so dass sich insgesamt ein Betrag in Höhe von gerundet 187.000 € ergibt. Abgesehen davon sind noch Erträge in Höhe von 1.600 € dem sonstigen Wasser zuzuordnen, die aus der Kalkulation der Niederschlagswassergebühren herausgenommen wurden.

Die kalkulatorischen Kosten für das Niederschlagswasserkanalnetz sind nicht relevant. Die Dimensionierung des Kanalnetzes ist ausschließlich technisch auf sog. Bemessungsregen ausgerichtet. Die zu berücksichtigenden Bemessungsregenereignisse unterschiedlicher statistischer Eintrittswahrscheinlichkeit beruhen auf Daten zu den maximal zu erwartenden Niederschlägen, der Lage des zu betrachtenden Gebietes und der Art der Bebauung. Die Einleitung von sonstigem Wasser wird bei der Dimensionierung nicht berücksichtigt. Zudem sind die Mengen von sonstigem Wasser so gering, dass sie keine signifikante Größenordnung bei den kalkulatorischen Kosten erreichen.

Die Kosten für das Mischwasserkanalnetz sowie für den AVB sind nicht relevant, da kein sonstiges Wasser in das Mischwasserkanalnetz eingeleitet wird und somit auch keine Aufwendungen für die Abwasserreinigung anfallen.

2.2.2.8 Erträge

Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus der Auflösung von Sonderposten (102.300 €; vgl. 2.2.1.8), aus Verwaltungsgebühren und sonstigen Erträgen (35.600 €) sowie Einnahmen im Bereich des Rieselbetriebes (insb. Pachteinahmen 3.200 €).

2.2.2.9 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von 3 Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die im Jahr 2023 noch nicht berücksichtigte Überdeckung des Jahres 2020 in Höhe von 1.035.371,65 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung verringert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 691.218,78 € wird in der Kalkulation 2025 berücksichtigt. Die Überdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 757.902,34 € soll in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten.

2.2.2.10 Befestigte Fläche

Der Gebührenpflicht unterliegen die befestigten Flächen der einzelnen Grundstückseigentümer (14,72 Mio. m²) und der öffentlichen befestigten Flächen (8,12 Mio. m²). Dabei ist berücksichtigt, dass entsprechend der Satzung die Gebühr nur je volle 10 m² befestigte Grundstücksfläche festgesetzt wird. Gegenüber dem Vorjahr hat sich eine Steigerung um 0,1 % (25.000 m²) ergeben, wobei die privaten befestigten Flächen konstant geblieben sind und die öffentlichen befestigten Flächen sich um 25.000 m² erhöht haben.

2.3 Entsorgungsgebühren (Anhang I, Artikel II)**2.3.1 Entsorgungsgebühren für abflusslose Sammelgruben**

Aufgrund der Rechtsprechung des OVG Lüneburg ist es erforderlich, eine gesonderte Gebühr für die Entsorgung von Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben zu kalkulieren.

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Betriebsentgelt Abflusslose Gruben (SE BS; 2.3.1.1)	96.400,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.3.1.2)	3.400,00 €
Grundstücksentwässerung (SE BS; 2.3.1.3)	3.300,00 €
Kanalbetrieb (2.3.1.4)	5.500,00 €
Benutzung Schmutzwasserkanalnetz (2.3.1.5)	<u>6.500,00 €</u>
Summe Aufwendungen	115.100,00 €

Damit ergibt sich die Entsorgungsgebühr für das Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben wie folgt:

Aufwendungen	115.100,00 €
Erträge (2.3.1.6)	4.300,00 €
Verbleibende Aufwendungen	110.800,00 €
Über-/Unterdeckung (2.3.1.7)	./ 2.624,11 €
Gebührenfähige Aufwendungen	108.175,89 €
 Entsorgungsmenge (2.3.1.8)	 2.000,00 m ³
 Kostendeckende Gebühr	 54,09 €/m ³

Es wird vorgeschlagen, den Kostendeckungsgrad bei 65 % zu belassen und die Gebühr nur auf **34,70 €/m³** festzusetzen. Damit ergibt sich eine Steigerung um 8,0 % gegenüber der bisher festgesetzten Gebühr. Der Wert ergibt sich unter Berücksichtigung von 65 % der Kosten und der gesamten Überdeckung, die vollständig aus dem Gebührenbereich resultiert. Hiermit soll die Gebührenbelastung für die Betroffenen, die bis 2013 für die entsorgte Menge nur die Schmutzwassergebühr gezahlt haben, weiterhin begrenzt werden. Derzeit sind noch knapp 100 Anlagen in Betrieb, z.B. bei einzelnen Wohnhäusern, die in größerer Entfernung zu bestehenden Kanälen liegen, sowie bei Kleingartenvereinen. Es wird angestrebt, die Anzahl weiter zu verringern, z. B. dadurch, dass die Betroffenen an das Kanalnetz angeschlossen werden, sofern sich dies finanziell darstellen lässt. Damit sind nicht nur Investitionskosten für den öffentlichen Kanalbau, sondern auch Kosten für die individuellen Anschlüsse verbunden, die jeweils die Grundstückseigentümer tragen müssen.

Durch die Begrenzung der Gebührenhöhe soll auch vermieden werden, dass es aufgrund der Gebührensteigerung zu nicht ordnungsgemäßen Entsorgungen kommt. Die verbleibenden Kosten (38.700 €) müssen aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen werden.

2.3.1.1 Betriebsentgelt Abflusslose Gruben

(Entgelt Nr. 6 der Anlage 22.1 zum Abwasserentsorgungsvertrag)

Mit dem mengenabhängigen Betriebsentgelt werden die auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages von der SE|BS durchzuführenden Aufgaben der Entsorgung aus abflusslosen Sammelgruben abgegolten (96.400 €).

2.3.1.2 Verwaltungsaufwendungen

Es handelt sich hierbei um die Aufwendungen für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung (3.400 €; vgl. 2.2.1.3).

2.3.1.3 Grundstücksentwässerung

Hier werden die der Entsorgung aus den abflusslosen Sammelgruben zuzuordnenden Kosten der Grundstücksentwässerung angesetzt (3.300 €; vgl. 2.2.1.5).

2.3.1.4 Kanalbetrieb

Es werden die der Entsorgung aus den abflusslosen Sammelgruben zuzuordnenden Aufwendungen des Kanalbetriebes angesetzt (5.500 €).

2.3.1.5 Benutzung Schmutzwasserkanalnetz

Das aus den abflusslosen Sammelgruben abgepumpte Abwasser wird von den Entsorgungsfahrzeugen an einer naheliegenden Stelle in den Schmutzwasserkanal gepumpt. Es ist daher bei der Kalkulation zu berücksichtigen, dass eine Benutzung des Schmutzwasserkanalnetzes erfolgt. Der Aufwand (6.500 €) ergibt sich aus der Menge und der Schmutzwassergebühr.

2.3.1.6 Erträge

Es handelt sich hierbei um Verwaltungsgebühren und sonstige Erträge (insgesamt 4.300 €).

2.3.1.7 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von 3 Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die im Jahr 2023 noch nicht berücksichtigte Überdeckung des Jahres 2020 in Höhe von 1.624,11 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Von der noch nicht berücksichtigten Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 1.875,89 € werden 1.000,00 € im Jahr 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung in Höhe von 2.624,11 € verringert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die verbleibende Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 875,89 € wird in der Kalkulation 2025 berücksichtigt. Die Überdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 4.357,01 € soll in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten.

2.3.1.8 Entsorgungsmenge

Es wird aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre und insbesondere nach der Einführung der gesonderten Gebühr im Jahr 2014 mit einer Entsorgungsmenge in Höhe von 2.000 m³ (Vorjahr 2.000 m³) gerechnet.

2.3.2 Entsorgungsgebühren für Kleinkläranlagen

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Betriebsentgelt Kleinkläranlagen (SE BS; 2.3.2.1)	8.300,00 €
Grundstücksentwässerung (SE BS; 2.3.2.2)	<u>3.300,00 €</u>
Summe Aufwendungen	11.600,00 €

Damit ergibt sich die Entsorgungsgebühr für Kleinkläranlagen wie folgt:

Aufwendungen	11.600,00 €
Erträge (2.3.2.3)	300,00 €
Verbleibende Aufwendungen	11.300,00 €
Über-/Unterdeckung (2.3.2.4)	0,00 €
Gebührenfähige Aufwendungen	11.300,00 €
 Entsorgungsmenge (2.3.2.5)	 40,00 m³
 Kostendeckende Gebühr	 282,50 €/m³

Es wird vorgeschlagen, die Gebühr auf **75,00 €/m³ bzw. 37,50 €/ ½ m³** festzusetzen. Damit ergibt sich eine Steigerung um 5,00 €/m³ bzw. 2,50 €/ ½ m³ (7,1 %). Aufgrund der allgemeinen Preissteigerung erscheint auch eine Anpassung dieser Gebühr als angemessen. Mit dieser Anpassung ergibt sich ein Kostendeckungsgrad von 26,5 %. Der verbleibende Betrag in Höhe von 8.300 € muss aus allgemeinen Deckungsmitteln finanziert werden.

Die Erhebung einer kostendeckenden Gebühr erscheint bei einem Vergleich mit den anderen Kommunen unangemessen. Zudem bestünde die Gefahr, dass es verstärkt zu nicht ordnungsgemäßen Entsorgungen kommt, was aus Umweltschutzgründen vermieden werden soll.

2.3.2.1 Betriebsentgelt Kleinkläranlagen

(Entgelt Nr. 6 der Anlage 22.1 zum Abwasserentsorgungsvertrag)

Mit dem mengenabhängigen Betriebsentgelt werden die auf Basis des Abwasserentsorgungsvertrages von der SE|BS durchzuführenden Aufgaben der Entsorgung aus Kleinkläranlagen abgegolten (8.300 €).

2.3.2.2 Grundstücksentwässerung

Hier werden die der Entsorgung aus Kleinkläranlagen zuzuordnenden Kosten der Grundstücksentwässerung angesetzt (3.300 €; vgl. 2.2.1.5). Weitere Umlagen werden dem Bereich Kleinkläranlagen aufgrund von Geringfügigkeit (kleiner 0,1%) nicht zugeordnet.

2.3.2.3 Erträge

Es handelt sich hierbei um Verwaltungsgebühren und sonstige Erträge (insgesamt 300 €).

2.3.2.4 Über-/Unterdeckung

Aufgrund der Festsetzung der Gebühr haben sich in der Vergangenheit für den Bereich Kleinkläranlagen regelmäßig Unterdeckungen ergeben. Diese werden nicht in die Gebührens-kalkulation mit einbezogen, um eine höhere Gebühr zu vermeiden, die zu unerwünschten Ef-fekten wie z. B. nicht ordnungsgemäßer Entsorgung führt.

2.3.2.5 Entsorgungsmenge

Es wird aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre mit einer Entsorgungsmenge in Höhe von 40 m³ gerechnet.

2.3.3 Entsorgungsgebühren für Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen

Es ergeben sich folgende Aufwendungen:

Betriebsentgelt Leichtflüssigkeitsabscheiderentsorgung (SE BS; 2.3.3.1)	270.000,00 €
Verwaltungsaufwendungen (2.3.3.2)	22.900,00 €
Grundstücksentwässerung (SE BS; 2.3.3.3)	26.000,00 €
Kanalbetrieb (2.3.3.4)	<u>22.000,00 €</u>
Summe Aufwendungen	340.900,00 €

Damit ergibt sich die Entsorgungsgebühr für Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen wie folgt:

Aufwendungen	340.900,00 €
Erträge (2.3.3.5)	3.900,00 €
Verbleibende Aufwendungen	337.000,00 €
Überdeckung (2.3.3.6)	14.344,48 €
Gebührenfähige Aufwendungen	322.655,52 €
 Entsorgungsmenge (2.3.3.7)	 1.400,00 m ³
 Gebühr	 230,47 €/m³
	bzw. 115,24 €/ ½ m ³

Die neue Gebühr liegt 8,58 €/m³ über dem bisherigen Gebührensatz in Höhe von 221,89 €/m³. Dies entspricht einer Gebührensteigerung von 3,9 %.

2.3.3.1 Betriebsentgelt Leichtflüssigkeitsabscheiderentsorgung
(Entgelt Nr. 7 der Anlage 22.1 zum Abwasserentsorgungsvertrag)

Mit dem mengenabhängigen Betriebsentgelt werden die auf Basis des Abwasserentsor-gungsvertrages von der SE|BS durchzuführenden Aufgaben der Leichtflüssigkeitsabschei-derentsorgung abgegolten (270.000 €). Dabei ist die mit der Ergänzungs- und Klarstellungs-vereinbarung vereinbarte Entgeltanpassung, die insbesondere auf erhöhten Entsorgungs-kosten beruht, berücksichtigt.

2.3.3.2 Verwaltungsaufwendungen

Es handelt sich hierbei um die Aufwendungen für die bei der Stadt verbliebenen Aufgaben im hoheitlichen Bereich und bei der Vertragssteuerung (22.900 €; vgl. 2.2.1.3).

2.3.3.3 Grundstücksentwässerung

Hier werden die der Leichtflüssigkeitsabscheiderentsorgung zuzuordnenden Kosten der Grundstücksentwässerung angesetzt (26.000 €; vgl. 2.2.1.5).

2.3.3.4 Kanalbetrieb

Es werden die der Leichtflüssigkeitsabscheiderentsorgung zuzuordnenden Aufwendungen des Kanalbetriebes angesetzt (22.000 €).

2.3.3.5 Erträge

Es handelt sich hierbei um Verwaltungsgebühren, Gebühren für Leerfahrten und sonstige Erträge (insgesamt 3.900 €).

2.3.3.6 Über-/Unterdeckung

Gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 NKAG sind entstandene Gebührenunter- bzw. -überdeckungen innerhalb von 3 Jahren nach ihrer Feststellung auszugleichen. Die im Jahr 2023 noch nicht berücksichtigte Überdeckung des Jahres 2020 in Höhe von 14.344,48 € wird in der Kalkulation 2024 berücksichtigt. Die Überdeckung verringert den gebührenfähigen Aufwand für die neue Kalkulationsperiode. Die Überdeckung des Jahres 2021 in Höhe von 15.655,52 € wird im Jahr 2025 berücksichtigt. Die Überdeckung des Jahres 2022 in Höhe von 18.917,59 € soll in der Kalkulation 2025 oder 2026 berücksichtigt werden, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten.

2.3.3.7 Entsorgungsmenge

Es wird aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre mit einer Entsorgungsmenge in Höhe von 1.400 m³ gerechnet. Diese entspricht der Planung für das Vorjahr.

2.3.4 Leerfahrtgebühren

Nach § 12 Abs. 2 der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung wird eine Gebühr für eine Leerfahrt erhoben, wenn die Leerfahrt durch den Betreiber der zu entsorgenden Anlage zu vertreten ist. Ziel der Gebühr ist es kostenintensive Leerfahrten zu vermeiden.

Für die Ermittlung der Gebühr wird von einem Einsatz eines Saugfahrzeugs mit Fahrer und Beifahrer sowie einer Einsatzzeit von 45 Minuten ausgegangen. Der Aufwand wird entsprechend des sich aus Anhang 17 zur Anlage 22.1 Entgelt zum Abwasserentsorgungsvertrag ergebenden Entgeltes für die Bereitstellung eines Fahrzeuges mit einem Kraftfahrer und einem Kanalbetriebsarbeiter für Benzinabscheider angesetzt. Daraus ergibt sich auf Basis des aktuellen Preisstandes unter Berücksichtigung der vertraglich vorgesehenen Indexanpassung eine Gebühr in Höhe von **132,65 €** (bisher 126,72 €; Steigerung 4,7 %).

Die Gebühr wird regelmäßig entsprechend der Entwicklung dieses Entgeltes angepasst, um größere Gebührensprünge zu vermeiden. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren wird von 10 Leerfahrten im Jahr ausgegangen. Die Einnahmen werden bei den Leichtflüssigkeitsabscheidern als Erträge angesetzt, da der Aufwand in dem an die SE|BS zu zahlenden Betriebsentgelt Leichtflüssigkeitsabscheiderentsorgung enthalten ist.

Anlage 2

Seite 1

Dreiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 14. November 2023

Aufgrund der §§ 10 und 13 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 111), der §§ 1, 2, 4, 5, 8 und 12 des Nds. Kommunalabgabengesetzes vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589), des § 6 des Nds. Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz in der Fassung vom 24. März 1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2021 (Nds. GVBl. S. 911) sowie der Vorschriften des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 02. März 2023 (BGBl. I S. 2023 I Nr. 56) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 14. November 2023 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 20. Dezember 2005 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 23 vom 23. Dezember 2005, Seite 107) in der Fassung der Zweiundzwanzigsten Änderungssatzung vom 22. November 2022 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 14 vom 13. Dezember 2022, Seite 86) wird wie folgt geändert:

1. § 7 Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Die Gebühren ruhen für den Fall der Gebührenpflicht der Eigentümer als öffentliche Last auf dem Grundstück.“

2. § 14 Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Die Gebühren ruhen für den Fall der Gebührenpflicht der Grundstückseigentümer als öffentliche Last auf dem Grundstück.“

3. § 22 wird folgender Satz 3 angefügt:

„In den Fällen des Satzes 2 ruhen die Gebühren als öffentliche Last auf dem Grundstück.“

4. Anhang I Artikel I - Abwassergebühren - wird wie folgt gefasst:

„Die Abwassergebühr beträgt bei der

- | | |
|---|--------|
| - Schmutzwasserbeseitigung (§ 4) je m³ Abwasser | 3,23 € |
| - Niederschlagswasserbeseitigung (§ 5) je volle 10 m² befestigte Grundstücksfläche jährlich | 7,28 € |

5. Anhang I Artikel II - Entsorgungsgebühren, Leerfahrtgebühren – wird wie folgt gefasst:

- | | |
|---|----------|
| „1. Entsorgung von Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben je m³ entsorgte Menge gemäß § 10 (1) | 34,70 € |
| 2. Entsorgung von Inhalten aus Kleinkläranlagen je ½ m³ entsorgte Menge gemäß § 10 (2) | 37,50 € |
| 3. Entsorgung von Inhalten aus Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen je ½ m³ entsorgte Menge gemäß § 11 | 115,24 € |
| 4. Leerfahrt gemäß § 12 | 132,65 € |

Artikel II

Die Satzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Braunschweig, den ...

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den ...

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Geiger
Erster Stadtrat

Altes Recht	Neues Recht	Bemerkungen
<p>§ 7 Gebührenpflichtige</p> <p>(1) Gebührenpflichtig sind die Eigentümer, die wirtschaftlichen Eigentümer im Sinne des § 39 Abgabenordnung (AO) in der jeweils geltenden Fassung sowie Mieter und Pächter der Grundstücke, die öffentliche Abwasseranlagen in Anspruch nehmen.</p> <p>Mieter und Pächter sind nur für den Anteil der Wassermenge gebührenpflichtig, den sie eingeleitet haben.</p>	<p>§ 7 Gebührenpflichtige</p> <p>(1) Gebührenpflichtig sind die Eigentümer, die wirtschaftlichen Eigentümer im Sinne des § 39 Abgabenordnung (AO) in der jeweils geltenden Fassung sowie Mieter und Pächter der Grundstücke, die öffentliche Abwasseranlagen in Anspruch nehmen.</p> <p>Mieter und Pächter sind nur für den Anteil der Wassermenge gebührenpflichtig, den sie eingeleitet haben.</p> <p>Die Gebühren ruhen für den Fall der Gebührenpflicht der Eigentümer als öffentliche Last auf dem Grundstück.</p>	Klarstellung aufgrund Neuregelung im NKAG
<p>§ 14 Gebührenpflichtige</p> <p>(1) Gebührenpflichtig sind die Grundstückseigentümer oder diejenigen Personen, die Aufträge zur Entsorgung von Abwässern, Fäkalschlämmen oder Abscheideranlageninhalten erteilt haben. Bei Grundstücken mit Pachtverträgen sind die Pächter neben dem Eigentümer gebührenpflichtig.</p>	<p>§ 14 Gebührenpflichtige</p> <p>(1) Gebührenpflichtig sind die Grundstückseigentümer oder diejenigen Personen, die Aufträge zur Entsorgung von Abwässern, Fäkalschlämmen oder Abscheideranlageninhalten erteilt haben. Bei Grundstücken mit Pachtverträgen sind die Pächter neben dem Eigentümer gebührenpflichtig. Die Gebühren ruhen für den Fall der Gebührenpflicht der Grundstückseigentümer als öffentliche Last auf dem Grundstück.</p>	Klarstellung aufgrund Neuregelung im NKAG
<p>§ 22 Gebührenpflichtige</p> <p>Gebührenpflichtig für die Probenahme und Untersuchung nach § 30 Abwassersatzung sind die Einleiter von Abwasser. Können die Einleiter des Abwassers nicht festgestellt oder nicht mehr herangezogen werden, so sind die Grundstückseigentümer gebührenpflichtig.</p>	<p>§ 22 Gebührenpflichtige</p> <p>Gebührenpflichtig für die Probenahme und Untersuchung nach § 30 Abwassersatzung sind die Einleiter von Abwasser. Können die Einleiter des Abwassers nicht festgestellt oder nicht mehr herangezogen werden, so sind die Grundstückseigentümer gebührenpflichtig. In den Fällen des Satzes 2 ruhen die Gebühren als öffentliche Last auf dem Grundstück.</p>	Klarstellung aufgrund Neuregelung im NKAG

Anhang I		Anhang I		
Artikel I Abwassergebühren		Artikel I Abwassergebühren		
Die Abwassergebühr beträgt bei der		Die Abwassergebühr beträgt bei der		
Schmutzwasserbeseitigung (§ 4) je m³ Abwasser	2,98 €	Schmutzwasserbeseitigung (§ 4) je m³ Abwasser	3,23 €	
Niederschlagswasserbeseitigung (§ 5) je volle 10 m² befestigte Grundstücksfläche jährlich	6,94 €	Niederschlagswasserbeseitigung (§ 5) je volle 10 m² befestigte Grundstücksfläche jährlich	7,28 €	
Artikel II Entsorgungsgebühren Leerfahrtgebühren		Artikel II Entsorgungsgebühren Leerfahrtgebühren		
1. Entsorgung von Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben je m³ entsorgte Menge ge- mäß § 10 (1)	32,14 €	1. Entsorgung von Abwasser aus abflusslosen Sammelgruben je m³ entsorgte Menge ge- mäß § 10 (1)	34,70 €	
2. Entsorgung von Inhalten aus Kleinkläranla- gen je ½ m³ entsorgte Menge gemäß § 10 (2)	35,00 €	2. Entsorgung von Inhalten aus Kleinkläranla- gen je ½ m³ entsorgte Menge gemäß § 10 (2)	37,50 €	
3. Entsorgung von Inhalten aus Leichtflüssig- keitsabscheideranlagen je ½ m³ entsorgte Menge gemäß § 11	110,95 €	3. Entsorgung von Inhalten aus Leichtflüssig- keitsabscheideranlagen je ½ m³ entsorgte Menge gemäß § 11	115,24 €	
4. Leerfahrt gemäß § 12	126,72 €	4. Leerfahrt gemäß § 12	132,65 €	

Betreff:

Haushaltsvollzug 2023
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen
und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§
117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

27.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

07.11.2023

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

14.11.2023

Ö

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Sachverhalt:

1. Teilhaushalt Fachbereich Feuerwehr

Zeile 27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen
Projekt	5E.370048 TSF-W FF Riddagshausen / Beschaffung
Sachkonto	783110 Erw. imm. + bew. VermGgst.>1000Eur-Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **260.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023:

0,00 €

außerplanmäßig beantragte Auszahlung:

260.000,00 €

neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

260.000,00 €

In 2023 soll schnellstmöglich die Ersatzbeschaffung des Tragkraftspritzenfahrzeug-Wasser (TSF-W) für die Freiwillige Feuerwehr Riddagshausen in die Wege geleitet werden. Ursprünglich sind hierfür 250.000 € für das Haushaltsjahr 2025 für die Beschaffung eingeplant worden (Projekt 5E.370048).

Der alte TSF-W der FF Riddagshausen ist technisch abgängig. Die Umsetzung der Beschaffung ist zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr dringend erforderlich, da es sich um eine Ersatzbeschaffung des gesetzlich vorzuhaltenden TSF-W der Ortsfeuerwehr Riddagshausen handelt. Hieraus begründet sich die zeitliche und sachliche Unabweisbarkeit der außerplanmäßigen Auszahlung.

Die Deckung des Finanzierungsbedarfs erfolgt aus der für 2023 eingeplanten Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges 3000 (TLF 3000) für die FF Mascherode in

Höhe von 160.000 € und Mitteln aus der ebenfalls für 2023 geplanten Ersatzbeschaffung eines Küchenfahrzeuges in Höhe von 100.000 €. Beide Ersatzbeschaffungen werden bis 2025 zurückgestellt. Zum Haushalt 2025 ff. ist eine haushaltsneutrale Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 260.000 € zum Projekt „TLF 3000 FF Mascherode / Beschaffung“ und zum Projekt „Beschaff. v. Spezialfahrz. FF“ unter Berücksichtigung der frei gewordenen Haushaltsmittel für den TSF-W Freiwillige Feuerwehr Riddagshausen geplant.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Minderauszahlungen	5E.370037.00.510 / 783110	TLF 3000 FF Mascherode / Beschaffung / Erw. imm. + bew. VermGgst.>1000Eur-Projekte	160.000,00
Minderauszahlungen	5S.370010.00.500.006/ 783110	Beschaff. V. Spezialfahrz. FF / Erw. imm.+ bew. VermGgst. .>1000Eur-Projekte	100.000,00

2. Teilhaushalt Fachbereich Feuerwehr

Zeile 27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen
Projekt	5E.370049 TSF-W FF Lehdorf / Beschaffung
Sachkonto	783110 Erw. imm. + bew. VermGgst.>1000Eur-Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von **260.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023:	0,00 €
außerplanmäßig beantragte Auszahlung:	<u>260.000,00 €</u>
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	260.000,00 €

In 2023 soll schnellstmöglich die Ersatzbeschaffung des Tragkraftspritzenfahrzeug-Wasser (TSF-W) für die Freiwillige Feuerwehr Lehdorf in die Wege geleitet werden. Ursprünglich sind hierfür 250.000 € für das Haushaltsjahr 2025 für die Beschaffung eingeplant worden (Projekt 5E.370049).

Der Zustand des alten TSF-W der OF Lehdorf ist aufgrund des diesjährigen Starkregenereignisses im Stadtgebiet ein unabwehrbarer Totalschaden. Aufgrund dieser Tatsache ergibt sich hier die zeitliche Unabweisbarkeit der Maßnahme. Die Umsetzung der Beschaffung ist zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr dringend erforderlich, da es sich um eine Ersatzbeschaffung des gesetzlich vorzuhaltenden TSF-W der Ortsfeuerwehr Lehdorf handelt. Dies begründet die sachliche Unabweisbarkeit der außerplanmäßigen Auszahlung.

Die Deckung erfolgt aus der für 2023 eingeplanten Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges 3000 (TLF 3000) für die FF Mascherode in Höhe von 260.000 €. Diese Ersatzbeschaffung wird aufgrund des Totalschadens des alten TSF-W der OF Lehdorf bis 2025 zurückgestellt. Zum Haushalt 2025 ist eine haushaltsneutrale Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 260.000 € zum Projekt „TLF 3000 FF Mascherode / Beschaffung“ unter Berücksichtigung der frei gewordenen Haushaltsmittel für den TSF-W Freiwillige Feuerwehr Lehdorf geplant.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Minderauszahlungen	5E.370037.00.510 / 783110	TLF 3000 FF Mascherode / Beschaffung / Erw. imm. + bew. VermGgst.>1000Eur-Projekte	260.000,00

3. Teilhaushalt Fachbereich Schule

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.40 Neu – Ausstattungsprogramm ukrainische SuS/Beschaffung
Sachkonto	422220 Geringwertige Vermögensgegenstände 250-1000 EUR

Bei dem o.g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **205.900,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023:	0,00 €
außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:	<u>205.900,00 €</u>
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	205.900,00 €

Die Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Umsetzung des Ausstattungsprogramms des Landes für digital gestützten Unterricht für geflüchtete ukrainische Schülerinnen und Schüler ist mit RdErl. d. MK v. 22.08.2023 am 06.09.2023 in Kraft getreten. Angesichts des Krieges in der Ukraine und der daraus resultierenden Flüchtlingssituation gewährt das Land nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV/VV-Gk zu § 44 LHO Zuwendungen für Ausgaben in die kommunalen Bildungsinfrastrukturen.

Ziel dieses Förderprogramms ist es, dass die Schulträger geflüchtete ukrainische Schülerinnen und Schüler mit schulgebundenen mobilen Endgeräten leihweise versorgen können. Auf diesem Wege soll diesen Schülerinnen und Schülern die Teilhabe am Unterricht mit digitalen Medien ermöglicht werden.

Da die Finanzierung der schulgebundenen geplanten Beschaffung von insgesamt 401 mobilen Endgeräten (355 Tablets und 46 Laptops/Notebooks) aus zeitlich befristeten Fördermitteln erfolgen soll, ist eine Verschiebung der Maßnahme nicht möglich. Aufgrund der Vergabe der Fördermittel nach dem Prinzip der zeitlichen Reihenfolge der Anträge (Windhund-Verfahren) wurden die Förderanträge vorbehaltlich der Gremienentscheidung bereits gestellt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 205.900 €, wovon eine Förderung bis zu 95 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 500 € je mobilem Endgerät möglich ist. Das RLSB (Regionales Landesamt für Schule und Bildung Braunschweig) hat die Förderbescheide bereits zugesandt (Förderbetrag 189,773,20 €). Der Restbetrag in Höhe von 16.126,80 € müsste als Eigenanteil seitens der Stadt übernommen werden. Die Umsetzung der Fördermaßnahme erfolgt erst, wenn die Genehmigung der Ausgabe durch die Gremien vorliegt.

Die Bereitstellung der Haushaltsmittel hat außerplanmäßig zu erfolgen, da hierfür keine Finanzmittel eingeplant wurden. Zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Schulbetriebs ist die Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt zeitlich und sachlich unabweisbar. Folgende Deckungsmittel können für die anstehenden Ausgaben herangezogen werden:

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Mehrerträge	4E.40 Neu / 314113	Ausstattungsprogramm ukrainische SuS/Beschaffung / IM Zuweisungen Land	189.773,20
Minderaufwendungen	4S.000021.01.505 / 427193	Ref. 0120: Strukturförderung/EU-Maßn / IM sonstige Sachaufwendungen.	16.126,80

Geiger

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Haushaltsvollzug 2023
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen
und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§
117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

27.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

07.11.2023

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

14.11.2023

Ö

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Sachverhalt:

4. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 26	Baumaßnahmen
Projekt	4E.210240 - GS Bültenweg /Erw./Einr.GTB/Sanierung
Sachkonto	787110 Hochbaumaßnahmen - Projekte

Bei dem o. g. Projekt werden überplanmäßige Auszahlung in Höhe von **1.000.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023 (Aufwendungen):	240.000,00 €
Haushaltsansatz 2023 (Auszahlungen)	960.000,00 €
überplanmäßig beantragte Auszahlungen:	<u>1.000.000,00 €</u>
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:	2.200.000,00 €

Für die Erweiterung, die Sanierung und die Einrichtung des Ganztagsbetriebs in der Grundschule Bültenweg sind im Haushaltsplan 2023 kassenwirksame Mittel i. H. v. 1.200.000 € veranschlagt und Verpflichtungsermächtigungen (VE) zu Lasten 2024 i. H. v. 2.900.000 € eingeplant.

Die verfügbaren kassenwirksamen Mittel sind infolge des fortgeschrittenen Bauablaufs bereits in voller Höhe durch Planungs- und Bauaufträge gebunden und werden bis zum Jahresende vollständig verausgabt sein. Die VE ist derzeit i. H. v. rund 650.000 € durch Aufträge in Anspruch genommen.

Die beauftragten Baufirmen und Architektur- und Ingenieurbüros rechnen ihre erbrachten Leistungen wider Erwarten so zeitnah ab, dass mit einem erhöhten Mittelabfluss zu rechnen

ist. Insbesondere werden noch in diesem Jahr Rechnungen über erbrachte Bauleistungsleistungen sowie Rohbau- und Elektroarbeiten bis zu einer Gesamthöhe von 1 Mio. € erwartet.

Um den Baufortschritt nicht zu gefährden und eine reibungslose Abwicklung der bereits begonnenen baulichen Maßnahmen ohne zeitliche Verzögerungen sicherzustellen, sind die Haushaltsmittel bereits für 2023 erforderlich und überplanmäßig in Form eines Haushaltsvorgriffs auf 2024 bereitzustellen. Die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit der Finanzierung ergibt sich aus den oben genannten Gründen.

Zur Deckung stehen investive Haushaltsmittel in Höhe von 1 Mio. € aus 2024 zur Verfügung.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Minderauszahlungen (Haushaltsjahr 2024)	4E.210240.02.500.2 13 / 787110	GS Büldenweg /Erw./Einr.GTB/Sanierung / Hochbaumaßnahmen - Projekte	1.000.000,00

Geiger

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Haushaltsvollzug 2023
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen
und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§
117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

02.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

07.11.2023

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

14.11.2023

Ö

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Sachverhalt:

5. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 23	außerordentliche Aufwendungen
Projekt	4S.21 Neu –Starkregenereignis 2023 / Schadensbeseitigung
Sachkonto	511993 IM Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen

Bei dem o. g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **1.000.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2023:

0,00 €

außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:

1.000.000,00 €

neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

1.000.000,00 €

Vom 22. Juni 2023 auf den 23. Juni 2023 kam es zu zahlreichen Gebäudeschäden an und in städtischen Liegenschaften durch ein Starkregenereignis. Der Deutsche Wetterdienst sprach von niedergeschlagenen 80 l/qm in einer Stunde. Das entspricht mehr als der Niederschlagsmenge im gesamten Vorjahresmonat (Juni 2022: 38,6 l/qm).

Die Niederschläge traten derart intensiv auf, dass in den überwiegenden Fällen die wasserführenden Leitungen an den Gebäuden und im Erdreich nicht mehr in der Lage waren, die Durchflussmenge abzuleiten.

Insgesamt waren 155 Liegenschaften von insgesamt ca. 1.244 städtischen Bauwerken betroffen. Als direkte Folge des Unwetters wurden bis zum 31.08.2023 329 Schadensmeldungen angezeigt. Der Schwerpunkt bei den Schadensmeldungen lag in Wassereintritten im Deckenbereich, gefolgt von Wassereintritten über Keller. Infolge der

Wassereintritte ergaben sich Folgemeldungen wie Schäden in den Zwischendecken, beschädigtes Mobiliar, etc..

Die Kosten für den Ersatz von beschädigtem Mobiliar sind von den nutzenden Fachbereichen zu tragen. Hinsichtlich der Kosten an den Gebäuden hat eine Finanzierung aus dem Teilhaushalt Finanzen zu erfolgen. Für die noch ausstehenden Maßnahmen zur Beseitigung der Folgeschäden werden Gesamtkosten von rd. 1 Mio. € kalkuliert. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sollen außerplanmäßig bereitgestellt werden, um Substanzverluste an den Gebäuden durch Feuchteschäden zu vermeiden. Hieraus ergibt sich die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit der Finanzierung:

Zur Bewältigung von Krisen sind im Haushaltsjahr 2022 außerplanmäßige Haushaltsmittel beim Projekt FB 20: Maßnah. i. Z. m. Krisenm. / KatS (4E.200004) bereitgestellt worden. Die noch bestehenden und noch freien Haushaltsreste aus 2022 werden hiermit auf 2023 übertragen und zur Deckung der Kosten für die Schadensbeseitigung der Krisensituation „Starkregenereignis“ zur Verfügung gestellt. Haushaltsmittel aus dem außerordentlichen Ansatz stehen ansonsten nicht zur Verfügung.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Minderaufwendungen	4E.200004 / 04.505	FB 20: Maßnah. i.Z.m. Krisenm. / KatS / IM sonstige Sachaufwendungen	1.000.000,00

Geiger

Anlage/n:

Keine

*Betreff:***Antrag der Braunschweiger Baugenossenschaft eG auf kommunale Wohnraumförderung***Organisationseinheit:*Dezernat III
0600 Baureferat*Datum:*

18.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)

Sitzungstermin

01.11.2023

Status

Ö

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)

02.11.2023

Ö

Beschluss:

Der Braunschweiger Baugenossenschaft eG wird für die Realisierung von bezahlbarem Wohnraum in der Schuntersiedlung (Simonstraße, Bassestraße, Gmeinerstraße) vorbehaltlich der Gewährung von Landesfördermitteln eine Zuwendung i. H. v. bis zu 444.738,00 Euro gewährt.

Sachverhalt:Beschlusskompetenz

Gem. § 76 Abs. 2 Satz 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in Verbindung mit § 6 Nr. 1c Hauptsatzung der Stadt Braunschweig obliegt die Beschlussfassung dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Hintergrund

Die Braunschweiger Baugenossenschaft eG (BBG) plant in der Schuntersiedlung den Neubau von sechs Gebäuden mit insgesamt 35 Wohneinheiten. Die Neubauten werden baugleich im Bereich der Simonstraße, Bassestraße und Gmeinerstraße als sozialer Wohnraum mit Belegungsbindung entstehen (s. Anlagen). Es entstehen 26 2-Zimmerwohnungen, acht 3-Zimmerwohnungen und eine 4-Zimmerwohnung. Die Wohnungsgrößen liegen zwischen 42 und 99 m².

Förderfähigkeit des Projekts

Das kommunale Wohnraumförderprogramm soll als ein Instrument des Kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbaren Wohnraum in Braunschweig (Drucksache 17-03839 und 19-11251) einen finanziellen Anreiz für Investoren bieten, neuen bezahlbaren Wohnraum mit entsprechender Belegungsbindung zu schaffen.

Die BBG hat für dieses Projekt einen Antrag auf kommunale Wohnraumförderung gestellt. Die kommunale Wohnraumförderung ist subsidiär. Voraussetzung für ihre Gewährung ist die Gewährung von Landesfördermitteln. Der Antrag auf Landesförderung wurde gestellt. Eine Entscheidung über den Antrag liegt bisher nicht vor.

Es sind 35 Wohnungen förderfähig. Davon sollen 17 Wohneinheiten (WE) für Berechtigte gem. § 3 NWoFG (B-Schein bei geringem Einkommen; Mietpreis 6,10 Euro /m²) sowie 18 WE für Berechtigte gem. § 5 DVO-NWoFG (B-Schein bei mittlerem Einkommen; Mietpreis 7,50 Euro/m²) entstehen.

Unter Zugrundelegung der förderfähigen gesamten Wohnfläche von 1.966 m² ergibt dies eine max. Zuschusshöhe von 444.738 Euro.

Kosten und Finanzierung

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 7.962.560,00 Euro.

Die Finanzierung soll sich wie folgt gestalten:

Eigenmittel:	1.462.560,00 Euro
Landesförderung Zuschuss (beantragt):	864.320,00 Euro
Landesförderung Darlehen (beantragt):	5.190.942,00 Euro
Kommunale Wohnraumförderung:	444.738,00 Euro

Zweckbindungsdauer und Haushaltsmittel

Sämtliche Wohneinheiten werden nach Fertigstellung der Objekte gemäß den derzeit gültigen Landesbestimmungen sowie auf Grundlage der Förderrichtlinie der Stadt für die Zweckbindungsdauer von 30 Jahren für Wohnberechtigungsscheinempfänger zur Verfügung gestellt.

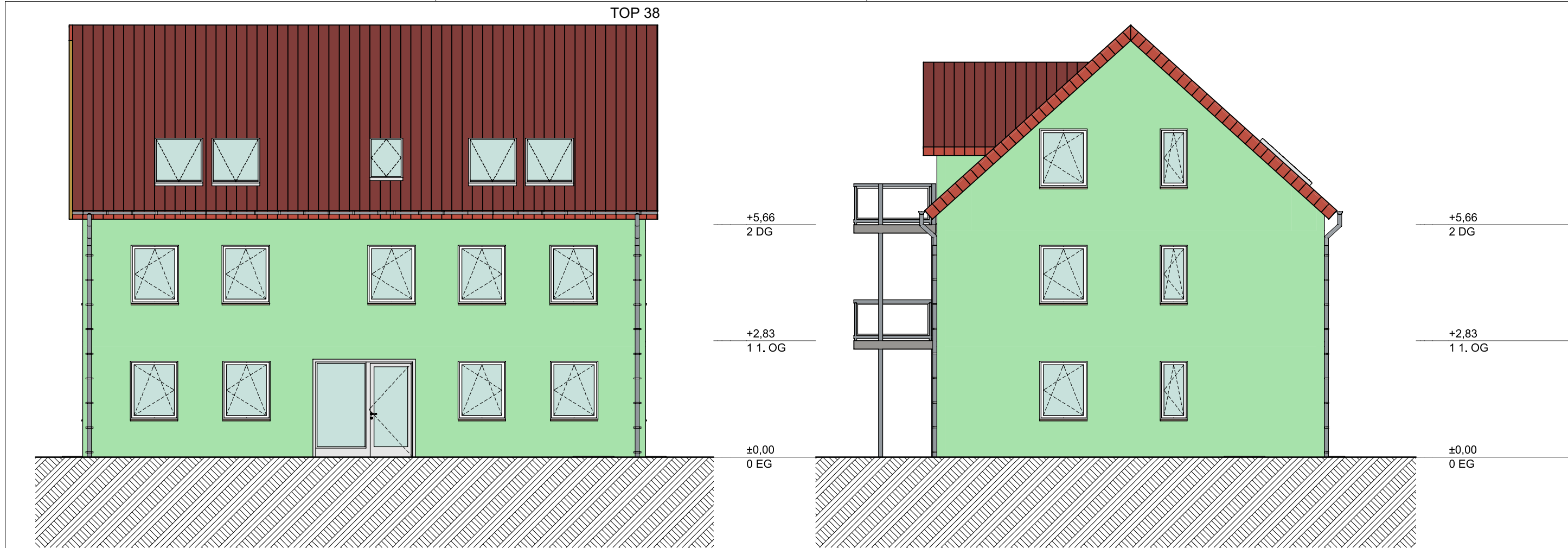
Unter dem Projekt „Kommunale Wohnraumförderung“ (4S.000022) stehen ausreichend Haushaltsmittel zur Finanzierung zur Verfügung.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag in voller Höhe zu entsprechen.

Leuer

Anlage:

Genehmigte Ansicht der Baumaßnahme Simonstraße 13; baugleich mit den Neubauten Bassestraße und Gmeinerstraße



Abstandsrelevante Höhen:
Balkonhöhe Geländer: $H=6,66\text{m} \Rightarrow 1/2H=3,33\text{m} \Rightarrow$ relevant 3,30m
Firsthöhe Gaube: $H=9,62\text{m} \Rightarrow 1/2H=4,81\text{m} \Rightarrow$ relevant 4,80m
Dachdurchstoßpunkt Gaube: $H=7,73\text{m} \Rightarrow 1/2H=3,865\text{m} \Rightarrow$ relevant 3,80m

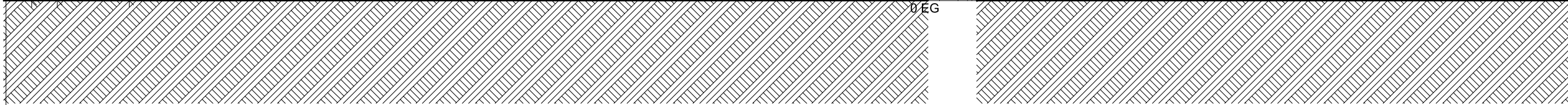


Genehmigt

unter dem Aktenzeichen 60.3/5853/2021
Datum siehe Bescheid

Stadt Braunschweig
Abteilung Bauordnung

i.A. Buchert



Alle Höhen beziehen sich auf OKFF
Alle Maße sind am Bau zu prüfen!
Statische/ Fachplanerische Angaben sind zu beachten
 $\pm 0,00 = \#$ Höhe m üNN = OK FFB EG

Bauvorhaben: **Neubau eines Mehrfamilienhauses**
Simonstr. 13
38108 Braunschweig

 **BBG**
Wohnen in Braunschweig
Braunschweiger Baugenossenschaft eG
Celler Str. 66-69, 38114 Braunschweig
Tel: 0531-2413 0, Fax: 0531-2413 250
Internet: www.baugenossenschaft.de
E-Mail: welcome@baugenossenschaft.de

Plan:

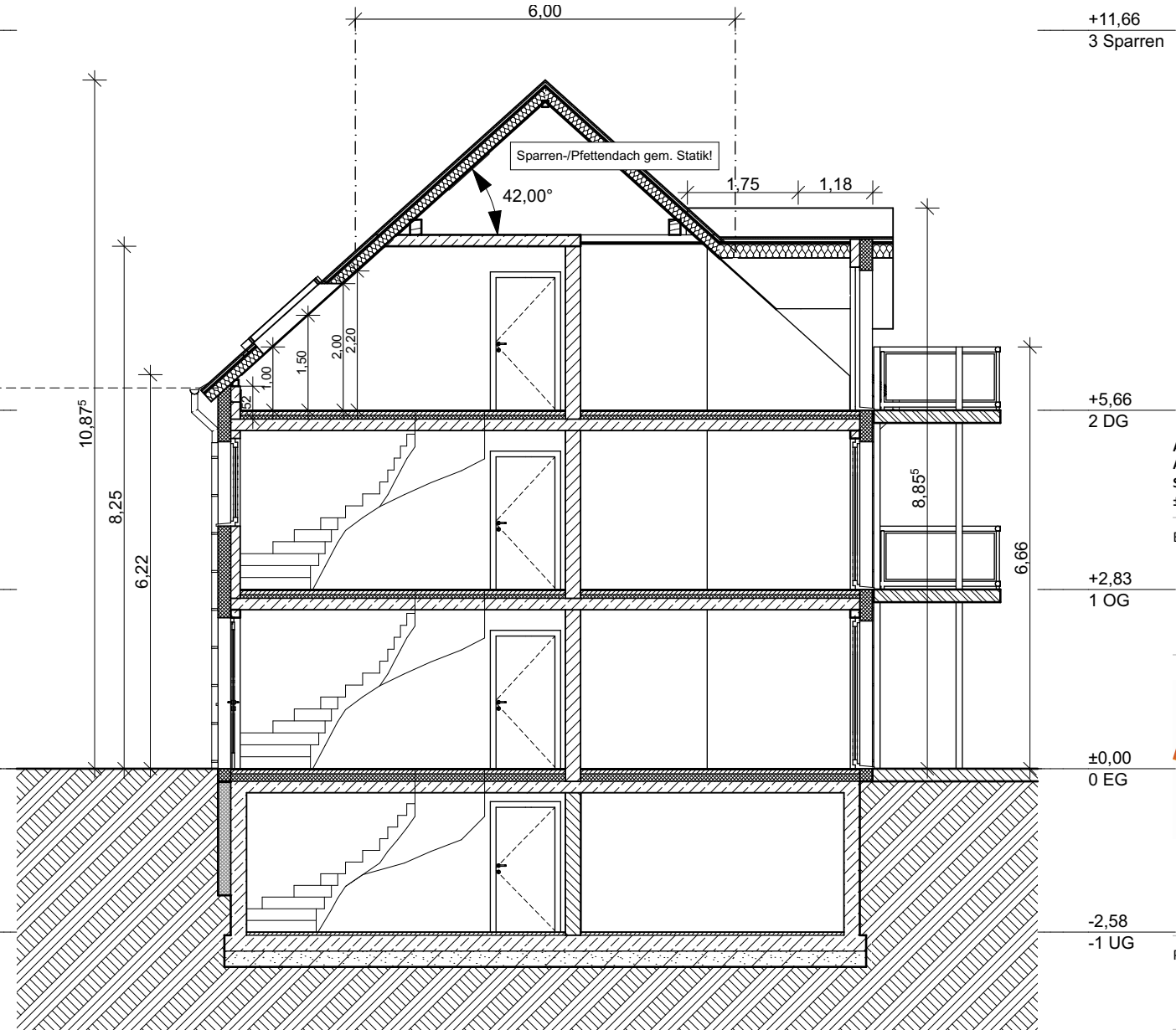
Ansichten

Zeichnungs - Nr: **BA_A01** Projekt - Nr: **70042**

Flurstück: Gemarkung: Hagen
Flur: 9
Flurstück: 39/103

GEZ.: Maßstab
Sap DinA3 - 1:100

Index: DATUM:
A 02.11.2021



Plan:

Index:	DATUM:
A	17.01.2022

Betreff:

Aufhebung der Verwaltungsvereinbarung über die Erledigung der Kassengeschäfte des Regionalverbands durch die Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

24.09.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

02.11.2023

07.11.2023

Status

Ö

N

Beschluss:

„Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die Verwaltungsvereinbarung aus dem Jahr 1994, nach der die Stadtkasse Braunschweig für den Regionalverband (damals Zweckverband) die Kassengeschäfte erledigt, im Einvernehmen mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig zum 30.11.2023 aufzuheben.“

Sachverhalt:

Mit Wirkung zum 01.01.1994 schlossen die Stadt Braunschweig und der Regionalverband (damals Zweckverband) eine Verwaltungsvereinbarung, nach der die Stadtkasse Braunschweig für den Regionalverband (damals Zweckverband) die Kassengeschäfte erledigt. Der Regionalverband hat nunmehr aus verschiedenen Gründen eine neue Finanzwesensoftware eingeführt auch mit dem Ziel die Kassengeschäfte - im beiderseitigem Interesse - von der Stadtkasse Braunschweig zu übernehmen.

Parallel zum Einführungsprozess für die Finanzwesensoftware hat der Regionalverband zum 01.01.2022 eine Verbandskasse nach § 126 NKomVG eingerichtet und eine Dienstanweisung zur Regelung der Buchungs- und Kassengeschäfte nach § 43 KomHKVO in Kraft gesetzt. Zeitgleich wurde die Kontovollmacht zugunsten der Stadtkasse Braunschweig für das Konto des Regionalverbands gelöscht. Vor diesem Hintergrund ist mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 06.10.2022 die Regelung in § 11 Abs. 1 der Verbandsordnung entfallen, dass die Kassengeschäfte des Regionalverbands von der Stadtkasse Braunschweig wahrgenommen werden.

Nachdem nun auch die Jahresabschlüsse 2020 und 2021, die noch im vorherigen Finanzwesensystem SAP bearbeitet wurden und daher der Unterstützung der Stadtkasse Braunschweig bedurften, durch die Verbandsversammlung und die aufbewahrungspflichtigen Akten in das Archiv des Regionalverbands überführt wurden, kann die mit der Stadt Braunschweig bestehende Verwaltungsvereinbarung im Einvernehmen aufgehoben werden.

Der Entwurf der Aufhebungsvereinbarung ist als Anlage beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Aufhebungsvereinbarung

Aufhebungsvereinbarung

zwischen

der Stadt Braunschweig, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig,

vertreten durch Herrn Ersten Stadtrat Christian Geiger

und

dem Regionalverband Großraum Braunschweig, Frankfurter Straße 2, 38122 Braunschweig,

vertreten durch Herrn Verbandsdirektor Ralf Sygusch

Die Stadt Braunschweig und der Regionalverband Großraum Braunschweig vereinbaren, die zum 01.01.1994 in Kraft getretene Verwaltungsvereinbarung, nach der die Stadtkasse Braunschweig für den Regionalverband Großraum Braunschweig (damals Zweckverband) die Kassengeschäfte erledigt, nach § 7 Satz 2 der Verwaltungsvereinbarung zum 30.11.2023 im beiderseitigen Einvernehmen aufzuheben.

Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung sind sämtliche wechselseitigen Ansprüche der Stadt Braunschweig und des Regionalverbands Großraum Braunschweig aus dem zugrundeliegenden Rechtsverhältnis abgegolten und erledigt.

Braunschweig, den

Braunschweig, den

für die Stadt Braunschweig
band Großraum

Christian Geiger, Erster Stadtrat
Verbandsdirektor

für den Regionalver-

Ralf Sygusch,

Betreff:

**Ausübung der dinglichen Vorkaufsrechte an den Flurstücken
1008/18, 1008/20, 1008/23 und 1008/21, Flur 12, Gemarkung
Altewiek, Lage: Salzdahlumer Straße 137**

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

10.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Beschluss:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, die dinglichen Vorkaufsrechte an den Flurstücken 1008/18, 1008/20, 1008/23, 1008/21, Flur 12 in der Gemarkung Altewiek, Lage: Salzdahlumer Straße 137 zu den in der Vorlage dargestellten Konditionen auszuüben.“

Sachverhalt:

Auf den zuvor genannten Flurstücken befinden sich drei Baukörper, von denen in zweien ein Hotel untergebracht ist. Diese Gebäude dienen der Gästeunterbringung (176 Hotelzimmer und Suiten, 2 Penthouses mit Hotelgastronomieräumlichkeiten, Konferenzbereichen, Verwaltungs- und Bürotrakt). Im dritten Baukörper ist ein Sportkomplex (Sanitärbereich, Innenhof, 2 Badmintonhallen, 3 Tennishallen, 1 Squashhalle, 6 Kegelbahnen, Gymnastikräume, Kraftsportbereich, Sauna sowie eine angegliederte Gastronomiezone) untergebracht. Dieser Komplex ist zurzeit geschlossen und ohne Nutzung. Auf den unbebauten Flächen befinden sich überwiegend Parkplätze.

Das Hotel wird derzeit für die Unterbringung von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine genutzt. Die Stadt Braunschweig hat hierfür Teile des Objektes angemietet (DS 23-21879).

In der Bewirtschaftung der Anlage haben sich für die Stadt in der Folge viele Möglichkeiten und gute Nutzungsperspektiven herausgestellt, die zu weiteren Überlegungen innerhalb der Stadtverwaltung geführt haben, wie das Areal in eine städtische Nutzung überführt werden könnte.

Ein Ankaufsinteresse der Stadt an dem Komplex war bereits im Januar 2023 gegenüber der Eigentümerin thematisiert worden, aber seitens dieser wegen Verhandlungen mit anderen Interessenten zurückgestellt und nicht wieder aufgegriffen worden.

Vor einem möglichen Ankauf war daher eine dauerhafte Nutzung der gesamten Anlage zu prüfen und, ggf. mit zweit- und Nachnutzungsoptionen, auf Wirtschaftlichkeit hin zu untersuchen.

Die Dezernate V und VIII haben dabei folgende kurzfristige bzw. mittel- und langfristige Nutzungen für die Gebäudeteile identifiziert:

Vorrangig:

- Unterbringung geflüchteter Menschen
- Unterbringung von Wohnungslosen
- alternative Unterbringungsmöglichkeiten

Parallel- und/oder als Zweitnutzen:

- Einrichtung einer im Stadtteil erforderlichen 4-Gruppen-Kita (Kita- und Krippengruppen)
- Unterbringung von Fachkräften (temporär)
- Schaffung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten

Nutzung des Sportareales:

- Ersatzstandort als Trainingshalle für die Basketball-Löwen (für Entfall Tunica-Halle)
- weitgehende Auflösung des Defizites an Hallen-Tennisplätzen
- Unterbringung von Badminton, Kraftsport und Rudersport
- Unterbringung von bis zu 150 Sportler:Innen gleichzeitig im Areal

Der in Massivbauweise errichtete Gebäudekomplex zeigt sich in einem altersentsprechenden Zustand. Es ist davon auszugehen, dass der Wärmedämmstandard dem Baujahr entspricht. Aufgrund von Undichtigkeiten, fehlenden Schottungen oder nicht mehr regelkonformer Ausführung ist die Gebäudetechnik umfassend zu erneuern.

Neben den Ankaufskosten werden somit Kosten für Umbauten, bauliche Ertüchtigung der Wohngebäude und Sanierungskosten für das Sportareal anfallen. Diese Kosten können jedoch, je nach Dringlichkeit der Arbeiten, auf mehrere Jahre verteilt und nacheinander abgearbeitet werden.

Demgegenüber stehen Einsparungen für die Errichtung von Geflüchtetenunterkünften, die bei größerem Zustrom von Geflüchteten nötigen Ausbaukosten von Sporthallen, sowie die Einsparung für die Neuerrichtung einer Kita im Gegensatz zum Umbau im Bestand.

Für die Betrachtung der Wirtschaftlichkeit können mit den derzeit vorliegenden Informationen die Kosten des Ankaufs zzgl. der notwendigen Sanierungs- und Umbaukosten den Kosten für den Bereich Kita (Basis BKI Mittlerer Standard) und Geflüchtetenunterkunft (Basis Kosten Modulbau Lamme) eines fiktiven Neubaus gegenübergestellt werden. Ebenso können auf Basis der vorliegenden Kostenrahmen grobe Mietansätze berechnet werden, die bei einer Anmietung aufgewendet werden müssten.

Im Ergebnis zeigt sich, dass bereits mit Einrichtung einer 4-Gruppen-Kita sowie Bereitstellung der ca. 256 Plätze für Geflüchtete und Fachkräfte sich eine Wirtschaftlichkeit von Ankauf, Sanierung und Umnutzung der Immobilie gegenüber sonst notwendigen fiktiven Neubauten darstellen lässt.

Für die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit des Sportbereichs wird unterstellt, dass die Immobilie bereits für die Nutzungen Kita und Unterkunft erworben wird, da die Wirtschaftlichkeit dort bereits ohne Betrachtung des Sportbereichs gegeben ist.

Durch den Erwerb eröffnen sich für den Sport in Braunschweig zahlreiche Nutzungsmöglichkeiten und dadurch eine Verbesserung der Trainingsbedingungen im Breiten- sowie Leistungssport.

- a) Mit dem Abriss der Tunica-Sporthalle im Jahr 2025 verlieren die Basketball Löwen Braunschweig ihre Stammtrainingsstätte sowie die Räume der Geschäftsstelle. Für den Erhalt des Bundesligastandorts in Braunschweig ist die Bereitstellung optimaler Trainingsbedingungen jedoch unerlässlich. Für den Trainingsbetrieb der Basketball Löwen würde sich die Badminton-Halle im Erdgeschoss des Gebäudes ideal eignen.

Die Geschäftsstelle der Basketball Löwen könnte im Obergeschoss des Sportareals angesiedelt werden. Hierfür und für die Ergotherapie Räume eignen sich die Büroräumlichkeiten.

- b) Seit März 2022 steht die Tennishalle auf der Sportanlage Rote Wiese aufgrund von Statikproblemen nicht mehr für den Vereinssportbetrieb zur Verfügung und muss abgerissen werden. Alternativen dazu bestehen derzeit nicht, könnten allerdings mittels der insgesamt sechs Indoor-Tennisspielfelder in zwei Tennishallen (pro Halle jeweils drei Tennisspielfelder) des Gebäudekomplexes geboten werden. Insbesondere der MTV Braunschweig, der Heidberger Tennis-Klub sowie der BTHC haben ein sehr großes Interesse an einem Standort, der sich möglichst nicht zu weit von ihren jeweiligen Vereinsstandorten befindet.
- c) Der Umbau der jetzigen Squash-Halle zu Badminton-Feldern wäre denkbar, um die konventionellen Turn- und Sporthallen zu entlasten.
- d) Die Umnutzung des Kegelbereichs zu einer Dart-Spielstätte oder als Ersatz für das entfallende Ruderbecken der Tunica-Halle sowie die Verwendung der Gymnastikräume im EG als auch des Fitnessbereiches im Untergeschoss für den Gewichtheberverein VfV Braunschweig sind zu prüfen.

Zur Erläuterung der Vergleichsgrößen bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit eines Ankaufs im Vergleich zu einer Anmietung wurden folgende weitere Betrachtungen herangezogen.

Insbesondere das derzeit hohe Zinsniveau wird bei den erforderlichen hohen Investitionen (z.B. für einen Kita-Umbau) zu gesteigerten Mietzinsen im Vergleich zu bekannten Mieten der letzten Jahre führen. Die Renditeerwartung (hier moderat mit 3% angenommen) und die Fremdkapitalquote haben einen deutlichen Einfluss auf den Mietzins.

Zu beachten ist, dass sich die geschilderten städtischen Bedarfe voraussichtlich auch weiterhin dynamisch entwickeln werden. Sich wandelnde Nutzungsanforderungen und sich daraus ergebende Umbaunotwendigkeiten sind im Eigenbesitz wirtschaftlicher umzusetzen als in den starren Abhängigkeiten eines bestehenden Mietvertrages. Unabhängig von den zu erwartenden Kosten erleichtert und beschleunigt der direkte Zugriff zudem Anpassungen, die über einen langen Mietzeitraum von 25 Jahren unumgänglich sein werden. Eine kürzere Mietzeit, die dieses Risiko reduziert, würde hingegen den Mietzins in eine unwirtschaftliche Größenordnung treiben.

Zu berücksichtigen ist weiter, dass aufgrund von Ressourcenknappheit im Grundstücksektor hier bereits bebauter Grund genutzt werden kann.

Zugunsten der Stadt Braunschweig sind im Grundbuch Braunschweig-B des Amtsgerichtes Braunschweig zu Lasten der Flurstücke 1008/18, 1008/20, 1008/23 und 1008/21, Flur 12, Gemarkung Altewiek, Lage: Salzdahlumer Straße Vorkaufsrechte für alle Verkaufsfälle eingetragen.

Der Verkaufsfall ist nunmehr eingetreten. Die Eigentümerin hat Ende August einen Kaufvertrag über den zuvor genannten Grundbesitz geschlossen.

Nach den gesetzlichen Vorschriften zur Ausübung von dinglichen Vorkaufsrechten müsste die Stadt in den Kaufvertrag zu den in diesem Vertrag vereinbarten Konditionen eintreten, wenn sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen möchte.

Aufgrund der o. g. Ausführungen steht die Wirtschaftlichkeit eines Ankaufes, trotz Berücksichtigung anstehender Um- und Ausbaukosten auch im Vergleich zu einer fiktiven Anmietung außer Frage. Es wird daher empfohlen das Vorkaufsrecht auszuüben und das Areal für die o.g. Verwendungen zu kaufen.

Es wird gebeten, wie vorgeschlagen zu beschließen.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Betreff:
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 16.10.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.11.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	07.11.2023	N

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht. Bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € wird auf die ebenfalls in der heutigen Sitzung vorgelegte Ratsvorlage verwiesen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:

Anlage 1 (VA) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)

Anlage 2 (VA) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)

Anlage 3 (VA) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)

Anlage 4 (VA) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2023)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)**Fachbereich 37**

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Rosmarie Allee	100,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Lehndorf Kettenzuwendung
2	Rosmarie Allee	100,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Lehndorf Kettenzuwendung
3	Bettina Bebersdorf	150,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Watenbüttel
4	Bestattungshaus K-H Blecker GmbH	180,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Thune
5	Georg-Oswald Cott	200,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Harxbüttel
6	Stefan Sack	1.090,00 €	Spende an die Kinder- und Jugendfeuerwehr Dibbesdorf
7	Schulengel GmbH	20,91 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Watenbüttel Abteilung Jugendfeuerwehr Kettenzuwendung

Fachbereich 41

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Braunschweiger Baugenossenschaft eG	1.000,00 €	Lichtparcours 2024
2	Dorothee Margot Sigrid Coen	400,00 €	Lichtparcours 2024
3	Birgit Stolley-Marten	200,00 €	Lichtparcours 2024

Fachbereich 51

Ifd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderverein für GS, KTK und Kita Veltenhof e.V.	Sachspende 182,30 €	Holzfarbe im Wert in Höhe von 182,30 € für das Kinder- und Familienzentrum Pfälzerstraße

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Karin Jöhnke	1.800,00 €	Ereignisbaum EB-8.1 Westpark
2	Matthias Trenkle	300,00 €	Stadtbaum BP-St3-99 Volkswagen Halle

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)**Referat 0500**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Doris Bazan	200,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
2	Wolfgang Beier	500,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
3	Dr. Ing. Henning Imker	250,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
4	Peter Kunze	500,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung
5	Ivana und Christoph Le Claire	200,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)**Fachbereich 41**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Lions-Club Braunschweig- Alte Wiek	1.650,00 €	Projekt "Wir machen die Musik"! in Kindertagesstätten 2023/2024

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2023)**Fachbereich 51**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Eintracht Braunschweig GmbH & Co KG	Sachspende 49,47 €		Div. Kleine Sachspenden für eine Tombola des Kinder- und Jugendtreffs Waggum Kettenzuwendung

Betreff:

Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

16.10.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.11.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.11.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.11.2023	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Eine weitere Besonderheit sind Zuwendungen von Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen, Stadtbezirksräten oder von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister. Nach § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG ist ausschließlich der Rat zuständig für die Beschlussfassung über Verträge mit dem vorgenannten Personenkreis. Bei Zuwendungen handelt es sich formell um Schenkungsverträge. Demnach müssen alle Spenden und Zuwendungen des vorgenannten Personenkreises dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:

Anlage 1 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)

Anlage 2 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)

Anlage 3 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)**Fachbereich 37**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Öffentliche Versicherung Braunschweig	250,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Watenbüttel Kettenzuwendung

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 175,00 €	Essen und Getränke für einen Probenstag des Jugendblasorchesters im November 2023 Kettenzuwendung
2	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 200,00 €	Harfensaiten Kettenzuwendung
3	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 145,00 €	Eine pBone (Posaune aus Kunststoff) Kettenzuwendung
4	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 100,00 €	Cembalotransport und -stimmung für ein Konzert im Rahmen der Braunschweiger Musikschultage im November 2023 Kettenzuwendung
5	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 250,00 €	Eine gebrauchte Yamaha-Querflöte Kettenzuwendung
6	Stiftung zur Förderung der Musikkultur in der Region Braunschweig	3.300,00 €	Projekt "Wir machen die Musik!" in Kindertagesstätten 2023/2024

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)**Referat 0500**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	355,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung Kettenzuwendung
2	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	315,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung Kettenzuwendung

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2023)**Fachbereich 41**

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Konzert- und Förderverein e.V.	2.000,00 €	Zuschuss für die Probenfahrt des Jugend-Sinfonie-Orchesters nach Mardorf vom 29.09. bis 02.10.2023 Kettenzuwendung
2	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 35,50 €	Mundstück-Desinfektionsmittel Kettenzuwendung

Absender:

Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

TOP 43.1

23-22130
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Globale Minderausgabe - Kürzung bei der Volkshochschule BS GmbH

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.09.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Beantwortung)

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit der Mitteilung 23-22033 wurde der Rat am 01.09.2023 über die Umsetzung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16 Mio. Euro, in diesem Jahr, informiert. Dazu erfolgte in der Sitzung des FPDA am 07.09.2023 eine mündliche Erläuterung vom Ersten Stadtrat Geiger. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass sich die globalen Minderausgaben sowohl aus überzähligen Planmitteln, aber auch aus realen Kürzungen, zusammensetzen würden. Die Konkretisierung der einzelnen Minderausgaben, so erläuterte der Erste Stadtrat aufgrund einer entsprechenden Bitte, könne durch die Kämmerei nicht erfolgen, dies müsse in dem jeweiligen Fachausschuss geschehen.

Aufgrund dieser Erläuterung stellen wir jetzt im zuständigen Ausschuss die folgende Anfrage zum Thema Reduzierung der Mittel für den Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteil. + Sonderv. Hier sollen die Mittel um 100.016 Euro reduziert werden.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Handelt es sich hierbei um überflüssige Planmittel oder um eine Kürzung von Leistungen?
2. Falls es sich um überflüssige Planmittel handelt: Welche Beträge wurden für den Bereich Volkshochschule BS GmbH in den Jahren 2018 – 2022 jeweils nicht benötigt?
3. Falls es sich um Kürzungen von Leistungen handelt: Welche konkreten Leistungen werden gekürzt oder ganz eingestellt?

Anlagen:

keine

Betreff:

Globale Minderausgabe - Kürzung bei der Volkshochschule BS GmbH

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

02.11.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der Gruppe DIE FRAKTION. BS im Rat der Stadt vom 20. September 2023 (DS 23-22130) wurde an die Volkshochschule Braunschweig GmbH mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet. Folgende Antworten wurden übermittelt:

Zu Frage 1:

Die Umsetzung der globalen Minderausgaben in 2023 würde bei der VHS-Gruppe im laufenden Geschäftsjahr keine Kürzungen von Leistungen erforderlich machen. Die vorgegebene Minderausgabe i.H. von rd. 100 Tsd. € wird aller Voraussicht nach aus den nicht benötigten Planmitteln im „Betrauten Bereich“ (kommunale Beschäftigungsförderung) der VHS Arbeit und Beruf GmbH zu erzielen sein.

Zu Frage 2:

Die Planansätze für den nach EU-Recht „Betrauten Bereich“ sind grundsätzlich schwer kalkulierbar, weil sich bei Arbeitsmarktprogrammen unterjährig häufig Veränderungen in den Projektstrukturen ergeben. Dies führt dann meist zu Minderausgaben bei den Sach- und Personalkosten. Gerade während der Corona-Pandemie konnten einige Aufträge nur teilweise oder z.B. mit weniger TN-Präsenz durchgeführt werden. Für die gesamte Betrauung ist ebenso eine effiziente Steuerung der Geschäftsbereiche eine wesentliche rechtliche Voraussetzung. Mittel, die nicht explizit für den Betrauten Bereich eingesetzt werden, dürfen nicht abgerufen werden und sind somit Einsparungen. Darüber gibt jährlich der Betrauungsbericht Aufschluss, der bei der Wirtschaftsabschlussprüfung gesondert behandelt werden muss. Minderausgaben für die Geschäftsjahre 2018-2022:

	2018	2019	2020	2021	2022
geplant	2.253.700 €	2.537.200 €	2.758.446 €	3.068.800 €	3.376.189 €
benötigt	2.207.811 €	2.392.664 €	2.441.537 €	2.805.000 €	3.134.721 €
Differenz	45.889 €	144.536 €	316.909 €	263.800 €	241.468 €

Zu Frage 3:

Siehe zu Frage 1.

Geiger

Anlage/n:
Keine

Betreff:

Die verfassungsrechtliche Problematik globaler Minderausgaben

Empfänger:

 Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:

28.09.2023

Beratungsfolge:

 Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur
 Beantwortung)

02.11.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI hat aktuell mehr als 30 Anfragen zur Konkretisierung der globalen Minderausgaben gestellt, was wir sehr begrüßen, um Klarheit über die Folgen dieser Einsparungen zu bekommen.

Die Untersuchung „Zur verfassungsrechtlichen Problematik globaler Minderausgaben“ von Christoph Gröpl^[1] kommt zum Ergebnis, dass die verfassungs- und haushaltsrechtliche Zulässigkeit von globalen Minderausgaben (GMA) davon abhängt, welchem Zweck sie dienen. **Grundsätzlich zulässig** ist eine globale Minderausgabe zur so genannten Bodensatzabschöpfung (Haushaltsmittel, die nach hergebrachter Haushaltserfahrung aufgrund von Prognoseunsicherheiten für den Haushaltsvollzug nicht benötigt werden) oder wenn sie aus freien Verwaltungsausgaben (so genannten Betriebshaushalten) erwirtschaftet werden kann. **Weitgehend unzulässig** ist sie jedoch, falls sie aus dem Bereich so genannter zwangsläufiger Ausgaben oder freier Zweckausgaben erwirtschaftet werden soll. Ebenfalls unzulässig ist sie, soweit sie Investitionsausgaben kürzt und die Nettoneuverschuldung nicht entsprechend verringert wird. **Grob verfassungswidrig** ist eine globale Minderausgabe, wenn sie realistischere Weise uneinbringlich ist und damit lediglich einen Schein-Haushaltsausgleich herbeiführen soll.

In den Ergebnissen der Untersuchung schreibt er u.a.:

„Wird die GMA auf Investitionsausgaben erstreckt und dort tatsächlich erwirtschaftet, muss sich in dieser Höhe die Obergrenze der Nettoneuverschuldung verringern. Sonst kann es zu einem sog. schuldenasymmetrischen Haushaltsvollzug kommen, in dem die tatsächliche Nettokreditaufnahme die tatsächlich geleisteten Investitionsausgaben übersteigt. Dadurch würde in der gesamtwirtschaftlichen „Normallage“ das Kredit-Investitions-Junktim des Art. 115 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 GG verletzt.“

Weiter führt er aus:

„In grober Weise gegen die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit verstößt eine GMA, soweit bei realitätsgerechter Betrachtung absehbar ist, dass sie uneinbringlich ist. Diesfalls dient sie lediglich dem „Scheinhaushaltsausgleich“ und muss in der Regel durch eine erhöhte Nettoneuverschuldung qua Nachtragshaushaltsgesetz gedeckt werden.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir, um die verfassungsrechtliche Rechtmäßigkeit der globalen Minderausgabe besser einschätzen zu können:

1) Wie wird sichergestellt, dass die globale Minderausgabe lediglich aus Mitteln der Bodensatzabschöpfung und aus freien Verwaltungsausgaben besteht?

2) Sind Investitionsausgaben und gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben von der globalen Minderausgabe betroffen?

3) Wie realistisch ist die Einbringbarkeit der globalen Minderausgabe (bitte nach den betroffenen Teilhaushalten aufschlüsseln!)?

[1] Als PDF findet man sie kostenfrei hier: www.econstor.eu/handle/10419/45562

Anlagen:

keine

<i>Betreff:</i> Die verfassungsrechtliche Problematik globaler Minderausgaben

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 02.11.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)	02.11.2023	Ö

Sachverhalt:

Zu den Fragen der Gruppe Direkte Demokraten (Antrag DS 23-22190) vom 28. September 2023 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1)

Wie wird sichergestellt, dass die globale Minderausgabe lediglich aus Mitteln der Bodensatzabschöpfung und aus freien Verwaltungsausgaben besteht?

Mit dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576) wurden die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO), die Niedersächsische Landkreisordnung (NLO), das Gesetz über die Region Hannover, das Gesetz über die Neugliederung des Landkreises und der Stadt Göttingen und die Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von Rechtsvorschriften kommunaler Körperschaften (BekVo-Kom) zusammengefasst und ersetzt. Es ist seitdem gesetzliche Grundlage des kommunalen Haushaltsrechts. Im Nds. GVBl. Nr. 7/2017 vom 27. April 2017 wurde die Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung - KomHKVO -) vom 18. April 2017 bekannt gegeben. Sie ersetzte die GemHKVO, die wiederum am 1. Januar 2006 u. a. die kamerale Gemeindehaushaltsverordnung ablöste.

Die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Ansätze im städtischen Haushalt erfolgt im Rahmen der o. g. gesetzlichen Rechtsvorschriften.

Die zitierte Publikation „Zur verfassungsrechtlichen Problematik globaler Minderausgaben“, veröffentlicht im Juni 2005, bezieht sich insbesondere auf die (damalige) haushaltsrechtliche Situation auf Bundes- und Landesebene. Die im Rahmen dieser Untersuchung und der Fragen der Gruppe Direkte Demokraten vorgenommene Kategorisierung von „Mitteln der Bodensatzabschöpfung und aus freien Verwaltungsausgaben“ kann daher nicht auf das aktuelle Haushaltsrecht für die niedersächsischen Kommunen übertragen werden.

Im Doppelhaushalt 2023/2024 der Stadt Braunschweig wurde für das Haushaltsjahr 2023 im Ergebnishaushalt eine globale Minderausgabe ohne Zuordnung zu einzelnen Teilhaushalten oder Produkten in Höhe von 16,0 Mio. € eingeplant. Die Veranschlagung erfolgte insgesamt zunächst im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft.

Da es sich hierbei um eine in der Planung vorweggenommene pauschal veranschlagte Haushaltsverbesserung handelt, wird diese im Rahmen der Bewirtschaftung durch konkrete Minderaufwendungen oder durch Mehrerträge seitens der budgetbewirtschaftenden Organisationseinheiten ersetzt. Die Umsetzung erfolgt in Form einer Sachkostensperre (s. Mitteilung DS Nr. 23-22033). Aus den Anlagen zu dieser Mitteilung ergibt sich, mit welchen Sparbeiträgen die einzelnen Org.-Einheiten zur Umsetzung der globalen Minderausgabe beitragen. Bei der Festlegung der Beiträge sind ausschließlich Ansätze berücksichtigt worden, deren Ausschöpfung nach sorgfältiger Prüfung und unter Einhaltung gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen nicht erfolgen kann, z. B. Personalaufwendungen für Stellen, die nicht besetzt waren bzw. nicht besetzt werden können.

Zu 2)

Sind Investitionsausgaben und gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben von der globalen Minderausgabe betroffen?

Diese Ergebnisverbesserungen beziehen sich auf den Ergebnishaushalt und betreffen laufende Ausgaben des täglichen Verwaltungshandelns. Auszahlungen für die Investitionstätigkeit sind nicht betroffen.

Zudem wird gewährleistet, dass die Stadt sämtliche gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen kann. Auf die Antwort zu 1) wird verwiesen.

Zu 3)

Wie realistisch ist die Einbringbarkeit der globalen Minderausgabe (bitte nach den betroffenen Teilhaushalten aufschlüsseln)?

Unter Berücksichtigung der globalen Minderausgabe in Höhe von 16,0 Mio. € ergibt sich im Haushaltsplan 2023/2024 für das Haushaltsjahr 2023 ein Fehlbetrag von rd 64,3 Mio. €. Nach aktuellen Erkenntnissen geht die Verwaltung davon aus, dass die globale Minderausgabe im Rahmen der Bewirtschaftung der Haushaltsansätze erreicht wird.

Weitergehende Fragen zur dezentralen Umsetzung der globalen Minderausgabe werden im Rahmen der Berichterstattung in den Fachausschüssen (s. bspw. DS Nrn. 23-22143-01, 23-22138-01 und 23-22123-01 des Dez. V zum Fachbereich Schule) beantwortet.

Geiger

Anlage/n:

Keine